



9. November 1931

PAUL KAMPFFMEYER · HEGEL UND DER MARXIS- MUS · ZU HEGELS 100. TODESTAG

In seiner Geschichte der Philosophie nennt Karl Vorländer den Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel eine Art philosophischen Diktator, der seine Philosophie zur Zeitphilosophie erhob. Heinrich Heine sprach in seinen Aufsätzen zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland von dem in Berlin gekrönten Hegel, er sah aber auch die hinter Hegel aufsteigenden Himmelsstürmer. Er erinnerte den »guten Ruge« und seinen »noch viel verstockteren Freund Marx« an den von der Höhe herabstürzenden König Nebukadnezar. Bezeichnenderweise prophezeite Heine schon, daß aus der Weltanschauung Hegels und namentlich der Junghegelianer der Kommunismus aufsteigen würde. Die Massen würden nicht mehr mit christlicher Geduld ihr irdisches Elend tragen und nach Glückseligkeit auf Erden lechzen. »Der Kommunismus«, so schreibt er, »ist eine natürliche Folge dieser veränderten Weltanschauung, und er verbreitet sich über ganz Deutschland. Es ist eine ebenso natürliche Erscheinung, daß die Proletarier in ihrem Ankampf gegen das Bestehende die fortgeschrittensten Geister, die Philosophen der großen Schule, als Führer besitzen; diese gehen über von der Doktrin zur Tat, dem letzten Zweck alles Denkens, und formulieren das Programm. Wie lautet es? Ich hab' es längst geträumt und ausgesprochen in den Worten: Wir wollen keine Sansculotten sein, keine frugalen Bürger, keine wohlfeilen Präsidenten; wir stiften eine Demokratie gleichherrlicher, gleichheiliger, gleichbeseligter Götter.« Heine kündete mit diesen Dichterworten die Überwindung der rein formalen Demokratie und den Sieg der sozialen Demokratie an. Zum Sozialismus drang Deutschland in der Tat zuerst auf dem steinigem Höhenpfad der Philosophie vor. Die eisige Bergluft der Hegelschen Philosophie umwitterte die Begründer des deutschen Sozialismus.

Als Friedrich Engels im März 1845 seine Vorrede zu seiner wegweisenden Erstlingsschrift Die Lage der arbeitenden Klassen in England niederschrieb, da konnte er, wie Heinrich Heine, ebenfalls die Beziehungen des deutschen Sozialismus und Kommunismus zur deutschen Philosophie feststellen. »Der deutsche Sozialismus und Kommunismus«, so führte er dort aus, »ist mehr

als jeder andere von theoretischen Voraussetzungen ausgegangen; wir deutschen Theoretiker kannten von der wirklichen Welt noch viel zu wenig, als daß uns die wirklichen Verhältnisse unmittelbar zu Reformen dieser "schlechten Wirklichkeit" hätten treiben sollen. Von den öffentlichen Vertretern solcher Reformen ist wenigstens fast kein einziger anders als durch die Feuerbachsche Auflösung der Hegelschen Spekulation zum Kommunismus gekommen. Die wirklichen Lebensumstände des Proletariats sind so wenig gekannt unter uns, daß selbst die wohlwollenden "Vereine zur Hebung der arbeitenden Klassen", in denen jetzt unsere Bourgeoisie die Soziale Frage mißhandelt, fortwährend von den lächerlichsten und abgeschmacktesten Meinungen über die Lage der Arbeiter ausgehen. Uns Deutschen vor allem tut eine Kenntnis der Tatsachen in dieser Frage not.« Trotz dem großen Feuerbachschen Himmelssturm auf die Philosophie Hegels blieben doch noch außerordentlich fruchtbare Ideen dieses Philosophen erhalten, die im Marxismus über 8 Jahrzehnte fortgewirkt haben. Feuerbach brachte wohl die idealistische Identitätsphilosophie Hegels zu Fall, richtete aber die alte materialistische Identitätsphilosophie wieder auf. Die erkenntnistheoretische Arbeit eines Kant schien vergessen zu sein. Hegel sowohl als Marx und Engels lehren die Identität von Denken und Sein. Die Hegelsche Identitätsphilosophie hat einen idealistischen, die Marxsche dagegen (wenigstens in Marx' und Engels' Bewußtsein) einen materialistischen Charakter.

Bei Hegel liegt das eigentliche Wesen der Dinge in ihren Begriffen. Der absolute Begriff entäußert sich, geht in die Natur ein und steigt zum Menschen empor. In dessen Geist gelangt das Absolute zum Selbstbewußtsein. Und nun erkennt es sich in den sich in Natur und Geschichte aussprechenden Ideen wieder. Denken und Sein fallen zusammen. Die Identitätsphilosophie Marx' und Engels' legt Engels in der Streitschrift Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft so dar: Denken und Bewußtsein sind Produkte des menschlichen Hirns. Der Mensch ist ein Naturprodukt, das sich in und mit seiner Umgebung entwickelt. Es versteht sich nun bei Engels von selbst, daß die Erzeugnisse des menschlichen Hirns, die in letzter Instanz auch Naturprodukte sind, dem übrigen Naturzusammenhang nicht widersprechen sondern entsprechen. Die Begriffe sind nur Abbilder der wirklichen Dinge. Wenn Hegel den Begriffen eine selbständige Existenz verlieh und in ihnen nur das wahre Wesen des Seins erkannte, wenn er seiner ganzen Weltanschauung entsprechend von einer Selbstbewegung der Begriffe sprach, die er Dialektik nannte, so suchten Marx und Engels dieses Verhältnis der Begriffe zu den Dingen umzukehren. Die Begriffsdialektik war bei ihnen nur die bewußte Widerspiegelung der Dialektik der Dinge. Die stoffliche Welt ist nach Engels das einzig Wirkliche. Zu dieser Welt gehört auch der Mensch. Das menschliche Gehirn, ein körperliches, stoffliches Organ, erzeugt das menschliche Denken, das menschliche Bewußtsein. Bei Hegel ist die Natur, die Welt nur die Entäußerung der absoluten Idee. Den idealistischen Charakter seiner Philosophie hat Hegel in dem Satz ausgesprochen: »Das Absolute ist Geist, und es ist dialektischer Art, das heißt in beständiger Entwicklung begriffen.« Das Absolute bezeichnet Hegel auch als Vernunft.

Die Vernünftigkeit der Weltentwicklung ergibt sich für Hegel aus seiner ganzen idealistischen Philosophie. Die Weltgeschichte ist für ihn die Darstellung des göttlichen, absoluten Prozesses des Geistes in seinen höchsten Gestalten, dieses Stufengangs, wodurch er seine Wahrheit, das Selbstbewußt-

sein über sich erlangt. Die Weltgeschichte zeigt nach Hegel nur, wie der Geist allmählich zum Bewußtsein und zum Wollen der Wahrheit kommt; es dämmt in ihm, er findet Hauptpunkte, am Ende gelangt er zum vollen Bewußtsein. Da die Vernunft die Welt beherrscht, ist es in der Weltgeschichte vernünftig zugegangen. Es gibt in der Welt kein verrücktes, törichtes Geschehen. Die Philosophie will die Wirklichkeit der göttlichen Idee erkennen. Nicht alles ist wirklich, nur, was nach dem Plan der Vernunft vollführt ist, hat Wirklichkeit, was ihm nicht gemäß ist, hat eine »faule Existenz«.

Die Hegelsche Vorstellung von der Notwendigkeit, ja der Vernünftigkeit alles Geschehens ist nun aus der Marx-Engelsschen Geschichtsauffassung nicht herausgefallen. Es hat immer auf mich einen sehr starken Eindruck gemacht, wenn Engels in der oben erwähnten Schrift die gereifte Philosophenvernunft bespöttelt, die in der Geschichte der Menschheit nichts mehr als ein wüstes Gewirr sinnloser Gewalttätigkeiten sieht. Hier bricht kraftvoll die Vorstellung durch, daß die Weltgeschichte ein zur Höhe emporführender Prozeß ist, ein Prozeß, der einmal die Menschheit befähigt den »Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit« zu tun.

Das Weltall stellt sich nach Marx und Engels als stufenweise aufsteigender, von inneren Gesetzmäßigkeiten beherrschter Kosmos dar. Engels sucht im Hinblick auf den Sozialismus die Notwendigkeit der Sklaverei zu erweisen. Staat, Kunst und Wissenschaft entwickelten sich nur auf der Grundlage einer Arbeitsteilung zwischen den handarbeitenden Massen und den wenigen, die Leitung der Arbeit, den Handel, die Staatsgeschäfte betreibenden Bevorrechteten. Er schärft uns den Satz ein: »Wir sollten nie vergessen, daß unsere ganze ökonomische, politische und intellektuelle Entwicklung einen Zustand zur Voraussetzung hat, in dem die Sklaverei ebenso notwendig wie allgemein anerkannt war. In diesem Sinne sind wir berechtigt zu sagen: Ohne antike Sklaverei kein moderner Sozialismus.« Marx und Engels bestreben sich das positive Verständnis für das historisch Gewordene, für das Bestehende und für dessen notwendigen Untergang zu wecken. Ja, sie nehmen direkt das Zukunftsziel des Weltprozesses vorweg und suchen dessen innere Notwendigkeit zu begründen. Daß bei dieser versuchten Lüftung des über dem ganzen Weltprozeß liegenden Schleiers viele individuelle Hypothesen mit unterlaufen müssen, ist wohl selbstverständlich. Wenn wir eine große historische Entwicklungsphase als schlechthin notwendig oder vernünftig beurteilen, dann überschreiten wir natürlich den Rahmen der uns zugänglichen geschichtlichen Erfahrung. Wollen wir aber oder können wir auch nur auf solches Überschreiten verzichten?

Im Anschluß an Hegel glaubt Engels eine Wesensverwandtschaft zwischen den Begriffen Notwendigkeit und Vernünftigkeit feststellen zu können. In seiner Schrift Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie kommt er auf den berühmten Satz Hegels zurück: »Alles, was wirklich ist, ist vernünftig, und alles, was vernünftig ist, ist wirklich.« Nach Hegel ist aber keineswegs alles, was besteht, ohne weiteres auch wirklich, sondern nur das, was zugleich notwendig ist. Und diesem Satz fügt dann Engels die bezeichnende Bemerkung hinzu: »Was aber notwendig ist, erweist sich in letzter Instanz auch als vernünftig, und auf den damaligen preußischen Staat angewandt, heißt also der Hegelsche Satz nur: Dieser Staat ist vernünftig, der Vernunft entsprechend, soweit er notwendig ist; und wenn

er uns dennoch schlecht vorkommt, aber trotz seiner Schlechtigkeit fort-existiert, so findet die Schlechtigkeit der Regierung ihre Berechtigung und ihre Erklärung in der entsprechenden Schlechtigkeit der Untertanen. Die damaligen Preußen hatten die Regierung, die sie verdienten.« Die »Schlechtigkeit der Untertanen« machte also die damalige preußische Regierung notwendig. Diese Notwendigkeit spricht aber für die Vernünftigkeit des preußischen Staats, wie er damals war. Denn die Notwendigkeit einer Institution beweist nach Engels deren Vernünftigkeit.

Die Hegelsche Dialektik meinten Marx und Engels in ihre Darstellung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklungsphasen mit hinübernehmen zu können. Marx schrieb Hegel das Verdienst zu die allgemeinen Bewegungsformen der Dialektik zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt zu haben. Die Dialektik stehe aber bei Hegel auf dem Kopf. Man müsse sie umstülpen, um den rationellen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken. Die Dialektik ist bei Hegel die Selbstbewegung der Begriffe. Marx legt nun die Selbstbewegung nicht in die Begriffe sondern in die Dinge selbst. Die Begriffe sind nach Marx und Engels nur Abbilder der äußeren materiellen Dinge. Das Ideelle ist nach Marx nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte oder übersetzte Materielle.

Für die Selbstbewegung der Begriffe stellt nun Hegel die immer wieder zitierte Formel auf: These = Antithese = Synthese. Die Begriffe setzen sich, negieren ihren bestimmten Inhalt, und durch einen abermaligen Negationsprozeß erscheinen sie bereichert wieder. Jeder Begriff enthält in sich seinen Gegensatz, und dieser führt zur Selbstbewegung des Begriffs. Diese dialektische Bewegungsform glaubte Marx in der Entwicklung der antagonistischen ökonomischen und sozialen Verhältnisse feststellen zu können. Am bekanntesten ist der dialektische Entwicklungsprozeß des Kapitalismus geworden, den Marx in jenem berühmten Schlußabschnitt des 24. Kapitels seines Hauptwerks, den er Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation überschreibt, in gedrängter Kürze, aber dramatisch-lebendig dargestellt hat. Die Entwicklungsepoche, in der durchgehend der Handwerker Eigentümer seines Produktionsmittels, der Bauer Eigentümer seines Ackers ist, geht im kapitalistischen Konkurrenzkampf zur Neige. Großkapitalistische Betriebe enteignen den Bauer und den handwerklichen Kleinmeister. In den Fabriken entstehen Großfabriken auf gesellschaftlicher Basis, die Massenarbeit erfolgt auf hoher Stufenleiter, und der ganze Betrieb erhält einen gesellschaftlichen Charakter. Dieser Prozeß ist einerseits mit dem Elend, der Ausbeutung und der Knechtschaft der eigentumslosen, proletarischen Massen verknüpft und andererseits mit der Empörung und Schulung der in den Fabriken konzentrierten Massen. Die Produktionsmittel werden zentralisiert, und die Arbeit wird vergesellschaftet. Die Vergesellschaftung der ganzen Produktion erreicht einen Höhepunkt, wo sie mit ihrer kapitalistischen Eigentumsform unverträglich wird. Diese Form, diese Hülle wird gesprengt. »Die Expropriateurs werden expropriert.« Diesen ganzen Entwicklungsprozeß kleidet nun Marx in die dialektische Formel Hegels: »Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigen-

tum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.« In dieser Darstellung des kapitalistischen Revolutionsprozesses wird deutlich, was Marx in Hegel gefunden hat. Hegel hat nach Marx die allgemeinen Bewegungsformen der Dialektik entdeckt und aufgezeichnet.

Läßt sich der eigenartige, fast in allen Ländern kapitalistischer Produktion verschieden verlaufende ökonomische und soziale Prozeß der letzten Jahrzehnte in die Marx-Hegelsche Formel zwängen, die in den programmatischen Darlegungen des Sozialismus eine so bedeutende Rolle gespielt hat? Mit dieser Frage sollten wir uns am 100. Todestag Georg Wilhelm Friedrich Hegels sehr ernsthaft beschäftigen.

BALTHASAR WEINGARTZ · DIE NIEDERLAGE DER LABOUR PARTY UND DER NEUE KURS IN ENGLAND

NACHDEM die englischen Wahlen ausgeschrieben worden waren, fand der Teil der deutschen sozialdemokratischen Presse, der sich vom Londoner Daily Herald inspirieren läßt, sie seien mutwillig vom Zaun gebrochen, und deshalb fehle ihnen eine volkstümliche Parole. Nach beendeter Wahlschlacht, die für die Labour Party ein Cannae bedeutet, sucht sich die deutsche sozialdemokratische Presse mit der Einrede zu helfen, die Labour Party bleibe nach wie vor eine Massenpartei. Ein recht schwacher Trost, wirft man einen Blick auf das Wahlergebnis. Freilich bleibt die Labour Party eine Massenpartei, doch sie spielt im Rat der Nation im Augenblick keine Rolle mehr. Das englische Wahlsystem hat große Mängel, auf die hier schon vor Jahren aufmerksam gemacht wurde¹. Und doch verleiht es dem Volkswiller in seiner Gesamtheit einen weit bessern Ausdruck als das deutsche Listenwahlsystem, das nur die Bürokratisierung, nicht die politische Willensbildung fördert. Das englische Wahlrecht kann sich, weil die relative Mehrheit gilt, recht unangenehm auswirken, es ist aber politischer, weil es den Wähler in jedem Wahlkreis vor eine Entscheidung stellt, ihn zu einer Stellungnahme gegenüber bestimmten Persönlichkeiten in einer bestimmten Situation zwingt, in der man sich nicht in eine zeitlos blasse Allgemeindoktrin zurückziehen kann sondern auf die Plattform der zeitlichen Notwendigkeit steigen muß.

Es verlohnt sich die Ergebnisse, die für die Labour Party wichtig sind, hier anzuführen. Arthur Henderson, ihr neuer Führer, der 1929 mit einer Mehrheit von 7954 Stimmen gesiegt hatte, erlitt diesmal eine vernichtende Niederlage. Die Mehrheit des Regierungskandidaten beträgt in seinem Wahlkreis 8209 Stimmen. 1929 erhielt Henderson 28 091 Stimmen, der Konservative 20 137, der Liberale 12 502; in diesem Wahlkampf brachte es Henderson auf 26 917 Stimmen, der Regierungskandidat auf 35 126, für den sogenannten Kommunisten wurden 512 Stimmen abgegeben. Ben Tillett, der bekannte Pionier des Neutradeunionismus, unterlag dem Kandidaten der Regierungspartei gegen eine Mehrheit von 11 880 Stimmen; während er nur 13 271

¹) Siehe Weingartz Zur Psychologie der englischen Wahlen, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 I Seite 491 und folgende.

Stimmen auf sich vereinigte, erzielte sein Gegenkandidat 25 151. 1929 betrug die Mehrheit für Tillet 3726 Stimmen, die Mehrheit des Siegers beträgt jetzt fast 12 000 Stimmen. Robert Clynes, der alte erfahrene Gewerkschafter und Innenminister der Labourregierung, unterlag gegen eine Mehrheit von 5790 Stimmen; der Konservative vereinigte 23 588 Stimmen auf sich, Clynes brachte es auf 17 798. Bei den vorigen Wahlen hatte er über eine Mehrheit von 6646 Stimmen verfügt. Einen der bedeutendsten Siege errang James Henry Thomas für die Nationalregierung. Thomas wurde wegen seiner Teilnahme an ihr vom Verband der Eisenbahner seines Postens enthoben, er verlor obendrein auch das Recht auf seine Verbandspension. Gegen ihn wurde der gesamte Parteiapparat in Bewegung gesetzt. Allgemein galt seine Stellung als äußerst prekär. Und doch: Vereinigte Thomas 1929 39 688 Stimmen auf sich, so erzielte er jetzt deren 49 267; der gegen ihn aufgestellte Labourkandidat erhielt 20 241 Stimmen. Noch katastrophaler schnitt die Labour Party in Seaham, dem Wahlkreis James Ramsay MacDonalds, ab. Auch hier zog sie mit großem Geschütz auf. MacDonalds Sieg ist bezeichnend für die Stimmung, die jetzt das ganze Land beherrscht. Sein Wahlkreis galt 1929 als der sicherste Labourwahlkreis. MacDonald wurde von der Partei ausgeschlossen, und es wurde vielfach so dargestellt, als stände er auf verlorenem Posten. Er erhielt auch 6000 Stimmen weniger als 1929, aber der Kandidat der Labour Party erhielt noch 5951 Stimmen weniger als er. Gewiß, auch Konservative und Liberale stimmten diesmal für MacDonald, und doch steht es fest, daß fast die Hälfte der Anhänger der Labour Party und Mitglieder des Bergarbeiterverbands für den "Abtrünnigen" waren, sonst wäre seine Mehrheit unerklärlich. Äußerst bemerkenswert ist überhaupt der Umschwung in den Bergarbeiterbezirken. Seaham liegt in der Grafschaft Durham. In Morpeth, der angrenzenden Grafschaft Northumberlands, unterlag Ebenezer Edwards, der Präsident des Bergarbeiterverbands. Der Wahlkreis galt als bombensichere Festung. Im letzten Parlament zählte die Labour Party in den Bergarbeitergraftschaffen Yorkshire, Durham, Northumberland, Cumberland 59 Abgeordnete. Sie sank diesmal dort auf 9. Eine schwere Niederlage erlitt Sir Ben Turner, bekannt durch seine Teilnahme am Mond-Turner-Komitee und früher Bergbauminister. Ferner Ernest Bevin, der geistige Kopf des Generalrats der Gewerkschaften. Vielleicht ist Bevins Niederlage symptomatisch für den Zusammenbruch der Labourpolitik, die im Augenblick der Krise im inflationistischen Fahrwasser segelte. In fast allen seinen Reden pochte Bevin darauf als Mitglied des MacMillanausschusses die Einleitung einer Inflation befürwortet zu haben. George Lansbury mußte einem Vertreter des Manchester Guardian am 29. Oktober in einem Interview zugeben, daß viele Arbeiter aus Angst vor einer Inflation ihre Stimme gegen den Arbeiterkandidaten abgegeben hätten. Auffallend ist auch das Schicksal Arthur Haydays, der im Parlament gegen jede Verkürzung der Arbeitslosenunterstützung gekämpft hatte. Die Masse der Erwerbslosen weigerte sich ihren Verteidigern ihre Stimme zu geben. Besonders charakteristisch ist die Niederlage Arthur Fenner Brockways, des Führers der Independent Labour Party, der Vertreterin des "wahren und unbefleckten" Sozialismus. Auf dem letzten Kongreß der Labour Party im Oktober erregte diese dadurch Aufsehen, daß sie sich weigerte für die Zukunft die Konstitution der Gesamtpartei anzuerkennen. Diese Weigerung hatten 18 ausgesprochen, von ihnen

wurden 3 gewählt. Brockway unterlag in Layton, einem reinen Arbeiterbezirk, gegen eine Mehrheit von 6852 Stimmen; 1929 hatte er eine Mehrheit von 2420 Stimmen errungen. James Maxton siegte zwar mit einer Mehrheit von 4689 Stimmen, Richard Collingham Wallhead, ein anderes Mitglied der Independent Labour Party, sogar mit der stattlichen Mehrheit von 13 789 Stimmen. Doch was will das in einem Parlament besagen, das über eine kompakte Regierungsmehrheit von 500 Stimmen verfügt?

Die Labour Party, die bei der Auflösung des Parlaments 265 Abgeordnete besaß, zählt deren jetzt noch 52. Ihre führenden Parlamentarier sind unterlegen. Das Führerproblem macht ihr im kommenden Parlament die größten Schwierigkeiten. Darüber schrieb der Manchester Guardian am 28. Oktober: »Die Niederlage Arthur Hendersons und James Robert Clynes' raubt der Opposition ihre beiden parlamentarischen Führer. Von ihren Regierungsbankmitgliedern bleiben kaum noch welche übrig. Für eine solch vernichtende Niederlage gibt es in der Geschichte keine Parallele. Soweit man aus den bis jetzt feststehenden Ergebnissen [am 28. Oktober standen noch viele Wahlresultate aus] ersehen kann, wird es auf den Labourbänken außer einigen Bergarbeitervertretern nur noch einige aufrechte, aber furchtbar langweilige Gewerkschafter geben. Als Opposition kommt die Partei überhaupt nicht in Frage, sie ist weiter nichts als eine langweilige Sekte.«

Sir Herbert Samuel zweifelt sogar an der Wiederauferstehung der Labour Party. Er erklärte, wie der Manchester Guardian am 29. Oktober berichtete: »Die Labour Party, so wie sie war, wurde in der jetzigen Wahl vernichtet. Sie hört auf eine parlamentarische Macht zu sein, wenigstens für den Augenblick, vielleicht auch für immer.«

Im weitem Verlauf seiner Rede sagte Sir Herbert:

»Ich bin Parlamentarier, weiß den Wert des Parlamentarismus zu schätzen und will die Ehre des Parlaments erhalten wissen. Noch nie war ich so entrüstet wie an jenem Tag, da ein Brief des Präsidenten für Ausschüsse, der gleichzeitig Vizepräsident des Unterhauses und zweitwichtigster Beamter unseres Parlaments ist, zur Verlesung kam, worin er seinen Rücktritt mitteilte. Dieser erfolgte nicht etwa aus eigenem Antrieb sondern, wie es in dem Brief heißt, auf Geheiß seiner großen Gewerkschaft, die die Niederlegung des Amts forderte. Dieser Brief war eine Beleidigung des Parlaments. Es handelt sich hier nicht etwa um einen individuellen Akt sondern um ein System, und das ist bezeichnend. Bereits 2mal haben die Gewerkschaften die Führer der parlamentarischen Arbeiterpartei gegen ihre bessere Überzeugung und gegen ihren Willen zu bestimmten Handlungen gezwungen: 1926, als sie den Generalstreik einleiteten, und in diesem Jahr, da wir in der schweren Finanzkrise steckten. Im August war die Labourregierung nicht in der Lage aus eigener Initiative im Interesse des Landes die für notwendig befundene Entscheidung zu treffen, weil das für den sie angeblich kontrollierenden Apparat unannehmbar war. Außer dem Premierminister weigerten sich Snowden und Thomas sich dem Druck [des Gewerkschaftsrats] zu fügen. Nun haben die Wähler sie rehabilitiert. Seit jeher hat sich das englische Volk in einer bestimmten Richtung bewegt . . . Wenn Könige versuchen das Parlament zu kontrollieren, werden sie in ihre Schranken verwiesen. Wenn die großen Landlords Ähnliches versuchen, kommt das Parlament mit einer Reformbill, um sie in ihre Schranken zu weisen. Wenn das House of Lords den Fortschritt zu hemmen versucht, wird die Partei geschlagen, die solchen Versuch verteidigt. Und wenn die Gewerkschaften versuchen über das Parlament eine ungebührliche Kontrolle auszuüben, bekommen sie eine Lehre, die sie nicht so leicht vergessen werden. Auch in anderer Hinsicht erlitt die Labour Party eine schwere Niederlage. Sie hatte ein Wahlprogramm entworfen, an das sie selbst nicht recht glaubte, das zur Beseitigung aller wirtschaftlichen Übel die Mittel angab. Es wurde die Beseitigung des jetzigen Systems propagiert, während man über das, was an seine Stelle gesetzt werden sollte, im unklaren war. Der gesunde Menschenverstand der Wähler lehnte solche Politik ab. Wohl kennt man die Fehler des jetzigen Systems, aber den Sprung ins Dunkle will man nicht tun. Es wurden die größten Versprechungen gemacht, die unmöglich verwirklicht werden konnten.«

HIER stoßen wir auf einen heiklen Punkt. Der größte gegen MacDonald erhobene Vorwurf war, er sei ohne definitive Versprechungen in den Wahlkampf gezogen. Er verlangte ein "Doktorsmandat". Mit den Wahlversprechungen ist es so eine eigenartige Sache. Auch wir deutschen Sozialisten können davon ein Lied singen. In diesem Wahlkampf bedeutete das Fehlen bündiger Wahlprogramme eine ganz besondere Novität. Das war 1929, als Lloyd George durch Herausgabe des berühmten Gelbbuchs ein umfangreiches, theoretisch wohl fundiertes Programm präsentierte², noch ganz anders. Allerdings, die Labour Party hatte ihr Labour-and-the-Nation-Programm verkündet. Was ist aber angesichts der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise aus jenen Programmen geworden? Was hat beispielsweise die Labour Party während ihrer Regierungsdauer an Programmpunkten verwirklicht? Mußte sie doch sogar ihre Vorlage zur angeblichen Wiederherstellung des 1927 verlorenen spezifisch englischen Koalitionsrechts unter den Tisch des Hauses fallen lassen. Was wurde aus der mit so großen Tönen in die Welt posaunten Reorganisation der großen Schlüsselindustrien? Trotz tönenden Resolutionen über die Notwendigkeit einer unter gewerkschaftlicher Kontrolle vor sich gehenden Rationalisierung befindet sich die Baumwollindustrie seit Monaten in Aufregung, weil die Spinner mit Unterstützung ihrer Gewerkschaften sich gegen das System "Mehr Stühle pro Mann" wehren.

In einem Artikel Mein letztes Wort schrieb MacDonald in der Daily Mail vom 26. Oktober 1931 unter anderm:

»Diese Männer [die Führer der Labour Party] wußten, welchen Gefahren das Pfund Sterling ausgesetzt war, aber sie fürchteten sich vor ihrer eignen Verantwortung, indem sie sagten: Der uns vorgesetzte Trank ist zu bitter, mögen andere ihn trinken. Durch ihre Stellungnahme verrieten sie die vitalsten Interessen der Arbeiter, die darin bestehen, daß die Kaufkraft ihres Lohns keinerlei Schwankungen unterliegt. Die selben Männer, die ob ihrer Furcht vor Verantwortung davonliefen, treten jetzt vor die Wähler mit Versprechungen, vor denen sie sich während ihrer Amtsperiode selber hüteten. Während ihrer Amtsperiode sprachen sie nicht von den Forderungen, die sie jetzt in ihrem Wahlprogramm aufstellen. Jetzt, da sie die Bürde der Verantwortung abgeschüttelt, treiben sie eine Propaganda, die geradezu rücksichtslos ist . . . Hier scheint es mir angebracht Herrn Graham [dem frühern Wirtschaftsminister] die einfache Frage vorzulegen: Ist es wahr oder nicht, daß er als Minister für die Einführung von Schutzzöllen eintrat? Als in den letzten Tagen seiner Regierungstätigkeit die Presse ihn als Stütze des Freihandels proklamierte, wo war da seine Zunge, oder glaubte er es zu verdienen als Apostel des Freihandels gefeiert zu werden?«

In der Daily Mail vom 20. Oktober 1931 schrieb Philip Snowden in einem Artikel, den er Die kleinen Lenins der Labour Party überschrieb:

»Sie [die früheren Labourminister] versuchen jetzt darüber hinwegzutäuschen, daß sie sich für einen 10prozentigen Budgetzoll einsetzten. Das Unglück will es aber, daß Herrn Hendersons Erklärung auf dem letzten Gewerkschaftskongreß vorliegt, wonach er bereit war »für diese Notmaßnahme zu stimmen«, Keinerlei Vertuschungsmittel im offiziellen Organ der Labour Party können die einfache Tatsache hinwegzaubern, daß 15 Labourminister ihre Stimme für einen Budgetzoll auf Halbfertigwaren und Fertigwaren abgaben . . . Dann wurde die Frage eines Schutzzolls auf alle importierten Waren, einschließlich Lebensmittel, erwogen. Hierfür stimmten Herr Graham und 4 andere Minister, dagegen waren 15 . . . Alle von der frühern Labourregierung angenommenen Anträge, außer denen, die die Arbeitslosenunterstützung um 10% reduzieren und außerdem die Beiträge pro Woche erhöhen, wurden von der Nationalregierung einfach in Kraft gesetzt. Die Erhöhung der Beiträge hätte für die in Arbeit Stehenden eine Extralast von 4 Millionen Pfund Ster-

2) Siehe Pohl Neue Wege und Ziele der Wirtschaftsreform in England, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 297 und folgende.

ling pro Jahr bedeutet. Dieser Vorschlag war eine jener Lieblingsideen der Gewerkschaften, die für eine Extrasteuer gegen Erwerbslosigkeit eintreten. Freilich sprach Henderson immer davon, wir müßten »versuchen unsere Leute mitzureißen«, woraus sich dann die spätere Entwicklung erklärt. [Man befürchtete eben, die Masse der Gewerkschaftsmitglieder würde sich nicht mitreißen lassen.] Der Gewerkschaftsrat weigerte sich auch nur einen einzigen der erwähnten [und bereits angenommenen] Anträge zu verantworten. Die Labourregierung ging nicht am Diktat der Bankiers zugrunde sondern am Diktat des Generalrats der Gewerkschaften. Der Generalrat wollte Herr über die Regierung sein, und die Mehrheit der Labourminister fügte sich diesem Diktat.«

Über das Problem des Imperialismus erklärte Stanley Baldwin kurz vor der Wahl in seinem Manifest an die Wähler der Konservativen Partei:

»Auf imperialem Gebiet wollen wir die imperiale Einheit erzielen, ein Ideal, wofür wir so lange kämpften. Ich hoffe, daß die Gründe, die zur Suspendierung der Ottawakonferenz führten, nun hinfällig geworden sind, und daß die canadische Regierung einen Weg zur Erneuerung ihrer Einladung findet. Es wird dann Aufgabe der Nationalregierung sein die Einladung anzunehmen und für die Durchführung des Plans Sorge zu tragen. Die Idee der imperialen Einheit ist zum Gebot der Stunde geworden, und ich hege die Überzeugung, der Plan wird heute von unserm Volk in einer Art begriffen werden, die noch vor einigen Jahren als unmöglich galt. Die Nationalregierung tat die ersten Schritte auf diesem Weg, das ist ihr Verdienst.«

Die deutsche Presse hat den Ausfall der englischen Wahlen einen Erdrutsch genannt, der mit einem Ruck das Bestehende in den Abgrund riß. In der Tat gibt es in der Geschichte der englischen Wahlkämpfe keine Parallele dazu. Die Wahl von 1906, die unter der direkten Parole "Schutzzoll oder Freihandel?" geführt wurde, zerschlug die Konservative Partei jener Tage fast vollständig. Die parlamentarische Mehrheit, die die damalige Liberale Partei aber unter Sir Henry Campbell Bannermann errang, betrug nur 256. Doch setzte sich die freihändlerische Mehrheit aus Liberalen, Arbeiterpartei und irischen Nationalisten zusammen, sie verfügte über 413 Mandate. Trotz dem Schlag, der den Konservativen beigebracht wurde, retteten sie damals immerhin noch 157 Mandate. Doch unterlagen fast alle konservativen Minister, darunter auch Joseph Chamberlain, der sich von dieser Enttäuschung nicht erholte und kurze Zeit darauf starb. Damals nahm man allgemein an die Frage des Schutzzolls und der Imperiumskonsolidierung sei ein für allemal erledigt, und besonders in der deutschen Linken, die gar nicht wußte (und auch heute noch nicht weiß), worum es geht, wurde das allzu willig geglaubt. In der Tat wurden damals die Probleme der imperialen Einheit von der Masse des Volks unbeachtet gelassen. Joseph Chamberlain blieb ein Prophet in der Wüste. Und doch war er der erste Staatsmann, der als Kolonialminister die Notwendigkeit des festern Zusammenschlusses des Empires erkannte. Er entwarf den Plan das Empire durch einen Zollverein aneinanderzuketten. Es war besonders Canada, das den Chamberlainschen Gedanken mit Verve vertrat. Durch den Ausfall der Wahlen von 1906 wurde der Gedanke in den Hintergrund gedrängt, aber nicht ausgerottet. In den Tagen des damaligen Wahlkampfes entstand der Schlachtruf: England arise! Es ist bemerkenswert, mit welcher Offenheit nun, nach einem Vierteljahrhundert, das Problem des Zollvereins und der Imperiumskonsolidierung in diesem Wahlkampf aufgerollt wurde. Und zwar nicht nur in den von den Presselords Beaverbrook und Rothermere kontrollierten Zeitungen³. In seiner großen Rundfunkrede erklärte Philip Snowden:

3) Siehe dazu Weingartz Wandlungen im englischen Parteienleben, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 231 und folgende.

»Ich warne die überzeugten Freihändler, falls sie dieser Frage bei der jetzigen Wahl großes Interesse beimessen und deshalb den Rat Lloyd Georges befolgen nur dem Freihandelskandidaten ihre Stimme zu geben, denn dann können sie nicht für den Kandidaten der Labour Party stimmen. Die Labour Party ist keine Freihandelspartei, obgleich ihre Kandidaten es in den Wahlreden behaupten. Das Programm der Partei enthält die schärfsten Formen des Protektionismus. So soll die Landwirtschaft subventioniert werden, um hohe Preise für landwirtschaftliche Produkte zu erzielen. Die Schlüssel- und Verkehrsindustrien sollen zu dem Zweck verstaatlicht werden, um sie subventionieren zu können . . . Vor einem Monat präsentierte der Generalrat der Gewerkschaften den Plan einer Art Schutzzollpolitik. Als aber die Wahl im Anzug war, drehte sich das Blatt: Man trat nun für den Freihandel ein. Der Daily Herald berichtet über Arthur Henderson, falls er zur Stützung des Budgets zwischen einer Verringerung der Arbeitslosenversicherung und einem Schutzzoll von 20% zu wählen hätte, würde er sich für die letztgenannte Maßnahme entscheiden. Jetzt wiederum bekämpft er jede Form des Schutzzolls, weil er preissteigernd wirke und die Reallöhne senke. Vor einem Monat war er jedoch bereit die Lebenshaltungskosten der Arbeitslosen und der in Arbeit Stehenden um 20% zu senken, anstatt einfach die Unterstützungssätze um 10% zu reduzieren.«

Daß die englische Gewerkschaftsbewegung aufgehört hat eine Freihandelspartei zu sein, haben die letzten 2 Gewerkschaftskongresse bewiesen. Besonders der Kongreß dieses Jahres war in dieser Hinsicht äußerst lehrreich. Es ist bekannt, daß außer den bedeutendsten Labourministern hervorragende Führer der Gewerkschaftsbewegung für eine Politik des Schutzzolls eintreten, so vor allem Ernest Bevin⁴. Trotzdem war es auf dem Kongreß unmöglich eine klare Stellungnahme zu formulieren. So informiert die News Chronicle ihre Leser am 5. September, beim Zusammentritt des Kongresses:

»Die Kongreßbeamten fürchten sich die Frage eines Budgetzolls zur öffentlichen Debatte zu stellen und ziehen es vor nur über industrielle Themata zu debattieren. Ein Mitglied des Generalrats erklärte mir heute, zu einer klaren Stellungnahme würde es wahrscheinlich nicht kommen. Über nichts herrscht Klarheit. Alles, was wir tun, ist; jedwede Verantwortung abzuschütteln, weshalb wir die Empfehlungen unseres Wirtschaftsausschusses auf die Schultern des Kongresses laden, der sie seinerseits wieder auf die Schultern der Hauptvorstände abwälzt. Übrigens wurde die Erhebung eines Budgetzolls nur als Notmaßnahme vorgeschlagen. Jetzt aber, da diese Notlage [durch andere Maßnahmen der Nationalregierung] behoben ist, brauchen wir uns nur noch mit rein industriellen Verhältnissen zu befassen. Ich bin dafür, daß wir das fiskalische Problem unseren politischen Abgeordneten im Parlament überlassen.«

Diese Politik der Schwäche wurde von der Wählermasse desavouiert. Wie die Bewegung zum Imperiumsgedanken steht, wurde in dieser Zeitschrift häufig genug dargelegt⁵. Das im vorigen Jahr veröffentlichte Empirememorandum der Gewerkschaften ist nicht nur protektionistisch, es propagiert vor allem ein Wirtschaftsimperium. Wenn das auf dem Gewerkschaftskongreß von 1930 nicht klar und deutlich zum Ausdruck kam, so deshalb, weil die Führer der noch im alten Schlendrian der Freihandelsdoktrin vergangener besserer Tage schlummernden Masse der Gewerkschaftsmitglieder vorauseilten. Aus Schwäche hielt man auf dem Kongreß Reden, die im Widerspruch zu dem vom Kongreß angenommenen Memorandum standen. Auch in der Innenpolitik war die Labourregierung schwächlich, gab darum auch mancher Demagogie nach. Die Quittung für diese von ihr getriebene Politik erhielt leider die Labour Party durch die Wahlen.

4) Siehe Weingartz Das Ende der Labourregierung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 839 und folgende.

5) Siehe Weingartz Auf dem Weg zum Britischen Imperium, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 III Seite 878 und folgende.



Es ist ganz verkehrt von einem Sieg der Reaktion in England zu sprechen, wie das verschiedene Tageszeitungen unserer Partei tun. Schließlich liegt es doch in der Linie einer konstruktiver Weltpolitik, wenn auf eine organische Gestaltung der Welt durch Errichtung großer Wirtschaftsimperien hingearbeitet wird. Hier erstehen dem internationalen Sozialismus neue Aufgaben. Es ist freilich noch zu früh Betrachtungen über die Politik der Nationalregierung anzustellen, es genügt festzustellen, daß sie die Richtung nehmen wird, die zur Schaffung eines produktionskräftigen Empires führen kann.

Der Ausfall der Wahlen zwingt zur Wiederauffrischung des zuerst von Joseph Chamberlain entworfenen Plans. Unter diesem Gesichtswinkel wird auch das Ergebnis der Wahlen in den britischen Kolonien betrachtet. Schon hat der canadische Premierminister Richard Bennett bekanntgegeben, die canadische Regierung würde sofort bei den Regierungen des Empires beantragen die geplante Weltreichswirtschaftskonferenz baldmöglichst in Ottawa zusammentreten zu lassen. Er sagte:

»Da sich das in Aussicht genommene Datum für den Zusammentritt der Konferenz als unpraktisch erwies, war ein Aufschub unvermeidlich. Die canadische Regierung hegt die ernste Überzeugung, daß die Schwierigkeiten, die bis jetzt bestanden haben, nunmehr beseitigt sind. Aus diesen Gründen wird sie unverzüglich an die Regierungen des Empires den Antrag stellen auf schnellste Einberufung der Konferenz in Ottawa zu drängen. Unsere Regierung ist überzeugt davon, die Konferenz wird den Grundstein zu einem dauernden festen Weltreichswirtschaftszusammenschluß legen. Die Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses war nie dringender als jetzt. Canada wird das seinige zur Erreichung des Ziels tun.«

Die Empirekonferenz, die 1930 in London tagte, war über das Gebiet der "Vorbereitungsarbeiten" nicht hinausgekommen. Der Grund lag hauptsächlich darin, daß die Labourregierung sich scheute wirklich praktische Arbeit für einen wirtschaftlichen Zusammenschluß zu leisten, weil, wie Malcolm MacDonald, der Sohn des Premierministers, ausführte, die Canadier »in wirtschaftlichen Fragen den Standpunkt eines hohen Schutzzolls vertreten, während die englischen Minister den ablehnenden Standpunkt Englands zum Schutzzoll darzulegen hatten«⁶. Unter den Premierministern der Dominions herrschte aber Klarheit darüber, daß die Konferenz in ihrem jetzigen Aufbau zu beschränkt und arbeitsunfähig ist; deshalb der Gedanke Wirtschaftsfragen gesondert von den konstitutionellen und politischen Fragen zu behandeln. So kam die Anregung außer den allgemeinen Empirekonferenzen auch noch spezielle Imperial Economic Conferences zusammentreten zu lassen, um alle das Empire betreffenden Wirtschaftsfragen zu behandeln.

Die Wahlen haben zur Evidenz bewiesen, daß die Bahn zur Schaffung des geeinten Empires frei ist. Die Freihandelsdoktrin, die ohnehin »in den Händen der Labour Party sehr schlecht aufgehoben ist«, wie Snowden in seinen Wahlartikeln immer wieder höhnisch betonte, wurde zu Grabe getragen. Die auf der vorjährigen Empirekonferenz von der Labour Party installierte Bremse hat die Wählermasse rücksichtslos vernichtet. Der australische Arbeiterpremierminister James Henry Scullin sagte, laut den Times vom 30. Oktober 1931, um seine Ansicht befragt:

»Alles, was die neue Regierung zu tun haben wird, hätte auch von der Labourregierung in Angriff genommen werden können, wäre die Partei einig gewesen. Es lag in der Macht der Regierung die finanziellen Schwierigkeiten ohne schwere Bedrückungen zu beheben. Wirtschaftliche Maßnahmen sind mit chirurgischen Ein-

6) Siehe MacDonald (Malcolm) The Imperial Conference, im Labour Magazine 1930 Seite 339 und folgende.

griffen vergleichbar, die wohl schmerzlich, aber in kritischen Augenblicken notwendig sind. Ich bedaure es aufrichtig, daß so viele erprobte Männer der britischen Labourregierung besiegt wurden. Die zu entscheidenden Fragen waren jedoch den Wählern klar und deutlich unterbreitet worden. Das Volk hat die Entscheidung getroffen. Ohne Zweifel herrscht in den Dominions große Freude über den Ausfall der Wahl.«

James Henry Thomas wird jetzt als Dominionsminister freier an die Arbeit gehen als im vergangenen Jahr, da er von der liberalen Presse mit Argwohn verfolgt wurde. Thomas hatte vor Zusammentritt der Empirekonferenz protektionistische Ansichten geäußert. Wird Snowden, der außer Lloyd George noch immer als Freihandelsapostel gelten will, auch jetzt noch in der Lage sein den Empirefreund Thomas in der Arbeit zu hemmen? Das wird nicht leicht sein. Übrigens soll Snowden, wie der Observer am 1. November berichtete, schon durch seine Bereitwilligkeit der neuen Regierung zu Dienst zu stehen bekundet haben, daß er in diesen Fragen nachgiebiger geworden ist. Wir in Deutschland brauchten freilich nicht darüber zu klagen, wenn wir in den kommenden internationalen Konferenzen Snowden nicht mehr als Finanzminister begrüßen könnten. Seine Stellungnahme im Haag, die Deutschland im Endeffekt nicht zugute kam, ist nicht vergessen.

Die englischen Wahlen des Jahres 1931 waren, wie die führenden Männer der Regierung immer wieder betonten, keine Parteiwahlen. MacDonald erklärte in seinem ersten Wahlmanifest an die Nation:

»Alle auftauchenden Probleme und die Mittel zu ihrer Lösung werde ich auf ihre praktische Anwendbarkeit aufs genaueste prüfen, wobei die theoretische Streitfrage, ob Schutzzoll oder Freihandel, keine Rolle spielt.«

Stanley Baldwin aber schrieb in seinem Manifest an die Mitglieder der Konservativen Partei am 9. Oktober:

»Ich erkenne an, daß die Lage durch die Devaluation des Sterlingpfunds verändert ist. Doch bin ich überzeugt: Die Devaluation ist kein brauchbarer Ersatz für einen vorsichtig ausgearbeiteten, der Lage angepaßten Schutzzoll. Deswegen werde ich nicht aufhören den Wählern zu sagen, daß dieser das beste Mittel zur Beschränkung der übermäßigen Einfuhr ist und ferner ein Mittel andere Länder zu veranlassen ihrerseits die Zollmauern zu erniedrigen.«

Trotz dieser nicht mißzuverstehenden Sprache des Führers der Konservativen Partei gelang es dieser der Labour Party am 27. Oktober 182 Parlamentsmandate abzunehmen. Außerdem verlor die Partei noch 10 Mandate an die protektionistische Sektion der Liberalen Partei.

Der gradezu beispiellose geistige Umschwung, der sich bei dieser Wahl vollzog, springt bei einem Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Parlament am deutlichsten in die Augen. Bekanntlich gab es bei Schaffung der Nationalen Regierung nicht nur Absplitterungen in der Labour Party, auch die Liberale Partei spaltete sich in 3 Teile: in absolute Protektionisten unter Führung von Sir John Simon, beschränkte Protektionisten unter der Führung Sir Herbert Samuels und die aus 4 Familienmitgliedern bestehende Lloyd-George-Gruppe liberaler Freihändler. Das neue Parlament setzt sich wie folgt zusammen: Die Gesamtstärke der Regierungspartei beträgt 554; hiervon entfallen auf die Konservative Partei (der Name führt irre, da ja grade diese Partei eine radikale Wendung zu einer neuen Politik Englands bewirken will) 471 (gegen 268 im alten Parlament), auf die Nationale Arbeiterpartei 13, auf die Nationalen Liberalen 65, auf Unabhängige 5. Die Gesamtstärke der Opposition beträgt 61, hiervon entfallen auf die Labour Party 51, auf die Liberalen 7, auf die Independent Labour Party 3. Die Stimmzahlen für die einzelnen Parteien sind diese: Die Konservativen

erhielten 11 872 482 (gegen 8 664 243 im Jahr 1929), die Nationale Arbeiterpartei 346 330, die Nationalen Liberalen 1 973 980, Unabhängige 96 833, die Regierungskoalition also insgesamt 14 289 625. Gegen die Regierung wurden im ganzen 7 327 846 Stimmen abgegeben; davon erhielten die Labour Party 6 617 108 (gegen 8 362 594 im Jahr 1929), die Liberalen 346 330 (gegen 5 300 947), die Independent Labour Party 256 648, die Kommunistische Partei 70 844, die Mosleypartei 36 916. Ein Detail noch: Von den 13 Frauenabgeordneten gehört keine einzige der Labour Party an; auch Margaret Bondfield, ehemals Arbeitsminister, wurde nicht wiedergewählt.



AS bedeutet nun der Ausfall der britischen Wahlen für Europa und für die Welt? Man kann vielleicht eine ganz klare Antwort darauf nicht geben. Weniger der Sache als der Form wegen, in der sich die neue Entwicklung vollziehen wird. Man liebt in England keine prinzipiellen Entscheidungen. Man sucht, wie André Siegfried in seinem aufschlußreichen Buch über die englische Krise ausgeführt hat, einer klaren Entscheidung des Entweder-Oder auszuweichen. Deswegen ist aber doch die Linie der Politik ganz bestimmt, und sie führt in mancherlei Windungen zu einem Ziel.

Die Zusammensetzung des neuen englischen Parlaments bedeutet die entschlossene Wendung zum Schutzzoll, die den Aufbau des Empires ermöglicht. Wir stehen jetzt mutatis mutandis da, wo vor einem Vierteljahrhundert Joseph Chamberlain durch den liberalen Wahlsieg unterbrochen wurde. Jener Wahlsieg verhinderte die Entwicklung eines British Empire, das sich dann aus Eignem erhalten und fortentwickeln könnte, ohne es nötig zu haben die Kräfte anderer niederzuhalten. Dieses Vierteljahrhundert hat uns den englisch-deutschen Krieg gebracht und hinterdrein den englisch-französischen Krieg im Nachkrieg. Die Balance-of-power-Doktrin war in England nie mächtiger als in dieser Nachkriegsperiode, in der MacDonalld ihre Existenz bestritt. Eine Abkehr von der Politik die europäischen Mächte gegen einander aufzuhetzen und die jeweils mächtigste zu schwächen kann eben nur dann erfolgen, wenn das Britische Weltreich seine Produktivkräfte wieder in die Höhe bringt und so aus Möglichkeiten eignen Schaffens, nicht fremder Ausbeutung lebt. Natürlich ist das noch ein weiter Weg. Auch wenn man jetzt das Empire aufzubauen beginnen wird, wird damit die Balance-of-power-Politik noch lange nicht begraben. Niemand verzichtet freiwillig auf Möglichkeiten, die ihm Vorteil bringen, am allerwenigsten das Volk des zwar nicht heiligen, aber gesunden Egoismus: das Angelsachsen-tum. Also wir werden natürlich zunächst wieder eine antieuropäische Politik Englands bekommen. Aber es ist doch ein großer Unterschied gegen früher, wenn wir wissen, daß eine Regierung, die auf protektionistischer Basis das eigne Reich festigen will, es nicht mehr als Lebensnotwendigkeit zu empfinden braucht andere zu stören. Wer selber ein Wirtschaftsimperium aufbaut, bekommt schließlich auch ein Verständnis dafür, daß andere, in diesem Fall Kontinentaleuropa, das gleiche tun.

Gewiß kommt solches Verständnis nicht von selbst. Man muß es der Gegenseite beibringen. Und das kann Europa nur, wenn es sich eben entschlossen von der angelsächsischen Vormundschaft befreit und zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließt. Nie war die Situation dazu günstiger als jetzt.



MAX COHEN · AUGENBLICKSLÖSUNG ODER DAUERLÖSUNG?



ICH warne vor Augenblickslösungen unter dem Druck dringender materieller Not. Sie würden, auf die Dauer gesehen, schlimmere Folgen haben als der gegenwärtige Zustand.« Dies sagte der Reichskanzler Heinrich Brüning am 13. Oktober, in seiner Regierungserklärung vor versammeltem Reichstag. Es ist eine programmatische Formulierung, und man kann über sie Genugtuung empfinden. Diese Auffassung entspricht in der Tat der Schwere der Situation, in der sich das deutsche Volk jetzt befindet, und die keine Augenblickslage sondern die Folge einer jahrzehntlangen Versäumnis ist. Aber eine noch so ernst abgegebene Erklärung kann uns heute nicht mehr das Gefühl der Sicherheit geben, es muß auch Ernst mit ihr gemacht werden. Nachdem wir gesehen haben, daß selbst jene Tat, die als entscheidend angesehen werden muß: die Rundfunkrede, in der der Reichskanzler am 23. Juni seinen Entschluß verkündet hatte mit Frankreich zusammenzuarbeiten, bis jetzt ohne sachliche Konsequenz geblieben ist, dagegen von verschiedenen Seiten neue Augenblickslösungen gesucht oder propagiert werden, sind wir nicht mehr berechtigt den unbezweifelbaren Ernst, mit dem Brüning seine Entschlüsse faßt und verkündet, schon mit der notwendigen Tat gleichzusetzen. Jeder klaren Entscheidung des Regierungschefs folgte bis jetzt eine Abirrung der Regierung. Gewiß, in alledem kann man eine bestimmte taktische Absicht sehen. Es sollte vielleicht der durch die systematische Arbeit bestimmter, von außen inspirierter oder dirigierter Kräfte irreführten und verblendeten deutschen Öffentlichkeit klar werden, daß es keinen andern Weg gibt als den am 23. Juni gezeichneten; und deswegen mußten auch noch die Scheinwege beschriftet werden, so daß jedermann sehen konnte, wie sie nicht weiterführten. Aber diese politische Lehrstunde zieht sich zu lange hin, die schlimmen Nöte der deutschen Gegenwart geben für solchen gutgemeinten Unterricht heute kaum noch die genügende Zeit.

Inzwischen kommt man wieder von gewissen Seiten mit Rezepten, die die kranke deutsche Wirtschaft augenblicklich kurieren sollen. Das bösartigste unter ihnen ist die Inflation. Zu ihr sucht man die Regierung zu bringen. Wenn wir auch das Vertrauen haben, daß sie sich dazu nicht drängen lassen wird, so ist schon die bloße Propaganda unheilvoll. Man muß endlich Schluß mit allen Augenblickslösungen machen, die heute auch noch nicht einmal für die kürzeste Zeit zu helfen vermöchten. Denn man hat deren in der schlimmen Nachkriegszeit bereits allzu viele gesehen. Die verhängnisvollste war der Ruhrkrieg 1923, von dem kurzsichtige deutsche Politiker und Wirtschaftler eine Dauerlösung erwartet hatten, während er in Wirklichkeit ein gigantisches Beispiel des Ausweichens vor einer Dauerlösung war, die niemals im Kampf gegen Frankreich sondern nur gemeinsam mit ihm zu erlangen ist. Es lohnt heute nicht mehr all die weiteren Lösungsversuche mindern Grades der 8 Jahre, die seitdem verstrichen sind, aufzuzählen. In diesem Jahr ging es nicht anders zu. Auch der Hooverplan des Schuldenfeierjahrs und die Abmachungen über die Kreditstillhaltung sind schließlich nur Augenblickslösungen. Allerdings, wir haben die seit 1918 so populäre Atempause. Aber wenn wir sie nicht dazu benutzen eine Dauerlösung herbeizuführen, stehen wir am Ende der Augenblickshilfe schlechter da als zuvor.

So sehr man dem Reichskanzler in seiner Abweisung von Augenblicks-lösungen zustimmen muß, so ist es doch notwendig vor einem Trugschluß zu warnen: nämlich vor dem, daß im Augenblick eine Lösung überhaupt nicht möglich ist, wir sie daher auch gar nicht versuchen sollen. Nein, sie ist sehr wohl möglich, aber nur, wenn sie den Beginn einer Dauerlösung darstellt. Hätten wir den Weg, der zu ihr führt, überhaupt nur einmal richtig beschritten, so hätten wir bald bemerkt, daß auf ihm die Schwierigkeiten des Augenblicks viel besser zu beseitigen sind als durch das ewige Hin-schleppen von einer kurzen Frist zur andern.



LLER deutschen Politik der Nachkriegszeit fehlte es an Mut und bis zur Reichskanzlerschaft Brüning's auch an Einsicht. Wenden wir den Blick von der Vergangenheit zur Zukunft, so müssen wir indes feststellen: Auch jetzt noch, und erst recht jetzt, ist es möglich das, was falsch gemacht wurde, richtig zu machen. Man braucht nicht noch eine Generation aufzuopfern. Die letzten Wochen haben deutlich gezeigt, was zu tun ist und sofort getan werden kann.

Die Unterredungen, die Pierre Laval in Washington mit Herbert Hoover hatte, von dem plumpen, aber sehr aufschlußreichen Intermezzo des Senators William Edgar Borah ganz zu schweigen, haben klar erwiesen, daß die europäische Not nicht durch Amerika beseitigt werden kann. Aber auch, daß der europäische Kontinent, auf sich selber gestellt, seine Not zu bannen vermag. Es gibt nur *eine* Hilfe, und sie kommt von der Kooperation Deutschlands mit Frankreich. Der französische Ministerpräsident ist sich über diese Folgerung völlig klar, und er geht tatkräftig daran sie in die Praxis umzusetzen. Der deutsche Reichskanzler müßte ihm an Folgerichtigkeit und Entschlossenheit mindestens gleichkommen. Denn Deutschland ist es, dem sonst die Gefahr der Vernichtung droht. Daß die Beibehaltung des angelsächsischen Kurses, der das Schicksal Deutschlands seit 1918 war, weder zu einer dauernden noch zu einer augenblicklichen Lösung führt, kann auch unseren Anglo- und Amerikanomanen nicht länger verborgen bleiben. Von England-Amerika ist eine direkte Verständigung Deutschlands mit Frankreich bis jetzt stets verhindert worden. Immer mischte sich eine angelsächsische Macht ein, wenn es so weit war; und mit Beteuerungen, daß man ja nur die deutsch-französische Freundschaft fördern wolle, bewirkte man die deutsch-französische Entfremdung. Was sollte uns jetzt aber hindern ohne Dritte, wie von französischer Seite immer wieder verlangt wird, mit Frankreich ein gemeinsames Programm des europäischen und speziell des deutschen Wiederaufbaus aufzustellen und sofort durchzuführen? England hat zurzeit alle Hände voll zu tun, um seine eignen Angelegenheiten wieder in Ordnung zu bringen. Die Nationalregierung wird sie vielleicht meistern, und es sei ihr aller Erfolg gewünscht, um so mehr, als sie es dann nicht mehr nötig haben wird sich in die kontinentaleuropäischen Angelegenheiten zu mengen. Und Amerika? Hoover und Borah haben uns demonstriert, was es Europa bieten kann: nämlich nichts. Aber es wurde bei dieser Gelegenheit auch offenbar, wie stark Frankreich durch seine besonnene Wirtschaft und seine konstruktive Politik geworden ist: so stark, daß *gegen* Frankreich überhaupt heute nichts erreicht werden kann, *mit* Frankreich aber, wenigstens in Europa, alles, was die Produktivkräfte überhaupt zu schaffen vermögen. In der oben bereits zitierten Regierungserklärung am 13. Oktober

tat der Reichskanzler eine Äußerung, aus der man die Hoffnung schöpfen könnte, daß er die vorliegende Aufgabe begriffen hat. Er sagte: »Die Leitung des Außenministeriums wird in meiner Hand liegen. Ich werde die Außenpolitik im Geist der Besprechungen der letzten Wochen, vor allem der jüngsten deutsch-französischen in Berlin, fortführen.« Aber jetzt kommt es nicht mehr auf die Bereitschaftserklärung in Worten an sondern auf ganz bestimmte Handlungen. Dies vornehmlich auf 2 Gebieten: auf dem der Rüstungs- und auf dem der Reparationspolitik. Darüber hinaus ist aber auch der allgemeine Wille notwendig die außenpolitischen Tagesstreitigkeiten zu beenden, die immer wieder geführte Kampagne gegen Frankreich einzustellen, damit auch die Lösung der Ostfragen (deren Bedeutung an sich unverändert bleibt) einer spätern, europäischen Zeit zu überlassen.

Es ist kaum anzunehmen, daß Brüning nicht erkennen sollte, wie wenig die Abrüstungsforderungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Englands mit pazifistischer Gesinnung zu tun haben, und wie sehr sie das Streben verraten den europäischen Kontinent in den Herrschaftsbereich des Angelsächsentums einzugliedern. Dieses Streben ist aussichtslos, solange Frankreich in seiner jetzigen Stärke dasteht; eine wesentliche Verminderung seiner Kräfte würde die Möglichkeit eines europäischen Kriegs näherücken, eines Kriegs, in dem vor allem Deutschland der Kriegsschauplatz sein würde, wie Erich Ludendorff, der als Militär immerhin den Zivilstrategen der Zeitungen überlegen ist, kürzlich in einer Schrift eindringlich klagemacht hat. Ließen sich die angelsächsischen Reiche von bloßer Friedensliebe leiten, so hätten sie bei sich zu Hause vollauf Gelegenheit sie zu betätigen und zur See dergestalt ernsthaft abzurüsten, daß die immer wieder proklamierte Freiheit der Meere auch eine Freiheit für die anderen Nationen wird. Aber jeder weiß, daß sie gar nicht daran denken, daß sie vielmehr ihre absolute Herrschaft auf dem Meer aufrichten und beibehalten wollen. Vor wenigen Wochen hat Lord Robert Cecil in Genf ganz deutlich ausgesprochen, worauf es England bei der Abrüstung ankommt: daß nämlich Flugzeuge und Unterseeboote, also diejenigen beiden Waffen verschwinden, mit denen Frankreich den Kontinent vor angelsächsischer Umklammerung zu schützen vermag. Und warum dokumentieren die Vereinigten Staaten von Amerika ihre tiefe Friedensgesinnung, derenwegen sie allein doch dem widersetzlichen Frankreich die Abrüstung aufzwingen wollen, nicht dadurch, daß sie die übrigen Staaten ihres Kontinents in Frieden und Selbstbestimmung leben lassen? Nein, Europa und damit Deutschland hat nicht das mindeste Interesse daran, daß Frankreich abrüstet, ehe das wirkliche Weltgleichgewicht hergestellt ist. Dieses besteht so lange nicht, als der europäische Kontinent, zersplittert, kein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden kann. Ist der Vereinigte Europäische Kontinent einmal geschaffen, so kann und wird auch Frankreich zu Land ruhig abrüsten. Aber nicht eher. Frankreich denkt auch nicht einen Augenblick daran; die nationale Sicherheit ist ihm, wie Laval ruhig erklärte, kein Handelsobjekt. Deutschland versteht seine eignen Interessen schlecht, wenn es in der Abrüstungsfrage unentwegt im angelsächsischen Kielwasser schwimmt. Wir müssen endlich aufhören diese Frage lediglich unter dem Gesichtswinkel des verlorenen Kriegs anzusehen, der nur die Mittelmächte zur Abrüstung zwang. Ganz gewiß, dieser Zustand ist für das deutsche Selbstgefühl schwer zu ertragen, und er kann und darf nicht von Dauer sein. Aber seine Beseitigung kann eben nur im Verein mit

einem befreundeten Frankreich erreicht werden. Auch für die Lösung der Ostfragen, die nicht minder schwer das deutsche Nationalgefühl bedrücken, gilt das gleiche. Der Senator Borah kann an der deutschen Grenze im Osten auch nicht einen einzigen Grenzstein verrücken; denn, wie Walther Maas hier vor 4 Wochen in seiner eingehenden und durch die Fülle des Materials beweiskräftigen Untersuchung über die Korridorfrage feststellte, »nicht Amerika, nur Europa hat hier das Wort«.

Auch in der Reparationsfrage, deren Neuregelung unerlässlich ist, da Deutschland jetzt und in naher Zukunft kein Geld hergeben kann, muß mit aller Offenheit das Notwendige gesagt werden. Eine Lösung ist nur möglich, wenn Deutschland sich endlich dazu entschließt klar auszusprechen, daß es sehr wohl zwischen der Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung und der Zahlung der sogenannten Kriegsschulden zu unterscheiden weiß, daß es jene Wiedergutmachung ebenso aufrichtig zu leisten bereit ist wie es irgendeine Zahlung für Kriegsschuldenzwecke ablehnt. Die Anerkennung der Wiedergutmachungspflicht läßt sehr wohl zu, daß man sich über ihre Höhe und die Art ihrer Leistung mit Frankreich verständigt; es gibt Anzeichen genug, aus denen wir schließen können, daß wir dabei auch in der Höhe mit einem Entgegenkommen rechnen und vor allem unsere Verpflichtung in der Form von Sachlieferungen werden erfüllen können, die nicht zuletzt der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterklasse selber zugute kommen. Dem Charakter der bloßen Wiedergutmachung entsprechend, die im Versailler Vertrag ausdrücklich im Prinzip anerkannt wurde (im Gegensatz etwa zum Frankfurter Vertrag von 1871, der Kriegsentschädigung festsetzte), müssen wir bei Verhandlungen über eine Neuordnung der Reparationen darauf bestehen, daß wir sie *nur* denjenigen Ländern leisten, die verheerte Gebiete zu beklagen hatten, in der Hauptsache also Frankreich und Belgien. Der Anspruch Englands ist sehr fragwürdig, zumal England schon sich mit unseren Kolonien, unseren Schiffen und der einträglichen Liquidierung der meist im englischen Machtbereich liegenden deutschen Handelsniederlassungen vorweg bezahlt gemacht hat, falls es überhaupt ein Recht auf solche Zahlung hatte. Amerika aber hat keinerlei Anspruch; es ist doch dasjenige Land, das durch den Krieg alles gewonnen und nichts verloren hat. Es war ein moralischer Widersinn, daß Amerika im Jahr 1926 von Frankreich die Anerkennung des Mellon-Bérenger-Abkommens verlangte, das für in einem gemeinsam geführten Krieg geliefertes Kriegsmaterial eine nachträgliche Zahlung in Form von Kriegsschulden festsetzte. Frankreich hat sich zwar in jenem Jahr, in dem es von allen Seiten bedrängt wurde, zum Abschluß dieses Abkommens bereit erklärt. Aber mit so starken moralischen Vorbehalten gegen die in der Tat vom sittlichen Standpunkt aus unberechtigte Forderung Amerikas, daß Amerika sich einer von Europa und vornehmlich von Deutschland und Frankreich gemeinsam geführten Revisionskampagne, die von dem moralischen Gewissen der Welt gebilligt werden würde, auf die Dauer nicht widersetzen könnte. Kein Land unseres Kontinents hat auch nur das geringste Interesse daran, daß aus Europa diese Tribute, die Deutschland aufbringen muß, nach Amerika fließen.

Es ist in Deutschland viel zu wenig bekannt, daß die Haltung des Reparationsagenten Parker Gilbert viel dazu beigetragen hat die Zahlungen auf ihre uns jetzt bekannte Höhe zu bringen. In seinem letzten Bericht legte Parker Gilbert dar, das Ergebnis der 4 Dawesjahre hätte dem Daweskomitee

recht gegeben, das Deutschlands normale Leistungsfähigkeit auf jährlich 2½ Milliarden Mark festgesetzt habe. Übermäßig groß ist der Anteil, der von den deutschen Gesamtzahlungen an Amerika fällt. Von den Deutschland im 1. Zeitabschnitt 1929-1930 bis 1965-1966 nach dem Youngplan auferlegten Gesamtzahlungen von 76,9 Milliarden Mark gehen 50,7 Milliarden als sogenannte Außenzahlungen nach Amerika, und nur den Rest von 26,2 Milliarden erhalten die europäischen Länder, die allein auf eine Wiedergutmachung Anspruch haben. Von den im 2. Zeitabschnitt 1966-1967 bis 1987-1988 zu zahlenden 33,8 Milliarden erhalten die Vereinigten Staaten von Amerika aber alles, Frankreich und die übrigen europäischen Staaten nichts. Da sage einer, daß die indirekte Beteiligung der Vereinigten Staaten an den Reparationsverhandlungen uns nichts genützt hätte. In Deutschland aber richtet man in (bewußter) Unkenntnis der Tatsachen die Abwehr nur gegen Frankreich, während man vorgibt, Amerika werde unser Retter sein.

Also eine Ermäßigung der Reparationsschuld ist nur zu erlangen, wenn Deutschland mit Frankreich zusammen die Beseitigung der Schuldenzahlungen an Amerika verlangt. Frankreich allein kann das nicht tun, und es wird erst recht nicht für diese Beseitigung den Preis seiner Sicherheit zahlen. Wie könnte es auch das? Es ist schon einmal, gleich nach dem Friedensschluß, von Amerika und England im Stich gelassen worden, die den Frankreich zugesagten Garantiepakt schließlich verweigerten. Auch das Genfer Protokoll, das ihm inunerhin eine Art Sicherheit hätte geben können, wurde von England zu Fall gebracht. Was bleibt Frankreich schließlich anderes übrig als in eignen Rüstungen seine Sicherheit zu suchen? Wenigstens, solange nicht der allerdings einzig wirkungskräftige europäische Sicherheitspakt abgeschlossen ist: das deutsch-französische Bündnis.



IE Notwendigkeit die deutsche Politik auf den Weg zu leiten, der zu diesem Ziel führt, also nach Paris, nicht nach Washington, ergibt sich aus der Überlegung, daß das französische Interesse am deutschen Wiederaufbau objektiv begründet ist, ganz anders als das Amerikas. Auch Amerika ist die Entwicklung in Europa nicht gleichgültig. Es möchte sich diesen so stark bevölkerten Kontinent gern als Käufer erhalten. Aber in irgendeiner Schicksalsgemeinschaft steht es weder mit Europa noch im besondern mit Deutschland. Wohl aber besteht diese Gemeinschaft für Deutschland und Frankreich. Das französische und das deutsche Volk sind Schicksalsgenossen, beide an die Zukunft des Kontinents gebunden, und jedes von ihnen auch von der Entwicklung des andern abhängig. Grade diese gegenseitige Abhängigkeit auf allen wesentlichen Gebieten sollten wir nie aus dem Auge verlieren. Und deshalb sollten wir froh darüber sein, daß die Lage Frankreichs, auch wenn es von den europäischen Schwierigkeiten nach und nach stärker berührt wird, doch noch gut, daß Frankreich das bei weitem gesündeste Land Europas, vielleicht der Welt ist. Mit diesem in der Hauptsache unerschütterten Frankreich müssen und können wir eben so schnell wie möglich zu zweit uns an den Verhandlungstisch setzen: wie dies Laval noch auf seiner Heimfahrt an Bord der Isle de France gewünscht hat. Wieder warnte der Temps, am 31. Oktober, wie schon zur Zeit der Ministerbesuche, vor der Einmischung Dritter. Was sie uns gebracht hat, wissen wir. Und der Reichskanzler wird ohne Zweifel auch wissen, daß der Schweizer Nationalrat Jakob Albert Oeri durchaus das Richtige trifft, wenn er in den Basler Nachrichten am 31. Oktober die

deutsche Besorgnis in Verhandlungen allein mit Frankreich einem zu starken politischen Druck ausgesetzt zu sein für unbegründet erklärt; das natürliche Bestreben Frankreichs gehe dahin »etwas wie eine politische Stillhaltegarantie von Deutschland zu bekommen«, wofür dann Deutschland ein Mindestmaß des Allernötigsten an Revisionsforderungen bewilligt erhalten müßte.

Der Nebel der Frankreichfeindschaft, der sich vom Kanal her über Deutschland verbreitet hat, muß von der deutschen Regierung endlich verscheucht werden, damit Deutschland in kürzester Frist Wirtschaftshilfe von Frankreich erlangt. Vor allem notwendig ist, daß wir die unerträgliche kurzfristige Auslandsverschuldung los werden, und daß sie durch langfristige Anleihen ersetzt wird, die uns in stand setzen unsere Wirtschaft in vollem Umfang wiederaufzunehmen. Für die nach Beendigung des Stillhalteabkommens weiter zurückfließenden Beträge brauchen wir Ersatz in wirklichem, ehrlichem Geld, nicht in Inflationsscheingeld. Man kann nicht scharf genug gegen das Spielen mit dem Trugmittel der Inflation Einspruch erheben. Die notwendige Senkung der Kosten unserer industriellen Erzeugung darf nur offen und ehrlich auf dem Weg der Herabsetzung sämtlicher Einnahmen und Preise durchgeführt werden. Daß auch die Arbeiterklasse Opfer zu bringen versteht, wenn es wirklich das Gesamtinteresse erfordert, hat sie zur Genüge bewiesen, indem sie zum Beispiel der 10-Stunden-Woche zustimmte, die doch für die in Arbeit Stehenden einen Lohnausfall bedeutet. Aber die Arbeiterklasse ist auch die einzige, die bis jetzt solchen Gemeinsinn bewiesen hat. Man wird von der Unternehmerschaft nun mindestens das gleiche verlangen müssen und vor allem darauf zu sehen haben, daß alles deutsche Vermögen auch wirklich dem deutschen Volk und der deutschen Arbeit zugute kommt, nicht zum Schaden Deutschlands im Ausland liegt. Eine Inflation, gleichviel in welcher Form sie durchgeführt würde, und mag sie auch ihren Namen mit Entrüstung ablehnen, bedeutet einen Betrug grade an dem arbeitsamen und pflichttreuen Teil des deutschen Volks, an jenen, die nach dem großen Raubzug der ersten Inflation nun doch wieder nach ihren Kräften mit richtiger Arbeit begonnen haben, genügsam Stein auf Stein legten, sich das Notwendigste absparten und so mit materiell Zurückgelegtem auch ein neues Vertrauen zu Deutschland aufrichteten. Es ihnen zum zweitenmal zu nehmen wäre ein Verbrechen, das zu einem vollständigen Niederbruch des Volks führen muß. Was unumgänglich ist, um das deutsche Land und die deutsche Wirtschaft zu retten, soll direkt geschehen. Dazu gehört vornehmlich auch die Entschuldung der Landwirtschaft. Man muß der städtischen Bevölkerung das richtige Verständnis für die Bedeutung der agrarischen Produktion beibringen; das kann ebenso schnell wie gründlich geschehen. Mit allen antiagrarischen Tendenzen muß aufgeräumt werden. Dann wird auch die städtische Bevölkerung nicht die Opfer versagen, die nun einmal notwendig sind, um die deutsche Landwirtschaft, das Fundament der deutschen Produktion überhaupt, zu retten. Das größte Verhängnis aber wäre es, wenn die Vertreter der Landwirtschaft wirklich ihre Hilfe in der Inflation sähen. Nein, es geht nicht nur *auch* ohne sie, sondern es geht *nur* ohne sie. Vom Reichskanzler und vom Reichsbankpräsidenten wissen wir, daß sie sich in feierlicher Erklärung verpflichtet haben die Währung zu halten. Man wird erwarten und verlangen dürfen, daß sie sich von keiner Seite und durch keine Macht dazu treiben lassen von ihrem Versprechen abzugehen. Denn in dieser Frage steht alles auf dem Spiel.



WILL der neugeschaffene Wirtschaftsbeirat eine wirkliche Funktion ausüben, so kann er dies nur, wenn er die Reichsregierung in dieser Sache mit allen Kräften unterstützt. Dieser Wirtschaftsbeirat ist freilich alles andere als eine Ständekammer, wie er von einem Berliner Frühmittagsblatt etwas voreilig genannt wurde. Wenn er, wie das der Reichskanzler im Reichstag am 16. Oktober aussprach, ein Ausschuß sein soll, der keine parteipolitischen Gegensätze kennt, sondern, »nur aus Sachverständigen bestehend, die Brücke über alle Parteien bilden und in seinen Beratungen dieses Kabinetts in jeder einzelnen Maßnahme unterstützen soll«, so reicht seine Zusammensetzung in keiner Weise dazu aus. Es war höchst überflüssig neben dem bestehenden Reichswirtschaftsrat, den man besser aus seiner Vorläufigkeit endlich erlösen sollte, noch einen besondern Wirtschaftsbeirat zu bilden, in dem wesentliche Volksteile überhaupt nicht vertreten sind. Am überflüssigsten in einem Augenblick, da von der Vollversammlung des Völkerbunds eine von dem italienischen Korporationsminister Giuseppe Bottai vorgeschlagene Resolution angenommen wurde, die eine direkte Vertretung der verschiedenen nationalen Wirtschaftsräte beim Völkerbund fordert. Nun, man wird abwarten, was der neue Wirtschaftsbeirat zutage fördert. Vorläufig ist er, nach kurzer allgemeiner Aussprache, vertagt worden. Das ist ein gutes Zeichen. Denn es beweist die Vordringlichkeit der außenpolitischen Fragen, von deren Beantwortung auch die Lösung der Wirtschaftsprobleme abhängt. Man ist jetzt vor die Entscheidung gestellt, ob man den Weg der Kooperation mit Frankreich beschreiten will, der wirkliches Geld in die deutsche Wirtschaft bringt, oder den, der zur Inflation führt. Der Reichskanzler, der den erstgenannten Weg geht, wird den Millionen von deutschen Sparern sagen können, daß er ihre mühsam erarbeiteten Spargroschen gerettet und mit der Überwindung der Augenblickskrise den dauernden Aufstieg ermöglicht hat.

Seit dem Krieg ist keine deutsche Regierung vor eine Verantwortung von solcher Schwere gestellt worden wie diejenige, deren Führung in den Händen Heinrich Brüning's liegt. Es gibt jetzt nur noch eins; und das ist die Dauerlösung. Sie ist keine Augenblickslösung von der Art, vor der der Reichskanzler gewarnt hat. Aber doch eine Augenblickslösung von einer höhern Art. Denn der Beginn der Dauerlösung kann die Krise sehr wohl auch *im* Augenblick überwinden, aber eben nicht nur *für* den Augenblick.

JULIUS KALISKI · WIEDERGUTMACHUNG ALS SELBSTHILFE



VON Zeit zu Zeit muß man daran erinnern, daß Deutschland einen Krieg verloren hat: einen Krieg von 4 Jahren mit unermesslichen Blutopfern, mit Vernichtung ungeheurer materieller und seelischer Werte. Nun galt es das, was schlecht gemacht war, wieder gut zu machen, vor allem die verheerten Gebiete Nordfrankreichs neu aufzubauen. Dies wurde nach dem Waffenstillstand und dem Friedensschluß nicht nur als eine uns auferlegte Last sondern auch als eine sittliche Pflicht empfunden: nicht nur gegenüber dem Land, das verwüstet dalag, sondern vor allem gegenüber dem neu zu errichtenden Europa. Der Produktionsgedanke bestimmte die Verpflichtung zur Wiedergutmachung, wie man die Arbeit, die nun in Angriff zu nehmen

war, anfangs allgemein nannte. Dieses schlichte und verständliche Wort Wiedergutmachung wurde aber bald durch das übernommene fremde Wort Reparation ersetzt, und mit dem Ausdruck wechselte auch sein Inhalt. Er wurde sachlich und moralisch entleert. Der Wiederaufbausinn verschwand, an die europäische Notwendigkeit dachte man nicht mehr, und bald sprach man von einem Tribut an den Feind. Wenn jetzt das Wort Reparationswende in der deutschen Öffentlichkeit heimisch zu werden scheint, so ist es um so mehr angebracht Wort und Wesen der Wiedergutmachung zum Maßstab der Beurteilung aller Pläne und Formen der Reparationspolitik zu machen, weil damit in vielen Fällen ein Schutz gegen Abirrungen, Mißdeutungen und Fehlschlüsse geschaffen werden könnte, wo an sich guter Wille aus Mangel an Führung den Weg zu verlieren droht.

Ursprünglich lag der Wiedergutmachung der Plan zugrunde mit deutschen Arbeitern und deutschen Erzeugnissen Frankreichs verwüstete Stätten aufzubauen und durch diese Leistung die deutsch-französische Zusammenarbeit der Zukunft zu begründen, die zu einem einheitlichen kontinentaleuropäischen Schaffensgebiet führen muß. In Frankreich wurde dieser Gedanke von Politikern und Wirtschaftlern aller Richtungen begriffen und mit wechselnder Energie bis zum heutigen Tag vertreten. In Deutschland wurde er zumeist überhört oder abgelehnt; nur kleine Gruppen neigten ihm zu, und die katholische Jugend, das sei ihr nicht vergessen, bekannte sich aus Gewissensgründen zu ihm und unternahm es selber im verwüsteten Gebiet Hand anzulegen. Die politischen Parteien versagten völlig. Wenn die politische Rechte Deutschlands die Linksparteien als die glühenden Vertreter einer deutsch-französischen Verständigung denunziert, so befindet sie sich, falls sie das überhaupt ernsthaft tut, in einem grundlegenden Irrtum, besonders für die Zeit der ersten Jahre nach dem Krieg, in denen das Unheil in den deutsch-französischen Beziehungen fundiert worden ist. Was immer in Rechtskreisen gegen Frankreich geschrieben und gesprochen wird, stammt aus dem Arsenal der Linken, und keiner Kunst kann es gelingen die Spuren zu verwischen. Vielleicht ist es grade das Bewußtsein der im Grunde einheitlichen außenpolitischen Front, das der Rechten die Methode eingibt sich von der Linken außenpolitisch dadurch zu distanzieren, daß sie zwar in den Geistesbahnen der Linken, vor sich das angelsächsische Licht, marschiert, aber zugleich den Weg als ihren ureigenen, im Gegensatz zu dem der Linken, bezeichnet. Gemeinsam sind die Mißerfolge, die im einzelnen aufzuzählen nur Wiederholungen bedeuten würde, auch wenn die Parolen wechselten.

Einen Versuch aus dieser außenpolitischen Einheitsfront auszubrechen machte vor 8 Jahren die Deutschnationale Volkspartei. Auf ihrem Görlitzer Parteitag im Jahr 1922 schickte sie sich dazu an, indem sie erklärte Frankreich bessere Garantien für die Wiederaufbauforderungen geben zu wollen als sie die Besetzung deutschen Gebiets gewährte. Aber das war nur eine Episode. Die Furcht vor der Bezeichnung weniger patriotisch zu sein als die Konkurrenten im innerpolitischen Streit ließ schneller zurückweichen als man vorgetastet hatte; es wurde still von diesem deutschnationalen Angebot ernsthafter Garantien an Frankreich, die alte Propaganda glühte auf, der agitatorische Wettbewerb im Land wurde erfolgreich geschlagen. Es hatte der Linken also wieder einmal nichts genützt der Rechten "den Wind aus den Segeln zu nehmen". Ein weiterer Versuch die Wiederaufbaupolitik in Deutschland zu beleben ging von Hugo Stinnes aus. Es spricht gewiß für

seine leider oft fehlangewandte Begabung, daß er auf der Höhe seiner Macht die Gefahr der Kampfstellung gegen Frankreich für die deutsche Wirtschaft erkannte und sich zu einer resoluten Wendung seiner bisher geübten Politik des Nichtwiederaufbaus entschloß. Es waren seine mit Erfolg gekrönten Verhandlungen mit französischen Organisationen unter der Führung des Senators Guy de Lubersac über Lieferungen und Arbeiten für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs. Von neuem erhob sich ein Sturm sogenannter nationaler Entrüstung vornehmlich von links gegen den Mann, der plötzlich mit dem "Erbfeind" paktierte, um neue Geschäfte zu machen, da die alten an Aussicht verloren hätten. In diese Anklagen stimmten auch sozialdemokratische Blätter ein, mit der besondern Note, daß es dem Privatkapital nicht erlaubt werden dürfe Wiederaufbaupolitik zu treiben, da sie dem Staat vorbehalten bleiben müsse. Wir, die der Geschäftspolitik Hugo Stinnes', wo sie fehlging und schlimm wirkte, von Anbeginn mit der erforderlichen Entschiedenheit entgegengetreten waren, zu einer Zeit, als er ob seiner inflatorischen Erfolge fast ungeteilte Bewunderung gefunden hatte, sprachen ihm das Recht zu deutsch-französischen Verhandlungen auf geschäftlicher Basis selbstverständlich zu, und zwar mit der auch heute stichhaltigen Begründung, daß der jahrelange Verzicht Deutschlands auf eine (an sich natürlich einzig richtige) staatliche Wiederaufbaupolitik es nicht nur ermögliche sondern sogar notwendig mache, daß das Privatkapital in diese offen gehaltene Lücke einspringe, wenn es auch aus eigensüchtigen Motiven geschähe. Stinnes zeigte sich dem gegen ihn entfachten Sturm als Persönlichkeit nicht gewachsen, er kapitulierte gegen bessere innere Überzeugung, die er in engeren Kreisen dahin erläuterte, daß sein Abkommen mit den französischen Organisationen als Versicherungsvertrag gegen die Arbeitslosigkeit Deutschlands geeignet und notwendig sei. Selbst die von ihm erworbene Deutsche Allgemeine Zeitung nahm am Ende gegen die deutsch-französische Zusammenarbeit Stellung, und so war wieder die berühmte Einheitsfront hergestellt, die auch dieses Mal bewies, daß sie immer dann ersteht, wenn es gilt Irrtümer gegen die Lebensnotwendigkeiten der Nation durchzusetzen. Für Stinnes lag die Tragik seines Lebens in diesem Rückzug vor der öffentlichen Empörung, die er selbst vorher oft genug und auch an falscher Stelle zu entfesseln verstanden hatte; er versperrte sich damit den Weg zu schöpferischem Schaffen, die Möglichkeit zu einer produktiven Wirtschaftspolitik, durch die er sich selbst gerettet, aber bewußt oder unbewußt auch dem deutschen Volk den allergrößten Dienst geleistet hätte.



ANGESICHTS der Inflationssüchte weiter Kreise unseres Landes, die nach der Einstellung der Goldzahlung durch die Bank von England neue Nahrung erhielten, wird es nicht überflüssig sein an Umstände zu erinnern, die mit den heutigen Vorgängen eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen.

Vor grade 10 Jahren, am 21. November 1921, wurde hier geschrieben:

»Es ist ein Unglück, daß Männer der Wirtschaft in dem Sinken des Markkurses bis zum Nullpunkt die Voraussetzungen für den Aufbau Deutschlands gegeben glaubten, es spricht ein vernichtendes Urteil über das eigne Vermögen Lebensmöglichkeiten und Lebensnotwendigkeiten der Nation zu erkennen. Wie konnte man denn im Ernst glauben, daß die Auflösung der deutschen Währung zur Aufhebung unserer Reparationsverpflichtungen führe? Und doch, da man aus englischen Betrachtungen eine Bestätigung solcher furchtbaren Unüberlegtheit herauslas, glaubte man mit einer gewissen Ruhe den Folgen der Markbaisse entgegensehen zu können. Man war eben

der festen Überzeugung, daß die englische Politik alles tun würde, um Deutschland von der Pflicht zur Wiedergutmachung gegen Frankreich zu befreien. Nun ist die englische Politik zwar etwas anders geartet als sie in dieser Vorstellungswelt erscheint, aber unzweifelhaft wünschte sie die Markentwertung, weil sie Wiedergutmachung durch Sachleistungen Deutschlands ablehnt. Sie denkt nicht daran eine zur Gesundung führende Steigerung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der kontinentalen Länder Europas zu unterstützen. Dem widerspricht keineswegs der Hinweis darauf, daß England darauf dringe, daß die Reparation durch Barzahlungen Deutschlands zu leisten sei, aber die Markentwertung selber dazu beitrage solche Zahlungen unmöglich zu machen. Wiederholt haben englische Wirtschaftsorgane dargelegt, daß für England nicht die Höhe, sondern die Form der Reparation maßgebend sei. Jene von England verlangte Form bedeutet aber, daß kein Europa entstehen soll, dessen Produktivität wachse und womöglich noch größer werde als vor dem Krieg. Kann die Zahlungsverpflichtung Deutschlands bei dem Tiefstand der Mark nicht erfüllt werden, so wird England die Auswege suchen, die ihm für seine Interessen gutdünken. Daß es solche Wege finden wird, sollte den deutschen Politikern nach all den Überraschungen, die sie von England schon erlebt haben, endlich gewiß erscheinen.«

Vor 10 Jahren wurde der Dollar mit etwa 300 Mark bezahlt, es war also eine Zeit vermeintlich gemäßigter Inflation, gemessen an dem Zustand der inflatorischen Höchstentwicklung und der folgenden Stabilisierung auf Basis 1 Dollar = 4 200 000 000 000 Mark. Vom Mai 1921 bis zum November des selben Jahres war der Dollarpfand in Berlin von 58 auf 300 Mark gestiegen, der Niederbruch des Markwerts im Herbst 1921 fiel zusammen mit dem Einspruch Englands gegen das Wiesbadener Abkommen, das Walter Rathenau als Wiederaufbauminister, und, wie er später in einer Rede auf dem Parteitag der Demokraten in Bremen erklärte, mit Kenntnis und Zustimmung Englands abgeschlossen hatte. Über diese Zusammenhänge hieß es hier:

»Von dem britischen Einspruch gegen das Wiesbadener Abkommen (also gegen den ersten Versuch durch eine direkte deutsch-französische Verständigung Frankreich zu helfen und Deutschlands Last zu erleichtern) hat die deutsche Presse mit jener Zurückhaltung Kenntnis genommen, die sie stets allen englischen Handlungen gegenüber übt. Es sieht fast so aus, als ob man sich dem Widerspruch Englands gegenüber die durch das Wiesbadener Abkommen vereinbarten Sachleistungen anschließt und froh darüber ist, daß durch das englische Vorgehen eine deutsch-französische Zusammenarbeit unmöglich gemacht wird. Auch daß unter den Ländern der Entente allein Großbritannien bisher die Handelsabgabe von 26% auf deutsche Waren erhebt, hat der sonst so protestlustigen deutschen Öffentlichkeit keinen Anlaß zur Kritik gegeben. Und doch läßt grade diese Tatsache mit aller wünschenswerten Klarheit erkennen, daß England die Steigerung der deutschen Produktion nichts weniger als willkommen ist. Diesen Sachverhalt will man nicht erkennen, und noch weniger den ändern: daß umgekehrt Frankreichs Lebensinteresse auf das engste mit der Erhaltung und Steigerung der deutschen Arbeit verquickt ist, daß daher Frankreich sich die Stärkung der deutschen Produktivkraft angelegen sein läßt. Die zahlreichen Pressestellen brauchten nur mit dem selben Eifer, mit dem sie allerlei berichten, was gegen Frankreich Stimmung macht, die Äußerungen französischer Blätter und Politiker mitzuteilen, die dieses solidarische Interesse an der deutschen Wirtschaftskraft bekunden.«

Zusammenfassend wurde im Anschluß an diese erwähnten Darlegungen gesagt:

»Die Wiederherstellung des Zerstörten, die erfolgen muß, wenn Deutschland nicht selber schweren Schaden an seiner Zukunft leiden soll, kann nur durch Arbeit vollzogen werden, die nach Quantität und Qualität über das Maß hinausgeht, das vor dem Krieg aufgebracht worden ist. Darüber konnte und dürfte sich niemand täuschen, und jeder Mensch von Verantwortlichkeitsgefühl wird bei einiger Überlegung zu solcher Erkenntnis kommen müssen. Daß danach in Deutschland nicht gehandelt worden ist, ist leider eine Tatsache, die einer erneuten Untersuchung und Unterstreichung nicht bedarf. Wer den größten oder kleinsten Anteil an dieser Schuld der Unterlassungssünde hat, soll heute unerörtert bleiben. Es gibt keine Klasse und keine Gruppe, die die Mitschuld von sich ablehnen kann.«

Deutschland handelte anders, obwohl die Steigerung seiner Produktion auf allen Gebieten in den Jahren darauf einen zu jener Zeit ungeahnten Umfang annahm. Das ist unbestritten, ebenso wie die Tatsache, daß diese Produktionssteigerungen noch erheblich weiter bei dem inzwischen hergestellten Produktionsapparat hätten ausgedehnt werden können. Diese Leistungen und Kräfte aber wurden nicht in den Dienst des Wiederaufbaus gestellt, obwohl der Boden für eine so geartete Politik von Frankreich stets von neuem geebnet wurde: und eigentlich mit dem einzigen Erfolg, daß in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder in allen möglichen Formen versichert wurde, Frankreich lehne sowohl deutsche Waren wie Leistungen deutscher Arbeiter auf französischem Boden zur Ablösung unserer Wiederaufbauverpflichtungen ab. Anlaß zu solchen Mitteilungen boten dann und wann wohl auch erfolglose Angebote deutscher Firmen von Erzeugnissen, die Frankreich aus Gründen seiner eignen Wirtschaft nicht annahm. Vielleicht kamen diese Vorschläge manchmal auch in Zeiten, in denen die deutsche Politik Handlungen beging, die von Frankreich als Unterstützung von Tendenzen angesehen wurden, die gegen französische Interessen gerichtet waren.

MITTLERWEILE hat Deutschland in den Haager Verhandlungen, die sich im Youngplan verdichteten, die Sachleistungen zunächst stark reduziert, und sie sollen in wenigen Jahren gänzlich aufhören. Das geschah auf den Wunsch Englands und in voller Kenntnis der Tatsache, daß Frankreich nach wie vor die Ausdehnung der Sachleistungen als die wichtigste, wenn nicht die einzige Grundlage für die Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen Deutschlands betrachtet. Bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit, so hieß es Jahre hindurch, wolle Deutschland die Erfüllungspolitik durchführen. Bei der Entfaltung unserer produktiven Kräfte war diese Fähigkeit auf dem Gebiet der Sachleistungen fast unabsehbar, aber grade diese Möglichkeit blieb verschlossen. Deutschland hat das unendlich teuer bezahlt, denn nur durch die Arbeit am Wiederaufbau des Zerstörten waren die Kräfte zu entfesseln, die das Fundament eines dauerhaften deutschen Neubaus gesichert hätten.

Vor etwa einer Woche, am 31. Oktober, wurde ein offizielles Communiqué über die Höhe der privaten Auslandsschulden veröffentlicht. Es lautet:

»Auf Grund der Anmeldung, welche mit Notverordnung vom 27. Juli 1931 angeordnet wurde, ergibt sich nach dem Stande vom 28. Juli 1931 eine deutsche Auslandsverschuldung von 12 Milliarden Mark an kurzfristigen Schulden (Laufzeit weniger als 12 Monate), 11,5 Milliarden Mark an langfristigen Schulden (länger als 12 Monate). Diese Ziffern sind Bruttoziffern. Die deutschen Anlagen im Auslande, ebenso wie die im Wigginbericht erwähnten Anlagen des Auslandes in Deutschland (Aktien und andere Werte sowie Grundstücke) sind bisher statistisch nicht erfaßt worden. Seit Juli dürfte etwa 1 Milliarde Reichsmark zurückgezahlt sein.«

Bald darauf wurde berichtet, daß sich die Auslandsverschuldung noch um 4,5 bis 5,5 Milliarden Mark durch die Anlagen ausländischen Kapitals in Form von Aktien, Grundstücken usw. erhöht. Im Zeichen dieser Veröffentlichung über die Höhe der Auslandsschulden, der Errichtung einer neuen Industrie auf breiter Basis mit der entschiedensten Rationalisierung, der bekannten Entwicklung des deutschen Exports, der Tatsache von Luxusbauten des Reichs, der Länder, der Kommunen, öffentlicher und privater Korporationen und nicht zuletzt der Privatwirtschaft in einem Umfang, der gleichfalls viele Milliarden erforderte, schließlich der nicht ganz zu übersehenden Kapitalflucht muß auch bei uns zu Haus an die Wirkung gedacht werden, die die

Verkündung einer Reparationswende hervorruft. In Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Versammlungen wird die Unmöglichkeit den Youngplan nach dem Ablauf des Hooverfeierjahrs wieder in Gang zu setzen damit begründet, daß das System der politischen Zahlungen ad absurdum geführt worden sei, »jenes System, das die Reparationen nicht an der Leistungsfähigkeit des Schuldners messen wollte sondern an der Höhe der Forderungen der Gläubiger«. Politische Zahlungen, so wird gefolgert, das sind Zahlungen ohne Gegenwert, die nicht nur den Schuldner sondern auch den Gläubiger vernichten. Auch die unermüdliche Wiederholung dieser Argumente läßt den Umstand nicht verschwinden, daß jene politischen Zahlungen auch einen Ursprung haben: nämlich die furchtbaren Vernichtungen während des Weltkriegs. Aber über das Allgemeine hinaus muß bei nachdenklicher Prüfung der erwähnten Argumentation sich die Feststellung ergeben, daß von politischen Zahlungen ohne Gegenwert niemals bei einer Wiedergutmachung die Rede sein kann, denn der Gegenwert ist ein Komplex von bestimmt umrissenen Werten, die vernichtet worden sind und nun wieder erzeugt werden. Wollen wir nicht auch eine Tatsachenwende herbeiführen, so werden wir an diesen wenigen, aber um so klarer sprechenden Tatsachen unmöglich vorübergehen können.

Bei uns jedoch ist das Gefühl dafür anscheinend vielfach verloren gegangen, es wird auch nicht dadurch geschärft, daß man sich unfähig sieht die privaten Auslandsschulden in Höhe von 29½ Milliarden Mark zurückzuzahlen. »Haben wir verschwendet?«, fragt Roland Marwitz in der Vossischen Zeitung vom 23. Oktober 1931. Er glaubt da die Briefe eines 19jährigen Franzosen beantwortet zu sollen und zu können, der die letzten Sommerferien im Elternhaus eines deutschen Studenten verbracht und dort eine rheinische Aristokratin kennen gelernt hatte; an sie schreibt er nun nach seiner Rückkehr ausführlich, wobei er »um eine Verständigungsformel zwischen Deutschland und seinem Vaterlande ringt«. Dieser junge Franzose hatte geschrieben:

»Es gibt Unvereinbares: Dem Begriff Notwendigkeit (*nécessité*) geben Deutsche und Franzosen 2 verschiedene Deutungen... Alles, was ein wenig nützlich ist, scheint dem Deutschen notwendig. Das besiegte Deutschland hat einen viel höhern Lebensstandard als das siegreiche Frankreich. Gebäude wie die Universität in Bonn, wie das Rathaus in Bochum haben wir uns nicht erlaubt. Wir halten uns zurück, wir leben kärglich. Sicher ist es hochnützlich Spitale, Schwimmbassins, Arbeiterwohnungen zu bauen, dafür aber muß man reich sein. Wo aber borgt jetzt Deutschland? Viele brave Leute in Frankreich sagen jetzt: Sollen wir Deutschland Geld geben, damit es schöne Gebäude bezahlt, die wir selbst gern haben möchten?«

Und darauf wird ihm nun in dem erwähnten Artikel also geantwortet:

»Ein Volk ist keine Schülerklasse, die ihr Taschengeld vor des Magisters Augen zu registrieren hat, beweisend, daß keine ungehörige Ausgabe stattfand. Vielleicht aber haben Sie recht, daß unser Lebensstandard höher liegt als der Ihres Volkes. Aber, Maurice, haben Sie sich nie die Frage gestellt, ob er vielleicht höher liegen muß? Höher liegen im Interesse der bürgerlichen, der europäischen Kultur, die zu erhalten Sie so innigst wünschen? ... Auch Frankreich, Maurice, muß sein Damaskus erleben und erleiden. Es muß bereit sein zu erkennen, daß man, will man wahrhaftig die Verständigung, uns nicht hilft, indem man mit besorgter Rentnermiene uns vorrechnet, wie wir uns hätten bescheiden können, es muß begreifen, daß es eine andere Mentalität als die des sparsamen Bürgers gibt, dem seine Dominopartie und ein Gläschen Kirschwasser genügt. Wir kämpfen an der Grenze Europas für Europa... Die Festungen rings um Frankreichs Grenzen geben ihm erst das Gefühl der Sicherheit? Gut! So verstehen Sie wenigstens, daß wir ähnlicher "Festungen" bedurften, daß das bürgerliche Deutschland seine neuen und kühnen Bauten schuf, um aus ihnen, nach den Leidensjahren des Krieges, der Revolution, der Inflation, symbolische Kräfte zu ziehen, seelische Sicherheit zu erlangen.«

Diese Proklamation des "standesgemäßen" Lebens nach Art eines längst verschwundenen Feudalismus, dieser rentable Idealismus, der als Schützer der »europäischen Kultur« unbedingt sehr materielle Güter braucht, wofür andere sparen sollen, und der an die Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung überhaupt nicht denkt, ist eine groteske Umkehrung der nationalen Selbstachtung in ihr Gegenteil, eine provozierende Nichtachtung anderer Völker, von deren Tragweite der Antwortschreiber sich wohl keine Vorstellung zu machen imstande ist. Erfreulich ist nur, daß, wie die Vossische Zeitung am 29. Oktober mitteilte, ihr »eine Anzahl von Zuschriften« gezeigt hätten, daß der Artikel »nicht immer richtig verstanden« wurde. Diese Proteste, die sicher für die sittliche Empfindung derer, von denen sie kamen, und damit für das deutsche Volk überhaupt, sprechen, will die Vossische Zeitung durch eigne Ausführungen beruhigen, die aber, statt, wie offenbar beabsichtigt, die Tendenz jenes ersten Aufsatzes abzubiegen und dadurch zu mildern, sie noch peinlich verschärfen:

»Es ist im Ausland gradezu Mode geworden jede neu erbaute Scheune in Deutschland zu photographieren, als Beweis dafür, welche sträfliche Verschwendung wir getrieben hätten — als ob es schon so unbedingt ausgemacht sei, welche Kapitalanlage nützlicher ist, die in Schwimmbädern oder in Festungsbauten und Bombenflugzeugen. Wodurch ist eigentlich das Ausland dazu legitimiert in unsere Lebensführung hineinzusehen? Weil es uns Anleihen gegeben hat? Die hat es uns doch nicht aus Mildtätigkeit gegeben, sondern weil wir Zinsen zahlten, und zwar Zinsen, die im Verhältnis zu den Sätzen des Auslandes bisweilen eine gradezu wucherische Höhe erreichten. Weil es von uns Reparationen fordert? Noch einmal: Welche Verwendung von Kapital ist produktiver, zu Wohnhäusern oder zu jenen wirtschaftswidrigen Zahlungen, die nicht nur uns sondern die gesamte Weltwirtschaft ruiniert haben? Das Ausland hat kein Recht unsere Privatangelegenheiten zu kontrollieren. Um so strenger muß die eigne Kontrolle sein.«

(In Parenthese zu der »wucherischen Höhe« der Verzinsung: England borgte sich Geld zu niedrigem Zinssatz von Frankreich, um es hochverzinst Deutschland zu leihen. Und Deutschland nahm dieses teure "englische" Geld, weil es nie darauf kam, daß es doch einfacher sei mit Frankreich direkt, ohne Dritte (lies England-Amerika) zu verhandeln.) Im übrigen gibt die Vossische Zeitung die Verschwendung, die sie richtig definiert, rückhaltlos zu:

»Die deutsche Öffentlichkeit hat das Fundament und die Voraussetzungen der kurzen Hochkonjunktur, die ihr beschieden war, gründlich falsch beurteilt. Sie hat sich damals in ihrer Lebensführung und in der Ausdehnung der Produktion auf einen Dauerzustand eingerichtet, während sie sich hätte bewußt halten müssen, daß der Wohlstand nur erborgt, die fetten Jahre nur kurz waren. Das war ein Irrtum, ein leichtsinniger Irrtum, wenn man will; aber wir sind dafür auch, weiß Gott, genug bestraft worden.«

Aber das ist nach Meinung der Vossischen Zeitung eine häusliche Angelegenheit, in die sich das Ausland nicht hineinzumischen hat. Sollte sie das wirklich noch meinen, nachdem sie die ihr an sich lange genug bekannte Höhe der deutschen Auslandsschulden nochmals durch amtliche Mitteilung erfahren hat? Ist die Notwendigkeit unserer Wiedergutmachung, die man heute Reparation nennt, ihrer Kenntnis entschwunden? Sie hat sie einmal gekannt.

DIE Gegner einer Wiedergutmachung durch Sachleistungen lassen sich in 2 Gruppen teilen. Die eine, deren Exponent Hjalmar Schacht in seiner Eigenschaft als Reichsbankpräsident gewesen ist, lehnt Sachleistungen ab und will sie in Barzahlungen umgewandelt wissen, die wir nach seiner Versicherung eben nicht zu leisten vermögen. Um die Diktion Schachts sammelt sich ein Haufen von Gleichgesinnten aus allen Lagern, mit den verschiedensten Begründungen,

aber den gleichen Wirkungen. Die andere Gruppe wird (leider) von der Sozialdemokratischen Partei geführt, deren Vorsitzender, Otto Wels, nach einem Bericht des Vorwärts vom 29. Oktober 1931, sich in einer Versammlung auch mit den Sachleistungen Deutschlands zur Wiedergutmachung in einer Weise befaßte, der man grundlegende Bedeutung beimessen muß. Er sagte: »In einer Zeit, da bei uns fast alle Hände beschäftigt waren, beim Ausverkauf der deutschen Inflation, als freilich der deutsche Arbeiter nicht wußte, wofür er schaffte, hatte England schon seine Sorge der Erwerbslosigkeit. Sie begann, als nach dem Kohlenlieferungsvertrag von Spa 1920 die deutschen Arbeiter Überstunden machen mußten, in den englischen Bergwerken aber Entlassungen stattfanden. Für die englische Maschinenindustrie traten als Auswirkung der deutschen Sachlieferungen an Frankreich und Belgien die gleichen Schwierigkeiten ein. Wir Sozialisten sagten damals, daß die Reparationen nur möglich seien, wenn wir die anderen in Grund und Boden konkurrierten, und das würde für alle ein unerträglicher Zustand werden. Wir haben recht behalten.«

Also die Rücksichtnahme auf England oder die englische Arbeiterklasse hat die deutsche Sozialdemokratie bestimmt die Sachleistungen als hauptsächlichste Grundlage der Wiedergutmachungspolitik abzulehnen. Eine derartige Stellungnahme aus den Pflichten internationaler Solidarität wäre berechtigt, ja echt sozialistisch, wenn sie den gemeinsamen Interessen der Arbeiterklassen aller Länder und damit der Entwicklung zum Sozialismus gedient hätte. Der Sozialist hat aber nicht das Interesse, daß jedes Land den ihm eignen Standard aufrechterhält, daß die Unterschiede zwischen der Lebenshaltung der Völker verewigt werden; denn dies geschieht, wenn man den Gedanken zu Ende denkt, durch Ausbeutung des einen Volks durch das andere: ein Phänomen, dessen Existenz schon Marx sehr gut bekannt war. Der Sozialist hat vor allem die Pflicht die Produktivkräfte in den einzelnen Ländern entfesseln zu helfen, denn er weiß, daß nur auf dem Grund der produktiven Höchstentfaltung die Arbeiterklasse sich befreien und jeder Ausbeutung, der innern wie der äußern, ein Ende bereiten kann. Wenn wir der englischen Arbeiterklasse einen Dienst erweisen wollen, und dazu sind wir als Sozialisten natürlich stets bereit, so nur, indem wir in ihr zu der Einsicht beitragen, daß das englische Volk seinen Lebensstandard nur durch die eigne Produktionsleistung aufrechterhalten und vergrößern soll, nicht aber durch die (gewollte oder ungewollte) Niederhaltung anderer. England darf nicht auf die Dauer sein veraltetes Produktionssystem, namentlich im Kohlenbergbau, beibehalten und darin von deutscher Selbsteinschränkung unterstützt werden. Diese Selbsteinschränkung gefährdet die deutsche Arbeiterklasse, sie gefährdet auch Frankreich, dem die Sachleistungen zum Wiederaufbau seiner verheerten Gebiete dienen sollten, und damit dem ganzen europäischen Kontinent. Einen Nutzen hat sie für niemanden. Der vom Genossen Wels behauptete Zweck wird nicht erfüllt. Wie das Geschick Englands zeigt, hat die Unterlassung der deutschen Sachleistungen ihm am Ende doch nicht geholfen; das kann eben nur durch eignes englisches Schaffen geschehen. Deutschlands Produktionsapparat aber blieb zu einem Teil ungenutzt, weil es die Sachleistungen unterließ, während seine Geldschuld, die an die Stelle der nichtgeleisteten Arbeit trat, nun das deutsche Volk schwer belastet und bedrückt. War es wirklich sozialistische Solidarität, aus der heraus zugunsten Englands die deutschen Sachleistungen an Frankreich unterblieben? In der Absicht wohl. Aber der Effekt hat diese in ihr Gegenteil verkehrt. Der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete durch deutsch-französische Zusammenarbeit ist neben der Erfüllung statuerter Ver-

pflichtungen für Deutschland ein Akt nationaler Selbstbehauptung, auf den nicht verzichtet werden durfte, und dessen Vollzug durch die Tat der englischen Arbeiterklasse das Verständnis dafür erleichtert hätte, daß nur Produktionsleistung zum Sozialismus führt. Das englische Proletariat soll und will nicht an der Ausbeutung des Proletariats anderer Nationen teilhaben.

Und Frankreich? Von Bord der Isle de France, auf der Pierre Laval nach Amerika fuhr, funkte der Berichterstatter der Agence Havas am 20. Oktober: »Der Vertreter Frankreichs würde jedem Vorschlag zustimmen, der Frankreich wenigstens teilweise eine "positive Reparationsbilanz" beläßt. Zwecks Erleichterung der Regelung könnte man namentlich auf Sachlieferungen zurückgreifen, die dazu beitragen würden die Arbeitslosigkeit in Deutschland und Frankreich durch Ausführung des von der Regierung bereits angenommenen Programms großer öffentlicher Arbeiten zu vermindern. Auf diese Weise könnten die gegenwärtig in Deutschland festgelegten kurzfristigen Kredite leichter freigemacht werden.«

Aus den weiteren Veröffentlichungen französischer Blätter kann man die begründete Absicht Frankreichs entnehmen die deutschen Sachlieferungen zu finanzieren, um sie zum Ausgangspunkt der Umschuldung zu machen. Über die damit sonst noch verbundenen Ziele wurde unter anderm erwähnt, daß Frankreich es auch übernehmen könnte Erzeugnisse der deutschen Sachlieferungen weiter zu exportieren, um den Umfang zu erweitern. Nach der Rückkehr Lavals muß auch die deutsche Presse davon Notiz nehmen, daß das zentrale System des französischen Plans nach offiziellen Mitteilungen immer wieder darauf hinauslaufe deutsche Sachlieferungen zu erhalten und mit deren Hilfe eine Finanzierungsquelle zu erschließen. Wer verstehen will, kann den Sinn dieser Ankündigungen nicht verkennen. Frankreich, dem man nachsagte, daß es seine verheerten Gebiete nicht wieder aufbauen wollte und könnte, hat diesen Wiederaufbau aus seiner Kraft und seinem Vermögen vollzogen, mit den Schulden, die es dafür eingehen mußte. Es sieht seine weitere Entwicklungsmöglichkeit, im Land selbst und in seinem Kolonialreich, mit der Entwicklung Deutschlands verbunden, dem es zu einer engen Zusammenarbeit die Hand bietet. Deutschlands ureignes Interesse gebietet diese Zusammenarbeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegen sich selbst, als Voraussetzung der Nutzung seiner Produktivkräfte, ohne die es keinen neuen Aufstieg gibt.

Zur Verteidigung einer neuen Inflation in der vorgeblich kontingentierten Form wird behauptet, daß der Druck von ein paar Hundert Millionen Mark in neuen Noten dem deutschen Wirtschaftskörper neues Leben zuzuführen in der Lage sei, weil dieser Betrag in Löhnen zur Ankurbelung der Wirtschaft führen müsse. Diese Rechnung ist unbedingt falsch. Aber unbestrittene Rechnung ergibt, daß Sachleistungen für die Wiedergutmachung mit der finanziellen Hilfe Frankreichs die nachdrücklichste Ankurbelung der deutschen Wirtschaft nach sich ziehen würden, und das um so mehr, wenn Frankreich die Menge der Sachlieferungen durch den beabsichtigten Weiterexport erhöhte und dadurch deutschen Waren auch noch ihnen bisher verschlossene Märkte eröffnete: ein Weg in die deutsche Zukunft, der um so aussichtsreicher ist, als wir sicher sein dürfen, daß die Produkte deutscher Arbeit, wo sie überhaupt einmal hinkommen, durch ihre Art für Deutschland werben. Was die Inflation nicht vermag, würde die Wiedergutmachung zustande bringen: den Wiederaufstieg Deutschlands. Die Entscheidung, vor der wir stehen, lautet also: Wiedergutmachung oder Inflation?

»In Deutschland stellte sich die Überzeugung ein, daß man stets für eine Zusammenarbeit mit Frankreich gewesen wäre; nur Frankreichs Haltung sei schuld daran, daß diese Bereitwilligkeit kein Ergebnis gehabt hätte. Diese Umstellung der Tatsachen macht das Auge blind für den einzigen Weg, den man gehen muß, wenn man Zusammenbruch und Hörigkeit verhüten will. Nur durch die Kooperation Deutschlands und Frankreichs kann der Katastrophe vorgebeugt werden, denn der Wiederaufbau Deutschlands und Frankreichs und damit die Rettung Europas ist ein *Produktionsproblem*, das nur durch Gemeinschaftsarbeit der beiden benachbarten Länder gelöst werden kann. Was nützt es Auswege zu suchen, die man sich von England zeigen lassen will? Sie führen nur zur Kontrolle Europas durch das angelsächsische Kapital. Und diese bedingt eine Niedrighaltung der festländischen, insbesondere aber der deutschen Qualitätsproduktion. Die Grundlagen der Weltpolitik sind in ihrem Wesen keine anderen als die der Innenwirtschaft. Hier wie dort gilt es die Produktionswurzel zu erfassen. Dann wird es klar, daß wir nicht durch irgendeine "Konjunktur" sondern nur durch Schaffen weiter kommen. Ein *europäisches Schaffen* gibt es aber nur nach einer deutsch-französischen Verständigung.«

Diese Sätze standen in den Sozialistischen Monatsheften am 9. Januar 1922. Was sie forderten und begründeten, ist 10 Jahre später, bis zum Ende des Jahres 1931, noch nicht erfüllt. Was so versäumt wurde, ist jetzt nachzuholen.

CARL MIERENDORFF · PARTEISPALTUNG

JEINE Absplitterung von der Sozialdemokratie, die mit dem am 28. September durch den Parteivorstand vollzogenen Ausschluß der Reichstagsabgeordneten Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz ihren Anfang nahm, hat die Krise des deutschen Sozialismus wiederum deutlicher sichtbar gemacht, die latent schon seit Jahren vorhanden ist. Es wäre aber kaum zu diesem akuten Ausbruch gekommen, wenn sich nicht gleichzeitig auch die taktische Zwangslage der Partei seit den letzten Reichstagswahlen so außerordentlich verschärft hätte. Sicherlich ist es das Gefühl für die Notwendigkeit einer tiefergehenden Begründung ihrer Trennung von der Sozialdemokratie, wenn die Initiatoren der neuen Sozialistischen Arbeiterpartei ihren Schritt nicht bloß mit der politischen Zwangslage, dem Gegensatz zur Tolerierungspolitik der Reichstagsfraktion, sondern auch prinzipiell zu rechtfertigen versuchen. Auch sie empfinden, daß man auf einem solchen taktischen Gegensatz, der nicht im entferntesten ähnliches Gewicht hat wie die taktischen Differenzen über die Politik im Weltkrieg, die seinerzeit zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei führten, keine neue Partei aufbauen kann. Die Vorgänge bei der Oktobertagung des Reichstags haben in der Tat deutlich gezeigt, daß das Kabinett Brüning nur noch so lange die Möglichkeit des verfassungsmäßigen Arbeitens durch Tolerierung hat als die rechten Flügelgruppen ihm Gefolgschaft leisten. Wenn diesmal schon die braven Bürger der Wirtschaftspartei es anders gewollt hätten, wäre für Rosenfeld und Seydewitz mit dem automatischen Wegfall der Tolerierungspolitik auch der äußere Anlaß zur Trennung von der Sozialdemokratie fortgefallen: ein Umstand, der ihnen wie ihren Anhängern eigentlich zu denken geben sollte. Für uns (auch für diejenigen, die, wie der Verfasser dieses Artikels, einer bloßen Tolerierungstaktik unserer Partei, ohne eigne politische Plattform, von Anfang an skeptisch gegenüberstanden) stellt sich die Sache etwa so dar: Sie haben vor einem Jahr mit den anderen das große Parteschiff bestiegen, das damals laut Beschluß mit dem Kurs der Tolerierung seine Fahrt antrat, und wollen jetzt plötzlich auf hoher See sich ausbooten, weil ihnen angesichts des immer stärker wachsenden Sturms die Gefahr allzu groß wurde das Ziel der Reise

nicht zu erreichen. Glauben sie denn ernstlich auf schmalen, rasch gezimmerter Barke sicherer ans Ziel zu kommen? (An diesen Vorgängen dürften doch nur die Haifische des Nationalsozialismus ihre Freude haben, die heute so zahlreich das Schiff der deutschen Sozialdemokratie umschwärmen.) Trotzdem sei zugegeben, daß nicht bloß die äußere Schwäche ihrer Position jene zu einer prinzipiellen Begründung ihrer Sezession veranlaßt. Die Vergewaltigung der Meinungsfreiheit, so sagen sie, habe sie zu diesem Schritt veranlaßt, darüber hinaus ein Versagen der Sozialdemokratie schlechthin gegenüber den Aufgaben im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus.

Der erste Vorwurf: die Meinungsfreiheit sei in Gefahr, wenn nicht gar schon erdrosselt, ist ein Argument, das jeden Demokraten von Überzeugung aufhorchen lassen muß. Wie aber, wenn es ausgerechnet von derjenigen Gruppe ins Feld geführt wird, die gegenüber anderen Meinungen als den ihrigen diesen Grundsatz ansonsten nicht grade mit besonderer Strenge und Leidenschaft zu üben pflegte? Ein merkwürdiges Zusammentreffen: Diese fanatischen Gegner der Tolerierung sind zugleich leidenschaftliche Verfechter der Toleranz, während die Erfahrung leider gelehrt hat, daß wohl von keiner Seite in der Partei mehr geistige Unduldsamkeit gegenüber Abweichungen von der angeblich rechten Lehre geübt wurde als von den sogenannten orthodoxen Marxisten, die immer mit dem Anspruch auftraten allein den echten Sinn des Sozialismus zu besitzen. Ist es hart und ungerecht in diesem Augenblick daran zu erinnern? Man stelle sich einmal vor, welche Wirkungen bei einem Parteivorstand Seydewitz-Rosenfeld der Versuch ausgelöst hätte irgendwelche "reformistischen" Abweichungen von einer "linken" Taktik mit den selben Mitteln und der selben Tonart der Auseinandersetzung zu verfechten, so wird auch die ganze innere Schwäche des Arguments der Sozialistischen Arbeiterpartei von der angeblich vergewaltigten Meinungsfreiheit offenkundig.

Im gleichen Licht erscheint auch die Behauptung der Sezessionisten, man wolle durch die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei an der Wiederherstellung des Vertrauens der Arbeiterklasse arbeiten, das durch die Belastungen während der Tolerierungspolitik nicht nur untergraben sondern sogar völlig zerstört werde. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Besteht doch die Gefahr einer Rechtsregierung darin, daß ihre Politik eine Politik der Provokation sein wird, um die dann eintretenden Exzesse proletarischer Massen, die zur Verzweiflung getrieben sind, als Vorwand zur Herbeiführung eines illegalen Zustands, mindestens des Belagerungszustands, zu benutzen. Keine Politik bedarf deshalb zu ihrer Durchführung größerer Autorität bei den Massen als grade die von den Sezessionisten mit aller Gewalt angestrebte Opposition gegen eine der Regierung Brüning nachfolgende Rechtsregierung deutschnational-nationalsozialistischer Observanz, wenn die Katastrophe nicht mit tödlicher Sicherheit eintreten soll. Wo aber soll die Sozialdemokratie diese Autorität hernehmen, wenn sie nach der zugegeben unvermeidbaren Schwächung durch die Tolerierungspolitik nun auch noch durch die Abspaltung und die damit verbundene Verschärfung des Bruderkriegs im proletarischen Lager erst recht unterminiert wird? Die Strategen der Sozialistischen Arbeiterpartei beweisen mit ihrer Sezession nur, daß sie bis zur Stunde noch nicht begriffen haben, von welcher entscheidenden Bedeutung auch die Art und Weise der Durchführung der Opposition nach Beendigung der Tolerierung wäre. Angesichts der ungeheuren Größe der Gefahren kann der Partei in

ihrem Kampf nur Erfolg beschieden sein, wenn sie geschlossen manövriert. Genau so wie ein Erfolg der Tolerierung nur erwartet werden kann, wenn sie geschlossen durchgeführt wird, ebenso sehr wäre die selbstverständliche Voraussetzung für ein Gelingen der Opposition, daß die Partei geschlossen in diese Opposition hinübergeführt wird. Im Interesse eines Erfolgs der von ihnen angestrebten Opposition mußten ihre leitenden Geister also sich erst recht bei der Kritik der Taktik äußerste Mäßigung auferlegen. Indem sie das Gegenteil taten, ja sogar es bis zur Spaltung kommen ließen, haben sie die Grundvoraussetzungen für den eventuellen Erfolg ihrer eignen Taktik zerstört.

Wie aber steht es nun mit dem wichtigsten Vorwurf der Abtrünnigen, mit dem sie ihren Schritt zu begründen suchen: die Partei habe gegenüber den entscheidenden Aufgaben versagt, sie sei sozusagen keine sozialistische Partei mehr? So ähnlich lauten, mehr oder minder scharf formuliert, die Einwendungen. Man behauptet für die Erneuerung des Sozialismus kämpfen zu wollen. Tatsächlich liegt hier der Nerv des Problems: in der Krise des deutschen Sozialismus, die nicht erst seit heute besteht sondern den, der an den Sozialismus wirklich glauben will und an ihn glaubt, schon seit Jahren mit tiefer Besorgnis erfüllt. Die Abspaltung der Sozialistischen Arbeiterpartei wäre danach der Versuch diese Krise durch die Gründung einer neuen Partei zu überwinden, die die Partei des Sozialismus in Deutschland organisatorisch wie geistig völlig "rein" und von Grund auf neu erstehen läßt.

Gewiß wird jede Erneuerung des Sozialismus auch parteiorganisatorisch ihren Ausdruck finden müssen. Die Krise des deutschen Sozialismus ist aber eine geistige Krise, die Erneuerung der Sozialdemokratischen Partei deshalb ein geistiges Problem, demgegenüber die organisatorische Frage in Wahrheit eine nachgeordnete Rolle spielt. Wo sind nun die neuen Ideen der angeblich rechtgläubigen Marxisten, die die Voraussetzung für eine geistige Erneuerung der Partei bilden? Vergebens sucht man danach. Ist es marxistisch gedacht, wenn man seine Tätigkeit in Forderungen nach einer Radikalisierung der Taktik erschöpft? Soweit die Sezessionisten überhaupt den Versuch machten die Auseinandersetzung auf die geistige Ebene zu heben, waren ihre Bemühungen von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Sie bestanden im wesentlichen darin, daß man gewisse starre Formeln aus dem "marxistischen" Inventar der neunziger Jahre hervorholte, die mit der Marxschen Gedankenwelt nichts gemein haben, daher schon damals unfruchtbar waren und ohne jede revolutionierende Wirkung blieben, und deren Verwendung heute erst recht jede Debatte in die Sackgasse führen mußte.

Jeder Anspruch auf Führung muß geistig begründet sein. Wenn die jetzt Abgespalteten in der Sozialdemokratischen Partei sich nicht den Rang eroberten, auf den sie nach ihrer Meinung Anspruch hatten, so ist ihr Mangel an geistiger Überlegenheit der entscheidende Grund. Ihr Versagen in den Fragen des großen politischen Kampfs ist nur ein Ausdruck dieser Tatsache. »Mangel an Voraussicht seit einem Jahrzehnt« wird der Sozialdemokratie vorgehalten, um die Sezession zu rechtfertigen. Daß ihn unsere Partei in der Tat in den einzelnen Phasen der ganzen schweren Nachkriegszeit bewiesen hat, kann hier am allerwenigsten abgestritten werden, wo leider Jahr um Jahr dieser Mangel aufgezeigt werden mußte. Aber dies geschah nie in bloßer Kritik sondern immer dadurch, daß das Positive gezeigt wurde, die Haltung, die einzunehmen wäre, die Tat, die zu geschehen hätte. Wo aber war die

»Voraussicht« jener "linken" Opposition? Wer gegen andere den schweren Vorwurf erhebt, sie hätten versagt, muß nachweisen können, daß er nicht bloß immer Nein zu sagen vermochte sondern selber wußte, wie das fruchtbare Ja auszusehen hat. Jeder Überblick über die großen Probleme des politischen Kampfs der Jahre seit dem Umsturz nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands führt zu einer vernichtenden Niederlage jener "Radikalen", die in Wahrheit stets die Konservativen der Sozialdemokratie waren.

Wo waren sie, um beim Aktuellsten anzufangen, als es darauf ankam die Gefahr der nationalsozialistischen Bewegung wegen der in ihr schlummernden latenten Energieen richtig zu erkennen und ihre Bekämpfung vorbeugend in Angriff zu nehmen? Noch in dem Winter 1929-1930, als es schon höchste Zeit war, haben jene Oppositionellen genau so wenig Voraussicht gezeigt wie der Parteivorstand, obwohl es grade die Aufgabe einer Opposition gewesen wäre zu fordern, daß zur Bekämpfung dieser Gefahr sofort alle Kräfte der Partei mobilisiert würden. Wo waren sie in der Außenpolitik in all den Jahren, als es sich um die Herausschälung der Kernfragen einer sozialistischen Außenpolitik handelte? Sie schwammen im Kielwasser der offiziösen Parteipolitik, ohne den geringsten Versuch zu machen sich nicht nur als Opposition abzuheben sondern auch die Außenpolitik der Partei im Sinn einer sozialistischen Aktivierung zu fördern. Was war ihnen Deutschland-Frankreich-Europa? Hier hatten sie Gelegenheit für das Problem einer von allem Nationalismus befreiten, wahrhaft sozialistischen Politik einzutreten. Nicht einmal der Ansatz zu einer eignen außenpolitischen Vision war bei ihnen zu entdecken. Soweit jemand, der sich zu ihnen zählte, solchen Gedanken vertrat, wirkte dieser in jener geistigen Umgebung wie ein Fremdkörper, und es ist in der neuen Partei sicher noch weit mehr verpönt ihn zu äußern als in der alten. Wo ist der Standpunkt der Sezessionisten in der Frage der Reichsreform und Wahlreform, wo überhaupt ihr Programm einer durchgreifenden Reform der Weimarer Demokratie im Organisatorischen wie im Prinzipiellen (wobei für sie ja die Anlehnung an Begriffsklärungen im Sinn der Beschlüsse des Linzer Parteitags der österreichischen Sozialdemokratie sehr nahe gelegen hätte)? Alles entscheidende, lebenswichtige Probleme für die Weiterentwicklung des sozialistischen Gedankens in Deutschland, der nicht nur traditionell mit der Forderung der Demokratie verknüpft ist. Und, wenn die Häupter der Opposition schon für die wirkliche Politik kein Organ hatten, wo zeigten sie solches auch nur für die engeren Probleme der ihnen so vertrauten Parteimaschine? Wann haben sie das Problem der Bürokratisierung der Partei aufgerollt und darauf hingewiesen, daß es sich hier um eine Schicksalsfrage der Arbeiterbewegung handelt? Heute liegt es offen zutage. Das Entscheidende war rechtzeitig mit Gesundheitsvorschlägen zu kommen und vor allen Dingen auf die gefährliche Förderung hinzuweisen, die die Bürokratisierungstendenzen in der Partei durch das deutsche Listenwahlsystem bekommen.

Endlich noch etwas Wichtiges: Hat jene Opposition jemals die Konkretisierung der sozialistischen Zielvorstellung gefordert? Heute ist es fast kein Verdienst mehr davon zu sprechen. Heute wissen wir nur, daß in diesem Punkt Ungeheures versäumt wurde. Aber auch und erst recht von den Sezessionisten, die hier Gelegenheit gehabt hätten mehr Weitblick als die anderen zu zeigen und so als wirkliche Schrittmacher und Pioniere des Sozialismus zu wirken. Will man bei einer solchen Bilanz ernsthaft den Anspruch auf geistige Führung aufrechterhalten? Dieses Versagen, dieser Mangel an Vor-

aussicht ist kein Zufall. Manchmal scheint es gradezu so, als habe denen, die, anders als Marx nach seinem bekannten Ausspruch, eben "Marxisten" sind, ihr Orthodoxismus das Denken unmöglich gemacht. Er hat sie überall dort lahmgelegt, wo zur Meisterung der Probleme die Erkenntnis objektiver Tatbestände ebenso erforderlich war wie die Fähigkeit die subjektiven Momente zu erfassen; zum Beispiel auch beim Problem des Nationalsozialismus, dem gegenüber die quasimarxistische Orthodoxie innerlich am wehrlosesten war.

Die einzige Folge dieser Absplitterung wird darin bestehen, daß die sozialistische Jugend, die ohnehin schon von schweren Konflikten geschüttelt wird, in eine noch tiefere Krise gestürzt wird. Nicht im geringsten aber ist von der Sozialistischen Arbeiterpartei eine Erneuerung der deutschen sozialistischen Bewegung zu erwarten. Wer von dieser Hoffnung getrieben zur neuen Partei stößt, wird bald eine schwere Enttäuschung erleben. Zur Führung bringen ihre Verfechter keinerlei Voraussetzung mit. Ein klassisches Beispiel dafür war die letzte Reichstagsdebatte. Wenn die Sozialistische Arbeiterpartei wirklich Wegweiserin einer sozialistischen Politik und Mahnerin gegenüber der Sozialdemokratie sein wollte, dann hätte sie bei diesen Auseinandersetzungen eine einzigartige Möglichkeit gehabt dies zu beweisen, indem sie die zentrale Bedeutung der deutsch-französischen Verständigung in den Mittelpunkt ihrer Erklärungen gestellt hätte. Welche Gelegenheit für einen Sozialisten jetzt einmal ganz frei von allen Bindungen die Bedeutung dieser Forderung sowohl für die Überwindung der Krise wie zugleich als sozialistische Zielsetzung von der Tribüne des Reichstags vor aller Welt zu entwickeln. Eine historische Situation. Die Sozialistische Arbeiterpartei hat sie versäumt. Und das Versäumte ist um so eklatanter, nachdem das Gespräch zwischen Herbert Hoover und Pierre Laval genau das zu berechnende Ergebnis hatte: Europa muß sich selbst helfen, wenn es nicht untergehen soll; und es kann sich allein helfen, wenn Deutschland mit Frankreich kooperiert. Die Sozialistische Arbeiterpartei erkannte die Chance nicht (geschweige denn die Aufgabe), genau so wenig wie in den Aussprachen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wo es ihre Sache gewesen wäre schon im Frühling dieses Jahres diese Forderung zu der ihren zu machen und von der Politik der Fraktion ihre entschiedene Verfechtung zu verlangen, angesichts ihrer taktischen und sachlichen, der krisenpolitischen wie grundsätzlich sozialistischen Tragweite. Die völlige politische wie taktische Unzulänglichkeit ihrer Opposition ist an diesem Beispiel mit erschütternder Deutlichkeit zutage getreten.

Mag also der Vorwurf der Unzulänglichkeit gegenüber der offiziellen Parteileitung in vielem noch so berechtigt sein, den Sezessionisten fehlt jede Legitimation ihn zu erheben. Sie haben es selbst nicht besser gemacht. Den wirklich auf Erneuerung der Partei hinzielenden Kräften und ehrlich um innenparteiliche Reform Bemühten wird deshalb bald klar werden, daß mit der Sozialistischen Arbeiterpartei dieses Werk nicht vollbracht werden kann. Alle aber auch sollen am Beispiel dieser Sezession erkennen, daß die Krise der Sozialdemokratie kein organisatorisches sondern ein geistiges Phänomen ist, daß sie deshalb nicht organisatorisch sondern nur geistig überwunden werden kann: durch Mobilisierung der geistigen Kräfte, die die zerstreuten und zerstreuten Tendenzen des Sozialismus in unserer Zeit in schöpferischer Synthese derart neu zu gestalten haben, daß durch sie eine unmittelbar konstruktive Politik der Sozialdemokratischen Partei möglich wird.



ERNST UNTERMANN · DER AMERIKANISCHE IMPERIALISMUS IM KRIEG



WOHL an keiner amerikanischen Regierung kann man so deutlich sehen, was der grundsätzliche Widerspruch zwischen theoretischer Demokratie und praktischer Klassenherrschaft unseren führenden Staatsmännern antut, wie an der Verwandlung des Verfassers der Neuen Freiheit in einen offenen Autokraten. Der Kopf Woodrow Wilsons verwirrte sich und verkam zusehends unter diesem Zwiespalt. Wieder und wieder forderte er Dinge vom Kongreß, die er selbst als verfassungswidrig denunziert hatte. Wurde er dort abgewiesen, so unternahm er genau wie Theodore Roosevelt auf eigne Faust Schritte, die die ganze Nation auf kostspielige Abenteuer verpflichteten, die er dann mit selbstwiderlegender Sophistik rechtfertigte. So zollte er in beredten Worten dem amerikanischen Ideal Achtung, daß nur der Kongreß im Einvernehmen mit der Majorität der Wähler das Recht hätte die Nation in einen Krieg zu stürzen, während er sich Tag und Nacht bemühte dieses Recht eigenmächtig auszuüben. Unaufgefordert und öffentlich gestand er, daß er nicht entfernt daran dächte im Kriegsfall, den Gott verhüten möchte, zur Zwangsaushebung von Rekruten zu schreiten oder die Milizen über See zu schicken. Und dann stellte sich heraus, daß grade solche Pläne schon durch einen militärischen Stab bearbeitet wurden. Er trat als kühner Verfechter des amerikanischen Ideals der freien Rede und freien Presse auf, aber gleichzeitig verlangte er immer mehr Vollmachten zu deren Unterdrückung, bis er im Namen des Schutzes der Weltdemokratie zum größten Autokraten in der Welt wurde, um in den Weltkrieg einzugreifen. Doch schon ehe er diese Klimax erreichte, hatte er sich durch seine Eingriffe in Haiti, Santo Domingo, Nicaragua und Mexico jeden Anspruchs auf den Titel eines Antiimperialisten beraubt.

Am 27. Juli 1915 ließ Woodrow Wilson die Republik Haiti durch amerikanische Truppen besetzen, weil der Präsident Vilbrun Guillaume Sam, der bereit war die Souveränität seiner Nation an die amerikanischen Imperialisten zu verkaufen, durch eine Revolution abgesetzt und getötet worden war. Am 30. Juli wurde bekannt, daß amerikanische Truppen dort bleiben würden, bis die haitische Regierung einen neuen Vertrag akzeptiere. Der Konteradmiral William Banks Caperton zerschlug die haitische Armee und nahm das Regierungsschiff Pacifique weg. Am 24. August wurde eine haitische Nationalversammlung unter amerikanischen Bajonetten einberufen, und sie wurde aufgefordert den amerikanischen Vertrag anzunehmen. Sie zögerte. Wilson wartete nicht auf die Annahme seines Vertrags sondern ließ ihn sofort durch seine Truppen durchführen. Am 27. August ließ Caperton die Zollämter besetzen, am 4. September stellte er die Republik unter das Militärgesetz, und erst am 16. September nahm die Nationalversammlung unter diesem unwiderstehlichen Druck Wilsons Vertrag an. Erst am 11. Januar 1916 schickte Wilson diesen Vertrag geheim an den Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats. Das Dokument wurde von dieser Kommission bis zum 28. Februar im geheimen beraten und an diesem Tag vom Senat in geheimer Sitzung angenommen. Die Finanzen, Polizei, öffentlichen Werke und Naturschätze der Haitischen Republik wurden so in die Hände amerikanischer Truppen und Konzessionäre gelegt. Mitte Juli 1920 wurde bekannt, daß amerikanische Truppen die Einwohner Haitis zur Arbeit auf den Land-

straßen zwangen, um den amerikanischen Konzessionären den Transport des geraubten Guts zu erleichtern. Caperton hatte eine Wahl ausgeschrieben, mit dem Wink, daß die Vereinigten Staaten den General Sudre Dartiguenave als Präsidenten wünschten, und die gequälten und geschundenen Haitianer konnten diesen Befehl nicht mißachten. In den 5 Jahren bis Mitte 1920 hatten die amerikanischen Truppen 3250 Haitianer umgebracht; bei ihnen waren nur 1 Offizier und 12 Mann gefallen, 2 Offiziere und 26 Mann verwundet.

Im Jahr 1916 entdeckte der amerikanische Senat, daß die von Roosevelt über die Republik Santo Domingo eingesetzte Zollkontrolle von amerikanischen Bankiers und Konzessionären im Bund mit Kongreßmännern zur Korruption und Ausplünderung des Landes benutzt wurde. Der Demokrat und Antiimperialist Wilson, der seit 1913 viele Reden gehalten hatte, in denen er die Vergewaltigung schwacher Nationen durch fremde Kapitalisten verdammt, beschönigte dies. Die militärische Besetzung von Haiti, Santo Domingo, Nicaragua und Mexico läßt sich nicht mit Wilsons demokratischen und antiimperialistischen Gesten vereinbaren. Während man gegen Deutschland das Recht aller Nationen auf Selbstbestimmung geltend machte, griff man diese schwachen Nationen ohne Kriegserklärung an. Im Mai 1916 bedrohte Wilson den Präsidenten Juan Isidro Jimenez von Santo Domingo mit einem Ultimatum, das seine Abdankung innerhalb 72 Stunden forderte. Und obgleich Jimenez abdankte, landeten 6 Tage später 500 amerikanische Seesoldaten in Santo Domingo und nahmen Puerto Plata nach 2stündigem Kampf ein. Die Zivilbehörden wurden abgesetzt. Im November waren schon 1800 amerikanische Seesoldaten in Santo Domingo. Eine von Wilson eingesetzte Regierung übte die Diktatur aus. Im Jahr 1917 bekleidete ein Hauptmann der amerikanischen Seesoldaten das Amt eines Außenministers der Republik Santo Domingo. 1919 wurde der Konteradmiral Thomas Snowden, 1921 der Admiral Sam Robinson militärischer Gouverneur von Santo Domingo. Ebensowenig kümmerte sich Wilson um seine demokratischen und antiimperialistischen Ideale, als er im Jahr 1916 die Sankt-Thomas-Inseln aus der Hand Dänemarks riß. Nicht einmal der Senat hörte davon, bis der Verkauf perfekt war, und die Rechnung vor den Auswärtigen Ausschuß kam. Dieser behandelte die Sache geheim, und der Senat gab dann in geheimer Sitzung seine Zustimmung. Die Öffentlichkeit hörte davon nur durch die Indiskretion eines Senators, der verlauten ließ, die amerikanische Regierung hätte der dänischen das Recht zugestanden ganz Grönland wirtschaftlich und politisch zu beherrschen. Wer gab Wilson das Verfügungsrecht über Grönland? Auf dem Umweg über das dänische Parlament wurde später bekannt, daß sich die dänische Regierung schon 1913 geweigert hatte die Inseln zu verkaufen, und daß sie jetzt nur durch die Drohungen Wilsons gezwungen worden wäre in den Verkauf zu willigen. Im Lauf der Jahre stellte sich dann heraus, daß die Gamaschenknöpfe der amerikanischen Marine, die die Herrschaft auf den Sankt-Thomas-Inseln (amerikanisch Virgin Islands getauft) ausübten, ebenso verschwenderisch mit dem Leben der Einwohner umgingen wie die amerikanischen Freiheitshelden in Haiti.

Nicaragua war noch von amerikanischen Truppen besetzt, als Wilson zur Regierung kam. Er wußte, daß diese Besetzung aus dem Clayton-Bulwer-Vertrag des Jahres 1850 einen Papierfetzen machte, denn nach diesem Vertrag waren England und die Vereinigten Staaten verpflichtet die Souveränität der mittelamerikanischen Staaten zu respektieren. Daß England diesen

Vertrag und die Monroedoktrin durch die Besetzung von Britisch Honduras verletzt hatte, und daß Roosevelt das nämliche durch die Schaffung der Republik Panama mit amerikanischen Waffen getan hatte, war ihm ebenfalls kein Geheimnis. Er hatte also eine schöne Gelegenheit für die Demokratie und gegen den Imperialismus eine Lanze zu brechen. Er trat im Gegenteil in die Spuren William Howard Tafts und drückte einen Vertrag zum Erwerb der Konzession zum Nicaraguakanal durch den Senat. Dieser sah das Recht auf einen Kanal nebst der Korninsel auf der atlantischen und dem Golf von Fonseca auf der pazifischen Seite für 99 Jahre vor, mit amerikanischen Marinestationen auf beiden Enden. Nicaragua sollte 3 Millionen Dollars dafür erhalten. Das Geld blieb aber in einer New Yorker Bank und durfte nur mit Erlaubnis des amerikanischen Außenministers ausgegeben werden. Dieses Geld kam aus der Tasche der amerikanischen Steuerzahler und wanderte sofort in die Taschen amerikanischer Bankiers, die weder der amerikanischen noch der nicaraguanischen Nation irgendeinen Dienst dafür leisteten. Die amerikanischen Marineexperten wollten den Nicaraguakanal damals gar nicht haben und konnten auch keine Marinestationen dort unterhalten, weil keine Mittel dafür vorgesehen waren. Diese militärischen Gesichtspunkte wurden allein von den Bankiers vorgebracht, weil sie für ihre Pfandleiherpläne eine patriotische Front brauchten. Als Philander Knox unter Taft den Präsidenten Santos Zelaya von Nicaragua absetzte, betrug die Staatsschuld der Republik nur $2\frac{1}{2}$ Millionen Dollars und war auf dem besten Weg getilgt zu werden. Die Bankiers stellten sich, als wollten sie Nicaragua finanziell auf die Beine stellen, taten aber nichts für die wirtschaftliche Entwicklung der Republik sondern beschränkten sich auf den Plan ihre bloßen papiernen Ansprüche in gesetzliche zu verwandeln. In der Praxis wurden aus diesen durch kein Gesetz oder Recht gestützten Forderungen der Bankiers Mittel, um durch "Konversionen" die Staatsschulden Nicaraguas immer mehr zu vergrößern, bis die kleine Republik schließlich im Netz des Bankrotts zappelte. Dieser Bankrott diente dann weiter als Vorwand das Volk von Nicaragua durch amerikanische Truppen zur Arbeit für seine Aussauger anzutreiben. Der große Antiimperialist Wilson half tapfer dabei mit, während er der deutschen Regierung vorwarf, sie achtele keine Verträge und bedrohte die Demokratie.

Auch in seinem Verhalten gegen Mexico war keine Spur seiner selbstgepredigten Unabhängigkeit, Gleichheit und internationalen Gerechtigkeit zu entdecken. Im selben Atem, in dem er vor dem Kongreß beteuerte sich im Verkehr mit Mexico streng an das Völkerrecht zu halten, instruierte er die amerikanischen Beamten in Mexico dessen Regierung mit Krieg zu bedrohen. Er versprach dem amerikanischen Volk den amerikanischen Konzessionären in Mexico das Handwerk zu legen, wenn sie fortfahren sollten in Mexico Unruhen zu stiften, half ihnen aber gleichzeitig bei der Stiftung dieser Unruhen mit und ließ Mexico durch amerikanische Truppen ohne Kriegserklärung angreifen. Als er einen Embargo auf den Waffenexport nach Mexico legte, behauptete er damit den amerikanischen Unruhestiftern und dem von ihnen finanzierten Präsidenten Victoriano Huerta Fesseln anzulegen, tat aber damit den mexicanischen Gegnern Huertas mehr Schaden als ihm und seinen amerikanischen Gönnern. Als er diesen Embargo aufhob, gab er zu, der früher von ihm geschaffene Zustand wäre unneutral gewesen. Amerika konnte die Mexicaner durch einen Embargo aushungern, aber die Mexicaner

durften keinen Embargo auf die Ausfuhr von Petroleum legen. Wilson konnte allen Neutralen durch Wegnahme ihrer Schiffe eine Unterstützung der alliierten Blockade gegen Deutschland aufzwingen, aber kein Neutraler durfte deshalb irgendwelche Schritte zur Achtung des Völkerrechts unternehmen. Den Belgiern wurde von Deutschland wenigstens mitgeteilt, daß man ihre Neutralität nicht mehr achten wollte, aber keine derartige Warnung kam von Washington, als amerikanische Landungstruppen am 21. April 1914 die Stadt Vera Cruz angriffen. »Kein Zivilist hatte eine Ahnung, daß die Amerikaner die Stadt angreifen würden«, schreibt John Kenneth Turner in *Shall it be Again?* »Als die Geschütze zu donnern anfangen, ließ man die Kinder aus der Schule. Sie liefen angsterfüllt nach Hause. Nun liefen aber schon die Angreifer durch die Stadt amok. Wenigstens 10 Kinder und 6 Frauen wurden von unseren tapferen Jungen erschossen.« Und weiter: »Nach unseren offiziellen und Zeitungsberichten überraschten unsere heroischen Soldaten an einer Stelle 60 Mexicaner und massakrierten sie, ohne ihnen Gelegenheit zu bieten sich zu ergeben. In einem andern Fall überraschten und mordeten sie 40 unbewaffnete Mexicaner, von denen manche schliefen, andere nackt waren und in einem Teich badeten. Wieder in einem Fall feuerten sie auf eine Masse von Zivilisten und töteten 40.« Und dafür sollten die Mexicaner nachher noch Schadenersatz bezahlen. Den Deutschen nahm London die Kolonien weg, nannte sie Mandate, damit ihr Wert nicht auf die Reparationen angerechnet werden konnte. Den Mexicanern und Mittelamerikanern legte Washington Geldstrafen auf, damit sie ihre Angreifer für die Kosten der Neutralitätsverletzung bezahlen sollten. Alles unter der Devise des Schutzes der Demokratie, der Selbstregierung, der finanziellen Sanierung. Als Wilson den Angriff auf Vera Cruz befahl, behauptete er, Huerta hätte sich geweigert die amerikanische Flagge zu salutieren. Huerta war willens den Salut zu geben, wenn die Amerikaner gleichzeitig die mexicanische Flagge salutierten. Wilson ließ Venustiano Carranza sagen, der Angriff auf Vera Cruz wäre zu seiner Unterstützung erfolgt, aber dieser erkannte in dieser Behauptung eine Falle und ging nicht hinein. Überhaupt brauchte Carranza gar nicht die amerikanische Hilfe mehr, denn seine Truppen hatten Huerta schon auf fast allen Fronten geschlagen. Amerikanische Truppen blieben in Vera Cruz noch 4 Monate nach der Flucht Huertas, während gleichzeitig der Embargo auf Waffen für Carranza aufrechterhalten wurde. Als Wilson sich weigerte Huerta anzuerkennen, glaubten viele ehrliche Demokraten, er wäre wirklich auf ihrer Seite. Aber seine Verdammung der »blutbefleckten« Huertaregierung als Feind des mexicanischen Volks klang komisch angesichts seiner eignen blutbefleckten Regierung in Haiti, Santo Domingo und Nicaragua. Und der beste Mitverschworene Huertas war der amerikanische Gesandte Henry Lane Wilson, der bis zuletzt der eifrigste Fürsprecher dieses Instruments der amerikanischen Oberherrschaft blieb. Huerta konnte mit Hilfe Henry Lane Wilsons ungehindert Waffen aus den Vereinigten Staaten holen, aber Woodrow Wilson ließ die Gegner Huertas auf amerikanischem Boden verhaften, einkerkern und ihrer Waffen berauben. Erst als sich Huerta weigerte formell das Recht der Washingtoner Regierung auf Einmischung in Mexico anzuerkennen, wandte sich Woodrow Wilson gegen ihn. Und als die amerikanischen Truppen endlich Vera Cruz räumten, geschah es nur, weil Wilson glaubte, der "Bandit" Francisco Villa wäre des Siegs über Carranza gewiß. Denn Wilsons eigener

Agent war der beste Freund Villas, und ein amerikanischer General überbrachte Villa das Versprechen Wilsons Carranza nie anzuerkennen. Als Wilson amerikanische Truppen zur Verfolgung Villas über die mexicanische Grenze schickte, erklärte er dem amerikanischen Volk, er handelte im Einvernehmen mit Carranza, und die amerikanischen Truppen würden sofort nach der Erledigung Villas zurückgezogen werden. 3 Monate später gab er zu, daß er nicht im Einverständnis mit Carranza gehandelt hatte, und statt die amerikanischen Unruhestifter in Mexico zu bekämpfen, drohte er die amerikanischen Truppen zur Unterstützung dieser Konzessionäre in Mexico zu belassen und zu verstärken. Mit allen Mitteln versuchte Wilson den Sieg Villas über Carranza zu erzielen. Als Carranza trotzdem siegte, war es wieder Wilson, der Carranza daran hinderte die Grenze so zu beschützen, daß Villa nicht durch einen Raubzug auf amerikanischem Gebiet eine amerikanische Intervention provozieren konnte. Als dann Villa die Stadt Columbus in New Mexico plünderte, waren eigentümlicherweise keine amerikanischen Truppen zu ihrem Schutz da. Aber dieser Einfall diente Wilson als Vorwand, um ohne Wissen und Willen Carranzas in Mexico einzubrechen und 9 Monate lang dort amerikanische Truppen zu unterhalten, nachdem der amerikanische Kommandeur selbst berichtet hatte, Villa und seine Banden wären zerstreut und unschädlich gemacht. Erst im Februar 1917, als die amerikanische Kriegserklärung gegen Deutschland dicht vor der Tür stand, wurden die amerikanischen Truppen aus Mexico zurückgezogen. Das Hauptresultat dieser Wilsonschen Einmischung war, daß alle jene Reformen in Mexico unmöglich gemacht waren, die Wilson als Demokrat und Anti-imperialist vertreten hatte. Es war Wilsons Schuld, daß sich Carranza nicht halten konnte und von Alvaro Obregon abgesetzt wurde. Und nur weil sich Obregon weigerte sich von Albert Fall, später als Schwindler unter Warren Gamaliel Harding bekannt, die Bedingungen der amerikanischen Konzessionäre auferlegen zu lassen, überließ Wilson Mexico seinem Schicksal in den Händen der Gegner Obregons. Daß es dann in die Hände Plutarco Elias Calles' und der ehrlichen Republikaner fiel, lag durchaus nicht in der Linie der amerikanischen Pläne. Wenn Wilson schließlich davon Abstand nahm Mexico so zu besetzen wie Haiti, Santo Domingo und Nicaragua, so tat er es nur, weil er nicht sofort genug Truppen zur Unterwerfung Mexicos bereit hatte, weil Argentinien, Chile und Brasilien protestierten, und dann auch, weil der Krieg in Europa den Vortritt haben mußte.

Dieser Krieg wurde mit der selben Widerspruchspolitik ins Werk gesetzt. Obgleich die Vereinigten Staaten nie einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland gehabt hatten, machte Wilson von Anfang an den Alliierten Konzessionen, die er den Deutschen abschlug. Friedrich II hatte Washington bei seiner Revolution unterstützt, Auslandsdeutsche hatten Lincolns Regierung finanziert, als ihr die Engländer im Bürgerkrieg Kredit verweigerten und die Neutralität verletzten. Dennoch warf sich Wilson gleich nach Beginn des Weltkriegs darauf die amerikanische Nation gegen die deutsche scharf zu machen. Ende Juni 1916 sagte Wilson selbst im New Yorker Presseklub, er erhielt aus allen Teilen des Landes Briefe, in denen nur eine Bitte ausgesprochen würde: »Herr Präsident, lassen Sie Sich von niemandem überreden, daß das amerikanische Volk einen Krieg gegen irgend jemanden wünscht.« Dennoch brach er selbst sein Neutralitätsprinzip fortwährend und setzte so ein Beispiel, das nur zum Krieg führen konnte. So war auch seine

Haltung vor der Abfahrt der Lusitania durchaus den Alliierten günstig. Der Senator Robert La Folette rief, nachdem die deutsche Regierung schon wochenlang auf den Tatbestand hingewiesen und amerikanische Bürger gewarnt hatte, ihm zu, das Schiff würde torpediert werden. 4 Tage vor der Abfahrt der Lusitania warnte der Außenminister William Bryan persönlich den Präsidenten Wilson, daß das Schiff 6 Millionen Runden Munition und außerdem noch Explosivstoffe an Bord hatte, und daß Passagiere, die mitfahren wollten, ein amerikanisches Gesetz verletzen, das vorschrieb, daß kein Passagier Züge oder Schiffe benutzen darf, die mit Munition beladen sind. Und Bryan bat den Präsidenten keine Passagiere auf der Lusitania zu dulden. Dennoch ließ Wilson die Passagiere fahren und suchte dann die öffentliche Meinung zum Krieg anzutreiben, als das Unheil eintrat.

Ein Auszug aus Wilsons Reden und Botschaften klingt wie das Geschnatter im Irrenhaus: Das deutsche Volk war nie für den Krieg verantwortlich sondern wurde von seinen Regierenden hineingezerrt. Das deutsche Volk war doch verantwortlich, denn seine Regierenden hatten ihre Kriegspläne nie verhüllt. Die deutschen Kapitalisten wollten keinen Krieg, denn sie konnten ohne Krieg die Welt erobern und wußten, daß ein Krieg ihre Pläne vereiteln würde. Die deutschen Kapitalisten wollten den Krieg. Die Deutschen glauben genau so wie alle anderen ihre Existenz zu verteidigen. Die Deutschen wollen mit Gewalt die Welt beherrschen. Eine kleine militärische Clique in Berlin schob die deutschen Kapitalisten und selbst den Kaiser beiseite und wollte die ganze Welt beherrschen. Jedes Kind weiß, daß moderne Kriege aus wirtschaftlichen Rivalitäten entspringen. Jede kriegführende Nation will das Recht der Selbstbestimmung verteidigen. Die Deutschen bedrohen die Freiheit und die Demokratie. Die Staatsmänner auf beiden Seiten haben erklärt, es sei nicht ihre Absicht ihre Gegner zu vernichten. Deutschland muß vernichtet werden. Die Gewalt hat noch nie irgendetwas Dauerhaftes erreicht. Die Gewalt bis zum Äußersten muß den Triumph des Rechts sichern. Nur ein Friede zwischen Gleichen kann dauerhaft sein. Nur ein vollständiger Sieg kann einen dauerhaften Frieden erzwingen. Freiheit kann nicht von oben herab gewährt werden sondern muß von unten auf erworben werden. Wir sind ein Instrument in der Hand Gottes, um der Welt die Freiheit zu bringen. Der Wille des Volkes muß bestimmen, wann die Zeit zum Friedensschluß reif ist. Das amerikanische Volk soll sich nicht in die Beschlüsse der Staatsmänner mischen, während sie mit Deutschland über den Frieden verhandeln. Der Kongreß soll nicht dem Präsidenten bei der Kriegführung in den Arm fallen. Die 14 Punkte sind die einzigen Satzungen, die der Welt den Frieden und die Demokratie sichern. Die 14 Punkte können nicht sofort als Basis für eine neue Weltordnung dienen. Kapitalisten sollen nicht den Krieg zum privaten Profitmachen ausnutzen sondern patriotisch denken. Das Profitmachen verträgt sich sehr gut mit dem Patriotismus. Amerikaner dürfen nicht von der Regierung fordern, sie solle private Geschäfte im Ausland mit bewaffneter Gewalt unterstützen. Jeder amerikanische Geschäftsmann im Ausland kann sich fest auf die Unterstützung seiner Regierung verlassen. Bewaffnete Neutralität würde unbedingt zum Krieg führen und paßt nicht für die amerikanische Regierung. Bewaffnete Neutralität muß nicht unbedingt zum Krieg führen sondern kann sehr wohl ohne Gewalt aufrechterhalten werden. Die Freiheit der Meere ist durch das internationale Gesetz geschützt. Sie ist noch nicht durch das internationale

Gesetz geschützt sondern muß erst durch internationale Pakte erreicht werden. Das Unterseeboot ist eine gesetzliche Waffe gegen Handelsschiffe. Das Unterseeboot ist ein Seeräuber. Ein bewaffnetes Handelsschiff ist ein Kriegsschiff. Ein bewaffnetes Handelsschiff ist ein friedliches Schiff. Das Eigentum fremder Bürger ist durch Verträge gegen Konfiszierung im Krieg geschützt. Wir haben das Recht fremdes Eigentum in unseren eignen Grenzen für unsere eignen Zwecke zu konfiszieren. Wilson nahm sogar das Eigentum neutraler Nationen, mit denen die Vereinigten Staaten im Frieden lebten. Aber Mexico durfte kein amerikanisches Eigentum konfiszieren, selbst nicht, wenn dessen Eigentümer eine Revolution anzettelten, und die amerikanische Regierung mexicanische Städte ohne Kriegserklärung angriff. Mexico durfte nicht einmal amerikanisches Eigentum ohne Wilsons Erlaubnis besteuern. Weiter im Wilsons-text: Wir kämpfen nicht um materielle Interessen. Jeder amerikanische Geschäftsmann weiß, daß seine Interessen in Gefahr sind. Es ist nicht unsere Sache den Deutschen vorzuschreiben, welche Art von Regierung sie haben sollen. Wir können nicht mit den Deutschen verhandeln, bis sie den Kaiser abgesetzt haben. Kein Volk, sondern immer nur die Regierungen haben Krieg geführt. Dieser Krieg ist im besten Sinn ein Volkskrieg. Der Völkerbund ist eine moralische Union. Der Völkerbund gibt den Vereinigten Staaten die finanzielle Führung, die wirtschaftliche Überlegenheit, die größten Vorteile des Handels. Wir beteiligen uns an der Reparationskommission nur, weil uns die anderen Nationen um unsern Rat gebeten haben. Die Beteiligung an der Reparationskommission wird uns instand setzen unsere Handelsinteressen Deutschland gegenüber wahrzunehmen.

Wie offen und deutlich im Vergleich mit diesem wirren Geplapper klang die Rede unserer Großkapitalisten, in deren Namen Frank Vanderlip, der Vorsitzende der American International Corporation, mit den folgenden Worten die Vereinigten Staaten zum Krieg gegen Deutschland trieb: »Niemaals seit Beginn der Zeit hat ein Volk eine solche Wahl zwischen 2 Wegen gehabt, die zu so weit verschiedenen Geschicken führten. Nie sind einer Nation so viele Geschenke der Gelegenheit in den Schoß geworfen worden, eine wahre Flut von Reichtum, von Gelegenheit, die in Verbindung mit unseren Mitteln unserm Volk die Vormundschaft über die Welt anbietet.«

»Unserm Volk«. Wilson griff die alte Finte auf, daß alles, was für die Kapitalisten profitabel ist, auch den Arbeitern zugute kommt. Wenn aber die Arbeiterführer darauf antworteten, dann müsse auch alles, was die Lage des Arbeiters hebt, für die Kapitalisten gut sein, runzelte er die Stirn und schimpfte über verräterische Sophisten, die mehr von deutschen als von amerikanischen Interessen hielten. Zitierte jemand seine Neue Freiheit gegen ihn, so wurde er wütend. Nach seinen logischen Irrfahrten hatte er die These zu verteidigen, daß die Politik zugunsten einer großkapitalistischen Minorität die wahre und für die ganze Nation profitable Demokratie ist, und das wurde immer schwieriger. Die direkte Folge des gewaltig in die Höhe getriebenen Kriegsexports war natürlich ein Steigen der Preise zu Hause. Schon lange ehe die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, mußte das amerikanische Volk mehr für seinen Unterhalt bezahlen als die kriegführenden Nationen. Im Juni 1917 war der Brotpreis in England um 25% niedriger als in Amerika. Ein Jahr vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg waren die Preise für Nahrungsmittel schon um 32% gestiegen. Nach dem Eintritt wurden sie noch höher, und die Nahrung immer

schlechter. Der Federal Reserve Board mußte im September 1919 gestehen, daß die »günstige« Handelsbilanz der Vereinigten Staaten für die große Masse der amerikanischen Bevölkerung durchaus nicht günstig war. Als der Weizenpreis 1916 in der Wall Street auf 3,25 Dollars pro Bushel stieg, und ein Faß Mehl 14 Dollars kostete, erhielt der Weizenbauer nur 1,30 Dollars pro Bushel. Der Shipping Board der Regierung half mit den Landwirt und den Arbeiter zu schröpfen und die Seefrachten zum besten der großen Firmen hochzuschrauben. Ebenso half die Regierung den Öl-, Kohlen- und Holzmagnaten den natürlichen Reichtum des Landes zu erschöpfen, obgleich seit Jahren das offizielle Hauptthema »the conservation of natural resources« war. Ebenso war wohlbekannt, daß die Millionäre der Korruption mit den unverschämtesten Mitteln Vorschub leisteten und Verschwörungen gegen die Demokratie förderten. Niemand wußte dies besser als Wilson. Denn schon im Herbst 1916 hatte ihm John Pierpont Morgan gesagt: »Wir haben jetzt unsere Kasse bis auf den Boden leer gekratzt, und es ist nun an der Regierung kräftig einzuspringen.« Morgan als der Agent des englischen Fiskus hatte sein Privatvermögen auf den Sieg der Alliierten gesetzt. Anstatt der versprochenen Demokratie begann nun eine Periode der schwärzesten Reaktion. Die Verfassung wurde von der selben Regierung zerrissen, die sich als Instrument Gottes zum Schutz der Demokratie ausgerufen hatte. Die Kriegervereine und Kriegshetzer wurden inspiriert jeden anzugreifen, der es wagte an ihrer Autokratie Kritik zu üben. Nachdem die Deutsche Gefahr beseitigt war, mußte das Rote Gespenst zu einem Versuch herhalten die Kriegsgesetze in Permanenz zu erklären. Dieser schlug freilich fehl, weil die Differenzen der beiden alten Parteien nach Friedensschluß wieder die alten Tricks der Beutepolitik in den Vordergrund stellten. Aber daß er überhaupt gemacht werden konnte, entlarvt besser noch als anderes die wirklichen Friedensziele der amerikanischen Plutokratie.

So führte ein demokratischer Antiimperialist als Präsident der Vereinigten Staaten den größten Krieg übersee in unserer Geschichte gegen eine Nation, mit der die Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung in Frieden und Freundschaft gelebt hatten, und deren Auswanderer den 2. Platz in ihrer Bevölkerung einnahmen. Um dies tun zu können, mußte er Millionen seiner eignen Mitbürger den Krieg erklären, sie knebeln und mundtot machen, Rekruten mit Gewalt ausheben und das Geld für Kriegsbonds mit den Methoden des Terrors eintreiben. Er verriet seine eignen Ideale gründlich, brachte sich freilich auch selber eine vernichtende Niederlage bei, die ihn völlig zerbrach. Er war im Grunde ein Opfer der amerikanischen Widerspruchspolitik, die Demokratie predigt und Macht praktiziert.

LISBETH STERN · DAS NOTGEFÜHL DER FRAU

FRAUEN in Not heißt eine Ausstellung, die jetzt in Berlin veranstaltet wurde. Man ging mit Erwartungen hin, die sich nicht ganz erfüllten. Meist sah man da Bilder, die Frauen in gewiß sehr traurigen Situationen darstellen, aber die Sprache der Frau selbst, die anklagt oder auch nur klagt, die hörte man nur hier und da. Natürlich sind die Blätter der Käthe Kollwitz auszunehmen, auch einzelne anderer, zum Beispiel ein paar kleine Radierungen von Hanna Nagel, immer um das selbe Thema: Hier Kinder, nah, warm und lebendig, und dort das Arbeitenwollen in der Kunst.

Was man als Hauptinhalt der Ausstellung erwartet hatte: Dokumente der Frau selbst über ihre Stellung grade im Geschlechtsleben, das, was früher das Spezifische in der Not des Frauentums zu sein schien, das hat man dort eigentlich nirgends gefunden. Es scheint beinahe durch diese Ausstellung ersichtlich geworden zu sein, daß das Probleme waren, die inzwischen ihre rechte Lebenswichtigkeit verloren haben. Dabei waren es Probleme, von denen man geglaubt hätte, sie lägen so sehr in der Natur sowohl als auch in der Gesellschaft, daß sie in gewissem Sinn zeitlos schienen. Und jetzt findet man sie eigentlich nicht wieder, wie verfliegen in Luft. Man denke, wie Max Klinger sich mit ihnen herumschlug, denke an sein Blatt mit der liegenden nackten Frau und den tausend Männerköpfen rings herum, an Edvard Munch. Frans Masereel hat auf dieser Ausstellung Holzschnitte mit ähnlichem Inhalt; aber eben Masereel gehört auch nicht mehr zu den Jungen. Bei diesen ist kaum etwas in der Richtung. Sind denn nun wirklich die Dinge inzwischen anders geworden? Es gibt doch heute auch ebenso wie damals Prostitution, und das war es doch, was damals einen vor allem so belastete.

Es ist offenbar anders geworden, und grade das, was zwischen den äußeren Dingen lebt, und was unter Umständen viel mehr entscheidet. Einmal sind die Grenzen zwischen den verheirateten Frauen und denen, die in freien Verhältnissen leben, und wiederum von da hinüber zu den Prostituierten, viel mehr verwischt worden, und in der Stellung zur Frau haben diese Unterschiede nur noch wenig Gewicht. Das hat natürlich das Selbstgefühl der Frau wesentlich gestärkt. Sie steht jetzt vielfach dem Mann doch gleich zu gleich gegenüber. Damit fallen aber auch zum Teil die unterdrückten Haß- und Rachegefühle fort, die das Verhältnis der Geschlechter zu einander so unselig gespannt machten, viel mehr als das Liebesverhältnis der beiden ohnehin schon oft an Spannung in sich trägt.

Vor allem scheint aber wichtig, daß überhaupt das Geschlechtsleben heute mehr in den Rahmen des ganzen Lebens zurückgetreten ist, und man nicht mehr mit dieser Einzelbetonung an es herangeht. Man mag heute nicht mehr die verschiedenen Funktionen so einzeln nehmen, und die erotischen durchbluten eben den ganzen Menschen. Daß diese Einsicht eine Erleichterung und Gesundung bedeutet, ist klar. Die sakramentale Heiligung des Geschlechtslebens, die Verfemung alles dessen, was außerhalb ihrer nach seinem Recht verlangte, war eine schlimme Belastung unserer Welt. Inzwischen ist der Sinn des Sakraments verloren gegangen. Und die Ausstellung steht durchaus unter dem Zeichen dieses freilich negativen Gewinns. Auch wenn man an Arthur Dix denkt, dem die sexuellen Dinge wahrhaftig kein freundliches Gesicht zeigen, besonders an das alte nackte Fräulein vor dem Spiegel mit dem bescheidenen schwimmenden Blick voller Sehnsucht nach Liebe, sieht man in dem allen viel mehr ein ehrliches, aber ziemlich erbarmungsloses Wissen um alle diese Angelegenheiten, anders als es früher einmal war, ein hoffnungsloses Aufbäumen gegen den Terror der Liebe.

So blieb als der wesentliche Gehalt der Ausstellung die soziale Not der Frau, ihre Überbürdung im wirtschaftlichen Kampf. Die Gewichte, die an ihr hängen, wiegen ja viel schwerer als für den Mann. Dazu kommt noch für einen wohl unermesslich großen Teil die ängstliche heimliche Abwehrstellung gegen die Kraft und Gewalttätigkeit des Mannes. Es sind da auch einige Kinderzeichnungen, ein Mädchen mit mehrmals dem selben Motiv: die Mutter am

Tisch nähernd, und hinter ihr wie ein Alpdruck groß der Schatten des Vaters. Das sind natürlich Eindrücke, die ins Leben mitgenommen werden, und die immer wieder den neuen Keim für das Notgefühl der Frau setzen. Möchte doch das Mädchen, wenn es einmal groß ist, diese Dinge auch nicht mehr wiederfinden, auch wenn sie ihm heute so unausweichlich scheinen mögen wie den Mädchen früher die sexuellen Probleme.

ERNST KALLAI · KUNST UND TECHNIK



TECHNIK hat die Methoden der Warenherstellung und -verbreitung revolutioniert und durch diese Revolutionierung den Antrieb zur neuen Gliederung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse gegeben. Die entlegenste bäuerliche Provinz ist in diese Schicksalsgemeinschaft der technisierten Weltwirtschaft hineinbezogen. Sie spürt es, wenn nicht anders, so an den wachsenden Schwierigkeiten rentabel zu arbeiten. Eine Lebenseinrichtung, die als neuer Ordner und Förderer, aber auch als Zerstörer so entscheidend in die Bedingungen unseres materiellen Daseins greift, muß auch für alle geistigen Erscheinungen dieses Daseins von schicksalhafter Bedeutung sein. Keineswegs nur in der Großstadt, deren vielfach zusammengesetzter, schwingender Lebensraum ohne die reichen Energieströme seiner technischen Rüstung gar nicht zu denken wäre. In welchem Maß Industrialisierung, Schnellverkehr, Rotationsdruck, Radio und Film heute selbst auf das Bewußtsein des flachen Landes einwirken, davon kann man mitunter ganz groteske Dinge erfahren, wenn man sich, in einer primitiven Sommerfrische etwa, fern von diesen unruhigen Geistern in gesicherter Naturumfriedung wähen möchte. Die Stadt dringt unaufhaltsam in das Land vor, und diese Eroberung wird ihr nur durch die Technik möglich, für die es heute kaum noch Hindernisse gibt. Es ist weit mehr als nur ein guter Witz, wenn ein Karikaturist das Abenteuer eines Bergsteigers schildert, der an halsbrecherischen Felswänden hoch auf einen Alpengipfel klettert, in der Meinung der erste Bezwingler des gefährlichen Riesen zu sein, und oben von einem Hotelportier mit den Worten empfangen wird: »Zimmer mit Bad gefällig?«

Es ist klar, daß diese mehr oder minder friedlose Durchdringung der Welt durch die Technik für die empfindsamen Fühler der Kunst zum Erlebnis werden mußte. Selbstverständlich nicht durchweg in dem Sinn einer vorgefaßten Auseinandersetzung mit der neuen Großmacht. Nicht immer als unmittelbares Motiv des Schaffens. Aber es dürfte kaum noch möglich sein, daß ein Kunstwerk aus einer von Technik vollkommen unberührten naiven Naturverbundenheit heraus entstände. Es sei denn geographisch weit außerhalb der vorgeschobenen Grenzen unserer Zivilisation, als Gewächs einer primitiven Exotik, deren Tage indessen auch schon gezählt sind. Innerhalb dieser Zivilisation hat jegliche Kunst die Technik, wenn nicht im Auge oder gar schon im Blut, so doch im Rücken, und das Bewußtsein dieses Hintergrunds ist selbst aus der frömmsten Naturseligkeit nicht mehr auszuschalten. Woher käme denn sonst die merkwürdig verhaltene Stimmung in den Bildern der neuen Naturschwärmerei, zumal der deutschen von Georg Schrimpf und ähnlichen Malern? Diese Künstler glauben selbst nicht an den Frieden, bei dem sie sich vor der Unruhe der Technik bergen möchten, und halten gleichsam den Atem an, um das unwirklich Regungslose und Abgeklärte ihrer Wunsch-

träume nicht aufzuscheuchen. Sie malen ein "Stillhalten", setzen die Natur unter eine luftleere Glasglocke, um sie auch vor dem geringsten Mißklang ihres gefährlichen Widersachers, der Technik, zu behüten. Doch das Bild der Natur muß bei dieser ängstlichen Abgrenzung verblassen oder in den Tiefen einer geheimnisvollen Fremdheit sich unserer scheuen Annäherung entziehen. Es gibt viele bedeutende Kunstwerke in unserer Zeit, die Stationen dieser unerfüllten Sehnsucht nach reiner Naturgeborgenheit sind. Diese Sehnsucht kann nur deshalb so ausdrucksvoll sein, weil sie einem seelischen Harmoniebedürfnis entstammt, das von den unaufhörlichen Störungen durch die technisierte Zivilisation und ihr angespanntes Bewußtsein aufs höchste gesteigert ist.



JE höher die Not an Natur, um so heißer und eindringlicher die Gebärde der Kunst, die Hilfe ersehnt. Je mehr die Rationalisierung und die Motorisierung unserer Zivilisation fortschreiten, je mehr sie mit ihren Werkanlagen, Siedlungen und Verkehrslinien, mit ihren Photo- und Kinoaugen von der Landschaft Besitz ergreifen, um so mehr zwingen sie den Künstler seine Sehnsucht nach reiner Natur an Erscheinungen zu erfüllen, die, solcher technischen Besitzergreifung unzugänglich, sich nur einer irrationalen Einbildungskraft erschließen. Wo das technische Sehen herrscht, hat geistiges Schauen nichts zu suchen. Es sei denn, daß ihm die Befunde jenes Sehens zur Verarbeitung dienen, als Anregung zu neuen Vorsprüngen der Phantasie. Diese Vorsprünge sind nötig. Der Abstand, den sie zur technisch beherrschten Wirklichkeit wahren, ist der eigentliche Lebensraum der Kunst. In dem Maß, in dem die Grenzen jener Wirklichkeit vorgerückt werden, nimmt auch die Kunst neuen und neuen Abstand, greift sie zu neuen Motiven und Formen.

Die Romantik des 19. Jahrhunderts konnte sich noch mit Italien, dem Orient und mit dem Rückblick auf das Mittelalter begnügen, denen sie allen Anschein einer auch bürgerlich faßbaren Wirklichkeit zu geben suchte. Der Abstand zur eignen Wirklichkeit blieb auch so groß genug, um der künstlerischen Einbildungskraft als Spielraum zu dienen. Es genügte die Landschaft bei Mondschein oder Sturm oder in ihrer erhabenen Größe als Hochgebirge, Wüste und Meer darzustellen. Für das schlichte Gemüt der Maler von Barbizon und ihrer deutschen Geistesverwandten um Hans Thoma konnten die heimatlichen Wälder und Fluren Inbegriff aller weltfernen, unverdorbenen Naturschönheit sein, ohne einer besondern Stilisierung, ohne irgendwelcher Abstriche an ihrer augenfälligen kraftvollen Wirklichkeit zu bedürfen. Die Einkreisung und Durchdringung des Lebens durch die Technik war noch nicht zu einer kompletten Antinatur innerhalb der Natur geworden. Es genügte sozusagen einen Sonntagsspaziergang über Land zu unternehmen, um ihren Anmarsch aus den Augen und aus der Erinnerung zu verlieren. Schon diese leichte Abkehr war Erlösung von dem, was zu jener Zeit als Weltgetriebe lärmender Maschinen und Städte empfunden wurde und uns Heutigen als harmlose Waisenkinderei erscheinen will, im Verhältnis zu den Apparaturen, die unser Dasein beherrschen. Noch war das Handwerk selbst im industriell fortgeschrittenen England genügend reich an schöpferischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, um, von William Morris und John Ruskin geführt, begeistert einen Kreuzzug gegen die Technik unternehmen zu können, die sich im jugendlichen Übereifer den Ersatz auch des edelsten Handwerks durch seine maschinelle Nachahmung etwas zu leicht vorgestellt hatte. Trotzdem

war die Schönheit dieses neuen Kunsthandwerks und der geistesverwandten präraffaelitischen Malerei verweiblicht, jäh und schwärmerisch wie das Blühen in einem Treibhaus. Eine aus Abwehr gegen ihre Anfeindungen herbstlich übersteigerte Schönheit wie jene, die Hans von Marées in seinen Visionen vom Goldenen Zeitalter erträumte. Nur daß der deutsche Maler das schwermütige Wissen um die tödliche Bedrängnis seiner Traumwelt durch das Stählerne Zeitalter mit einer Größe ertrug, die den Präraffaeliten fehlte. Die Technik war weit, aber im flinken Ausschwärmen begriffen. Ihre wachsende Beweglichkeit, Vielfalt und Leistungsfähigkeit beflügelten den Optimismus eines unternehmungslustigen und siegesbewußten Bürgertums. Die Kunst dieses Bürgertums, der Impressionismus, war die Weltfreudigkeit selbst. Für ihn war die Natur kein Ideal, keine Zuflucht, sondern malerisches Genußmittel, das er hinnahm wie alles andere auch, wie auch die Großstadt und die Industrie, denen er eine Fülle von neuen Motiven zu verdanken hatte. Die Welt erschien ihm als endlose Flucht von Motiven äußerster Aufgeschlossenheit und Vielfalt, als unbegrenzte Summe überraschender Bildausschnitte, die sich zu einem feinkörnigen vibrierenden Raster von Ergänzungsfarben zerlegen ließen. Der Impressionismus war die Vorbereitung des Sehens zur Momentaufnahme und Kinematographie, zur optischen Tatsachenregistratur. Seine überquellende Sinnenfreude war im Grunde mechanistisch-quantitativ geregelt. Sie stand im Zeichen des gleichen vernunftbeherrschten Geistes wie die Technik, auf einer Ebene, auf der es keine Probleme, nur unbegrenzte Möglichkeiten der Ausbreitung gab.

Doch fanden sich Künstler, die unter diesen unbegrenzten Möglichkeiten eine entscheidende vermißten: die Tiefe. Je großartiger der Aufschwung der technisch angetriebenen Zivilisation wurde, je blühender die optimistische Entfaltung ihrer Kunst in den glanzvollen Impressionen der Freilichtmalerei, um so deutlicher trat dieser Mangel in die Erscheinung. Die Rückwirkung auf die Kunst konnte nicht lange ausbleiben. Sie kam mit elementarer Gewalt als Ruf nach Seele und Natur, der alle herkömmlichen Grenzen der Thematik und der Form überschritt, um Erfüllung zu erleben. Paul Gauguin und Vincent van Gogh waren diesem Ruf verfallen. Gauguin mußte ihm bis Tahiti folgen, um sich vor der Einkreisung und Denaturierung durch Maschinen und Städte endlich geborgen zu fühlen; van Gogh ging nicht so weit, aber die Leidenschaft, mit der er sich den heißen fruchtbaren Feldern Südfrankreichs in den Schoß warf, verzehrte ihn wie ein wildes Feuer. In Gustave Moreau, James Ensor, Odilon Redon und Edvard Munch hinwieder brachen die vom rationalisierten und motorisierten Fortschritt verdrängten Tiefen um so unheimlicher als dunkle Höhlungen der Seele auf, von Ahnungen, Visionen und Symbolen eines andern Daseins erfüllt. Nur die Blendlichter einer technisierten Zivilisation konnten solche tiefen Schatten werfen. Nur utopistische Fortschrittsgläubigkeit und Organisationsfanatismus konnten den Bruch mit den Urgründen im Menschen so grell ins Bewußtsein rücken, daß zum Widerspruch sich alle chaotischen Triebe nun erst recht zu rühren begannen. Das Pandämonium des Expressionismus von Emil Nolde und Oskar Kokoschka bis zu Marc Chagall und Franz Marc, Lyonel Feininger und Ernst Ludwig Kirchner, Wassilij Kandinskij und Paul Klee wäre ohne seine dialektischen Beziehungen zu Rationalismus-Materialismus-Utilitarismus und ihrer siegreichen Vergegenständlichung durch die Technik gar nicht möglich. So unerbittlich die maschinelle Organisation der Natur und der menschlichen Gesell-

schaft ihre einschnürenden Kreise zog, so schrankenlos war die Auflehnung. Der Expressionismus suchte seine befreienden Geister durch eine schwärmerische, farbenberauschte Übersteigerung und Mythisierung der Natur, durch weitausholende, bis zur Exotik streifende Gebärden heraufzubeschwören. Die Entfesselung kam: als mörderisches Chaos von Weltkriegs- und Umsturzjahren. Der ungeheure Widerspruch zwischen dem selbstherrlichen Optimismus der technischen Zivilisation und ihrem ureigenen Vernichtungswerk forderte die geniale und verzweifelte Grimasse der Dadaisten Marcel Duchamps, Hans Arp, George Grosz, Kurt Schwitters heraus. Die Verstrickung mit den Ereignissen der Zeit ist unverkennbar. Doch es gibt noch andere Motive, die ebenso wesentlich hinter den irrationalen Strömungen der Kunst stehen. Sie treten notwendigerweise durch andere Formen in die Erscheinung.

MASCHINELL betriebene Massenfabrikation überschüttet uns mit den verschiedensten Waren, um ein weniger praktisches als vielmehr modisches Bedürfnis nach stets neuen Gegenständen künstlich zu reizen und das gestern noch Begehrte heute zu entwerten. Der technische Hersteller- und Zubringerdienst versorgt uns mit allen sichtbaren, hörbaren und greifbaren Sensationen, die eine rastlose Welt zu bieten vermag. Ein raffiniertes System laufender Bänder setzt alles auf der Welt dem flüchtigen Abgreifen und Verschleifen durch oberflächliche Interessen aus, um es im nächsten Augenblick mit einer überlegenen Gebärde abzuwerfen. Die technisch angetriebene Unersättlichkeit des Menschen sich in stets neuen Interessen der Dinge nicht nur zu bemächtigen sondern sich ihrer auch zu entledigen entzieht diesen jedes eigne Dasein. Die Dinge werden enteelt. Sie sind nur noch wechselvolle Gelegenheiten zur Selbstbespiegelung, zur immer weitem Selbstentgrenzung des Menschen.

Aus dieser völlig subjektivistischen Verschiebung der Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt, aus dieser durch den Impressionismus vorbereiteten und durch die Technik auf äußerste entfesselten Haltlosigkeit unserer modernen Erscheinungswelt ist die Sehnsucht des Kubismus nach Beharrung und Geschlossenheit erwachsen. Die gleiche Sehnsucht, die schon bei Paul Cézanne und Georges Seurat bestimmend war, als sie den Versuch unternahmen dem Impressionismus festere Formen zu geben. Cézanne war der tiefere. Er ahnte das Baugesetz, das alles räumlich-körperliche Dasein von Grund auf beherrscht und zur umfassenden Einheit verbindet, während Seurat sich damit begnügte den licht- und luftzersprühten farbigen Abglanz der Dinge flächig und linear zu regeln. Cézanne zielte auf die Zusammenfassung im Kern, Seurat stilisierte an der Oberfläche. Pablo Picasso und Georges Braque, Alexander Archipenko und Henri Laurens traten das Erbe Cézannes an. Sie ließen das von ihm erst angedeutete feingliedrige Baugerüst geometrischer Formen mitten durch die Organik ihrer Landschaften, Figuren, Stilleben hindurchbrechen. Das Bild der Natur wurde durch diese durchgreifende konstruktive Verarbeitung von dem nur Augenfälligen und Stofflichen seiner Oberfläche zurück in einen Raum innerer Kräftebeziehungen verlegt, in einen Seelenraum sozusagen, um in dieser tiefen Geborgenheit, allen Zudringlichkeiten des Verstandesgeregelten und Maschinellen entrückt, sein eignes, irrational wirksames und verschlossenes Dasein zu leben. Es gibt Stilleben von Braque, Picasso, Louis Marcoussis und Juan Gris, auf denen alles Gegenständliche in plastischer Festigung und dennoch unantastbar

vergeistigt erscheint wie auf kleinen Altären. Dabei sind es stets die gleichen unscheinbaren Dinge, vor denen der Kubismus diesen andachtsvollen Abstand der Betrachtung wahrt: Fruchtschalen, Gläser, Flaschen, Tabakspfeifen, Bücher und Musikinstrumente, oder auch die typischen Gestalten des Harlekins und Pierrots. Kann es eine eindrucksvollere Demonstration gegen den rasenden entseelenden Verbrauch von Gegenständen und Lebewesen durch die technisierte Zivilisation geben?

Der schweigsame Widerstand der Kunst gegen diese Zivilisation ist mit dem Expressionismus und Kubismus keineswegs erschöpft. Er äußert sich in den verschiedensten, aber gleicherweise entschiedenen Formen der Einkehr zur Tiefe. Es genügt auf einige Maler und Bildhauer hinzuweisen: auf Henri Rousseau, André Derain und Amedeo Modigliani, Georges Rouault und Albert Gromaire, Otto Meier-Amden und Oskar Schlemmer, Georges Minne und Wilhelm Lehmbruck, Ewald Mataré und Gerhard Marcks. Sie sind weder in ihrer Nationalität noch in Generation und Stil auf einen Nenner zu bringen, bilden vielmehr eine Auswahl von äußerster Gegensätzlichkeit. Doch alle lassen sie ihre Landschaften und Figuren in den verschlossenen Seelenräumen der Irrationalität verweilen. Mehr oder minder nahe an den Grenzen sichtbarer Wirklichkeit und vor dem Zugriff dieser Wirklichkeit dennoch wie durch eine unsichtbare Bannmeile geschützt. Ihre Kunst wird von dem Gefühl einer geheimen Mitte des Daseins und der Formen eingehüllt, das vom höllischen Grauen (Rouault) durch alle Zwischenstufen bis zur verklärten Gewißheit einer überirdischen Harmonie (Meier-Amden) wechselt. Es ist viel schöne kreatürliche Hingabe im Verhalten dieser Künstler, Vertrauen auf das schöpferisch Unbewußte in uns, religiöse Ehrfurcht. Um so tiefer, je greller Bewußtsein und Motorisierung die Welt "draußen" zerteilen und beherrschen.

Auch der Surrealismus ist von jener geheimen Mitte angezogen. Aber sein gespanntes Bewußtsein vermag selbst vor dem Angesicht letzter Dinge nicht dahinzuschmelzen. Es sieht nur den schreckhaften Abbruch ins Dunkle, Leere, Gestaltlose, den Tod, der alles verschlingt, auch das stolzeste Menschenwerk, auch die Technik. Je überlegener das Gebaren der Technik, um so krasser die Tatsache ihrer Todesgefölgenschaft. Je kühner der menschliche Geist sich über die Natur erheben möchte, um so tragischer ist seine Verwurzelung im Triebhaften. Die Surrealisten überraschen mit der pessimistisch trockenen Umdeutung harmloser, wenn nicht banalster Motive zu einer phantastisch verödeten Welt, in die Natur und Menschenwerk, vornehmlich grade technisches Menschenwerk, nur noch als armselige Bruchstücke vereinzelt hineinragen. Oder sie lassen in Gestalt und Antlitz des Menschen die biologischen Urründe seines Wesens, seine Unerlöstheit von Tier, Pflanze und Erdreich hervorstarren (Giorgio di Chirico, Max Ernst, G. H. Roux, Jean Miro, Jacques Lipschitz). Sie versuchen die verschiedensten Lebensvorgänge in eine gemeinsame rhythmische Formel einzufangen (André Masson), dem stofflosen Assoziationspiel der Seele ein Gleichnis von plastischer Bewegtheit und Geschlossenheit abzugewinnen (Fritz Kuhr). Arp, Foltyn, Fritz Winter, Constantin Brancusi, Richard Haizmann und Henry Moore schließlich bringen naturhaft organisches Wachstum zur äußersten elementaren Verdichtung seiner Energie und seiner Gestalt, die in einer weiter nicht zu motivierenden, unerklärlichen Weise: eben irrational, lebendig ist. Durch Formen, die, wenn überhaupt, an Gegenständliches nur noch ganz ungefähr oder

embryonal erinnern und trotzdem von klarster Spannung beherrscht sind. Mit diesem Verhalten bezieht der Surrealismus genau jenes Bereich bildhafter Weltdeutung, das allen Nachstellungen der Technik am radikalsten entrückt ist. Vor allem den Nachstellungen ihrer Optik. Zwar dringen die scharfen Augen dieser Optik überall hin. Sie erlegen nicht nur fremde Landschaften und Tierwelten als Beute bequemer und üblicher Betrachtungen in Magazinen und auf Flimmerleinwänden. Sie legen auch die verborgensten Lebensvorgänge im Innern tierischer und pflanzlicher Organismen und die überwältigendsten astronomischen Erscheinungen von Spiralnebeln bloß. Wo die Bauwerke und Verkehrsanlagen der Technik und ihrer Zivilisation die Natur einstweilen noch nicht besetzt haben, dort läßt sie doch ihre Photo- und Kinoaugen herrschen. Erde und Weltall werden von Bildausschnitt zu Bildausschnitt auspunktiert. Die herrlichste unendliche Galerie, die man sich denken mag, die reichste Tafel für unsern unersättlichen Hunger nach dokumentarischen Bildern, nach Bildberichten. Der schöpferische Lebensnerv dieser unendlichen Vielfalt von Gebilden verläuft aber jeweils zwischen 2 Aufnahmen, und mögen diese noch so nahe zusammenstehen. Das triebbeseelte und geistesgespannte Geheimnis der Natur liegt zwischen und über sämtlichen möglichen Bildausschnitten ihrer Oberfläche und ihres stofflichen Gefüges, die einem Photo- oder Kinoauge zugänglich sind. An Stellen, in Beziehungen, die man auch durch die Malerei nicht darstellen, nur irrationalistisch umschreiben oder andeuten kann. Seit jeher aber bestand die eigentliche schöpferische Berufung der Kunst darin: das zu gestalten und zu offenbaren, was mit anderen Mitteln nicht zu erfassen war. Der Eroberungszug der modernen technischen Standardoptik in allen Schichten und Erscheinungsformen der Natur ist eine Rationalisierung und Ausbreitung ihrer Sichtbarkeit ohne gleichen. Die sinnfällige und notwendige Gegenleistung der Kunst ist eine Irrationalisierung und Konzentration des Bildes der Natur auf ihre nicht sichtbare, wohl aber wirksame schöpferische Mitte. Dort äußerste Aufspaltung, hier innerste Einkernung; dort endlose Zerlegung, hier knappste Synthese bis zur völligen Einschmelzung aller Gegenständlichkeit in die reine Form.



VISIONÄRE und ungegenständliche Formen sind keineswegs Alleingut der vom Technischen abgewandten Kunst. Es gibt technoide Kunst, eine ästhetische Paraphrase von Maschinen und Apparaten, Schnelligkeiten und Schwingungen. Eine in Formklarheit umgewandelte Erscheinung von ähnlichen Motiven des Erlebens wie bei den Futuristen. Sie stellt nicht technische Gegenstände dar sondern schafft geometrisierte Flächen- und Raumphantasieen von der gleichen Expansionsfreude wie Ingenieurwerke. Ihre Entwicklung geht auf den Kubismus zurück. Nicht auf den von Picasso und Braque, wohl aber auf jene besondere Form, die er durch Fernand Léger und Albert Gleizes empfangen hat. Es genügte die geistige Raumordnung des Kubismus etwas härter aus ihrer Versponnenheit mit naturhafter Organik hervorzukehren, um auf ein Gerüst von Bildenergieen zu stoßen, das seine Anregung unverkennbar den mechanistisch-quantitativen Konstruktions- und Organisationsmethoden der Technik zu verdanken hat. Die Flächenbilder Légers und Gleizes' sind in allen Schichten ihres Plans glatt aufgedeckt, von hellster Farbspannung, schneidender Präzision und heftiger, rhythmisch geregelter Bewegungsfülle. Diese Bewegungsfülle scheint in immer weiteren Kreisen um sich und in den unbegrenzten Raum zu greifen. Sie deutet nicht nach einer tiefergelegenen

geheimen Mitte des Bildes. Der geistige Abstand von der Wirklichkeit wird nicht in ihrer Zurückführung auf den irrationalen Kern sondern in ihrer utopischen Überflügelung, Richtung: Fortschritt, gewonnen. Organisation und Technik, Arbeit und Sport, Geist und Hygiene teilen unter sich die Welt auf. Für die Natur bleibt in diesen Verklärungen der Zivilisation nichts übrig.

Am gründlichsten ist alles Unwillkürliche und Organische aus den Bildern und Bildwerken der holländischen Stijlgruppe Mondrian, van Doesburg, Vantongerloo entfernt, zu der auch Pariser und Deutsche gehören: Buchheister, Domela, Vordemberge-Gildewart, Gorin, Tutundjan. In dieser keimfreien, zumeist rechtwinklig-gradlinigen Geometrialität der Flächen und Volumina ist die Welt restlos zur Sichtbarkeit und Meßbarkeit verarbeitet, restlos Bewußtsein und Aktivität geworden. Auf die einfachste und gespannteste Fassung hat diese Gleichnisse eines mechanistisch-quantitativen Weltbilds Piet Mondrian gebracht. Seine gleichmäßigen Farben Weiß, Schwarz, Rot, Blau und Gelb sind mit einem feinen Empfinden für die Beziehungen ihrer Menge und Lage auf quadratische oder oblonge Flächen verteilt und zusammengefaßt. Aus diesen Proportionen, aus dieser weiträumigen sichern Einheit strahlen Geist und Ethos: ein praktischer Idealismus, ein Glaube an die Zivilisation, der schon religiös zu nennen ist. Ein verwandter Sinn beherrscht auch die Malerei der Puristen Ozenfant und Jeanneret. Nur daß hier aus dem geometrischen Flächenraumgefüge in klarster Durchsicht Gegenstände von streng gesetzmäßiger Profilierung und Proportion hervortreten: industrielle Serienerzeugnisse, Flaschen, Krüge, Waschbecken und dergleichen, aber veredelt, sozusagen im Strahlenglanz der Standardisierung. Die Leidenschaft zu bauen, zu organisieren, greift in den Werken der Russen Kasimir Malewitsch und El Lissitzkij zu utopistischen Flächenprojektionen, die sich wie ferne Architekturen oder Flugraumgebilde ins Grenzenlose weiten. Der konstruktive Trieb greift zu Werkstoffen wie Holz, Glas und Metall, um sich mit ihrer Hilfe in den wirklichen Raum hinauszuspannen. Eine Erweiterung der Bildenden Kunst, deren Anfänge sich schon bei Picasso und Braque, deren bedeutende Entwicklung sich bei Laurens und den Russen Tatlin und Pewsner finden. Zur äußersten und reinsten, daher auch harmonischsten Folge ist diese Entwicklung durch Gabo gelangt. Sein Konstruktivismus schafft Raumphantasieen von schwebender Feinheit, von einer Vergeistigung technischer Materialien durch die Form, die schon Musikalität und wieder voller Geheimnisse ist.

Das weite und freie Spielfeld geistiger Beziehungen, zu denen die technoide Kunst ihre von der Technik empfangenen Anregungen verfeinert, ist voller Lyrismen und Visionen. »Jede Kunst ist Romantik, Zauberei, Erfindung«, sagt Willi Baumeister, ein Maler von Sport- und Maschinenrhythmen. Das Mechanistisch-Quantitative der Technik wird in solchen künstlerischen Umdeutungen zur Qualität, zum gesteigerten Leben. Auch wenn das konstruktive Bildgerüst die revolutionäre Spannung einer politischen Tendenz annimmt, wie bei den Industriebildern Oscar Nerlingers; sie sind gegenständlich, aber von einer Kühnheit der Raumphantasie, die das Gegenständliche so vollkommen überwindet wie die Spannung eines eisernen Brückenbogens die Last seiner Stofflichkeit. Bei dem Kölner Franz Wilhelm Seiwert und dem Holländer Pieter Alma wird die konstruktive Flächenordnung des Bildes zum visionären Lebensraum einer streng gebundenen Gemeinschaft von typisierten, anonymen Menschengestalten, gleichsam Serienprodukten der Masse. Diese Malerei ist Handwerk, doch im Geist restlos technisiert, restlos industrialisiert.

Der technoide Trieb führt die Kunst zu überraschenden Versuchen mit neuen Mitteln der Gestaltung, zur beweglichen Farblichtprojektion (Hirschfeld-Mack), zu Photogrammen ohne Kamera (Man Ray), zu Photomontagen. Seit den ersten, aus Photoausschnitten zusammengestellten und auf die Bildfläche "montierten" Phantasieen der Dadaisten Grosz und Heartfield hat diese neue visionär-realistische Bildtechnik eine wachsende Zahl begabter Anwendungen vor allem bei der geschäftlichen und politischen Werbung gefunden (Domela, Nilgreen, Schuitema, Kluzis, Rodschenko). Ihre besondere, in unvermittelten optischen Umschaltungen eindeutig und schlagend präzierte Bildrhythmik funktioniert wie eine Maschine. Sie ist das technoide Bildwerk in Reinkultur, so gut wie der Film.

Die schöpferischen Anregungen der von Technik begeisterten Kunst auf das Bühnenbild haben hier zu vollkommen neuen, bedeutenden Ergebnissen und weiteren Perspektiven geführt (Alexandra Exter, Gabo, Pewsner, Kiesler). Sie lassen sich auch im Stil der Drucksachen feststellen; in der exakten Vereinfachung der Typen und in dem inhaltlich begründeten und gebundenen Kräftespiel der Satz- und Bildanordnung, der Druck- und Freiflächen. Es gibt allerdings, und nicht nur unter den Drucksachen sondern unter allen Erscheinungsformen technoider Gestaltung, Beispiele genug für das Entarten der geistigen Verbrüderung zwischen Technik und Kunst zu einer rein dekorativen Spielerei; zu einem Ästhetizismus also, der nichts weniger als vom strengen Nutzbarkeitssinn der Technik bestimmt ist.

Auch das technoide Bauen im sogenannten Bauhausstil ist nicht immer frei von solchem geistvollen, aber unwirtschaftlichen Spiel mit neuartigen, jedoch sehr oft überflüssigen Raumdurchdringungen und kostspieligen Werkstoffen. Doch darf man darüber seinen Ursprung und sein Ziel nicht vergessen. Dieses Bauen, das zur Industrialisierung seiner Herstellungsmethoden und damit seines Stils gelangen wird, gehört zu den auch sozial bedeutungsvollsten Anregungen der Technik auf künstlerischem Gebiet. Die Gestalt der Architektur von Le Corbusier, Walter Gropius, Theo van Doesburg, Hans Schmidt, Mart Stam und anderen geht auf die geometrisierten Flächenbilder und Skulpturen der Puristen und der Stijlgruppe zurück, auf eine Ästhetik zugespitzter Rationalität und insofern ebenfalls engster geistiger Verwandtschaft mit der Technik. Aber ihre konstruktive Verwirklichung ist ohne das frühe, weit ins 19. Jahrhundert zurückreichende Beispiel neuer Gerüstbaumethoden aus Eisen und Eisenbeton bei technischen Zweckbauten gar nicht zu denken.



DER entscheidende Einfluß der Technik auf die künstlerische Entwicklung der letzten 50 Jahre ist unverkennbar. Die ungeheure Ausbreitung ihrer Energieen und Werke zu einem dichten Netz von Rationalisierung und Motorisierung nicht nur der Natur sondern auch wesentlicher Beziehungen des menschlichen Lebens mußte alle Reserven unserer Irrationalität, unserer Seele wachrufen. Je mehr Technik, um so heftiger und inniger die Sehnsucht nach ihren Gegengewichten, wenn man will: Gegengiften. Denn daß die Technik nicht als holder Unschuldengel und Friedensbote in unsere Welt einzieht, bedarf doch keiner weiteren Belege. Auch ob sie als eine Art direkter Himmelsleiter zu einem elektrifizierten und hygienisch einwandfreien paradiesischen Schlaraffenland des Übermenschen zu betrachten wäre, bleibt zumindest offene Frage. Alles in allem Grund genug, um von der Tiefe unserer Naturhörigkeit und unserer

tragischen Menschheitserfahrungen aus mit großem Mißtrauen, wenn nicht mit Schrecken und Feindschaft, gedeutet zu werden: Grund genug zu mancher Apokalypse der modernen Kunst. Grund genug auch, um ihre angstvoll tiefe Liebe zu allem, was nicht technisch sondern kreatürlich ist, ergreifend wachzurufen. Aber wer könnte auf der andern Seite sich dem überwältigenden Eindruck ihrer lebendigen Kraft, ihrer Kühnheit in den Angriffen auf Stoff, Raum und Zeit entziehen? Am allerwenigsten doch wohl die Kunst, die sich seit jeher von allen vorwärtsdrängenden Kräften des Lebens begeistern ließ, auch wenn sie gefährliches Wagnis brachten, und dann erst recht. So aber, wie die Dinge heute um die Technik stehen, kann sie mit ihren katastrophalen sozialen und geistigen Verwicklungen und bösen kriegerrischen Aussichten sogar als phantastisches Weltenabenteuer gelten: trotz ihrer Verstandesherrlichkeit, trotz ihrer genau berechnenden unermüdlichen Nutzbarkeit. Eine gradezu endlose Stufenreihe von ganz verschiedenen Wertgefühlen gerät in Bewegung, wenn man Technik nicht nur im Gebrauch hat sondern in einem weitem Kreis von Beziehungen erlebt. Kann es ein weiter umfassendes Kraftfeld künstlerischer Triebe geben als jenes, das sich um die polare Spannung Konstruktivismus-Surrealismus lagert? Und diese Spannung wird von der Technik diktiert und beherrscht. Kann es krassere Gegensätze in der Kunst geben als die lichtraumhelle, blanke Bewegungsfreude des Konstruktivismus auf der einen Seite und die biologische Tiefensehnsucht und metaphysische Daseinsangst des Surrealismus auf der andern? Und doch gehören beide unzertrennbar zusammen wie das positive und negative Vorzeichen der gleichen Einheit. Beide sind, bejahend der eine, verneinend der andere, künstlerische Ausstrahlungen der gleichen Schicksalsmacht unserer Zeit: der Technik.

HERBERT FRITSCHÉ · DAS MODELL



AUTHELL steht das Modell im Atelier, versunken
 In die beglückte Andacht einer Tänzerinnenpose.
 Die auf den Brüsten von der Glut des Bluts entfachten Funken
 Blühn rot im Raum. Der Meister hat die Regungslose
 Noch nie in so erschütternd unbewußter Körperseligkeit gesehen,
 Er weiß, daß heute sich sein Schicksalswerk gestaltet,
 Und fühlt die Ewigkeit wie einen Hauch durch diese Stunde wehen,
 Ein Wunder segnend, dessen warmes Leuchten nimmermehr erkaltet.

Das Mädchen wird die strahlende Magie des jungen Körpers bald verschließen
 Und sich in Hut und Mantel die 5 Treppen stumm hinuntertasten,
 Wo Läden leuchten und asphaltne Flächen blank ins Blaue fließen.
 Sie wird verfroren und geduckt nach Hause hasten,
 Wird vorm Zubettgehn kurz noch an die Tänzerinnenpose denken,
 Und morgen abermals und übermorgen wieder wird sie sich entkleiden,
 Wird fremden Künstlern ihre unbefangne Mädchennacktheit schenken
 Und sich zufrieden mit dem allzu kleinen Stundenlohn bescheiden.

Doch jenes Meisters Bild hängt schon im nächsten Jahr an hundert Wänden,
 Er hat das Mädchen, das Modell stand, längst vergessen.

HILTGART VIELHABER · FRANZÖSISCHE RELIGIOSITÄT

RELIGIOSITÄT in allen ihren Formen und Spielarten gibt Zeugnis vom tiefsten Wesen eines Volks. Unterschiedliche Konfessionen, Sekten, selbst der sogenannte Atheismus deuten nur auf Verschiedenheit ethnischer Einschläge und soziale Entwicklungsstufen einzelner Gruppen und Landesteile hin. Frankreich war von alters her die Lieblingstochter der Römisch-katholischen Kirche. Sein König hieß der Allerchristlichste, und er ist im Mittelalter unter Ludwig dem Heiligen wirklich Schwert und Schild der Ecclesia Romana gewesen. Dieses prinzipiell Katholische ist auch der französischen Nation geblieben, trotz allen Aufrührern im eignen Gebiet, trotz allen "Verführern", die über die Grenze kamen. Die Katharer, die als Arme von Lyon, als Waldenser und Albigenser in der Provence die schöne Sinnenfreudigkeit ihrer griechischen Vorfahren in Gottesdienst und Minnekult aufleben ließen, wurden in einem richtigen Kreuzzug mit Feuer und Schwert vertilgt. Die Hugenotten in ihrer herben Askese und ihrer verantwortungsvollen Sittlichkeit faßten von der Schweiz her Fuß, und ein Menschenalter hindurch schienen sie neben der Katholischen Kirche bestehen zu können. Die Bartholomäusnacht, die sogenannte Pariser Bluthochzeit, macht auch hier ein grausames Ende. Noch heute schreiben gute Katholiken, daß unter diesen Calvinisten die besten Elemente damals das Land verließen. Stark war eine Zeit hindurch der Einfluß des Jansenismus, und Frankreich verdankt ihm einen seiner tiefstgründigen Geisteshelden: Pascal. Allein auch die Lehren Jansens schied die Kirche aus ihrem Dogmengebäude aus. Descartes wurde eine Stärkung und hätte eine Gefahr werden können. Und die Revolution bedrohte eigentlich nicht das Dogma. Der Tempel der Vernunft diente bald wieder dem alten Gottesdienst. Im Jugendalter liberaler Begeisterung zählten ausgesprochen katholische Schriftsteller wie Frédéric Ozanam, Robert de Lamennais, der spätere Dominikanerpater Henri Lacordaire und Charles Graf Montalembert zu ihren leidenschaftlichen Anhängern. Über der Zeitschrift Lamennais' *L'Avenir* stand: »Dieu et la Liberté.« Rom mißbilligte schweigend, und als dann Lamennais, Montalembert und Lacordaire die Pilgerfahrt zur christlichen Metropole unternahmen, durften sie in der (lange umsonst erflehten) Audienz nicht einmal von ihrer Angelegenheit sprechen. Bei ihrer Heimkehr traf sie die Enzyklika *Mirari vos*, die die Zeitideen, für die sie gekämpft hatten, verdammt. Sie unterwarfen sich. Lacordaire wurde eine Leuchte der Kirche, Montalembert verfaßte sein berühmtes Werk über die Mönchsorden des Abendlands, und nur Lamennais fand nach einiger Zeit zu seinen Freiheitsidealen zurück. Auch die Modernistenbewegung wurde bezwungen. Wenn selbst einzelne unerschrockene Männer wie Hyacinthe Loyson oder der Abbé Alfred Loisy weiterhin die absolute Unabhängigkeit der Wissenschaft propagierten, so hat die Enzyklika *Pascendi Pius' X* Modernisten im Priesterstand unmöglich gemacht. Was in Frankreich heute religiös empfindet, lebt sich in der katholischen Begriffswelt aus. Ihr Dogma fand einen wahren Blütenkranz von Apologetikern und Interpreten. Charles Péguy, Léon Bloy, Georges Goyau, Ernest Seillière, Henri Massis, die Patres Garrigou-Lagrange und Sertillanges, Jean Cocteau und vor allem der Thomist Jacques Maritain sind wahre Hochschullehrer des katholischen Ethos.

Als der Katholizismus das Abendland eroberte, schuf er ein Umfassendes wie einst das Römische Reich. Allein weit stärker als die Person des sterblichen Kaisers wirkte einigend das Symbol von dem unsterblichen ewigen Gott in dreifacher Erscheinung. Zu ihm empor wuchs der ungeheure Bau der christlichen Kirchen auf sehr unterschiedlichem Boden. Jedes Volk, jeder Stamm behielt im Grunde seine Eigenart. Im gallischen Charakter hat stets eine starke Wehrhaftigkeit gelegen. Sie wirkte sich in physischen und intellektuellen Kämpfen aus. So scheint es bei allen Religionsstreitigkeiten, daß das inbrünstige Opfer des Selbstaufgebens in ausgleichender Pendelschwingung den glühenden Haß des zu Bekämpfenden zeitigt. Albigenserkrieg und Bluthochzeit und manches andere Geschehen sind nur aus dieser Haltung zu begreifen. Auch in der Action Française tritt dieses Negative neben der großen positiven Kraft uns wieder entgegen.

Eine wunderbare Gestalt verkörpert im 12. Jahrhundert die typisch französische Religiosität, der Abt Bernhard von Clairvaux. Er stammt aus altem burgundischen Adel, im Gegensatz zu einigen Heroen der Kirche, die aus dem "niedrigsten" Volk, dem Volk von damals und seinem Niveau, herkamen. Bernhard hat jene zarte und leidenschaftliche Geistigkeit, die sich mit Adelstradition verbindet. Er hat aber auch die Beweglichkeit des Franzosen, eine ungemaine Aktivität, die Gabe sich und andere zu begeistern und dann alles zu können, alles zu überwinden, was vorher ganz unüberwindlich erschien. Daneben die zehrende Sehnsucht aller Gottesdiener des Mittelalters nach Einsamkeit und Versenkung, wie wir sie auch bei Franz von Assisi finden. Allein das »Gott will es« des Gottfried von Bouillon läßt auch ihm keine Ruhe. So wird jener innige und geistesprühende Mönch (Dante versetzt ihn in nächste Nähe der Gottheit) zum Prediger des Kreuzzugs. Vielleicht wirken die ritterlichen Instinkte seiner Vorfahren in ihm etwas nach. Doch ist es auch Bernhards Liebe zu Christus, jene inbrünstige anbetende Zärtlichkeit, die so symptomatisch für den Glauben des damaligen Frankreichs wurde. Kniend, das Christkind auf erhobenen Armen haltend: das ist Bernhard in der Vision seiner Zeit. Er hat das Ritterlich-Hochgemute und das Christlich-Dienende, eine Verschmelzung, aus deren Geist die Gotik emporwuchs. Seillière und Goyau betonen, daß aus dieser Kombination auch der Madonnenkult entstehen mußte. Stammt doch von Bernhard das holdeste Preislied auf Maria, das Salve Regina.

Ein Jahrhundert darauf lebte der König Ludwig, der Heilige genannt, als Zeitgenosse des Staufferkaisers Friedrichs II. Schriften wie Bernhard hat er uns nicht hinterlassen. Allein seinem Glauben errichtete er ein ewiges Denkmal in der Sainte Chapelle, ein Denkmal auch dem Kreuzzug, den er mit allen Mitteln gegen dessen Widersacher in Familie und Reich durchgesetzt hat. Bezeichnend für die Gesinnung seiner Zeit ist das, was Goyau in seiner Biographie über Ludwigs Mutter, Blanca von Castilien, sagt: »Bevor sie den kleinen Ludwig zum künftigen Herrn des irdischen Staates erzog, wollte Blanca aus ihm einen Untertan des Gottesstaates machen. Er war eine Blüte aus dem Herrscherhause Frankreichs, aber zugleich ein Glied der Kirche, ein Glied wie alle übrigen. Diese Gleichheit innerhalb der Kirche machte ihn zum geistigen Bruder jedes niedrigen Knechts. Es war kein Gleichsein im Gemeinen, wohl aber ein Gleichsein im Edlen. Das war der erste Adel, von dem Blanca ihrem Sohn sprach.«

So sind die frühesten Vorbilder französischer Religiosität von sozial hoher Abkunft. Eine besondere Anmut auch in den kirchlich vorgeschriebenen Gebärden geht vielleicht auf diese morgendlichen Sterne zurück. Daß Geburtsadel sonst kein Argument für seelische Überlegenheit war, beweist 2 Jahrhunderte später Johanna von Orléans, die Bauerntochter aus Domrémy. Vor ihr verblaßten Bernhards und Ludwigs mittelalterliche Gestalten. Sie wurden gleichsam nur historisch. Während Johanna, die auf der Grenze zwischen Mittelalter und Neuzeit steht, bei aller mystischen Unbefangenheit fühlt, denkt und liebt wie wir. Aus ganz ideeller Geisteshaltung wurde Johanna die Vorkämpferin des nationalen Gedankens in Frankreich. So sagt Goyau von ihr: »Jeanne d'Arc steht zwischen 2 Perioden als Übergangspersönlichkeit. Sie ist ganz naïv, ganz aus einem Stück und dennoch eminent reich und komplex. Ohne es zu ahnen, ist sie ein Symbol, ein einzigartiges Symbol. Sie verkörpert ganz umfassend, sie verbessernd und vervollständigend, sowohl die junge Idee der nationalen Integrität wie die alte Idee der Einheit der Christenheit.« Die Pucelle wurde für die kommenden Generationen der ewige Ansporn, das schlichte Mädchen das Sinnbild für die zukünftige gloire. Daß eine Frau Nationalheilige wurde, ist dabei typisch. Löste sie doch in gewisser Weise die Jungfrau Maria aus der Stellung ab, die sie im Mittelalter genossen hatte. Wie Johanna unter ihrem Banner mit der Aufschrift »De la part de Dieu« ihr Land in Gottes Namen befreien wollte, so wurde von nun an der Kampf für das Vaterland zum Gottesdienst erhoben. Es war wie die erste Ablösung von der Übernationalität der Christenheit, eine Steigerung nach der einen, eine Verengung nach der andern Seite.

Alles Spätere, was sich als Niederschlag religiöser Gesinnung darbietet, wird jetzt, von dieser Verquickung her, bestimmt. Die Hugenotten verlieren ihren Verfechter in Heinrich von Valois, der als Heinrich IV zum Katholizismus übertritt: »Ein Königreich ist wohl eine Messe wert.« Dann vertreibt die Aufhebung des Edikts von Nantes die Calvinisten gänzlich aus Frankreich, und äußerlich gibt es wieder die Einheit der Konfession. Ludwig XIV vollendet dann den stolzen Bau der unabhängigen Gallikanischen Kirche, als er bei dem Regalienstreit die sogenannten 4 Artikel durchsetzt. Die Einspruchsmöglichkeit des Papstes ist auf ein Minimum reduziert. Und die hohe Geistlichkeit in Ludwigs Umgebung beugt sich ohne Widerspruch. Selbst der Mann, auf den so viele schauen, Jacques Bénigne Bossuet, läßt sich von den übrigen höfischen Priestern überreden. Bossuet ist eine schwer zu durchblickende Persönlichkeit. Geistig stark, dabei anpaßlich und konnivent wie die italienischen Renaissancepoeten, entzückt er heute noch bei der Lektüre seiner Reden. Allein ein Zeitgenosse schrieb von Bossuet: »Man strömte nach Notre Dame, lauschte mit Bewunderung — und doch hat dieser Priester wohl selten jemand bekehrt.« Sein Nachfolger auf der Kanzel war der Jesuitenpater Louis Bourdaloue, eine echte Barockgestalt. Er ist schwungvoll und leidenschaftlich. Dabei ganz anders unerschrocken als Bossuet. Als Jesuit untersteht er direkt dem Papst, und er wendet sich darum mit aller Redefülle gegen die 4 Artikel. Seine Hörer lieben ihn, wie Franzosen freie Meinung und kühnes Wort, ganz ohne an die Folgen zu denken, zu allen Zeiten hochgestellt haben.

Das tiefste religiöse Erleben der Epoche liegt aber, abseits von allem höfischen Treiben, bei dem Jansenisten Blaise Pascal. Seine Briefe an einen

Provinzialen, die nach dem Tod herausgegebenen Gedanken zeigen eine Innerlichkeit, die die beiden ruhmreichen Redner in Notre Dame nie erreicht haben. Bei Pascal spüren wir zum erstenmal wieder ein übernationales, außerzeitliches Streben. Seine Wirkung auf die "Stillen im Land" ist unerschätzbar gewesen. Treffen wir doch heute noch bei den feinsten französischen Autoren das Bekenntnis ihrer seelischen Abhängigkeit von Port-Royal.

Durch Voltaire, Rousseau, die Große Revolution werden natürlich neue, ganz konträre Vorstellungen in das Volk hineingetragen. Sie wirken tief hinein. Und dennoch: Tiefer als sie liegt das Bedürfnis nach Rückkehr zu der alten Mutterkirche. Alfred de Mussets Rolla in der Klage um die entgötterte Welt spricht für eine ganze Generation. Wie dann die Romantik von Deutschland hinüberwirkte, sich in Frankreich sehr anders auswirkte und doch in mystischen Gründen das religiöse Gefühl wieder aufspürte, das ist in einer Reihe sehr eingehender und interessanter Werke Ernest Scillières dargestellt worden, besonders in seiner Religion der Romantiker. Gegen den gewaltigen Ansturm der Ideen Auguste Comtes und des folgenden Naturalismus hat dann Henri Bergson den stärksten Wall aufgebaut. Seine Abkehr vom Materialismus wirkte ungemein stark auf viele der seelisch darbedenden Zeitgenossen. Fast alle großen katholischen Schriftsteller des heutigen Frankreichs gehen direkt oder indirekt auf Bergson zurück.

Die Zeichen mehrten sich. Um die Jahrhundertwende traten Ferdinand Brunetière, der Leiter der Revue des Deux Mondes, und der Dichter Joris Karl Huysmans in die Kirche zurück. Dann schrieb Charles Péguy, der im Krieg fiel, seine flammenden Artikel, in denen er als Katholik die sittliche Staatsführung fordert. Léon Bloy wirft sich mit der ganzen Inbrunst seiner Natur auf den Kampf für seinen, den katholischen Glauben. Er findet Bilder voll mystischer Schönheit, wie sie nur das Mittelalter kannte. Aber wo er tadelt und verdammt, bricht aus ihm eine Wut, ja ein Übermaß derbster Schmähreden, wie es sonst einzig in den Religionsfehden zur Lutherzeit vorkommt. Niemand, der ihm wirklich nahe trat, konnte sich wohl dem mächtigen Eindruck seiner geistigen Persönlichkeit entziehen. Waldemar Gurian hat in seinem Orplidbüchlein Katholisches Frankreich Stellen aus Briefen Léon Bloys an seine Braut abgedruckt. Sie sind von eigenartiger Schönheit. Zum Beispiel: »Hast Du mich nicht ganze Jahre zu Deinen Füßen gesehen, ergriffen von Liebe und Mitleid, mit Schaudern mich abwendend von den Freuden des Lebens, um mit Deiner Mutter zu weinen und mit der Zahl Deiner teuren Zeugen, die nicht erröteten mich als Gefährten zu nehmen? ... Doch hast Du viel von mir gefordert, Du hast mich beladen mit einer sehr schweren Bürde, Du hast gewollt, daß ich so große Mühsal trage, daß Du allein, mein Gott, sie erkennen konntest.« Aus solchem Nacherleben sind vielleicht die Seelenkämpfe der Helden Georges Bernanos' entstanden.

Ein Schriftsteller, der seine Stellung zum Göttlichen direkt auf Léon Bloys Einfluß zurückführt, ist Jacques Maritain. Neben den sehr zahlreichen Autoren, die sich heute um das katholische Dogma bemühen, erscheint er als der unbedingteste, der am meisten esoterische. Er ist ganz an Thomas von Aquino geschult, gilt als das Haupt der Neothomisten. Seine Logik hat etwas Zwingendes, seine Resultate überzeugen, sobald man mit ihm die Gipfelstellung Roms in allen Fragen des Geistigen annimmt. Maritains Sprache ist bildhaft und dennoch schlicht, und zuweilen, in Momenten von

Mensch zu Mensch, hat sie eine tiefe Innigkeit. Neben seinen Büchern ist sein Briefwechsel mit Jean Cocteau eine richtige Fundgrube für den, der lebendig wachsenden Katholizismus im heutigen Frankreich studieren will. Das Interessanteste bei Maritain ist, wie er die jahrhundertealte Tradition des Gallikanismus revidiert. In seinem Buch *La primauté du spirituel* legt er die Vorherrschaft des Geistigen wieder fest. Auch für Frankreich und die französischen Katholiken. Aber nicht wie es in den mittelalterlichen Kämpfen zwischen Kaiser und Papst geschah, wo es um eine Gegnerschaft ging. Maritain sieht die geistige Macht als so absolut überragend, so alles umfangend und durchdringend an, daß eine jede weltliche Gewalt, selbst unbewußt, von ihr geführt, von ihr durchpulst ist. Von diesem Gesichtspunkt aus nähert er sich Charles Maurras. Er bekennt seine Bewunderung für dessen reine Gesinnung. Dann aber sucht er logisch und sehr liebevoll eben die *primauté du spirituel* herauszustellen, auch im Fall der Verurteilung der *Action Française*. Hat der Papst Grund sie zu verbieten, so muß man sich ihm beugen, eben als der höchsten geistigen Potenz. Sehr selten hat ein Franzose dem andern Franzosen gegenüber Roms Absolutheit anerkannt. Daß Maritain dies tut, und in solcher Form, die sein Mitleiden und die ihm schwer fallende Überwindung gut erraten lassen, ist der größte Sieg, den der reine Katholizismus in Frankreich feiern konnte. Es ist wie eine Rückkehr, eine Heimkehr zu den großen Bekennern des Mittelalters, zu Ludwig dem Heiligen, der die *Cité de Dieu* über alles Weltliche gestellt hatte. Maritain sagt: »Wir haben stets die Neigung das allgemeine Wohl mit der Art zu verwechseln, wie *wir* es sicherstellen wollen. Aber niemand hat das Recht die Sache des Vaterlands und des allgemeinen Wohls mit seiner privaten Meinung darüber zu identifizieren.« Daß hier nicht nur kühle Logik oder unfreiwillige Anerkennung liegt, empfinden wir auf einer andern Seite der *Primauté*, wo Maritain schreibt: »In der großen Menge der Christen, die durch menschliche Empfindungen aller Art bewegt werden, wer gedenkt da der tiefen Traurigkeit des Papstes und seiner großen Ängste, wenn er auf Turmeshöhe über seiner Kirche wacht?«

Es ist ein langer Weg von Bernhard und Ludwig zu Bloy und Maritain. Allein bei aller Differenzierung durch die Jahrhunderte ist es doch ein *ritornal segno*, die vom Schicksal getriebene Heimkehr zum Ausgangspunkt.

PAUL FERDINAND SCHMIDT · FREMDENWERBUNG UND DEUTSCHER VERKEHR · ZU EINEM AKTU- ELLEN THEMA

BEI uns in Deutschland bemüht man sich jetzt wieder um die Hebung des Fremdenverkehrs. Wer wollte diesem Mühen nicht den besten Erfolg wünschen? Und doch, aus anderen Ländern heimkehrend, erinnert man sich mehr daran, was unserer Heimat an Lockung fehlt, als an das, was sie daran besitzt. Man muß nun erst einmal die Gründe erforschen, weshalb man zu uns nicht so gern reist wie nach der Schweiz oder nach Frankreich. Es wird in unserm eignen Interesse gut sein. An einem kleinen, sozusagen symbolischen Beispiel ist das ganze System abzulesen, der Unterschied unserer gegen die fremde Art und der Grad von Leichtigkeit, wie man das Übel abstellen könnte.

Die Verkehrsreglung in Berlin und nach deren Beispiel in fast allen deutschen Großstädten und sogar Städtchen beruht auf dem schlechten Gewissen des Fußgängers und auf unserer grenzenlosen Lust am leerlaufenden Apparat. Man stellt an Straßenkreuzungen einen Polizisten hin, als uneingeschränkten Herrscher (zum Glück sind die Vertreter des Systems weit besser und menschlicher als dieses selber und haben sich meist zu Freunden der Vorübergehenden und Vorüberfahrenden entwickelt), vor allem aber hängt man Verkehrsampeln an jede Ecke und stoppt durch sinnlose Mechanisierung des Farbenwechsels einen, ach, so mäßigen Automobilverkehr auf Schritt und Tritt, als Äquivalent und Trost für den sonst eben nur geduldeten Fußgänger. Der schaut zu dem roten Licht wie zu einer rettenden Gottheit auf, die dem Rasen der gefährlichen Bestien allein Einhalt gebieten kann. Was ist das für ein unwürdiger Belagerungszustand der Straße, wo der Fahrer, wenn ihn kein Schutzpolizist und kein rotes Licht bedroht, wie ein Rennfahrer rücksichtslos loslegen darf, und der Fußgänger sich nur durch den unerbittlichen Arm der Obrigkeit vor dem unvermeidlichen Fahrdammtod bewahrt sieht. Das Tollste aber ist vielleicht der Zwang möglichst viel und laut zu hupen; es kann gar nicht zirkusmäßig genug hergehen. Gereiztheit, Unliebenswürdigkeit mindestens der Berliner ist die unausbleibliche Folge. So etwas trägt aber nicht zur Beliebtheit bei. Mag in New York, woher wir das System bezogen haben, bei ungeheuer gesteigertem Automobilverkehr so ein Radikalismus am Platz sein. (Er ist es auch da nicht, und Amerika ist ja überhaupt nicht so "amerikanisch" wie Berlin.) Man sehe sich aber unsern Automobilverkehr, selbst an den "Knotenpunkten" höchsten Ranges, an und vergleiche ihn mit dem von Paris in sämtlichen engen und breiten Verkehrsstraßen, dann kann man nur über das Maß von Verblendung staunen, das so selbstmörderische Verordnungen gegen Verkehr und Nerven der Bewohner in Szene gesetzt hat.

In Paris regelt sich sonderbarerweise ein ganz unvergleichlich intensiverer Automobilverkehr fast überall von selbst. Es gibt keine Ampeln, es gibt nur an einem Dutzend besonders schwieriger Punkte den Verkehrsschutzmann, der mit einem elegant und lässig geschwungenen weißen Stöckchen das wirklich beängstigende Chaos wie ein Kinderspielzeug regelt. Es soll nicht bestritten werden, daß unsere wackeren Schutzleute, auf den selben Fleck gestellt, ihre Aufgabe ebenso gut und mühelos lösen würden. Bestritten muß leider nur die Selbstdisziplin unserer Fahrer werden, die von einer falschen Systematik so beengt und kopfscheu gemacht worden sind, daß sie wahrscheinlich gar nicht mehr selbständig aus sich heraus einen verständigen lautlosen und reibungslosen Verkehr entwickeln könnten, wie man ihn zum Entzücken bei jeder, auch der schwierigsten Gelegenheit auf Pariser Straßen und Plätzen beobachten kann, ob man als Fußgänger urteilt oder selber im Wagen sitzt. Es wirkt, und das ist es auch, künstlerisch zu sehen, wie elegant die Wagen, sich überkreuzend, mit natürlichem Takt unfehlbar das Richtige wählend, sich durcheinanderbewegen. Das Liebenswerteste aber ist die Rücksicht, die sie auf den Fußgänger nehmen (wenn sich einige angesammelt haben, stoppen die vordersten Wagen von selbst auf das erste Zeichen eines Hinübergehenden), und die völlige Schweigsamkeit der Hupen. Ein Wagenverkehr in Kolonnen von 4 bis 5 Reihen, ohne Hupengedröhn: eine bei uns unfaßbare Vorstellung. Solche Dinge aber sind es, die Paris zu einem so bezaubernden Aufenthalt machen, auch dem, der nichts von seiner unsäglich schönen Stadtschönheit und seinen Kunstschatzen weiß.

Es zeigt sich in dieser so menschlichen, so vorbildlichen Rücksichtnahme auf die Nebenmenschen die feinste Auswirkung des Humanitätsprinzips aus der Aufklärungs- und Revolutionszeit. Liberté, Egalité, Fraternité: an allen Stellen, in jedem Amt der Republik sieht man diese Parole der Großen Revolution, die das unvergänglich Menschliche als Grundgesetz statuierte. Sie ist nicht zu einem bloßen Schlagwort geworden, wie uns diejenigen einreden möchten, die nichts von Freiheit und Gleichheit und noch viel weniger von Brüderlichkeit etwas wissen wollen, die in Selbstgefälligkeit weiter zu sein vorgeben, während sie nur zurückgegangen sind. Diese Dreierheit ist in Blut und Nerven der Franzosen übergegangen und wirkt sich im täglichen Leben unter anderm auch durch Urbanität und Reibungslosigkeit der Umgangsformen aus. Ist ein in seiner Selbstverständlichkeit so heiterer und idealer Zustand bei uns nicht zu erreichen? Das durch Jahrhunderte eingewurzelte Untertanenempfinden des Deutschen, das jenem Wahlspruch der Menschenwürde das feudal überhebliche *Suum cuique* entgegengesetzte, widerstrebt freilich einer so leichten, selbstverständlichen Auffassung von Leben und Lebenslassen. Es zeigt sich als seelischer Urgrund auch bei unserer versteiften Verkehrsauffassung, wo es nur Befehlen und Gehorchen gibt, wo nichts der persönlichen Einsicht überlassen bleibt, und diese also auch nie zu Rücksichtnahme und äußerster Verantwortung erzogen werden kann. Die Verkehrsregelung sollte in dem Sinn umgestaltet werden, daß dem Fahrer wie dem Fußgänger seine Verantwortung zurückgegeben wird, und die Polizei im wesentlichen nur Knäuel zu entwirren und an solchen Stellen einzugreifen hätte, an denen die Fülle des Verkehrs eine individuelle (und nicht mechanische) Regelung nötig macht. Oberste Grundsätze bei einer Neuregelung wären ferner Primärvorschriften über das Tempo der Fahrer im Innern und in den Außenbezirken der Städte, Entfernung der Straßenbahnen aus dem Stadtkern und ihr Ersatz durch Omnibusse, endlich ein schärferes Anfassen der Radler und Motorradfahrer; wer deren rücksichtsloses Daherrasen in belebten Straßen einmal beobachtet, versteht, daß so viele Verkehrsunfälle von ihnen verursacht, und daß sie unnachlässig zur Ordnung angehalten werden müssen. Das Glück des Menschen, und erst recht seine menschliche Leistung, liegt nicht im Ersparen einiger Minuten durch Rekordwahn, und wenn wir es nur einsähen, wären wir wirklicher Kultur ein großes Stück nähergerückt.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Erwin Rawitz

Arbeitslosigkeit Der Sommer dieses Jahrs brachte dem Arbeitsmarkt in Deutschland nur eine sehr geringe Entlastung. Nur wenige Wochen sank die Arbeitslosenzahl etwas unter 4 Millionen, und auch die Erntezeit vermochte nicht den Zusammenbruch des Baumarkts und die Folgen der Bankenkrise vom Juli wenigstens in den Spätsommermonaten bis zum September so weit auszugleichen, daß eine weitere Erhöhung über diese Zahl vermieden worden wäre. Mitte Oktober bereits liegt

die Arbeitslosenzahl bei 4,5 Millionen. $\frac{3}{4}$ Millionen Metallarbeiter, fast $\frac{1}{4}$ Millionen ungelernete Arbeiter, 600 000 Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter, fast 400 000 Angestellte und weitere Hunderttausende aus den anderen Berufen sind teilweise seit Jahren ohne Arbeit und in großem Umfang zunächst auch ohne Aussicht auf Arbeit. Die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung zur Streckung des vorhandenen Arbeitsvolumens läßt immer noch auf sich warten. Das begreift man um so weniger, als die Schätzungen über die Arbeitslosigkeit des kommenden Winters ins Ungemessene wachsen. Die Reichsregierung hat sich der Sach-

verständigenauffassung angeschlossen, daß ein Höhepunkt von 6½ Millionen Arbeitslosen im Februar 1932 nicht überschritten werden wird. Daß bei der Erwartung einer solchen Katastrophe die hier seit Jahren begründete Forderung auf Einrichtung einer zusammengefaßten Reichsarbeitslosenfürsorge als Unterstützungseinrichtung an Stelle der Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge nicht erfüllt wurde, ist für den Außenstehenden schwer faßbar. Doch muß man feststellen, daß für die Zurückhaltung der Regierung in dieser Frage nicht sozialpolitische Gründe bestimmend waren.

Immer stärker wird die Arbeitslosigkeit in den *Vereinigten Staaten von Amerika*, immer größer die Neigung der amerikanischen Regierung in Anpassung an die europäischen Einrichtungen einen versicherungsartigen Arbeitslosenschutz zu schaffen. Aber der amerikanische Gewerkschaftskongreß lehnte einen Antrag auf Einführung einer bundesamtlichen Arbeitslosenversicherung ab, allerdings gegen eine sehr große Minderheit.

Deutschland: Am 6. Oktober erließ der Reichspräsident die 3. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, die sozialpolitisch in gewissem Umfang positiv zu werten ist. Wie der Reichskanzler im Juni bereits zugesagt hatte (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 782) ist im Recht der Arbeitslosenversicherung eine Reihe von Milderungen vorgenommen worden, die den Unterstützungsanspruch der Jugendlichen, die Berechnungsdauer für das Arbeitsentgelt und die Berechnung von Kurzarbeit in diesem Zusammenhang verbessern, die Versicherung der Heimarbeiter zunächst im kommenden Winter sichern, die Freigrenzen für die Anrechnung von Kriegsinvalidenrente heraufsetzen und für die Zukunft das Sonderrecht für die Saisonarbeiter vom 1. April 1932 ab dadurch wieder auf einen erträglichen Stand bringen, daß es nicht mehr während des ganzen Jahres sondern nur, wie früher, während des eigentlichen Zeitraums der berufüblichen Arbeitslosigkeit gilt.

Einen sehr wichtigen neuen Grundsatz bringt die Notverordnung dadurch in das Arbeitslosenversicherungsrecht, daß es das Krümpersystem (Scharnhorst'schen Angedenkens) zuläßt. Dadurch kann bei Auswechslung der Belegschaften in bestimmtem Turnus an den nichtarbeitenden Teil die Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, und zwar bis zur Hälfte

des dem einzelnen sonst zustehenden Unterstützungsbetrags. Selbstverständlich darf diese neue Vorschrift durch die dafür bestimmten Stellen nur dann angewandt werden, wenn die beabsichtigte Entlastung des Arbeitsmarkts durch Vermehrung der Belegschaft über den durchschnittlichen Stand hinaus erreicht wird, das heißt also, wenn größere Gruppen von Arbeitslosen wenigstens vorübergehend wieder in die Betriebe kommen. Neben einzelnen anderen Bestimmungen ist in der Krisenfürsorge die Rückerstattungspflicht wieder aufgehoben, und bei der Bedürftigkeitsprüfung die Mitwirkung der Gemeinden in größerem Umfang als bisher eingebaut worden. Weiter enthält die Notverordnung ein Entgegenkommen in den tarifrechtlichen Bestimmungen; in der Kriegsinvalidenversorgung sind einige Erleichterungen der schlimmsten Härten gewährt, so insbesondere durch soziale Staffelung der Grenze des Einkommens aus öffentlichen Mitteln, von der ab eine Kürzung der Kriegsinvalidenrente vorgenommen wurde.

Die wichtige Frage der Erwerbslosensiedlungen soll durch Schaffung eines besonderen Reichskommissariats gefördert werden: eine schwer verständliche Maßnahme, wenn man an die Energie des gegenwärtigen Ressortministers Adam Stegerwald denkt, von dem das Siedlungswesen in gewissem Umfang nunmehr abgezweigt und unmittelbar dem Reichskanzler unterstellt wird. Zum Reichskommissar für das vorstädtische Siedlungswesen wurde der Trierer Regierungspräsident Konrad Saaßen bestimmt, der dem Zentrum angehört.

Berufsvereini- Ein großangelegtes Werk
gung begann das Internationale
Arbeitsamt, als es im Jahr
1927 mit der Veröffentlichung des Rechtes der Berufsvereinigung in sämtlichen Ländern begann, die ihm angeschlossen sind. In 5 zum Teil sehr starken Bänden wird die gesamte schwierige Materie des Koalitionsrechts dargestellt, und zwar in deutscher Sprache. Das Werk beginnt mit einer rechtsvergleichenden Untersuchung, in der zunächst die Probleme des Rechts der beruflichen Vereinigung und ihre Entstehung, also vom Ursprung des Koalitionsrechts bis zu den Beziehungen zwischen Verbänden und Staat, erörtert werden. Es folgen das Vereinigungsrecht des einzelnen in den verschiedenen Ländern, das Recht des Berufsvereins und die Tätigkeit der Berufsvereine, darin die Ausführungen über Arbeitskampf, Aussperrungen, Boykott und Schwarze

Listen, über die Tariffähigkeit und die Stellung der Berufsvereine im Staatsleben. Die starke Ungleichheit der Rechtsentwicklung wird vor Augen geführt. Als Schlußfolgerung des 1. Bandes ergibt sich, daß bei dem Interessenausgleich in den einzelnen Ländern 2 Richtungen einander gegenüberstehen: eine, in der das Individualinteresse, eine andere, in der das Interesse der organisierten Gesamtheit im Vordergrund steht. Das Koalitionswesen in Deutschland wird den Ländern, in denen der Kollektivgedanke noch etwas stiefmütterlich behandelt wird, zum Vorbild dienen. Nach dieser Rechtsvergleichung geht das Werk zur Entwicklung und zum gegenwärtigen Stand der Koalitionsbewegungen der wichtigsten europäischen und außereuropäischen Länder über, in Einzeldarstellungen, die Deutschland, England, Frankreich, die Vereinigten Staaten, bis Neuseeland, Indien, China, Japan, im ganzen über 30 Staaten, umfassen. Das 5-bändige Werk ist ein schlüssiger Beweis, zu welcher produktiven Arbeit das Internationale Arbeitsamt berufen ist; wie es in allen Ländern, in denen eine der 3 führenden Welt Sprachen: Französisch, Englisch, Deutsch, gesprochen oder verstanden wird, das soziale Gewissen durch seine objektiven Darstellungen aufrüttelt.

Veranstaltungen Vom 20. bis zum 23. Mai fand die 4. *Internationale Konferenz der Arbeitstatistiker* in Genf statt. Sie lenkte die Aufmerksamkeit der verschiedenen statistischen Landesbehörden insbesondere auf lohnstatistische Fragen und beschäftigte sich weiterhin mit Problemen der Lebenshaltungskosten und ihrer internationalen Vergleichbarkeit.

Am 10. August befaßte sich der Vorstand des *Allgemeinen Fürsorgeerziehungstags* mit den schlimmen Vorkommnissen in den Fürsorgeanstalten Rickels und Scheuen. In einer Kundgebung wies er auf die öffentliche Bedeutung der Vorgänge hin. Er wird nunmehr schleunigst nähere Vorschläge zum Ausbau der Fürsorgeanstaltserziehung machen.

Vom 31. August bis zum 5. September fand nach 2jähriger Pause der Gewerkschaftskongreß des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds* in Frankfurt statt, der eine Kundgebung des freigerwerkschaftlichen Organisationsgedankens war (siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in diesem Band Seite 1115). Die Verhandlungen zeigten indessen die schwierige Position der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Krise.

Informationsmittel Kurz gefaßte, im allgemeinen nur je 4seitige Merkblätter über die wichtigsten Bestandteile der ständigen öffentlichrechtlichen *sozialpolitischen Institute* bringt der Landgemeindeverlag in Berlin heraus, die der Aufklärung der Versicherten und ihrer Arbeitgeber dienen sollen. Wer gar keine Kenntnis von den Zusammenhängen hat, kann sich über das Wesentliche in wenigen Minuten informieren. Kleinere Fehler werden bei einem Neudruck wohl ausgebessert. Über die Not der Zeit hinweg hat sich das *Jahrbuch für Sozialpolitik* erhalten, das nunmehr auch für das Jahr 1931 vorliegt (Berlin, Reimar Hobbing), wiederum herausgegeben von dem aktiven Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums Hermann Geib, unter der Redaktion Bruno Raueckers und Joachim Fischers. Der Band enthält zur sozialpolitischen Gesetzgebung und Rechtsprechung die Aufsätze der führenden Reichsbeamten. Die großen Probleme der Sozialpolitik werden von Persönlichkeiten aus dem Arbeitgeber- und dem Arbeitnehmerlager behandelt; Theodor Leipart, Fritz Tarnow, Roland Brauweiler sind mit Beiträgen vertreten. Im Rahmen der Aufsätze über die internationale Sozialpolitik interessiert eine Studie Bruno Raueckers über die französische Sozialpolitik heute besonders; man hätte sie aber ausführlicher gewünscht. In der kleinen Schrift *Im Kampf gegen Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit* (Amsterdam, Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes) sind die Ergebnisse der Verhandlungen der Gemeinsamen Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbunds und der Sozialistischen Arbeiterinternationale zur Bekämpfung der *Arbeitslosigkeit* gut und übersichtlich zusammengestellt. Herman Kranold, der mit bestem Erfolg als Landrat auf neuartige Weise einen preußischen Landkreis verwaltet, hat für die Serie der Kleinen Lehrbücher des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt (Berlin, Verlag des Hauptausschusses) einen Band über *Wohlfahrtspflege auf dem Land* geschrieben. Klar und knapp geht er auf die entscheidenden verwaltemäßigen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen der Wohlfahrtspflege ein, und er gibt in ausgezeichnete Weise allen, die mit der Wohlfahrtspflege außerhalb der Städte zu tun haben, einen Begriff von ihrem Ausmaß, von dem sie meist keine Ahnung haben, vielfach nicht haben können, macht sie auch vertraut mit ihren Pflichten.

Totenliste Am 17. Juli starb in Berlin *Ignaz Zadek*, im Alter von 73 Jahren. Dieser in der Vorkriegszeit allen Berliner Arbeitern bekannte Arzt und Parteigenosse hat auch als Sozialpolitiker gewirkt. In einer Zeit, da es ein Opfer bedeutete als Akademiker sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, war Zadek für die Berliner Ärzteschaft im Gesundheitswesen bahnbrechend. In zahlreichen wissenschaftlichen wie volkstümlichen sozial- und gewerbehygienischen Arbeiten förderte er die sozialpolitische Praxis der Partei. Er stand auch den Sozialistischen Monatsheften als Freund und Mitarbeiter nahe; es sei hier namentlich an seine überaus instruktive Abhandlung über Arbeiterinnenschutz (1901 I Seite 163 und folgende) erinnert.

Am 2. September starb in Paris *Arthur Fontaine*, im Alter von 71 Jahren. Dieser Sozialpolitiker und Gelehrte von Weltruf begann seine Sendung als französischer Ministerialbeamter und wirkte seit der Gründung der sozialpolitischen Internationale als einstimmig gewählter Präsident des Verwaltungsrats am Internationalen Arbeitsamt. Er war, wie der Vorwärts am 3. September mit Recht schrieb, »der gute Geist der französischen Sozialpolitik«, und er hat in seiner langen Laufbahn, die bei einem französischen Arbeitsamt begann und bei dem Weltarbeitsamt endete, in den Jahren des Werdens der elementarsten sozialpolitischen Grundlagen viel zu dem beigetragen, was uns heute selbstverständliches sozialpolitisches Prinzip geworden ist. Seine wissenschaftlichen Publikationen sind von dauerndem Wert.

Kurze Chronik Auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 hat die Reichsregierung den Gedanken des *Freiwilligen Arbeitsdienstes* durch eine Rahmenverordnung vom 23. Juli 1931 konkretisiert. Der Präsident der Reichsanstalt hat im Anschluß daran eingehende Durchführungsbestimmungen erlassen. ◊ In einer Verordnung vom 27. August 1931 wurde das Sonderrecht, dem die *Saisonarbeiter* in der deutschen Arbeitslosenversicherung unterliegen, in beachtenswerter Weise geändert. Fortan unterstehen nur solche Arbeitnehmer dem Sonderrecht, die mindestens ein halbes Jahr in Saisonbetrieben gearbeitet haben; bisher genügten hierfür 14 Wochen. Wer sich über Umfang und Struktur der berufsüblichen Arbeitslosigkeit näher informieren will, sei auf einen Aufsatz des

Bearbeiters dieser Rundschau im Reichsarbeitsblatt vom 25. Juli 1931 verwiesen. ◊ Der Begründer der deutschen Arbeitsmarktpolitik, *Ignaz Jastrow*, wurde am 13. September 75 Jahre alt. Er hat in den langen Jahrzehnten seiner Wirksamkeit eine Synthese zwischen Theorie und Praxis verkörpert, die grade in der nationalökonomischen Wissenschaft leider sehr selten ist. Seine Stimme gilt heute noch wie ehemals, auch da, wo er zu Tagesfragen Stellung nimmt, deren Gestaltung unter dem Aspekt der Gerechtigkeit einen unwürdigen Verlauf zu nehmen droht oder genommen hat. ◊ Am 9. Oktober wurde der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung *Friedrich Syrup* 50 Jahre alt. Er kommt von der Gewerbeaufsicht her, wurde 1920 nach längerer Tätigkeit im Preußischen Handelsministerium Präsident der damaligen Reichsarbeitsverwaltung und 1927 mit der Gründung der Reichsanstalt deren Chefpräsident. Er hat es mit Erfolg versucht an der Spitze der Selbstverwaltung die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit einander auszugleichen und erfreut sich warmer Anerkennung von allen Seiten.

Literatur Unter den wenigen staatsparteilichen Abgeordneten, die nach den letzten Reichstagswahlen noch geblieben sind, befindet sich aus der Reihe der jüngern Generation, zum erstenmal gewählt, *Johannes Wünsch*, der vor einigen Monaten ein Büchlein Grenzen der Sozialpolitik, als 6. Heft der Sammlung Wirtschaftspolitische Zeitfragen /Leipzig, G. A. Gloeckner/ erscheinen ließ. Es ist, obgleich sich die Probleme bis zu den Nöten der heutigen Zeit verlagert haben, und obgleich der Sozialist vom Individualismus in der Sozialpolitik nicht viel wissen will, doch wert gelesen zu werden; Wünsch weiß zu einzelnen Problemen einiges zu sagen. ◊ Die Fluten der Literatur über Amerika steigen noch immer. Das meiste ist nicht wert gelesen zu werden. Eine Ausnahme hohen Grades bildet das vortreffliche Buch *Egon Erwin Kisch' Paradies Amerika* /Berlin, Erich Reiß/, das mit Recht stark eingeschlagen hat. Es seien ihm aber noch weitere Leserscharen gewünscht, da es das gesamte gesellschaftliche Leben Amerikas, das Wirklichkeitsheute seiner Schichten völlig anschaulich macht und der in Deutschland grassierenden Amerikapsychose mit Mut und Geist entgentritt.

Gewerkschaftsbewegung / Adam Hüfner

Internationale In der Zeit vom 17. bis zum 20. August fand in Stockholm der 13. Internationale Kongreß der *Tabakarbeiter* statt. Nach dem Geschäftsbericht sind dem Internationalen Tabakarbeitersekretariat zurzeit 15 Organisationen in 14 Ländern mit rund 122 000 Mitgliedern angeschlossen. Der Kongreß beschäftigte sich mit der Verlängerung des auf dem letzten Kongreß abgeschlossenen Gegenseitigkeitsvertrags, der einem angeschlossenen Verband ein Recht auf Unterstützung durch die anderen Verbände gibt, wenn 25% seiner Mitglieder ausgesperrt sind. Dieser Gegenseitigkeitsvertrag trat zum erstenmal während des Großkampfs in Norwegen in Kraft; man beschloß einstimmig den Vertrag auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die weiteren Anträge bezogen sich auf die Errichtung von Tabakmonopolen und die Einführung der 40-Stunden-Woche.

Vom 24. bis zum 26. August hielt der Internationale *Hutarbeiterverband* in Kopenhagen seinen 12. Kongreß ab. Zur Debatte stand die Frage des Zusammenschlusses der *Hutarbeiterinternationale* mit dem Internationalen Bekleidungsarbeiterverband. Die Verhandlungen, die bisher zwischen den Internationalen stattfanden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Der Kongreß kam zu der Ansicht, daß die Zeit für einen Zusammenschluß noch nicht reif sei.

In Berlin hielt in der 3. Augustwoche der Internationale *Textilarbeiterverband* seinen Kongreß ab. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß eine Reihe von Verbänden (Holland, Schweden) ihre Mitgliederzahlen steigern konnten.

Die Internationale der Bekleidungsarbeiter veranstaltete in Leipzig eine Internationale Konferenz der *Pelzarbeiter*, die sich insbesondere mit der Lage der durch den russischen Export betroffenen Pelzarbeiter beschäftigte.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund veranstaltete 2. Internationale Zusammenkunft *jüngerer Gewerkschaftsmitglieder* fand vom 22. bis zum 29. August in Oxford statt. Es hatten sich aus 6 Ländern 31 Teilnehmer eingefunden. Ein Teilnehmer des Kursus gibt seinen Eindruck also wieder: »Es muß gesagt werden, daß dieser Kursus in seiner Zielsetzung und im Ergebnis außerordentlich gut verlief. Der Gedankenaustausch erfolgte über durchaus gegenwartsnahe praktische internationale Gewerkschafts- und Wirtschaftsfragen.«

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sein Jahrbuch 1930 herausgebracht /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/. Es enthält neben Abhandlungen über die Entwicklung der Wirtschaft, des Arbeitsmarkts, über öffentliche Finanzen und Steuern usw. auch eine eingehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Verbände und der Spitzenorganisation. Die anhaltende Arbeitslosigkeit hat sich auf die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften naturgemäß ungünstig ausgewirkt. Aber nicht nur die Wirtschaftskrise allein, sondern mit ihr im Bund waren es die sogenannten Kommunisten und Nationalsozialisten, die die Gewerkschaftsfront zu erschüttern drohten. Wenn es trotzdem nicht gelang tiefere Breschen zu schlagen, so lag das vor allem daran, daß die Mitglieder offensichtlich nicht gewillt sind ihre in den Verbänden wohl erworbenen Rechte leichtsinnigerweise preiszugeben. Der Rückgang wird in dem Jahrbuch zum größten Teil auf das Ausscheiden solcher Mitglieder zurückgeführt, die infolge kurzfristiger Mitgliedschaft noch keine statutarischen Ansprüche auf Unterstützungen und sonstige Vergünstigungen erworben haben. Zahlenmäßig stellt er sich wie folgt dar: Der Verband der Steinarbeiter hatte mit 16,7% den stärksten Mitgliederverlust; es folgten die Musiker mit 13,7%, die Friseure mit 11,2%, die Bekleidungsarbeiter mit 10,7%. Bei den übrigen Verbänden blieb der Rückgang unter 10%; er betrug bei den Sattlern, Tapezieren und Portefeuilern 9,8%, Dachdeckern 9,3%, Schuhmachern 8,7%, Landarbeitern 7,8%, Textilarbeitern 6,9%, Kupferschmieden 6,7%, Fabrikarbeitern 6%, Bauarbeitern 5,6%, Zimmerern 5,3%, Graphischen Hilfsarbeitern 4,9%, Holzarbeitern 4,8%, Lederarbeitern 4,2%, Eisenbahnern 4,1%, Malern 4%, Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten 3,8%, Arbeitnehmern der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs 3,8%, Bergbauindustriearbeitern 3,6%, Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern 2,6%, Metallarbeitern 2,5%, Tabakarbeitern 2,3%, Maschinisten 1,8%, Hutarbeitern 1,1%, Lithographen 0,2%. Die Gesamtmitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen 31 Verbände betrug Ende 1930 4 717 569. Gegen das Vorjahr ging sie um 233 068, das ist um 4,7%, zurück.

Die Wirtschaftskrise hat sich auch recht spürbar auf die Finanzgebarung der Verbände ausgewirkt. Die furchtbare Arbeitslosigkeit hat die Einnahmen im Jahr 1930 gegen 1929 um 19,7 Millionen herabgedrückt. Demgegenüber sind die Ausgaben durch erhöhte Inanspruchnahme der Unterstützungseinrichtungen um 31,3 Millionen Mark gestiegen. Zur Bestreitung der erforderlichen Ausgaben mußten 9,5 Millionen Mark vom Vermögensbestand verwandt werden. Daneben mußte man eine Reihe von Sparmaßnahmen durchführen.

Deutschland: Der Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds, der alle 3 Jahre zusammentritt, fand in der Zeit vom 31. August bis zum 4. September in Frankfurt statt. Etwa 300 Delegierte nahmen daran teil. Die Tagung wurde mit einer Massenkundgebung eingeleitet, die ein Bekenntnis zur internationalen Verständigung, insbesondere zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, darstellte, und bei der der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften Léon Jouhaux mit besonderer Herzlichkeit begrüßt wurde. Die Kongreßarbeit selbst stand im Zeichen des Kampfs gegen die Angriffe der Gegner von rechts und links. Nach der Begrüßung der Gäste, unter denen sich der Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald, der Direktor Willy Donau vom Internationalen Arbeitsamt, außerdem Vertreter der befreundeten Gewerkschaften in Belgien, Frankreich, Holland, Österreich, Schweden, der Schweiz, Ungarn und andere befanden, wurde die Arbeit mit dem Bericht des Bundesvorsitzenden Theodor Leipart über die mannigfache Tätigkeit des Bundes während der Berichtsperiode begonnen. Leipart führte aus, einzig und allein die Aufrechterhaltung des Systems der Tarifverträge und die Widerstandskraft der Gewerkschaften hätten es bewirkt, daß nicht eine noch weit katastrophalere Drosselung der Massenkaufkraft eingetreten sei. Er machte der Regierung schwere Vorwürfe, daß sie keinen andern Ausweg aus der Krise kenne als die Lohnsenkung und die Handhabung des staatlichen Schlichtungsapparats gegen die Gewerkschaften. In den Mittelpunkt des Kongresses habe der Bund die Forderung der 40-Stunden-Woche gestellt, da es heute notwendig sei alle Kräfte darauf zu konzentrieren dem Millionenheer der Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Diese Frage ist in einem auf Veranlassung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds abgefaßten Sammelwerk eingehend behandelt und dem Kongreß überreicht worden. Mit ihr befaßte sich auch Emil Lederer in seinem Referat über die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche. Der Altonaer Oberbürgermeister Theodor Brauer behandelte die Frage: Öffentliche oder private Wirtschaft? Er führte aus, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise vor allem durch das Versagen des kapitalistischen Systems verschuldet sei. Die verstärkte Einflußnahme der Öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft sei die wichtigste Voraussetzung zur Überwindung der Krise. In der vom Kongreß gefaßten Resolution wird ausgesprochen, daß in der verstärkten Einflußnahme der Öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige bereits im kapitalistischen Wirtschaftssystem Möglichkeiten gemeinwirtschaftlichen Handelns gegeben sind. Das 3. Referat, erstattet vom Bundessekretär Clemens Nörpel, behandelte die Entwicklung und den Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts. Nörpel wies darauf hin, daß die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes einen großen Fortschritt bedeutet habe, der allerdings durch die Rechtsprechungspraxis eine dauernde Abschwächung erfahre. Die Gewerkschaften sind nach wie vor der Auffassung, daß die Schlichtung von Arbeitskämpfen eine staatspolitische Aufgabe ist. Der Kongreß verlangte für die Zukunft die unbedingte Sicherung der Tarifverträge, den Ausbau des Arbeitsrechts, die Vereinheitlichung des Arbeitsvertragsrechts und die Erweiterung des Arbeitsschutzes. Von besonderer Bedeutung ist, daß auch der gesetzliche Urlaubsanspruch von 14 Tagen für alle Arbeiter gefordert wurde. Der Kongreß fand mit einer Massenkundgebung in Mainz seinen Abschluß. Theodor Leipart wurde von neuem zum Vorsitzenden gewählt. Die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden fiel auf Peter Graßmann und Wilhelm Eggert. Als Bundessekretäre wurden Peter Schlimme und Franz Spliedt gewählt.

England: Der diesjährige englische Gewerkschaftskongreß, der vom 7. bis zum 12. September tagte, stand im Zeichen der politischen Krise. Sehr lebhaft wurden die Ereignisse diskutiert, die zur Regierungskrise führten, wobei manches unfreundliche Wort gegen die sozialistischen Mitglieder der Nationalregierung

fiel. Walter Citrine gab einen Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung, die von den Gewerkschaften abgebrochen wurden, weil sie der Auffassung waren, daß die Regierung »unter dem Einfluß dunkler Mächte« stand. Mit diesen dunklen Mächten sind die Banken gemeint. Der internationale Finanzkapitalismus war es, so erklärte Citrine, der der Regierung ein Ultimatum auf Kürzung der Arbeitslosenunterstützung stellte. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Kongreß die Wahlparole aufgestellt: Wer soll regieren: das Volk oder die Banken? Daß diese Parole versagt hat, bewies der überwältigende Sieg der Nationalregierung am 27. Oktober. Die englischen Arbeiter werden noch weitere große Schritte auf dem Weg zum Britischen Imperium machen müssen, um die Wahlniederlage wieder auszugleichen. Da ist vor allem die Zollfrage, in der die Gewerkschaften allerdings schon einiges gelernt haben. Bereits auf dem vorjährigen Kongreß war diese Frage eingehend behandelt worden, und die Stellungnahme der Gewerkschaften wurde damals von dem Vorsitzenden des Kongresses mit folgenden Worten zusammengefaßt: »Jene, die die Wahl zwischen Freihandel und Schutzzoll als eine ausschlaggebende Prinzipienfrage betrachten, sind entweder schlechte Wirtschaftler oder schlechte Sozialisten. Wenn man aus dem Freihandel einen Fetisch macht und behauptet, daß das Prinzip des 100prozentigen Freihandels zu keinem Zeitpunkt und unter keinen Umständen in Frage gestellt werden darf, so ist dies ebenso töricht wie wenn man erklärt, daß mit Schutzzöllen alle wirtschaftlichen Übel geheilt werden können. Die Gewerkschaftsbewegung bekannte sich nie zum Manchestertum und Liberalismus.« Auch der diesjährige Kongreß legte sich in der Zollfrage nicht fest. Es wurde beschlossen sie zunächst noch einmal eingehend zu prüfen und die begonnenen Erhebungen fortzusetzen. Über die monetären Probleme unterbreitete der Generalrat dem Kongreß einen gedruckten Bericht, in dem die Ursachen der Krise in folgenden Punkten angegeben werden: das Versagen der Industrie sich den Bedürfnissen der Nachkriegszeit anzupassen, die ungesunde monetäre Politik, die seit 1919 von den verschiedenen Regierungen angewandt wurde, und schließlich die Kriegsschuldenregulierung, die mit zu den Ursachen dieser Krise gehöre. Die Weltwirtschaftskrise könne nur durch Erhöhung der Weltmarktpreise behoben werden.

Die wirtschaftspolitischen Ideen, die die englische Gewerkschaftswelt beherrschen, und die auch auf dem Kongreß lebhaft diskutiert wurden, unterscheiden sich sehr wesentlich von den Gedankengängen der deutschen Gewerkschaftsideologie. Manche von ihnen würden von deutschen freigewerkschaftlichen Wirtschaftspolitikern als eine gefährliche Ketzerei verurteilt werden. Von einer tiefgehenden und konsequent durchgeführten einheitlichen Auffassung sind freilich auch die englischen Gewerkschaften noch weit entfernt.

Frankreich: Die französischen Gewerkschaften hielten vom 15. bis zum 18. September ihren Kongreß ab. Ein ausgedehnter Bericht über die Tätigkeit und Bestrebungen der Confédération Générale du Travail wurde den Delegierten gedruckt überreicht. Die Debatten drehten sich zum größten Teil um die Frage der Einigung mit den Mitgliedern der "kommunistischen" Gewerkschaftsorganisation, der Confédération Générale du Travail Unitaire. Seit der Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung im Jahr 1921 ist die Frage der Einheit nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden. Die Politik der Confédération Générale du Travail war bisher folgende: Sie lehnt jede Einmischung politischer Parteien und außerhalb der Bewegung stehender Gruppen in die Arbeit der Gewerkschaften ab, wobei jedoch jedes Mitglied individuell das Recht hat sich außerhalb der Gewerkschaft in voller Freiheit politisch zu organisieren und zu betätigen. Da im Gegensatz hierzu die andere Organisation nur einen Ableger der Kommunistischen Partei darstellt, kann und soll die Einheit nur durch Rückkehr der abgespalteten Mitglieder in die freie Gewerkschaftszentrale erfolgen. Die Einheit soll auf der Basis der Confédération Générale wiederhergestellt werden. Den Debatten des Kongresses wurde dieses Jahr mit besonderem Interesse entgegengesehen, weil sich inzwischen aus Anhängern der verschiedensten Richtungen ein Komitee gebildet hat, das sogenannte Komitee der Zweiundzwanzig, das sich mit besonderem Eifer für die Einheit einsetzte. Eine Resolution dieses Komitees, die einen Einigungskongreß forderte, wurde von dem Kongreß abgelehnt. Als der beste Weg der Einigung wurde vielmehr die Rückkehr der Abgesplitterten in die freie Gewerkschaftszentrale »ohne Demütigungen und Benachteiligungen« bezeichnet.

Nach der Einigungsdebatte wurde noch eine Reihe anderer Fragen behandelt. Ein großer Teil des Tätigkeitsberichts ist der Sozialgesetzgebung gewidmet, die seit der Annahme des von der Arbeiterklasse errungenen Gesetzes über die Kranken-, Mutterschafts-, Invaliditäts-, Alters- und Sterbeversicherung (siehe die Rundschauen Sozialpolitik und Hygiene, 1930 III Seite 902, 1042 und folgende) zu einer Frage geworden ist, die wahrscheinlich in Zukunft jeden französischen Gewerkschaftskongreß als Hauptfrage beschäftigen wird. Dem Problem der Durchführung dieses Gesetzes galt ein großer Teil der Besprechungen und Beschlüsse. Des weitern hat sich der Kongreß sehr eingehend mit den Fragen der Arbeiterbildung und des öffentlichen Unterrichts befaßt.

Kurze Chronik Am 22. August wurde im Reichsarbeitsministerium in Berlin eine Vereinbarung zwischen dem Gesamtverband der *Gemeindearbeiter* und dem Reichsarbeitsgeberverband der Gemeinden getroffen, durch die der § 7 Absatz 4 der Notverordnung vom 5. Juni 1931 abgegolten wird. Die Lohneinbuße beträgt durchschnittlich 4%. ◊ Vom 9. bis zum 15. August hielt der Gewerkschaftsbund *Schwedens* seinen 10. Kongreß in Stockholm ab. Neben einigen organisatorischen Fragen wurden die Probleme der Arbeitszeit, der Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung und der Rationalisierung behandelt. Dem vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten Wirtschaftsprogramm stimmte der Kongreß zu. ◊ Der Großkampf in *Norwegen*, über dessen Verlauf in dieser Rundschau (1931 I Seite 474 und in diesem Band Seite 789) berichtet wurde, ist nunmehr beendet worden, und zwar auf der Grundlage des bereits im August von den Arbeitern abgelehnten Schlichtungsvorschlags des staatlichen Schlichters. Das Ergebnis des Kampfs bedeutet zwar einen gewissen Erfolg der Arbeiter, hätte aber mit dem selben Erfolg schon früher erreicht werden können. Die Lohnherabsetzung beträgt durchschnittlich 6%, während die Unternehmer ursprünglich eine 15prozentige Senkung gefordert hatten. ◊ Der *Deutsche Textilarbeiterverband*, dem 156 952 Arbeiterinnen, fast 24% der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften, angehören, sieht in diesem Jahr auf eine 40jährige Verbandstätigkeit zurück. Die Jubiläumsnummer seiner Fachzeitschrift berichtet über die Entwicklung des Verbands.

Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

Zusammen- Der *deutsche* Landwirt-
wirken von Pro- schaftliche Genossenschafts-
duzenten und tag in Swinemünde am 18.
Konsumenten und 19. Juni hat sich mit einer (in land-
wirtschaftlichen Kreisen leider noch seltenen) Vorurteilslosigkeit mit dem Problem der Zusammenarbeit zwischen der Landwirtschaft und den Verbraucherorganisationen befaßt. Tilo von Wilnowsky behandelte das Problem eingehend in seinem Referat, aus dem einige Sätze hier wiedergegeben seien: »Vor allem fehlt [in der Landwirtschaft] das Verständnis für die Bedeutung der Großabnehmer, der Warenhäuser und Konsumvereine. Politische Ressentiments triumphieren über wirtschaftliche Vernunft und hindern die Erkenntnis, daß hier die Spitzenrepräsentanten der Lebensmittelnachfrage gegeben sind, mit denen man sich notgedrungen verständigen muß.« Wilnowsky stellte dann fest, daß sowohl bei den Warenhäusern als auch bei den Konsumgenossenschaften die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit da seien. Und die Notwendigkeit solcher Zusammenarbeit kann nicht besser formuliert werden, als Wilnowsky es getan hat: »Der Konsument hat nun einmal die Macht, die großen Einkaufszentralen sind seine ausgesprochenen Repräsentanten. Lehnt die Landwirtschaft die Zusammenarbeit mit ihnen ab, so darf sie sich nicht wundern, wenn das Rad über sie hinwegrollt.« Nach dem Referat Wilnowskys wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die in ihren wichtigsten Teilen also lautet: »1. Erzeuger und Verbraucher müssen bei der Lösung landwirtschaftlicher Absatzfragen in viel engerer Fühlung als bisher mit einander arbeiten, wenn der außerordentliche Vorsprung des Auslandes aufgeholt, und dem Erzeuger ein höherer Anteil am Enderlös seiner Produkte gesichert werden soll. 2. Der Erzeuger muß sich zur Einsicht durchringen, daß der Marktverkehr vom Lande zur Stadt sich im letzten Jahrzehnt grundlegend gewandelt hat, daß Erzeugung und Absatzorganisation sich dieser Entwicklung anpassen müssen, und daß die Probleme des Absatzes mindestens gleich bedeutsam sind wie die Fragen der Erzeugung.«

Die Führer des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens haben also erkannt, was nottut. Es kommt nun darauf an, daß einmal die Erkenntnis von oben bis in die kleinste landwirtschaftliche Genossenschaft hinunterdringt, und daß

zum andern endlich gehandelt wird. Die Initiative muß bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften liegen; sie vor allem haben ein Interesse an der Zusammenarbeit von Erzeuger- und Verbraucher-genossenschaften, sie müssen mit ihren Angeboten an die Konsumgenossenschaften herantreten. Die Konsumgenossenschaften werden, die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften vorausgesetzt, die dargebotene Hand sicher nicht zurückweisen.

In Frankreich geht jetzt ein großzügiges Projekt der Zusammenarbeit von Produzenten- und Konsumentenorganisationen seiner Verwirklichung entgegen. Die große Pariser Union des Coopérateurs will mit einer landwirtschaftlichen Mühlen-genossenschaft in Angers zusammen eine große Brotfabrik errichten, deren Kapital beide Genossenschaften zu gleichen Teilen aufbringen. Die französische Regierung hat den beteiligten Genossenschaften zur Durchführung des Projekts einen Kredit von 150 Millionen Francs zu niedrigem Zinsfuß bewilligt. Die gemeinschaftliche Bäckerei ist auf der Lieferungs- respektive Abnahmepflicht der beteiligten Organisationen aufgebaut. In der französischen Konsumgenossenschaftspresse wird zurzeit außerdem das Projekt diskutiert gemeinschaftliche Getreidemühlen der Verbraucher- und der Erzeugergenossenschaften zu errichten.

Reichsverband Deutscher Konsumvereine Die Entwicklung des Reichsverbands Deutscher Konsumvereine zeigt im wesentlichen das selbe Bild wie die des Zentralverbands. Auch die Konsumgenossenschaften des Reichsverbands haben eine geringfügige und nur wertmäßige Umsatzverringering im Kalenderjahr 1930 zu verzeichnen, und zwar von 201 832 000 auf 200 954 000 Mark oder um 0,44%. Mengenmäßig ist der Umsatz gestiegen. Der Eigenproduktionsumsatz der Konsumgenossenschaften erhöhte sich im Geschäftsjahr 1930 von 27 255 000 auf 28 088 000 Mark (3,1%), die Anzahl der Genossenschaften um 4 auf 277 Vereine, die über 2509 Verteilungsstellen verfügten (1929 2313, Vermehrung 8,5%). Die Mitgliederzahl dieser Vereine nahm um 27 591 auf 792 551 zu. Da viele Reichsverbandsvereine aus ihren Mitgliederlisten den Inflationsballast der Nichtkäufer noch nicht beseitigt haben, ist der Durchschnittsumsatz pro Mitglied sehr gering. Im Jahr 1930 betrug er nur 258,15 Mark,

1929 nur 255,57 Mark (im Zentralverband dagegen 397 Mark im Jahr 1930). Die Spareinlagen der Mitglieder haben sich nur geringfügig vermehrt und beliefen sich am Ende des Geschäftsjahrs 1930 auf 40 141 000 Mark. An Rückvergütung flossen den Mitgliedern 11 515 000 Mark zu, das sind 13,7% mehr als im Vorjahr. Die Großeinkaufs- und Produktionsaktiengesellschaft Deutscher Konsumvereine (Gepag) erreichte im Jahr 1930 einen Umsatz von 74 144 500 Mark, die wertmäßige Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt 2,22%. Der Umsatz der Herstellungsbetriebe der Gepag stieg um 5,92% auf 10 035 200 Mark. Die Presse des Reichsverbands Deutscher Konsumvereine hat noch eine relativ kleine Auflage. Während zum Beispiel das Konsumgenossenschaftliche Volksblatt des Zentralverbands mit einer Auflage von mehr als 1½ Millionen Exemplaren an mehr als die Hälfte der Mitglieder der Zentralverbandsgenossenschaften gelangt, kann die Genossenschaftsfamilie des Reichsverbands mit einer Auflage von ¼ Million Exemplaren noch nicht ⅓ der in den Reichsverbandsgenossenschaften zusammengeschlossenen Konsumenten versorgen.

Kreditgenossen-schaften Eine Versammlung der Zentralkassenleiter und Revisionsverbandsdirektoren des Deutschen Genossenschaftsverbands, die am 29. August im Anschluß an eine Sitzung des Engern Ausschusses stattfand, forderte die Vereinheitlichung des zentralen genossenschaftlichen Kreditwesens in einem einzigen Institut. Die Anwaltschaft des Deutschen Genossenschaftsverbands wurde beauftragt die schon eingeleiteten Verhandlungen weiterzuführen. Der Umfang der Kreditgewährung der gewerblichen Kreditgenossenschaften an ihre Mitglieder hat sich zwar seit 1924 ständig und beträchtlich erweitert, unter Berücksichtigung der Kaufkraft des Geldes hat er jedoch den Vorkriegsstand bei weitem nicht erreicht. So wurden an Krediten gewährt (in Millionen Mark):

Art des Kredits	1913	30. April 1931
Kontokorrentkredit	710,2	1126,8
Wechselkredit	281,3	237,2
Gegen Schuldschein, Bürgschaft usw.	511,4	171,3
Lombardkredite	55,7	6,5
Giroverbindlichkeiten	65,5	133,0
Zusammen	1624,1	1624,8
Dazu		
Hypothekenkredite	232,5	100,1
Avale und Bürgschaften	18,5	36,4

Die Anzahl der berichtenden Genossenschaften betrug 1493 im Jahr 1913, 1337 im Jahr 1931. Die zur Berufsstatistik berichtenden Genossenschaften hatten 1930 rund 800 000 Mitglieder; davon waren selbständige Handwerker 26%, selbständige Landwirte 21%, selbständige Kaufleute und Fabrikanten 19%, Angehörige der Freien Berufe und Beamte 13%, Angestellte und Arbeiter 12%, andere 9%.

Handwerk und Genossenschaft Das deutsche Handwerk hat den Mahnruf seines Führers Hermann Schulze-Delitzsch sich durch die Genossenschaft selbst zu helfen bisher wenig beachtet. Das handwerkliche Genossenschaftswesen erfaßt heute erst einen sehr kleinen Teil sämtlicher Handwerksbetriebe. In den Blättern für Genossenschaftswesen legte Gerhard Fochtmann am 3. Juli die Bedeutung der wichtigsten Zweige des handwerklichen Genossenschaftswesens für das gesamte Handwerk dar. Die beiden typischen Handwerksgenossenschaften sind die städtische Kreditgenossenschaft und die Einkaufsgenossenschaft als Rohstoffgenossenschaft. Von 1 300 000 Handwerksbetrieben waren nur etwa 200 000, das heißt 15,4%, in Kreditgenossenschaften und etwa 100 000 in Einkaufsgenossenschaften zusammengeschlossen. Die 200 000 Kreditgenossenschaftsmitglieder haben jedoch nur einen Bruchteil ihres verfügbaren Kapitals ihren eignen Kreditgenossenschaften anvertraut, und die den Einkaufsgenossenschaften angeschlossenen Handwerker decken nur den kleinern Teil ihres Rohstoffbedarfs bei ihren Genossenschaften. Am besten genossenschaftlich organisiert sind die Bäcker, der genossenschaftliche Rohstoffbezug umfaßt etwa 36% des Gesamtrohstoffbezugs der genossenschaftlich organisierten Bäcker. Selbst wenn man dieses noch relativ günstige Verhältnis der Berechnung des Bezugsanteils bei den übrigen handwerklichen Genossenschaften zugrunde legt, beträgt der Anteil aller handwerklichen Einkaufsgenossenschaften am Gesamtrohstoffumsatz des Handwerks nur 2,73%. Der geschichtlich älteste Zweig der modernen Genossenschaftsbewegung bedeutet also heute sozial wie wirtschaftlich noch verhältnismäßig wenig.

Eigenpublikationen Die *Gemeinnützige Heimstädtengesellschaft* Berlin (Gehag) gibt in ihrem mit einer stattlichen Reihe von Abbildungen versehenen Geschäftsbericht 1930 einen

Überblick über ihre Leistungen im Jahr 1930 und würdigt dabei auch die wichtigsten allgemeinen Probleme der Wohnungsbaupolitik. Sie ist im Jahr 1924 gegründet worden, ihr Aktienkapital von 1 Million Mark ist zum größten Teil in den Händen freier Gewerkschaften. Seit ihrem Bestehen bis Ende 1930 hat sie 8440 Wohnungen errichtet, und zwar 6076 in Mehrfamilienhäusern und 2364 in Einfamilienhäusern. Allein im Jahr 1930 wurden 3959 Wohnungen bearbeitet und 3046 Wohnungen fertiggestellt. Mehr als $\frac{3}{4}$ der im Jahr 1930 bearbeiteten Wohnungen sind Kleinwohnungen (1½ bis 2½ Zimmer). Die Kürzung der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau, gegen die der Bericht schärfsten Protest erhebt, wird das Entwicklungsbild des Wohnungsbaus für das Jahr 1931 aufs ungünstigste beeinflussen. In 7. Auflage erschien das vom *Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften* Raitfeisen herausgegebene Taschenbuch für Landwirtschaftliche Genossenschaften. Es ist ein ebenso inhalt- wie umfangreiches Nachschlagewerk von 700 Seiten. Eine gründliche Durcharbeitung seiner sämtlichen Einzelteile hat es auf den neuesten Stand gebracht, so daß es für die Praxis des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einen zuverlässigen Wegweiser durch alle Genossenschaftsfragen darstellt. Es gliedert sich in 6 Teile, der umfangreichste 1. Teil, Rechtskunde für landwirtschaftliche Genossenschaften, bringt nicht nur das Genossenschaftsgesetz und Auszüge aus anderen, für die Genossenschaften wichtigen Gesetzen im Wortlaut mit Kommentar sondern auch einen Überblick über die Steuergesetzgebung und -rechtsprechung und anderes. Die übrigen Teile enthalten Abhandlungen, Statistiken und sonstige Aufstellungen über das Genossenschaftswesen allgemein, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen und landwirtschaftliche Organisationen. Den Abschluß bildet eine Geschichtstafel des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens.

Kurze Chronik Die *Volksfürsorge* hat im Jahr 1930 417 000 Versicherungen in der Volksversicherung (1929 575 000) und 6500 Versicherungen in der Lebensversicherung (1929 6800) neu abgeschlossen, so daß sich ihr Bestand in der Volksversicherung auf 2 151 000 Policen mit einer Versicherungssumme von 815 429 000 Mark und in der Lebensversicherung auf

36 000 Policen mit einer Versicherungssumme von 65 364 000 Mark erhöhte. Im 1. Halbjahr 1931 liefen 159 500 neue Versicherungsanträge mit einer Versicherungssumme von 69 192 000 Mark ein. ◊ Die *französische* Großeinkaufsgesellschaft konnte im Jahr 1930 ihren Umsatz auf 755 Millionen Francs (1929 711 Millionen) und die Eigenproduktion auf 42,4 Millionen Francs (1929 38,1 Millionen) steigern. Sie erwarb eine große Konservenfabrik in Guilvinec. Dem furchtbaren Schiffsunglück bei Saint-Nazaire ist eine große Anzahl von Genossenschaffern, die einen gemeinsamen Ausflug machten, zum Opfer gefallen, darunter auch Lepouriel, der Direktor, und noch andere Führer der Bezirks-genossenschaft des Departements der Untern Loire. Der Nationalverband Französischer Konsumgenossenschaften und der Internationale Genossenschaftsbund haben Hilfsaktionen eingeleitet. ◊ Die *englischen* Konsumgenossenschaften konnten im Jahr 1930 trotz Krise und Preisabbau ihren Umsatz gegenüber 1929 noch um 2 170 000 Pfund Sterling auf 219 137 000 Pfund Sterling erhöhen. Die Mitgliederzahl stieg auf 6 456 000. ◊ Die junge *Spanische Republik* fördert das Genossenschaftswesen nach Kräften. Sie hat ein Genossenschaftsgesetz erlassen und damit eine besondere Rechtsform für die genossenschaftliche Unternehmung geschaffen. In den Berufsschulen soll Genossenschaftswesen als Unterrichtsfach eingeführt werden. ◊ In *Ungarn* fehlt es bisher noch an einem allgenossenschaftlichen Zentralgeldinstitut, die Genossenschaften sind bei der Kreditversorgung oft auf private Banken angewiesen, da die genossenschaftliche Kapitalbildung den Kapitalbedürfnissen noch nicht genügt. Diese Ungeregeltheit und Uneinheitlichkeit der genossenschaftlichen Kreditversorgung hat den Bund der Ungarischen Genossenschaften veranlaßt, im Verein mit einigen agrarischen Organisationen, eine Eingabe an die Regierung zu richten, in der der Umbau und die Ausweitung der bestehenden Landeszentalkreditgenossenschaft zu einem zentralen Kreditinstitut für alle Genossenschaften gefordert wird. Der Direktionsrat des Bundes beschloß außerdem einen ständigen gemeinsamen Ausschuß der Verbraucher- und Erzeugergenossenschaften ins Leben zu rufen, damit diese noch enger als bisher zusammenarbeiten. ◊ Der Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbands *Philipp Stein* wurde auf Vorschlag des Reichs in den Aufsichtsrat der Dresdener Bank gewählt.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Neuer Frauentypus Vor einiger Zeit wurde bei einer Betrachtung einzelner moderner Romane in dieser Kundschau (1930 II Seite 492 und folgende) bemerkt, daß in ihnen die innerlich selbständige, vom Mann unabhängige Frau eine häufigere Erscheinung geworden sei. Bei der Rückschau auf eine größere Anzahl von Romanen, die in den letzten Jahren erschienen sind, zeigt sich jedoch, daß dieser Frauentypus noch nicht unbedingt vorherrscht, und daß von seiner klaren Herausgestaltung in den meisten Fällen noch gar nicht die Rede sein kann. Durchaus nicht selten begegnen wir noch der Frau, deren Leben sich darin erschöpft ein über sie verhängtes Schicksal zu erleiden, wie die Heldin des (reizvollen und bewegenden) Romans *Cathérine-Paris* von Marthe Bibesco /Wien, F. G. Speidel/, die einer unwürdigen Ehe entflieht, um in Einsamkeit und Resignation zurückzusinken, oder wie Daphne Herbst in dem Roman *Annette Kolbs* /Berlin, S. Fischer/, die Tochter eines der hinsterbenden Adelsgeschlechter, die, wenn auch ihre Persönlichkeit sich aus ihrer erstarrten Umwelt heraushebt, nicht Kraft zum Leben hat und vorzeitig hinwelkt. Auch die Frau, die ganz von der Liebe eines Mannes leben will und an ihrem Verlust zugrunde geht, ist keineswegs ausgestorben, wie Jo van Ammers-Küllers Roman *Der stille Kampf*, /Leipzig, Grethlein & Co./ zeigt; die Gattin eines Gelehrten verzehrt sich dort in schweigendem Kummer, weil er nur an seine Arbeit denkt und ihre Liebe nicht braucht. Ein noch ärgeres Martyrium erleidet Cäcilie in *Julie Wassermann-Speyers* »Roman einer Ehe« *Das lebendige Herz* /Leipzig, Bücherleseverlag/; sie opfert sich ihrem Gatten auf, gesteht ihm jede Freiheit zu und muß es mit ansehen, wie eine kalte und berechnende Nebenbuhlerin ihn ihr Stück für Stück wegnimmt, sie schließlich sogar aus ihrer Wohnung vertreibt, bis er endlich, zu ihrem etwas verspäteten Trost, einseht, daß nur sie das lebendige Herz hat. Die leidende und sich opfernde Frau ist auch das Thema zweier anderer Romane: *Die Wandlung* von Cécile Lauber /Leipzig, Grethlein & Co./, einer ziemlich überspannten und unerfreulichen Geschichte von einem Metzger, der eben durch die Leiden seiner Frau und seines Kindes von der Grausamkeit seines Handwerks überzeugt wird, und *Das letzte Opfer* von Edwin Erich Dwinger /Lübeck, Otto Quitzow/, in dem von einer Frau erzählt

wird, die sich für ihren Mann, der aus dem Gleichgewicht geriet, auf höchst verschrobene Art opfert. Es scheint doch schwierig zu sein diesen Frauentypus überzeugend zu gestalten. Das geschieht auf eine merkwürdige Art in dem Buch Joe Lederers *Das Mädchen George* /Berlin, Universitas/; hier ist es ein modernes junges Mädchen, das sich von seiner Familie losreißt, um seine eignen Wege zu gehen, dessen Gefühlsstärke es aber zur unbedingten Hingabe treibt, und mag man sie auch als nutzlos ansehen, so fühlt man doch, daß man mit solcher rationalen Betrachtung der Intensität der Verfasserin nicht beikommt; jedenfalls ein Versuch, der, scheinbar in alte Wege führend, ein Neues ahnen läßt. Die Erzählung *Hilde Maria Kraus' Ärztinnen* /Breslau, Bergstadtverlag/ zeigt dann auf der andern Seite die Frau als Opfer ihres Berufs, die Frau, die bei aller Tüchtigkeit und Überlegenheit an innerer Einsamkeit und Mangel an menschlicher Wärme zugrunde geht, übrigens in einer sehr grell gefärbten, nicht besonders überzeugenden Darstellung. In einigen anderen Romanen wird dann unternommen die Frau zu schildern, die wirklich auf eignen Füßen steht und in ihrem Verhältnis zum andern Geschlecht neue Wege gehen will. Aber auch hier erweist sich bei näherem Zusehen die Darstellung des neuen Frauentypus in mancher Beziehung als fragwürdig. An dem Buch *Herbert Eulenbergs Zwischen zwei Männern* /Stuttgart, J. Engelhorn's Nachfolger/ ist eigentlich nur der Titel neu; das Problem der Doppelliebe, das vor Jahren von *Magdeleine Marx* in ihrem Buch *Weib* /Basel, Rheinverlag/ in seinem Kern angefaßt wurde, ist hier bestenfalls angetippt. Die Heldin des Romans *Jungfrau gesucht* von *H. I. Ken* /Berlin, Neue Berliner Verlagsgesellschaft/ ist ein Mädchen, die ihren Beruf als Gymnastiklehrerin mit Begeisterung ausübt und sich den Mann ihrer Liebe frei und nach Bedarf wählt. Liebesangelegenheiten dürfen nicht auf Kosten des Berufs gehen, aber der Körper muß sein Recht haben. Aber diese brutal vernünftige Auffassung ist kein Ersatz für innere Sicherheit, und es endet denn auch damit, daß sie sich in einen Mann verliebt, der mit ihren Grundsätzen nicht einverstanden ist, und sich dann ihm zu Liebe umkrepelt. Gemeinsam scheint vielen Gestalten moderner Frauenromane überhaupt zu sein, daß in der Liebe das Körperliche sehr stark betont wird, ja in erster Linie steht. Mit der körperlichen Gemeinschaft fängt es an, seelische Übereinstimmung wird besten-

falls nachträglich, oft aber auch gar nicht entdeckt. Sicher ist dieser Zug, der gewiß auch ein Stück Wirklichkeit spiegelt, neu, er bedeutet für die Frau gradezu eine Umkehrung des frühern Liebesbegriffs. Aber sicher ist auch, daß diese Umkehrung noch kein neues Liebesideal darstellt. Sie zeigt nur an, daß hier eine vielleicht notwendige Entwicklung vor sich geht, die erst wieder zu einer neuen Harmonie führen muß. Harmonische Sicherheit ist grade das, was der Frau im modernen Roman oft fehlt. Auch der Hauptgestalt in dem Buch *Karl Friedrich Borées Dor* und der *September* /Frankfurt, Rütten & Loening/, so sehr sie in der stellenweise sehr hübschen und anmutigen, aber zu breit ausgewalzten Darstellung als Gipfel weiblicher Vollkommenheit erscheinen soll. Aber man empfindet dies Liebespiel einer Studentin mit einem Mann, von dem sie sich ihrer Lebensauffassung nach innerlich getrennt fühlt, dem sie sich trotzdem überläßt und körperlich enthüllt, um dann vor dem letzten Schritt wieder haltzumachen, doch als unschön. *Egmont Colerus* betitelt sein Buch gradezu *Die neue Rasse* /Wien, Paul Zsolnay/. Diese Rasse wird nach ihm durch die Frauen verkörpert, während hier der Mann zugrunde geht, weil er sich in ihnen nicht zurechtfinden kann. Der Mann ist der passive Teil, die Frauen treten ihm begehrend und werbend gegenüber, sie bieten ihm Kameradschaft und Treue oder Verlockung und Verrat, er aber findet zu keiner den Weg und wird so schließlich am Leben selbst irre. Die eigentliche Vertreterin der neuen Rasse bekennt aber nach seinem Tod, sie glaube doch ihn geliebt zu haben. Das Buch, obwohl in der Gestaltung stark intellektuell und vielfach gekünstelt, ist interessant, weil es die neue Frau deutlich als Übergangstypus erscheinen läßt, wie denn am Schluß auch deutlich ausgesprochen wird, daß es sich bei der neuen Rasse um Keime und Ansätze handelt, aus denen erst reife Ergebnisse erwachsen sollen. Gegenüber den hochkultivierten Heldinnen dieser Romane, Luxusgeschöpfen, wie sie bei *Colerus* auch genannt werden, ist *Una Golden* in *Sinclair Lewis' Roman Der Erwerb* /Wien, E. P. Tal & Co./ ein sehr bescheidenes Wesen. Ein Mädchen von durchschnittlicher Intelligenz, das sich mühselig jahrelang durch den erlebnis- und freudenarmen Alltag der schlechtbezahlten Bureauarbeiterin schleppt, bis es eines Tages, müde und abgehetzt und des ewigen Einerleis überdrüssig, den ersten besten Mann heiratet. Diese Ehe wird ein Sumpf.

Aber dann wirft die Heldin sich wieder in die Arbeit hinein und erringt sich schließlich mit offenen Augen und gesundem Tatsachensinn eine einträgliche und angesehene Stellung und schließlich dazu noch eine glückliche Ehe. Das Ganze ist, bei allem Richtigen und manchem Anziehenden, das es enthält, doch allzu sehr von amerikanischer Denkweise getragen, als daß es als Manifestation eines wirklich modernen Geistes gelten könnte. Auch das junge Amerika, dessen prominenter Vertreter Sinclair Lewis ist, kann dem Europäer, der nach wirklich Neuem ringt, nicht viel sagen. Der neue Frauentypus wächst nicht in Amerika sondern auf dem Boden des europäischen Kontinents.

Familie Auf dem Juristentag, der vom 9. bis zum 12. September in Lübeck stattfand, wurde unter anderen Themen die Frage behandelt: »Inwieweit bedürfen die familienrechtlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit Rücksicht auf den die Gleichberechtigung der Geschlechter aussprechenden Artikel 119 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung einer Änderung?« 12 Jahre, nachdem der Grundsatz der Gleichberechtigung in der Verfassung ausgesprochen wurde, hat man sich also entschlossen seine Verwirklichung ins Auge zu fassen. Bereits vor 10 Jahren erschien in den Sozialistischen Monatsheften (1921 II Seite 1036 und folgende) ein Aufsatz Ella Bormanns Die Gleichstellung der Geschlechter im deutschen Eherecht, der die Durchführung des Artikels 119 der Reichsverfassung forderte. Die demokratische Umgestaltung des Eherechts ist hier als der Anfang weiterer Wandlungen gesehen, die in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Ehe und Familie noch stärker in das Leben der Gemeinschaft einfügen werden. Aber die sachlichen Forderungen decken sich mit den auch von der Frauenbewegung seit langem angestrebten Änderungen des geltenden Rechts, und sie gelangen nun auch in den beiden Gutachten, die dem Juristentag vorlagen, zum Ausdruck. Die Vorschläge der Rechtsanwältin Fanny Rebstein-Metzger und des Oberlandesgerichtspräsidenten Ernst Dronke weichen in einzelnen Punkten von einander ab, stimmen aber in der Grundtendenz überein, die auch auf dem Juristentag in den Referaten und Beschlüssen zum Ausdruck kam: aus der Ehe, die nach heutigem Recht eine Zwangsgemeinschaft ist, die durch die Autorität des Mannes zusammengehalten wird, eine auf gegenseitige Achtung be-

gründete Gemeinschaft freier Menschen zu machen. Daß die geltenden Bestimmungen mit der tatsächlichen Stellung der Frau im Erwerbsleben und öffentlichen Leben einfach nicht mehr vereinbar sind, wurde in dem Referat des Münchener Senatspräsidenten Heinrich Schultz deutlich ausgesprochen, er bezeichnete sie zum Teil als vorsintflutlich. Allerdings hielt er eine Gleichstellung der Geschlechter nicht für absolut durchführbar, er wollte sie nur so weit wie möglich verwirklicht sehen. Die Grundgedanken der Reform kamen stärker zur Geltung in dem lebendigen und mit großem allgemeinen Interesse aufgenommenen Vortrag Marianne Webers. Sie betonte vor allem die Bedeutung neuer gesetzlicher Vorschriften als Anleitung zu würdigeren Ehesitten, als Wegweiser zu einer innern Umgestaltung des patriarchalischen Eheverhältnisses. Im einzelnen gehen die Vorschläge dahin: Das Entscheidungsrecht des Mannes in den Angelegenheiten des ehelichen Lebens soll fallen, ebenso wie das Genehmigungs- und Kündigungsrecht des Mannes bei der Übernahme eines Geschäfts oder der Ausübung eines Berufs durch die Frau; der Mann soll nicht mehr allein als Erhalter der Familie gelten, dem die Frau zur häuslichen Arbeit verpflichtet ist, sondern beide Ehegatten sollen durch Erwerb und Tätigkeit im Hauswesen zu dem Aufwand für die eheliche Gemeinschaft beitragen; beide sollen verpflichtet sein dem andern Unterhalt zu gewähren, wenn er sich nicht selbst erhalten kann. Hierzu wurde von Margarete Berent in einem Aufsatz in der Frau wie auch von Marianne Weber geltend gemacht, daß im Interesse der Frau nicht einfach Gleichheit der Rechte und Pflichten festgelegt werden dürfe, sondern daß es notwendig sei die Frau als den in den meisten Fällen wirtschaftlich schwächeren und abhängigen Teil zu schützen. Der Mann soll also nicht nur verpflichtet sein der Frau Unterhalt zu gewähren, sie nicht verhungern zu lassen, sondern ihr ein bestimmtes Wirtschaftsgeld und bestimmte Mittel für ihre persönlichen Bedürfnisse zur Verfügung zu stellen (dies letzte soll, falls die Frau den Unterhalt bestreitet, natürlich auch umgekehrt gelten), damit sie ihr Leben gestalten kann, ohne bei jedem Schritt von ihm abhängig zu sein. (In Holland wurde kürzlich durch ein Gesetz der Anspruch der Frau auf ein bestimmtes Haushaltsgeld festgelegt.) Einwendungen macht man auch gegen eine gemeinsame Haftung der Ehegatten bei Anschaffungen für den Familienbe-

darf, die an Stelle der Schlüsselgewalt treten soll, da im allgemeinen die Frau den Mann nur bei kleineren Geschäften im Rahmen des häuslichen Wirkungskreises vertreten könne, während der Mann auf diese Weise große und bedeutende Anschaffungen ohne Wissen der Frau, aber auf ihre Kosten machen könne. Man wird zugeben müssen, daß Schutzbestimmungen für die Frau notwendig sind, solange sie, wie heute noch in den meisten Fällen, auf die Arbeit im Haus beschränkt ist. Ob das immer so sein wird, und ob es wünschenswert ist, daß es so bleibt, wie Marianne Weber betonte, ist eine andere Frage. Es ist durchaus möglich, und vom sozialistischen Standpunkt auch wünschenswert, daß die Frau im Lauf der Entwicklung zu größerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit gelangt, und daß die Gleichheit der Rechte und Pflichten in der Ehe damit eine festere Grundlage bekommt. Als eheliches Güterrecht ist Gütertrennung mit einer Beteiligung beider Ehegatten an der Errungenschaft in Aussicht genommen. Vertragliche Vereinbarung des jetzigen Güterstands will das Gutachten Rebstein-Metzgers nicht zulassen, auch gegen die Vereinbarung der Gütergemeinschaft werden Bedenken erhoben; praktisch würde durch solche Vereinbarungen immer wieder das Übergewicht des Mannes festgelegt werden. Die elterliche Gewalt soll beiden gemeinschaftlich zustehen; bei geschiedener Ehe soll derjenige Teil, der für die Kinder zu sorgen hat, auch die elterliche Gewalt erhalten, während jetzt unter allen Umständen dem Mann die gesetzliche Vertretung des Kindes zusteht. Bei der Führung des Familiennamens soll der Name der Frau mitberücksichtigt werden. Diese Änderungen stellen heute wirklich keine revolutionären Forderungen mehr dar. Sie können endlich kommen.

Internationale Vom 23. bis zum 25. Juli fand in Wien die 4. *Internationale Sozialistische Frauenkonferenz* statt, die von 128 Delegierten aus 30 Ländern besetzt war. Deutschland hatte 25 Vertreterinnen entsandt. Zur Verhandlung standen neben einem Bericht über die Fortschritte der sozialistischen Frauenbewegung seit der Brüsseler Konferenz von 1928 2 Fragen: die Wirkung der politischen Reaktion auf die Freiheit der Frau und die Frau in der Wirtschaft. Zum 1. Punkt wurde eine Resolution angenommen, die gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung die Notwendigkeit der politischen Gleichberechtigung der Frauen betont und zum

Kampf gegen die Aufreizung der nationalistischen Leidenschaften aufruft, die zu kriegerischen Verwicklungen zu führen droht. Zur Frage der Frauenarbeit wurden mehrere Resolutionen gefaßt. In Übereinstimmung mit der des Leipziger Parteitag wurde das Recht der Frau, auch der verheirateten, auf Erwerbsarbeit anerkannt, und der einseitige Kampf gegen die Berufsarbeit der verheirateten Frau abgelehnt. Es wurde Zulassung der Frau zu allen Berufen, denen ihre physiologische Eigenart nicht entgegensteht, und in Verbindung damit Verwirklichung der Forderung gleichen Lohns für gleiche Leistung sowie Gleichstellung in der Arbeitslosenversicherung gefordert. Ferner trat man für Ausbau des Mutterschutzes und der Kinderfürsorge, für Erleichterung der Hauswirtschaft und Unterbringungsmöglichkeiten für die Kinder berufstätiger Frauen ein. Für die arbeitende Frau in der Landwirtschaft wurde der gleiche Sozialschutz wie für die in der Industrie tätigen Frauen verlangt. Ebenso setzte man sich dafür ein, daß auch die Arbeit der Hausgehilfinnen geregelt werde (Festsetzung der Arbeitszeit und des Urlaubs, Arbeitsvermittlung und Arbeitsschutz). Man forderte ferner eine gerechte Bewertung der hauswirtschaftlichen Arbeit der Frau und beschloß die Frage der Frau im Haushalt zum Gegenstand eines besondern Studiums zu machen und der nächsten Konferenz zum Zweck einer grundlegenden Beschlußfassung vorzulegen. Zu der Frage der Frauenarbeit in der Industrie sprachen sich 3 Vertreterinnen, aus England, Schweden und Dänemark, als Anhängerinnen der Open-Door-Bewegung gegen den Standpunkt dieser Frauenkonferenz aus.

Kurze Chronik Die Anzahl der weiblichen *Arbeitslosen* ist vom 31. März 1930 bis zum 31. März 1931 von 593 000 auf 913 000 gestiegen. ◊ Von 579 249 Deutschen, die von 1919 bis 1930 *auswanderten*, sind 56,59 % Frauen, während es im Jahr 1913 nur 33,9 % waren. Aus einzelnen Gebieten wandern mehr Frauen als Männer aus. Im letzten Jahr ist durch die Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen in Amerika die Zahl der Auswanderer, Männer und Frauen, sehr zurückgegangen. ◊ *Der Verband der Weiblichen Handels- und Bureauangestellten*, der einen Arbeitsbericht über die letzten 4 Jahre veröffentlicht, zählt jetzt 94 000 Mitglieder. Er bemüht sich um die Angleichung der Gehälter der weiblichen an die der männlichen Angestellten, was ihm in 139 Fällen gelang. ◊

In Japan ist eine Universität ausschließlich für Medizin studierende Frauen gegründet worden. ◊ Der Internationale Akademikerinnenbund hat an die Archäologin Margarete Bieber und die Indologin Betty Heimann *Stipendien* für Studien im Ausland vergeben. ◊ Am 15. August wurde *Henriette Fürth* 70 Jahre alt. Sie wurde in Gießen geboren, war bereits mit 19 Jahren verheiratet, wurde Mutter von 8 Kindern, widmete aber gleichzeitig mit der Fürsorge für ihre Familie ihre reichen geistigen Kräfte und ihr warmes Herz der Arbeit für den Aufstieg der arbeitenden und notleidenden Volksschichten, vor allem der Frauen. Sie begann in den neunziger Jahren mit Untersuchungen über die Lage der Arbeiterinnen und bemühte sich dann vor allem um die Fragen der Mutterschaftsfürsorge, für die sie in einem größeren Werk über die Mutterschaftsversicherung /1911/ Richtlinien aufstellte. Sie beschäftigte sich mit der Förderung der Hauswirtschaft, der Organisation des Verbrauchs, der Wohnungsreform und wirkte im Krieg und nach dem Krieg in der Gemeindepolitik und in der Arbeiterwohlfahrt auch organisatorisch für diese Ziele; in den letzten Jahren wandte sie sich den Problemen der Bevölkerungspolitik zu und trat in Zeitschriftenartikeln und in ihrem Buch *Die Regelung der Nachkommenschaft als eugenisches Problem /1929/* mit offenem Blick für die Not unter den proletarischen Frauen für die Geburtenregelung ein. Sie erfaßte die Frauenbewegung vom Standpunkt eines lebendigen und fruchtbaren Sozialismus. In diesem Geist arbeitete sie an den Sozialistischen Monatsheften mit, für die sie, außer einer Reihe von Artikeln, von 1901 bis 1907 die Rundschau *Frauenbewegung* mit klarem Blick für das Wesentliche bearbeitete. Sie steht noch heute mitten im Leben und Schaffen. Die Stadt Frankfurt, in der sie seit 1885 lebt und wirkt, verlieh ihr zu ihrem 70. Geburtstag ihre Ehrenplakette, die höchste Auszeichnung, die sie zu vergeben hat. ◊ Am 2. September wurde *Hildegard Wegscheider* 60 Jahre alt. Sie stammt aus einer Gelehrtenfamilie, studierte selbst noch unter schwierigen Umständen und bestand als erste Frau in Preußen das Doktorexamen; sie hat erfolgreich für die Mädchenbildung gewirkt und ist seit 1921 Oberschulrätin in Berlin. Schon seit Beginn ihres Studiums gehörte sie der Sozialdemokratie an; nach dem Novemberumsturz wurde sie Mitglied der Preussischen Landesversammlung und ist seitdem Landtagsabgeordnete.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / *Wladimir Lasarow*

Ultrastrahlung Die Ultrastrahlung ist in mancher Hinsicht immer noch ein ungelöstes Problem; da aber ganz grundsätzliche Fragestellungen damit verknüpft sind, ist es doch lohnend sich zu vergegenwärtigen, in welchen Punkten unser Wissen um diese rätselhafte Strahlung als gesichert betrachtet werden kann. Mehrere Theorien bemühen sich darum das am meisten Ungeklärte, nämlich die Herkunft und die Entstehung der Ultrastrahlung, plausibel zu machen. Auf diese Theorien einzugehen ist schon deshalb angebracht, weil sie in ihrer Gesamtheit eine nicht zu unterschätzende Leistung des menschlichen Geistes darstellen. Die Existenz einer neuartigen Strahlung ist kürzlich mit besonderem Nachdruck in das Bewußtsein aller getreten, als August Piccard seinen Stratosphärenflug unternahm, nicht zuletzt um Ionisationsmessungen in großen Höhen auszuführen. In den Fachkreisen aber ist das Vorhandensein der Ultrastrahlung (bisher meistens als durchdringende Höhenstrahlung oder als kosmische Strahlung bezeichnet) seit etwa 18 Jahren bekannt. Man stellte bald fest, daß die Ultrastrahlung durchdringender ist als alle zuvor bekannten Strahlenarten. Nun weiß man, daß, je kürzer die Wellenlänge, um so größer das Durchdringungsvermögen einer Strahlung ist. Man begann daher die Intensität der durchdringenden Strahlung, wie es bei kurzwelligen Strahlen üblich ist, durch die Ionisation zu messen, die die Strahlen in einer Ionisationskammer erzeugt. Die auftreffende Strahlung löst nämlich entweder in der Gasfüllung oder in den Wänden der Ionisationskammer Elektronen aus; diese spalten nun durch Stöße die neutralen Gasmoleküle der Ionisationskammer, es bilden sich positive und negative Ionen, die das Gas um so mehr elektrisch leitend machen, in je größerer Anzahl sie entstehen. Die Leitfähigkeit, dadurch die Ionisation des Gases wird dann durch die Geschwindigkeit der Entladung eines Elektroskops gemessen. In der Nähe des Erdbodens beobachtet man eine Ionisation, die zum größten Teil von der Anwesenheit radioaktiver Substanzen in der Erdkruste und von den gasförmigen radioaktiven Emanationen in den untersten Luftschichten herrührt. Die durch diese beiden Ursachen hervorgerufene Leitfähigkeit sollte aber verschwinden, wenn die Ionisationskammer in eine hinreichende Höhe über dem

Erdboden gebracht werden könnte; denn die Strahlen, die von den radioaktiven Substanzen in der Erdoberfläche ausgehen, sind schon bei weniger als 1 Kilometer Höhe durch die dazwischen liegenden Luftschichten absorbiert. Die Wirkung der gasförmigen Emanation reicht etwas höher, aber vermutlich nicht einmal bis 2 Kilometer in die Atmosphäre hinauf. Nun hat zuerst Victor Heß bei einer Reihe von Ballonaufstiegen in den Jahren 1911 und 1912 einwandfrei nachweisen können, daß zwar in den untersten Luftschichten die Ionisation, wie erwartet, nach oben hin abnimmt, daß sie aber wieder zunimmt, wenn man höher hinaufsteigt. Werner Kolhörster hat dann 1913 bis 1914 bei weiteren Ballonfahrten dieses Anwachsens der Ionisation bis 9,3 Kilometer hinauf verfolgt und festgestellt, daß sie dort etwa 50mal so groß ist wie am Erdboden. Es wurde dadurch ersichtlich, daß eine Strahlung existiert, die von oben her in die Atmosphäre einfällt, von der offenbar nur ein kaum merklicher Teil durch die Atmosphäre bis zur Erde dringt, die aber in großen Höhen intensiv ist.

Heß stellte bereits 1912 fest, daß die Ultrastrahlung, im wesentlichen wenigstens, nicht von der Sonne herkommt, da weder nachts noch bei einer nahezu totalen Sonnenfinsternis eine Schwächung der Strahlungsintensität nachgewiesen werden konnte. (Allerdings ist es Heß vor wenigen Monaten gelungen auf Grund der heute vorliegenden Präzisionsmessungen wahrscheinlich zu machen, daß ein ganz geringer Teil der Ultrastrahlung, etwa 0,5%, doch von der Sonne stammt.) Für die nun entstehende Frage, von welcher Stelle des Weltenraums die durchdringende Strahlung hauptsächlich herkommt, sind alle Untersuchungen von Bedeutung, die sich mit Schwankungen der Strahlungsintensität befassen. Darüber läßt sich zurzeit nur etwa folgendes sagen: Eine merkliche Beeinflussung durch den Stand der Sonne ist jedenfalls nicht nachweisbar. Nach den Messungen der letzten Jahre scheint es dagegen, daß eine periodische Änderung der Intensität der durchdringenden Strahlung mit der Stellung des Fixsternhimmels, also eine sternzeitliche Periode vorhanden ist (wenn auch die Schwankungen nur etwa 1% betragen); das würde bedeuten, daß wenigstens ein Teil der Ultrastrahlung aus bestimmten Sterngegenden kommt.

Durch Messungen mit Elektronenzählröhren konnte ferner von Walther Bothe

und von Werner Kolhörster gezeigt werden, daß die Ultrastrahlung von sehr rasch bewegten Elektronen begleitet wird, deren Geschwindigkeit nahezu an die Lichtgeschwindigkeit heranreicht, und deren Durchdringungsvermögen dem der Ultrastrahlung nahekommt. Ob diese Elektronen zum Teil direkt aus dem Weltenraum kommen oder erst in der Atmosphäre entstehen, ist noch nicht endgültig geklärt. Die Vermutung, daß die Ultrastrahlung mit einer aus dem Weltenraum kommenden Korpuskularstrahlung überhaupt identisch sei, wird heute im allgemeinen abgelehnt, und die Mehrheit der Physiker betrachtet die Ultrastrahlung als eine elektromagnetische Wellenstrahlung. Durch sinnreiche Methoden ist es gelungen mit einiger Sicherheit nachzuweisen, daß die Ultrastrahlung nicht homogen ist sondern aus Komponenten von verschiedener Durchdringungsfähigkeit und somit von verschiedener Wellenlänge besteht. Die Zahlenwerte der Wellenlängen konnte man bis jetzt allerdings nur näherungsweise bestimmen. Die Wellenlänge selbst kann man nämlich nicht direkt messen sondern nur aus dem Absorptionskoeffizienten berechnen, der einer bestimmten Durchdringungsfähigkeit der Strahlen entspricht; je größer das Durchdringungsvermögen, je kleiner also der Absorptionskoeffizient, um so kürzer ist die Wellenlänge. Die mathematischen Ansätze für diese Berechnung sind aber noch nicht ganz zuverlässig. Jedenfalls konnte man schon bei den Messungen der Absorption der Ultrastrahlung in der Atmosphäre auf diese Weise feststellen, daß diejenigen Anteile der Ultrastrahlung, die die Erdoberfläche erreichen, einen kleinern Absorptionskoeffizienten haben, also kurzweiliger sind als diejenigen, die in den oberen Schichten der Atmosphäre absorbiert werden. In den letzten Jahren hat man außerdem gelernt mit Hilfe von automatischen Registrierapparaten, die man ins Wasser versenken kann, den weiteren Verlauf der Absorption der durchdringendsten Komponenten, die die Erdoberfläche erreichen, bis zu großen Wassertiefen hinab zu verfolgen. Zuerst gelang es Robert Millikan 1928 bei seinen Versuchen an den Bergseen in Amerika aus einer Absorptionskurve 3 verschiedene Komponenten der Ultrastrahlung zu erkennen, deren durchdringendste, also kurzweiligste ("härteste"), noch bis zu 50 bis 60 Meter Wassertiefe nachweisbar ist. Diese Versuche wurden von Erich Regener am Bodensee wiederholt und weitergeführt.

Mit einer Kontaktuhr und einer photographischen Platte wurde die stündliche Stellung des Elektrometerfadens 8 Tage lang in verschiedenen Wassertiefen automatisch registriert. Es zeigte sich dabei, daß in der Ultrastrahlung noch ein viel durchdringenderer Anteil vorhanden ist; die härteste Komponente läßt sich noch auf dem Grund des Bodensees in 250 Meter Tiefe nachweisen. Vor etwa einem Jahr stellte Regener Kontrollversuche an, wobei nicht eine Ionisationskammer, sondern ein eingebautes Elektronenzählrohr in verschiedene Tiefen des Bodensees versenkt wurde. Es ergab sich eine Bestätigung der früheren Versuche, indem eine besonders harte Komponente mit dem Absorptionskoeffizienten 0,02 für 1 Meter Wasser wieder gefunden wurde. Nach den vorliegenden, noch nicht ganz zuverlässigen Formeln, die den Zusammenhang zwischen dem Absorptionskoeffizienten und der Wellenlänge darstellen, errechnet man für diese durchdringendste Komponente der Höhenstrahlung eine Wellenlänge, die in der Nähe von $1,0 \cdot 10^{-13}$ Zentimeter liegt, also etwa 100mal kleiner als die kürzeste Wellenlänge der γ -Strahlen ist. Diese Feststellung ist deshalb wichtig, weil sie eine Möglichkeit gibt wenigstens Vermutungen über die Entstehung der Ultrastrahlung aufzustellen; allerdings unter der Voraussetzung, daß diese eine Wellenstrahlung ist, was aber zurzeit wohl als das Wahrscheinlichere gilt. Aus der Planckschen Grundbeziehung der Quantentheorie folgt, daß das Energiequant einer ausgesandten Strahlung um so größer ist, je höher ihre Frequenz, also je kurzwelliger sie ist. Nach dem vorhin Gesagten ist also das Strahlungsquant der Ultrastrahlung etwa 100mal größer als bei den γ -Strahlen der radioaktiven Substanzen. Wenn man nun irgendwelche inneratomaren Prozesse mit der Aussendung der Ultrastrahlung in Verbindung bringt, kommt man zu der Folgerung, daß es sich bei diesen Prozessen um Energieumsetzungen handeln muß, die 100mal größer sind als bei den radioaktiven Prozessen (während schon beim Zerfall von 1 Gramm Radium 1 Milliarde Meterkilogramm Atomkernenergie frei wird). Walther Nernst hat nun die Vermutung ausgesprochen, es gebe außerhalb unseres Planeten, auf anderen Himmelskörpern, mit anderen Temperatur- und Druckbedingungen, Transurane, das heißt Atome von einem höhern Atomgewicht als Uran, und bei dem radioaktiven Zerfall dieser Atome werde die Ultrastrahlung ausgesandt.

Der experimentellen Nachprüfung besser zugänglich sind 2 andere Interpretationen der Ultrastrahlung, die beide auf der Annahme einer Umwandlung von Masse in Energie beruhen und augenblicklich im Brennpunkt der Diskussion stehen. Die eine Hypothese stammt von Robert Millikan, der die Meinung vertritt, daß jede Komponente der Ultrastrahlung bei der Bildung einer bestimmten Atomart aus Protonen durch Umwandlung der dabei freiwerdenden Energie in Masse entsteht; zum Beispiel, wenn 4 Protonen einen Heliumkern bilden, 16 Protonen zu einem Sauerstoffkern, 55 Protonen zu einem Eisenkern sich vereinigen. Nach Millikan sollen sich diese Aufbauprozesse im interstellaren Raum abspielen, wo die herrschende tiefe Temperatur und die äußerste Verdünnung der Materie hierfür günstig sein sollen. Die andere Interpretation, für die besonders James Jeans und Arthur Eddington eintraten, beruht auf der Annahme eines ebenfalls fundamentalen Elementarprozesses, der sogenannten Annihilation, der Vernichtung oder Zerstrahlung der Materie. Den Ausgangspunkt bildete die Überlegung, daß, wenn sich die Masse eines Protons in Strahlung verwandelt, diese Strahlung eine Wellenlänge von $1,3 \cdot 10^{-13}$ Zentimeter haben muß. Rechnet man nämlich die Frequenz aus, die der Wellenlänge $1,3 \cdot 10^{-13}$ Zentimeter entspricht, multipliziert diese Frequenz mit dem Planckschen Wirkungsquantum h , so erhält man, nach der Planckschen Grundgleichung, den Betrag der Energiequanten, aus denen eine Strahlung von dieser Wellenlänge besteht. Dividiert man das Quant durch das Quadrat der Lichtgeschwindigkeit, so bekommt man, nach Einstein, die Masse, die diesem Strahlungsquant zukommt. Bei der angenommenen Wellenlänge ergibt sich dann die Masse eines Wasserstoffkerns (Protons). Nun beträgt die bei der durchdringendsten Komponente der Ultrastrahlung gefundene Wellenlänge, nach den vorliegenden Formeln aus dem Absorptionskoeffizienten berechnet, etwa $1,0 \cdot 10^{-13}$ Zentimeter. Da, wie gesagt, die Rechnungen nicht unbedingt zuverlässig sind und eventuell noch korrigiert werden müssen, ist die Übereinstimmung auffallend gut. Somit wird die Möglichkeit des bisher unbekanntes Prozesses der Vernichtung der Materie nahegelegt. Dieser Prozeß kann wohl mit großer Ausbeute nur dort vor sich gehen, wo sich kompakte Materie (Sterne oder Nebelflecke) befindet. Geschähe aber nur die Umwandlung von Protonen, die

ja gleichzeitig die Träger der positiven Elektrizität sind, so müßte eine Anhäufung der negativen Elektrizitätsträger, der Elektronen, resultieren. Die negative Ladung der Welt müßte also in diesem Fall unbegrenzt wachsen, entgegen dem Gesetz von der Erhaltung der Elektrizität. Diese Schwierigkeit wird beseitigt, wenn man annimmt, daß mit der Umwandlung eines Protons die gleichzeitige Umwandlung eines Elektrons in Strahlung geschieht. Der Elementarprozeß der Entstehung der Ultrastrahlung bestünde dann in der Vernichtung der positiven und negativen Ladungen, wobei das Verschwinden der Masse das Auftreten der kurzwelligen Ultrastrahlung verursachen würde. Dieser Prozeß gibt ebenfalls die Wellenlänge $1,3 \cdot 10^{-13}$ Zentimeter, da der Beitrag durch die Masse des Elektrons zu vernachlässigen ist.

Von dem Stratosphärenflug Piccards erhoffte man eine weitere Aufklärung der Natur der Ultrastrahlung. Denn Piccard hatte die Absicht Ionisationsmessungen während der ganzen Zeit des Auf- und Abstiegs auszuführen. Aber die außergewöhnlichen Begleitumstände des Stratosphärenflugs ermöglichten leider keine kontinuierliche Beobachtung sondern nur eine Meßreihe in der Höhe von 15 bis 16 Kilometer, so daß keinerlei Anschluß an die früheren Messungen bestand, und somit ein wichtiger Kontrollvergleich ausblieb. Der bei der mikrographischen Registrierung der Messungen aufgenommene Film ist bis jetzt nicht entwickelt worden, so daß nur Ergebnisse einer nichtautomatischen Beobachtung der Apparate vorliegen. Piccard betont daher ausdrücklich, daß diese Meßergebnisse nicht definitiv sind (siehe die Publikation: Professor Piccards Forschungsflug in die Stratosphäre, mit einem authentischen Beitrag Piccards Das Ergebnis der Messungen in der Stratosphäre /Augsburg, Maas & Grabmüller/). Und nun das Ergebnis: »Gegen alle Erwartungen wurde in 16 Kilometer Höhe eine Ionisierung gefunden, welche bedeutend geringer zu sein scheint als diejenige, welche Kolhörster in 9 Kilometer Höhe gefunden hat.« Eine Deutung dieses Befunds kann erst notwendig werden, wenn der oben erwähnte Film die vorläufige Mitteilung bestätigen wird, oder wenn späterhin eine anderweitige Bestätigung vorliegen sollte.

Veranstaltungen Im Juni fanden in Wien 3 chemische Tagungen statt: die der Deutschen Bunsengesellschaft, des Vereins Deutscher

Chemiker und der Deutschen Chemischen Apparategesellschaft (Dechema). Die Bunsentagung befaßte sich mit den Ergebnissen der Metallkunde und ihrer Anwendung auf Leichtmetalle. Die Tagung des Vereins Deutscher Chemiker war Problemen der Mikrochemie und der organischen Chemie gewidmet. Die Tagung der Dechema galt dem Thema der festen und flüssigen Stoffe.

Die *Electrochemical Society* hielt vom 2. bis zum 5. September in Salt Lake City ihre 60. Hauptversammlung ab. Es wurden folgende Gegenstände behandelt: Zyanide in der Metallurgie, Silber, Physikalische Chemie der Flotation.

Vom 13. bis zum 18. September fand in Elster der 7. *Deutsche Physikertag* statt. Das Programm enthielt als Hauptthema Atomkernprozesse, Physikalische Probleme des Tonfilms, Photoeffekte in Halbleitern und Grenzflächen.

Im Anschluß an die großangelegte *Faradayfeier* vom 21. bis zum 23. September wurde in London eine elektrotechnische Ausstellung veranstaltet, in der auch die Apparatmodelle Michael Faradays im Betrieb vorgeführt wurden.

Unter dem Protektorat der Italienischen Akademie tagte in Rom vom 13. bis zum 15. Oktober der 1. *Internationale Kongreß für die Forschung der Atomzertrümmerung*. Es nahmen an ihm unter anderen Marie Curie, Werner Heisenberg, Lise Meitner und Arnold Sommerfeld teil. Die Eröffnungsansprache hielt Guglielmo Marconi.

Gemeinverständliche Schriften

Das meisterhaft geschriebene Büchlein Arthur Eddingtons *Sterne und Atome* ist auch in deutscher Übersetzung herausgekommen /Berlin, Julius Springer/. Es wird in ihm einiges Grundlegende aus dem umfangreichern Werk des selben Verfassers Der innere Aufbau der Sterne, unter Verzicht auf mathematische Hilfsmittel, entwickelt. Die kleine Schrift besteht aus 3 Vorlesungen; sie heißen Das Innere eines Sterns, Einige neue Untersuchungen, Das Alter der Sterne. Die Darstellung ist durchweg ebenso allgemeinverständlich wie reizvoll.

Totenliste

Am 1. August starb auf seinem Gut Grunau bei Bayreuth *Emil Warburg*, im Alter von 85 Jahren. Seinen Schülern und Fachgenossen diente er stets als Vorbild eines peinlichst exakt arbeitenden Experimentalphysikers. Er stammte aus Altona, studierte in Heidelberg, war Schüler Bunsens, Helmholtz'

und Kirchhoffs. 1870 habilitierte er sich in Berlin. 1872 kam er als Extraordinarius nach Straßburg, 1876 als Ordinarius nach Freiburg, 1895 nach Berlin. Von 1905 bis 1922 hatte er das Amt des Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt inne. Warburgs wissenschaftliche Arbeit erstreckte sich auf viele Gebiete der Physik; sein Wissen war außerordentlich vielseitig. Die kürzlich herausgegebene 22. Auflage seines Lehrbuchs der Experimentalphysik für Studierende wurde von Warburg noch selber redigiert. Die deutsche Wissenschaft verlor durch seinen Tod einen ihrer hervorragenden Vertreter, der als Forscher wie als Lehrer gleich erfolgreich war. Ein Vierteljahr später erhielt sein Sohn den Nobelpreis für bedeutende Leistung auf einem andern Gebiet der Naturwissenschaften (siehe die Rundschau Biologie, in diesem Band Seite 1131).

Kurze Chronik Die Internationale Kommission für Reform der *Nomenklatur* auf dem Gebiet der Organischen Chemie hat ihre Arbeiten beendet. \diamond In Interlaken wurde Anfang Juli das *Hochalpine Forschungsinstitut* Jungfraujoch eröffnet, das, neben anderen wissenschaftlichen Zwecken, auch der Erforschung der Höhenstrahlung dienen wird. \diamond Dem Professor der Experimentalphysik an der Universität Graz *Victor Heß* wurde die Leitung der neu eingerichteten Station zur Erforschung der Ultrastrahlung auf dem Hafelekar bei Innsbruck übertragen. $\langle \rangle$ Der Professor der Theoretischen Physik an der Universität Tübingen *Alfred Landé* wurde an die Staatsuniversität zu Columbus /Ohio/ berufen. \diamond Es habilitierten sich an der Universität Berlin Wilhelm Orthmann für Physik, an der Universität Bonn Friedrich Becker für Astronomie, an der Universität Köln Egon Hiedemann für Physik, Hubert Cremer für mathematische Behandlung der Physik, an der Universität Leipzig Bernhard Haurwitz für Geophysik, an der Universität Jena Max Müller für Geophysik, an der Technischen Hochschule Breslau Hellmut Hartmann für Analytische Chemie, an der Technischen Hochschule Hannover Otto Flachsbart für Hydro- und Aerochemie. \diamond Der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie *Karl Neuberg* hielt auf Einladung der Société Chimique de France und der Société Biologique Vorträge in Paris. Dem Gelehrten wurden die Pasteurmedaille, die Leblancmedaille und die Pasteur-Gedächtnis-Plakette verliehen.

Biologie / Hans Haustein

Sehvermögen Unser Wissen vom Sehvermögen der Säugetiere ist durch *Hermann Kahmanns* umfassende und mühevoll untersuchten über die Linse, die Zonula ciliaris, Refraktion und Akkomodation von Säugetieren, in den Zoologischen Jahrbüchern /Jena, Gustav Fischer/ beträchtlich erweitert worden. Besonderes Interesse hatten hier die noch nicht näher studierten Verhältnisse bei den Dämmerungsrespektive den Nachttieren. Frühere Untersuchungen an Wirbeltieren hatten bereits einen Einblick darin gegeben, in welcher Richtung und in welchem Maß sich das Sehorgan dem Leben an lichtarmen Orten anpaßt. Dies geschieht in einfachster Art durch die mit der allgemeinen Vergrößerung aller Augenmaße einhergehende Zunahme der Durchmesser von Hornhaut und Linse. Namentlich unter den Fischen ist dies gut zu beobachten. Von den Mollusken, die überhaupt die größten Augen aufweisen, zeigt der Tintenfisch ein gleichsinniges Verhalten. Mit der Vergrößerung des Sehorgans geht eine entsprechende Vergrößerung des Kopfes einher, der zum Teil riesige Ausmaße aufweist. Verhindert wird diese einseitige Hypertrophie durch die Ausbildung von Teleskopaugen, die offenbar nur einen zylindrischen Ausschnitt aus einem normalen, allseitig vergrößerten Auge darstellen, Augen, die wir besonders unter den kleinen Tiefseefischen weit verbreitet finden. Auch bei kleinen Wirbeltieren, so bei nächtlich lebenden Eulen, treffen wir derartige Augenbildungen an, wodurch eine einigermaßen erträgliche Kopfform ermöglicht wird. Echte Teleskopaugen kommen bei Säugetieren nicht vor, wohl aber tritt hier eine Annäherung dadurch auf, daß sich die Augenachse, wie beim Gespensttier und bei der Fledermaus, verlängert. Allgemein besteht bei den Säugetieren die Anpassung an das Dämmerungsleben darin, daß ohne Vergrößerung des Gesamtorgans die Wölbung von Hornhaut und Linse zunimmt, wodurch die Brechkraft des dioptrischen Apparats verstärkt wird, und der Brennpunkt an die Hinterfläche der Linse heranrückt. So haben nach Richard Hesse die nächtlich lebenden Arten verhältnismäßig große Linsen mit starker Wölbung, wobei Größe und Wölbung umgekehrt proportional der Kleinheit der Tiere ist, weil für die Lichtstrahlen die absolute Größe der Linse in Betracht kommt. Dieses Verhalten zeigt Kahmann in sehr schönen

instruktiven Umrißzeichnungen für einige Dämmerungs- und Nachttiere (Wanderratte, Mäusearten, wie Hausmaus, Feldmaus, Brandmaus, Siebenschläfer, Halbaffe und Nachtaffe), wobei als Vergleichsobjekt die Linse einer Meerkatze gegenübergestellt ist. Die Betrachtung einer Linse nach Gestalt und Bau läßt oft ohne Schwierigkeit Rückschlüsse auf die Lebensweise der betreffenden Tierart zu, was Karl Rabl 1900 in die Worte faßte: »In der Linse spiegelt sich eben die ganze Lebensweise eines Tieres wider.«

Wie groß die Augen der Dunkeltiere sind, zeigt zum Beispiel ein Vergleich zwischen Mensch und Beuterratte, deren Auge relativ 4mal größer ist (0,021% gegenüber 0,084% des Körpergewichts). Für den Igel beträgt dieser Prozentsatz zwischen 0,030 und 0,036. Im Gegensatz zur Beuterratte hört hier aber das Eigenwachstum des Auges schon frühzeitig auf, was für eine untergeordnete Bedeutung des Sehorgans spricht. Für die Orientierung des Igels, die hauptsächlich durch den Geruch bewerkstelligt wird, ist das Auge auch in der Tat nicht so wichtig. »Vielleicht hat seine geringe Ausbildung auch besondere Beziehungen zu der Eigenart der Tiere sich bei Nahen der Gefahr einzurollen. Schon wenn das Tier den Kopf ganz wenig einzieht und die Stirnstacheln sträubt, entsteht eine Falte vom Ohr her, die das Auge bedeckt, die Nase bleibt dagegen am längsten außerhalb des Stachelpanzers und hat so Kontrolle über die Außenwelt und den etwa verharrenden Feind. Ebenso wird die Nase beim Ausstrecken zuerst hervorgestreckt, während Auge und Ohr zuletzt erscheinen.« Allgemein ist das Auge der Nachttiere im Gegensatz zu den Tagtieren funktionell zurückgeblieben. Zur Sicherung gegen Außenweltsgefahren reicht es allein überhaupt nicht aus, so daß noch ein anderer Sinn ausgleichend hinzutreten muß. Dieser ist oft dann in dem Maß entwickelt als das Sehorgan an Bedeutung zurücktritt. Bei den Insektenfressern ist allgemein der Geruch der überwiegende Sinn, bei den Nagern spielt das Gehör diese Rolle. Hier (so bei Mäusen) sind die Ohrmuscheln in dauernder Bewegung, und auf jedes Geräusch wird außerordentlich fein reagiert. Unter dieser Betrachtungsweise stellen alle Sinne eine bestimmte Summe, eine bestimmte Totalität dar, deren Gleichgewicht bei Zurücktreten eines Sinnes stets durch Hervortreten eines andern Sinns wiederhergestellt wird.

Rabls Ansicht, daß außer den Primaten die übrigen Säugetiere relativ starre Lin-

sen haben, die einem auf sie einwirkenden Zug oder Druck nur verhältnismäßig träge folgen, wird durch Kahmann vollauf bestätigt. Die Linsen der untersuchten Dämmerungstiere zeichneten sich durch außerordentliche Härte aus; in Äquatorialschnitten war der lamellöse Bau deutlich zu verfolgen, und die Lamellen waren ganz regelmäßig angeordnet. An frischen Linsen wurden diese Untersuchungen noch durch das Hornhautmikroskop an der Spaltlampe ergänzt.

Die Akkomodation bei den Säugetieren geht nach Helmholtz derart vor sich, daß bei Kontraktion des Ciliarmuskels die Corona ciliaris nach vorn und innen bewegt und so der Augennachse genähert wird, wobei die Zonula, die an der Corona ciliaris entspringt, entspannt wird, so daß sich die Linse durch die Elastizität der Kapsel und ihrer Randfasern der Ruhelage, das ist der stärker gewölbten Form nähert. Zu einer kräftigen Akkomodation besonders stark gewölbter und formbeständiger Linsen bedürfte es eines stark entwickelten Ciliarmuskels und eines verstärkten Ciliarrings. Eine Sonderbildung der äquatorialen Zone findet sich in ausgesprochener Weise in Gestalt einer Furche nur beim Menschen und läßt sich mit Henderson durch den Zug des Akkomodationsmuskels am Ligamentum cribriforme erklären. Von der Ausbildung des Akkomodationsmuskels hängt die Akkomodationsfähigkeit ab, von seiner Stärke naturgemäß die Akkomodationsgeschwindigkeit. Gegenüber dem Menschen und den Primaten akkomodieren die übrigen Säugetierformen, soweit sie überhaupt ein solches Vermögen besitzen, viel langsamer. Die Versuche an Katzen, Hunden und Kaninchen zeigen im Vergleich zum Rhesusaffen eine ganz rudimentäre Akkomodation. Auch bei anderen Tiergruppen werden Unterschiede in der Akkomodationsgeschwindigkeit gefunden. So besteht bei den Vögeln ein Parallelismus mit der Fluggeschwindigkeit. Hier aber ist auch das Gesicht der vorherrschende Sinn, und durch den Ringwulst übertrifft die Akkomodationsbreite alle übrigen Tierklassen bei weitem. Bei den Säugetieren dagegen wird nirgends eine gleichsinnige Beziehung zwischen Fortbewegungs- und Akkomodationsgeschwindigkeit gefunden, entsprechend der Feststellung, daß hier der am stärksten ausgeprägte Sinn ohne Zweifel der Geruch ist, und daß nach ihm in zweiter Linie das Gehör steht. Nur bei den in erster Linie auf ihr Sehorgan angewiesenen Primaten besteht eine solche Beziehung zur Akkomoda-

tionsbreite. »Sie müssen nicht nur für die Ferne scharf und deutlich sehen sondern auch in dem Maße, wie sich ein fixierter Punkt nähert, ihr Auge auf geringe Entfernungen einstellen können. Die Akkomodation auf ganz nahe Distanzen hat letzten Endes auch zur Folge, daß die Tiere eben alles, was in ihrer nächsten Umgebung ihre Aufmerksamkeit erregt oder als Nahrung dient, zunächst einer Prüfung durch das Auge unterziehen können. Aus dieser funktionellen Steigerung des Auges ergibt sich dann von selbst der erhöhte Gebrauch der Vorderextremitäten bei den Primaten. Ja, aus der funktionellen Erächtigung des Auges und dem damit Hand in Hand gehenden bessern Gebrauch der Vorderextremitäten entwickelt sich erst die Möglichkeit der Verwendung von Werkzeug. Es ist deshalb gar nicht verwunderlich, daß ausgesprochener Werkzeuggebrauch erst in der Reihe der Primaten zu finden ist. Nun aber nicht etwa, weil die Vorderextremitäten Hände waren und Werkzeug halten und führen konnten, sondern weil zum Gebrauch von Werkzeug schnelle und exakte Akkomodation gehört, und diese besaßen nur die Primaten. Denn letzten Endes erscheint es mir phylogenetisch doch so, daß erst die Formen, die sich zufällig (vielleicht durch größere Elastizität der Linse und Ausbildung des Ciliarmuskels) durch eine größere Akkomodationsbreite auszeichneten, den Vorteil gegenüber den anderen erhielten ihre nähere Umgebung schärfer auf der Netzhaut abbilden zu können. Demzufolge konnten sie also nach und nach zum stärkern Gebrauch der Vorderextremitäten übergehen, die funktionell zu Händen wurden. Nach und nach, das heißt immer in dem Maß wie im Lauf der Phylogenie ihr Akkomodationsvermögen sie zu höheren Leistungen befähigte. Alle anderen Säugetiere, mögen sie scharfe Bilder auf der Netzhaut erzeugen oder nicht, haben ein in seiner Bedeutung mehr oder weniger herabgesetztes Lichtsinnesorgan, daher mehr oder weniger rudimentäre Akkomodation und Ausbildung des Akkomodationsapparats. Eine scharfe Abbildung von Gegenständen ist hier oft gar nicht nötig, da meist ein anderer Sinn Veränderungen der Umgebung viel früher signalisiert. Es ist also verständlich, wenn wir bei den Säugetieren nicht nur die größere Akkomodationsbreite sondern auch die höhere Akkomodationsgeschwindigkeit in engster Abhängigkeit stehen sehen von der funktionellen Bedeutung, die das Auge für die jeweils betrachtete Art hat.«

Die ausgezeichneten und eine große Lücke ausfüllenden Untersuchungen über die Zonula ciliaris zeigen, daß bei manchen niederen Säugetierformen Muskelfasern überhaupt nicht nachweisbar oder aber sehr gering entwickelt sind. Der Ciliarmuskel fehlt dem Siebenschläfer und gewöhnlich auch den Mäusen. Meerschweinchen und Eichhörnchen besitzen einen deutlichen Ciliarmuskel, der bei letztgenannten gut entwickelt und funktionsfähig ist. Die höheren Säugetiere besitzen stets einen Ciliarmuskel, der bei den einzelnen Gruppen (Huftiere, Raubtiere, Primaten) verschieden stark in aufsteigender Linie entwickelt ist. Diese stärkere Ausbildung des Muskels ist die wichtigste Grundlage für das Akkomodationsvermögen. »Das kräftige Vorderbündel der Huftiere ermöglicht nur leichte Änderungen der Linsenkrümmung, die Akkomodationsbreite wird entsprechend gering sein. Bei den Raubtieren sind Vorder- und Hinterbündel viel gleichmäßiger gestaltet, wenn auch das vordere Bündel stärkere Ausbildung zeigt. Der gleichmäßige äquatoriale Faseransatz ist noch ziemlich unverändert. Die Akkomodationsbreite ist entsprechend größer, zumal der Zug an der Linsenkapsel an Vorder- und Hinterfläche gleichmäßiger erfolgt. Den Höhepunkt stellen die Primaten dar, bei denen die Zonulafächer sich in meridionaler Richtung vollständig aufgelöst haben, und somit vorderes und hinteres Bündel in schärfstem Maß gesondert sind. Die Wölbungszunahme der vorderen Linsenfläche ist besonders groß, im Zusammenhang mit der bessern Ausbildung des vordern Bündels und der größern Elastizität der Linse, die für Primaten so charakteristisch ist.«

Kahmanns Untersuchungen über die Refraktion zeigen und bestätigen, daß die Weitsichtigkeit, die bei den kleinen Säugetieren außerordentlich groß ist, in dem Maß abnimmt, wie in der Säugetierreihe die Körpergröße zunimmt. Größere Säuger sind überwiegend normalsichtig, bis auf die in großer Zahl kurzsichtigen Haustiere. Als Norm kommt Kurzsichtigkeit bei Säugetieren in der freien Natur niemals vor. Diese ist stets ein Ergebnis von Domestikation und Inzucht. Kahmanns Refraktionsbestimmungen an Hausmaus, Ährenmaus, Brandmaus, Waldmaus, an Ratte, Meerschweinchen, Siebenschläfer, Eichhörnchen und Igel zeigen, daß die Weitsichtigkeit die ganz überwiegende Refraktion der frei lebenden Säugetiere ist. Nur das Eichhörnchen bildet von den untersuchten Tieren eine Ausnahme als normalsichtig respektive

übersichtig (0,5 Dioptrien). Den stark weitsichtigen Tieren ist nur ein Sehen in Zerstreuungskreisen möglich, wobei die Schärfe des Gesehenen mit Hilfe der Iris durch Abblendung erhöht werden kann. Mit der Größe der Augen nimmt die Weitsichtigkeit ab. Die Waldmaus, die gegenüber ihren Verwandten 2- bis 3mal größere Augen besitzt, ist dementsprechend viel geringer fehlsichtig. Sie ist ja auch hierauf angewiesen, weil sie bei weitem das nächtlichste Tier ist. Für sie kommt aber nur ein Bewegungssehen respektive ein Sehen zum Ausweichen vor Hindernissen, dagegen kein eigentliches Formsehen in Betracht. Dieses Bewegungssehen zeigen in deutlichster Weise auch die im großen und ganzen normalsichtigen Huf- und Raubtiere. Bei den Dämmerungstieren, die natürlich nur schwarz-weiß sehen, stellt es die alleinige Art zur Registrierung optischer Veränderungen in der Umgebung dar. Die Tiere reagieren viel schneller, wenn sie schon vorher aufmerksam geworden sind, etwa durch einen akustischen Reiz.

Die Untersuchungen über Nahpunkt und Akkomodationsbreite zeigen schließlich noch, daß diese bei den meisten Säugetieren recht gering ist; am größten ist sie beim Menschen und den meisten Affen. Entsprechend liegt bei den Säugetieren der Nahpunkt vom Auge auch viel weiter entfernt als bei den Primaten. Diese Erscheinung ist jedoch für die Lebensweise des Tiers von ganz geringer Bedeutung, da für seine Bedürfnisse bei der Überlegenheit der anderen Sinne über das Auge die vorhandene Akkomodationsbreite vollkommen ausreicht.

Warburg Der Nobelpreis für Physiologie und Medizin fürs Jahr 1931 wurde Otto Warburg, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Zellphysiologie in Berlin, für seine Arbeiten über das Wesen der Atmung verliehen, und zwar für die Aufklärung der feineren Vorgänge beim Sauerstoffaustausch in den Zellen, die völlig neue Einblicke in das Lebensgeschehen ermöglichen. Schon im Vorjahr hatte die Rockefellerstiftung seine außerordentlichen Verdienste anerkannt, indem sie das Institut für Zellphysiologie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft schenkte, um dem bahnbrechenden Forscher neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Otto Warburg ist der Sohn des bedeutenden Physikers Emil Warburg. Er wurde 1883 geboren, schloß sich in Berlin eng an Emil Fischer, den großen Chemiker, an, widmete sich in Heidel-

berg unter dem berühmten Physiologen Ludolf Krehl physiologischen Problemen und arbeitete in München bei dem weltbekannten Kliniker Friedrich Müller. Seine epochemachenden Arbeiten zur Aufklärung der Atmungsvorgänge führten zu dem Ergebnis, daß die Sauerstoffübermittlung an Fermente gebunden ist, an Stoffe also, die, ohne selbst zersetzt zu werden, als Katalysatoren wirken. Die chemische Natur dieser Fermente wurde gleichfalls von Warburg aufgeklärt, was bisher bei allen anderen Fermenten, die sonstige Lebensvorgänge, so die Verdauung, sich abspielen lassen, noch nicht gelungen ist. Damit ist der Zellforschung eine ganz neue Richtung gewiesen, die Warburg selbst bereits für das Verständnis des Krebsproblems in äußerst fruchtbarer Weise besprochen hat. Seine Versuche zeigen, daß der zur Krebsbildung im normalen Gewebe führende Reiz mit einem Sauerstoffmangel, also mit einer Atmungsstörung zusammenhängt. Das normale Gewebe setzt sich aus Zellen mit normaler Zuckerverbrennung und aus Zellen embryonalen Charakters zusammen, die auch bei gestörter Atmung auf Kosten der Zuckervergärung wachsen und sich fortpflanzen können. Diese Zellen können sich unter Zurückdrängung der normalen, die bei der Atmungsstörung sich nicht weiter entwickeln können, vermehren und sich selbst oder aber in ihren Abkömmlingen zu Krebszellen umwandeln. Die Änderung des Stoffwechsels der Krebszellen wie ihre besondere Artung besteht vornehmlich darin, daß die Krebszellen nicht nur bei Sauerstoffabschluß sondern auch bei Sauerstoffzutritt Zucker vergären können, daß die infolge der Atmungsstörung vermehrt entstehende Milchsäure keine Bindung mit dem Sauerstoff eingeht, und so das bösartige Wachstum unterhalten wird, und schließlich darin, daß auch die Wirkungen des den Sauerstoff übermittelnden Ferments gestört werden.

Warburgs Untersuchungen, die überall neue Gesichtspunkte enthalten, sind für Chemie, Physiologie und Geschwulstforschung von größter Tragweite und werden es noch für lange Zeit bleiben.

Gemeinverständliche Schriften Das Buch Adolf Heilborns *Werden und Vergehen* /Berlin, Neufeld & Henius/ stellt das Weihnachtbuch auf dem Gebiet der Biologie dar. Es gibt einen Gesamtüberblick über die *Naturgeschichte des Lebens* und ist derartig klar und leichtverständlich geschrieben, daß man ihm kaum ein anderes an die Seite stel-

len kann. Besonders angenehm berührt dabei, daß nur wissenschaftlich wirklich Gesichertes geboten, und bei Fragen, die noch nicht restlos geklärt sind, dies gebührend hervorgehoben wird. Hier wird in der Tat Belehrung in Form angenehmer Unterhaltung, und Wissenschaft als lebendige Anschauung geboten. Der Preis des mit über 200 instruktiven Bildern ausgestatteten Buchs ist niedrig gehalten. Allerweiteste Verbreitung muß ihm daher beschieden sein.

In der Sammlung Verständliche Wissenschaft/Berlin, Julius Springer/wirbt Paul Weiß im 12. Band Aus den Werkstätten der Lebensforschung bei der Schilderung eines Rundgangs durch einzelne biologische Forschungsstätten, ausgehend von der Bibliothek und endend bei der Abfassung der wissenschaftlichen Veröffentlichung, um Verständnis für *Wesen und Werden der Biologie*. So zeigt uns aus dem Forschungsfeld der physikalischen und chemischen Lebenserscheinungen ein Einblick in die Arbeiten der Strahlen-genetik die mannigfachen Schicksale dieser recht jungen wissenschaftlichen Unternehmung, die der Verfasser schlaglichtartig mit den Worten beleuchtet: Entdeckung, Ablehnung, Begeisterung, Irrtum, Bestätigung, Zufall, Kritik, Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit. Aus der Zellen- und Gewebelehre, aus der Entwicklungsgeschichte, aus der Vergleichenden Physiologie wird uns an bestimmten wissenschaftlichen Fragestellungen Gelegenheit gegeben die Wissenschaft so kennen zu lernen, wie sie in Wirklichkeit wird und ist; aber auch der moderne Forscher wird wieder den übrigen Menschen in seinen Gedanken, in seinem Ringen um die Probleme, in seiner Arbeit, in seinen Enttäuschungen und Erfolgen nähergebracht. So zeigt das ausgezeichnete Buch, wie die Biologie arbeitet, und was sie für alle leistet.

Der Schweizer Walter Burkart, der mit 19 Jahren nach Brasilien ausfuhr, gibt in seinem Buch *Der Reiherjäger vom Gran Chaco* /Leipzig, F. A. Brockhaus/ die Erlebnisse eines Menschenalters im *Gebiet des Amazonas* bis zum La Plata in sehr anziehender Darstellung wieder. Von dem unwegsamen Gebiet des Gran Chaco, den Sümpfen von Matto Grosso an den Ostabhängen der Anden und den Urwäldern des Amazonas und seiner Nebenflüsse, wo er bald Goldsucher bald Karawanenführer ist, und wo er dem scheuen Edelreier und dem Jaguar nachstellt, werden neben allen persönlichen Erlebnissen auch sehr viele biologische Tatsachen mitgeteilt.

Kurze Chronik Die erste Ausbeute der *ornithologischen Expedition* Gerd Heinrichs ist vor kurzem aus *Niederländisch Indien* im Berliner Zoologischen Garten eingetroffen. Bei einer Besichtigung dieser Schätze erläuterte Erwin Stresemann vom Zoologischen Museum in Berlin die verschiedenen, teils lebend teils als Balg gesandten Vogelarten, von denen sich die Loris durch ihre wunderbare Farbpracht besonders auszeichnen. An Säugtieren kamen zum erstenmal Bärenkuskus (Beuteltiere) und Celebeskuskus nach Europa. ◊ Auf Anregung des ehemaligen Korvettenkapitäns von Görschen wurde in Hagenau am Bodensee ein *Bodenseeaquarium* errichtet. 18 Arten von Bodenseefischen werden darin gehalten, darunter 2 Hechte, für die besondere Futterfische angeschafft werden. Für die Forellen wurde sogar ein kleiner Wasserfall angelegt. ◊ Das monatlich von der Staatlichen Stelle für *Naturdenkmalpflege* in Preußen herausgegebene Nachrichtenblatt, das über Naturschutz und Naturdenkmalpflege in Deutschland und im Ausland berichtet, erscheint seit dem 1. Oktober als Beilage der Zeitschrift *Naturschutz*.

Literatur In seinem Buch *Weltanschauung und Menschenzüchtung* /Leipzig, Hammerverlag/ hatte *Fritz Dupré* 1926 die bedingungslose Umformung der menschlichen Fortpflanzung auf die pflanzlichen und tierischen Züchtungsgesetze verlangt; in Verfolg dessen forderte er die Ersetzung der menschlichen Dauereinehe durch 2 Arten von Zeitehen, eine von der Gesamtheit gewollte fruchtbare und eine von der Gesamtheit gewollte unfruchtbare. Jetzt setzt er sich in seiner Broschüre über die Herren "Aufartler" und andere Hemmschuhe der menschlichen Hochzüchtung /Leipzig, Hammerverlag/ mit seinen Gegnern und Kritikern, vor allem Lenz, von Behr-Pinn, Fischer, Grotjahn, His, van de Velde, auseinander. Er plädiert hier aufs neue dafür wenigstens mit freiwillig sich zur Verfügung stellenden jungen Menschen restlos nach den Regeln der Züchtung ein Probestück für ein »neues schöneres Weltalter« zu schaffen. Es geht hier um letzte Fragen der Weltanschauung, deren Wesen und Tragweite freilich weder von Fritz Dupré noch von seinen Gegnern erkannt werden. Doch sollte die Beweisführung dieses ehrlich Überzeugten auch ehrlich durchdacht und nicht oberflächlich abgetan werden.

Geschichte / Michael Freund

Bismarck Die »geistigen Grundlagen der deutschen Opposition von 1848 bis 1918« behandelt *Max Westphal* in seinem Buch *Feinde Bismarcks* / München, R. Oldenbourg/. Damit stellte er die große Auseinandersetzung um den historischen Charakter der deutschen Reichsgründung von 1871 unter ein zündendes Schlagwort. Das Verdienst des Buchs liegt in Anregungen, einer Fülle von Gesichtspunkten, die es eröffnet, Problemen, die es aufwirft. Als Bild dessen, wie es denn eigentlich gewesen ist, wird von dem Buch wohl kaum etwas völlig unangefochten bleiben. Wie alle sehr geistreichen Bücher hat es viele Gewaltigkeiten. Der Verfasser kommt dem wirklichen geschichtlichen Geschehen des 19. Jahrhunderts nur von einzelnen Aspekten her bei. Er kann sich mit Recht rühmen mit dem Gegner auf dessen höchstem Standpunkt zusammengetroffen zu sein; aber die Auseinandersetzung vollzieht sich doch manchmal in Höhen, wo die Umrisse schon recht nebelhaft werden, mögen sie auch von schillernden Farben umspielt sein. Dabei ist es das größte Bedenken gegen dieses Buch, daß die sublimen geistigen Fäden, die der Verfasser durch das geschichtliche Geschehen Deutschlands zieht, oft unvermittelt an äußere Geschehnisse geheftet und darauf fixiert werden. Das wird schon an der Auseinandersetzung um die historische Belletristik offenbar, mit der das Buch einsetzt. Das 1. Kapitel ist eine Polemik mit Emil Ludwig. Es ist in dieser Rundschau, 1930 III Seite 932, Westphal schon einmal bescheinigt worden, wie sehr er im Recht ist, wenn er die historische Belletristik einer kulturellen Verfallserscheinung zurechnet. Die Zudringlichkeit gegenüber Gefühlsregungen, die Unfähigkeit die Geschichte in ihrer sachlichen Gestalt zu erfassen, die Verdrängung des Rational-Wissenschaftlichen durch eine prätextierte »künstlerische Intuition«, in Wahrheit durch die sentimentalische Willkür, die Operettisierung der Geschichte und dergleichen: das ist in der Tat ein geistiger Zerfall der Wissenschaft. Gehört aber das staatlich-wissenschaftliche Gepräge der Kultur wirklich so ganz einfach zu den »Ideen von 1871«, während die Ideen von 1919 ein »vornehmlich kulturell-ästhetisches Gepräge« tragen? Schließlich erreicht die Ästhetisierung des Lebens ihren Höhepunkt im wilhelminischen Zeitalter. Nun ist es richtig, daß West-

phal dieses Zeitalter theatralischer Kultur schon einer gänzlich unbismarckischen Welt zurechnet. Er spielt Bismarcks Bedenken gegen eigentliche Weltpolitik gegen das Zeitalter des Imperialismus aus. Der Imperialismus der Weltmächte sei in dem Jahrhundert der Massen nach innen geschlagen. Westphals Buch atmet einen merkwürdigen Geist der Resignation; es liegt in ihm ein Mißtrauen gegen das große Ausholen in der Politik, gegen die unheimliche, unkontrollierbare Ballung der Kräfte, das Durcheinanderklingen der Motive einer Politik großen Stils, das jegliche Verneblung und Umkleidung erlaubt. Das Buch erinnert in manchem an die Geschichtschreibung der *Taine*, *Tocqueville*, *Renan* nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Jahr 1871. Auch hier wurde aus einer Ernüchterung heraus gegen den »Kult der blinden Verwegenheit, die Theorie der wütenden Narrheit«, wie es *Tocqueville* nannte, gegen den in die unendliche Ferne vorstoßenden jakobinischen *Elan Front* gemacht. Westphal predigt im Grunde die Rückkehr zur »reinen Machtpolitik«, die sich bescheidet und sich dem nüchternen Kalkül der Staatsraison unterordnet, eine Forderung, die auch in *Paul Schmitt-henners* Weltgeschichte des Krieges auftritt, wie in dieser Rundschau (1930 III Seite 1169 und folgende) gezeigt wurde. Daß Bismarck in Großstaaten und nicht in Weltmächten und Imperien dachte, mag richtig sein. Sicherlich aber ist die Zeit dafür vorbei, so erfreulich die Wendung gegen die Politik des Rausches und der ekstatischen Auflösung ist, wie sie uns heute von der gegenrevolutionären Bewegung droht. Um aber auf den Ausgangspunkt zurückzukommen, was bedeutet »deutsche Opposition von 1871 bis 1918«, wenn die ganze Zeit der Opposition gegen Bismarcks Werk zugehört? In der Tat behandelt Westphal auch Männer unter dem Begriff der Opposition, die gegen die herrschende Ordnung von 1871 bis 1918 ganz und gar nicht oppositionell gerichtet waren. Damit wird aber die ganz schematische Ausrichtung der Fronten, was die letzten Fragen der geistigen Haltung betrifft, äußerst fragwürdig. Von Bismarcks Werk wird im Grunde das abgetragen, worin Bismarck über sich selbst hinauswuchs; es wird auf die einfache Linie preußischer Machtpolitik gebracht, dem alten Bismarck gleich, der seine kühnste Tat, womit er nicht zuletzt das Deutsche Reich geschaffen hat, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, bereut. Darum hält Westphal auch so an der »Linie Bis-

marck-Luther« fest, wie sie zuerst Max Lehmann behauptet hat. In geistreicher, wenn auch innerlich fragwürdiger Weise begründet Westphal auf dieser Linie eine »Metaphysik des Frankfurter und Basler Friedens«. Sie bedeutet die kulturelle, religiöse, soziale Neutralität des Staats, seinen reinen Machtcharakter, das Wissen darum, daß die letzten Dinge (eben Luthers »Rechtfertigung durch den Glauben«) nicht an die endliche Welt gebunden sind, und daß daher die irdischen Verbände, der Staat insbesondere, sich nicht vermessen sollen sich als ihre Künder, Träger oder Diener aufzuspielen. Hegels »absoluter Geist«, der bei Marx keine geringe Rolle spielt und in dem Mythos Georges Sorels als ein »Idealismus jenseits von Recht und Wirtschaft« wiedererstandene ist, wird dieser Weltansicht zugeordnet. Es zeugt für die Unvoreingenommenheit Westphals, daß er die These, die echte deutsche Machtpolitik sei keiner wie immer gearteten weltgeschichtlichen Front verschrieben, auch gegen jene ins Feld führt, die das Deutsche Reich auf einem unüberbrückbaren Gegensatz zu Frankreich oder gar auf einer Vorpostenstellung Deutschlands für den »germanischen Geist« gegen die lateinische Welt aufgebaut haben wollen. Westphal unterstreicht, wie viel von dem, was unzertrennbar zu Deutschland gehört, im Bund mit Frankreich geworden ist, wie erst Jena eine Weltlinie des Zusammenwirkens mit Frankreich unterbricht, »deren universale Bedeutung zu verkennen einschließen würde alles aus dem Bewußtsein zu verbannen, was durch das Bündnis der Schmalkaldener mit Franz I, der Union mit Richelieu Friedrichs des Großen zustande gekommen ist«.

Echteren und bewußteren Feinden Bismarcks gelten mehrere historische Bücher, die in der letzten Zeit erschienen sind. Um den Angriff, der zugunsten Wilhelms II und im Bund mit ihm von Karl Friedrich Nowak in seinem Buch *Das Dritte Deutsche Kaiserreich gegen Bismarck* geführt wurde (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 612), dreht sich *Siegfried von Kardorffs* Artikelserie *Im Kampfe um Bismarck* /Berlin, Ernst Rowohlt/. Das kleine Buch ist aus einer Zeitungspolemik entstanden, die zwischen Nowak und Kardorff stattgefunden hat. Nowak hat eine Person zu verteidigen und eine andere zu verunglimpfen, weil Wilhelm II dem Bismarckschen Kurs keinen eignen politischen Gedanken entgegenzusetzen hatte. Was danach aus-

saß, war die Umkleidung eines persönlichen Kampfs, auch wenn daraus die tatsächliche Aufhebung des Sozialistengesetzes hervorgegangen ist. So dreht sich auch die Auseinandersetzung zwischen Nowak und Kardorff um die personelle Seite des Konflikts zwischen Wilhelm und Bismarck, mehr als um den weitem Horizont einer geschichtlichen Auseinandersetzung. Dabei scheint in den meisten Punkten, um die die Polemik geht, das Recht bei Kardorff zu sein.

Von »Kreisen und Krisen um Bismarck« erzählt auch ein kleines, aber interessantes, spannendes Buch des ehemaligen Generalmajors *Ernst Bethcke* *Politische Generale* /Berlin, Verlag Tradition/. Es ist verständlich, daß der Militär den Soldaten um Bismarck volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, auch da, wo die überlegene Darstellungskunst Bismarcks zu seinen Gunsten die Meinungen schon geformt hatte, ohne daß sich aber Bethcke kritiklos den Generalen verschreibt. Das große Problem von Kriegführung und Politik gibt der Darstellung das tiefere und weitere Interesse. Man weiß, daß die Frage des Präventivkriegs in den Auseinandersetzungen zwischen Bismarck und den Militärs die Hauptrolle spielte. Die Militärs wollen den »doch einmal kommenden« Krieg in einer günstigen Situation vorwegnehmen, was Bismarck als einen Versuch abtut der Vorkehrung in die Karten zu schauen. Das eigentliche Problem tritt allerdings dadurch etwas zurück, da Bethcke sein Buch in einzelne Monographien auflöst, die das Verhältnis Bismarcks zu einzelnen Generalen behandeln. Am interessantesten sind die Kapitel Bismarck-Moltke und Bismarck-Waldersee. Der General Waldersee hat bekanntlich am meisten zum Sturz Bismarcks beigetragen. So tritt die anekdotische Note mehr in den Vordergrund. Erst in jüngerer Zeit ist aus einem Bild einträchtigen Zusammenarbeitens von Feldherrn und Staatsmann beispielsweise im Krieg von 1870-1871 ein solches von heftigen Spannungen geworden. Kurz vor dem Weltkrieg hat der Generalmajor Haeflitz in einem Vortrag vor Offizieren des Großen Generalstabs auch den Gegner Bismarcks zu Wort kommen lassen: Der Vortrag, der im Literaturnachweis Bethckes fehlt, wurde erst nach dem Weltkrieg gedruckt. Bethcke stellt alles (manchmal recht pikantes), was über den Streit von Bismarck mit den »Halbgöttern« zu ermitteln ist, nochmals hübsch zusammen. Da ist es interessant zu hören, wie Bismarck schimpft, daß er absichtlich von der Militärverwaltung schlechtes Quartier be-

kommt, daß er über die militärischen Operationen ebenso viel weiß wie ein Pferdeknecht, daß er schwört sich im Reichstag auf die äußerste Linke zu setzen, wenn ihn die Militärs weiter so ärgern, daß er dem Generalstab bescheinigt, daß ihm der »Erfolg kaiserwahnsinnig in die Krone gefahren sei«, wie die Militärs andererseits sagen, daß Bismarck alles nach Hause schreibe, und daher keine Gewähr der Geheimhaltung der militärischen Nachrichten gegeben sei. Das frisch geschriebene Werk Ernst Bethckes liest man so mit äußerster Spannung.

Deutsche Politik

Das Deutsche Reich nach Bismarcks Sturz, wie es Nowak dem Bismarckschen entgegenstellt, ist der Gegenstand des 3. und letzten Bandes von *Johannes Ziekursch' Politischer Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreichs*/Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/. Der Band reicht vom Sturz Bismarcks bis zum Zusammenbruch. Die Flucht Wilhelms II nach Holland beschließt wirkungsvoll das Werk. Um in unserm Zusammenhang zu bleiben: Vielleicht gehört Wilhelm II darum am meisten zu den Feinden Bismarcks, daß er jene Vorhersage Bismarcks zuschanden machte: »Die preußische Monarchie wird fallen, den Degen in der Hand, an den Stufen des Throns.« Über Charakter, Aufbau, Bedeutung des Ziekurschschen Werks braucht nach den beiden ersten Bänden (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 537 und folgende) nicht mehr viel gesagt zu werden. Es genügt festzustellen, daß der 3. Band das ganze Werk würdig abschließt. Am stärksten interessiert natürlich die Darstellung des Weltkriegs, die beinahe die Hälfte des Buchs füllt. Außerordentlich scharf ist bei Ziekursch der Widerstand gegen die Ludendorffsche Vernichtungsstrategie. Ludendorff scheidet an der Fortführung Schlieffenscher Strategie. Dem Schlieffenschen Feldzugsplan wird beinahe jegliche Bedeutung abgesprochen. Ziekursch trägt seine Auffassung, über die man streiten mag, mit einer außergewöhnlichen Kunst eindringlicher Darstellung vor. So schuf er zweifelsohne ein Geschichtswerk von hohem Rang. In den preußischen Verfassungskampf, wo die Richtung der preußisch-deutschen Politik für Jahrzehnte entschieden wurde, und in dem Bismarck auf die historisch breiteste und gefährlichste Front seiner Widersacher stieß, führt uns ein Buch *Heinrich Otto Meisners Der preußische Kronprinz im Verfassungskampf 1863* /Berlin, E. S. Mittler & Sohn/. Im Ver-

fassungskampf stand die Waage zwischen konstitutionell-liberalem Regime etwa englischen Vorbilds und monarchischer Vorherrschaft noch ein. Daß sich die Militärorganisation, die die Oppositionspartei auf ihre Fahne schrieb, als geschichtlich unterlegen erwies, hat den Blick dafür getrübt, daß im Verfassungskonflikt eine andere Zukunft Deutschlands unterlag, die keineswegs so utopisch war, wie sie nach der Schwärmerei des Konfliktparlaments für das "Volk in Waffen" erscheinen mochte. Der preußische Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich III (das Symbol der "übersprungenen Generation"), stand ganz auf seiten der Opposition; Bismarck erzählt in den Gedanken und Erinnerungen, daß eifrig Prediger schon das Absalomthema aus der Bibel bereithielten. Meisner bringt die erste Darstellung der Haltung des Kronprinzen im Konflikt; er kann manches unbekanntes Material beibringen. Etwa 2/3 des Buchs besteht aus Dokumenten. Die Einleitung schildert aufs genaueste in allen seinen kleinen einzelnen Wendungen den ganzen Konflikt des Kronprinzen mit seinem Vater Wilhelm I und Bismarck, der eine Episode in einer Tragödie war. Mehr als im Verfassungskonflikt schieden sich im Jahr 1848 die Wege. Das Scheitern der Revolution machte so recht erst den Weg für Bismarck frei. Sie ist sicherlich aus dem Werden des deutschen Nationalstaats so wenig wie aus der Entwicklung der deutschen politischen Ideen hinwegzudenken, so sehr sie einem rasch verglühenden Meteor gleicht. In diesem raschen, fast widerstandslosen Zusammenbruch, der fast nichts, was in Deutschland wurde, unmittelbar an die Revolution anzuknüpfen gestattete, lag einer der Gründe, warum die Revolution ein Stiefkind der historischen Forschung geblieben ist. Nun legt *Veit Valentin* als Frucht einer Lebensarbeit eine Geschichte der Deutschen Revolution 1848-1849 vor /Berlin, Ullstein/. Bisher ist der 1., schön gedruckte Band erschienen. Schon dieser erlaubt zu sagen, daß Valentin ein Standardwerk deutscher Geschichtsforschung geschaffen hat, und daß wir nunmehr die Geschichte der Revolution von 1848 haben. Der 1. Band reicht bis zum Zusammentritt des Frankfurter Parlaments. Die politischen und sozialen Verhältnisse der Zeit werden in einer breiten Exposition aufs eingehendste geschildert. Valentin hat durch archivalische Forschungen in Berlin und Wien und in allen wichtigeren Regierungssitzen Deutschlands ein unübersehbares Mate-

rial für seine Darstellung verwertet: Die Geschehnisse werden uns auch in den kleinen Zügen, die sie zumeist erst hatten machen, eine Vorstellung. Noch sind aber die großen Probleme der Revolution (noch tagt das Frankfurter Parlament nicht) erst im Begriff ganz klare Gestalt anzunehmen. Man wird daher von dem Werk Valentins für eine Zeit Abschied nehmen müssen, um es, wenn es ganz vorliegt, nochmals ausführlicher und als ein einheitliches Ganzes zu würdigen.

Föderalismus Die Revolution von 1848 war die ganz große welt-historische Alternative für Bismarcks Werk. Als solche ist sie nach dem Zusammenbruch des Bismarckschen Reichs wieder stärker ins Bewußtsein getreten. In der Nachkriegszeit ist ja auch ein Mann wieder stärker zu Ehren gekommen, der mehr als alle anderen ein geistiger Gegenspieler Bismarcks war: *Konstantin Frantz*. Neben Friedrich Wilhelm Foerster, der Konstantin Frantz vielleicht ideologisiert, hat sich vor allem Eugen Stamm um die Wiederbelebung der Frantzschen Ideen bemüht. In der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart veröffentlicht er den 2. Band seiner Frantzbiographie (*Konstantin Frantz 1857 bis 1866, ein Wort zur Deutschen Frage*), nachdem der 1. Band vor 20 Jahren im Verlag Carl Winter in Heidelberg ohne rechten Widerhall erschienen war. Gewiß hat heute das Bismarcksche Reich nicht mehr jene unbedingte Selbstverständlichkeit, vor deren Realität die Frantzschen Ideen sich wie Hirngespinnste ausnehmen mochten. Aber Stamm versteht zu schwer die historische Distanz zu wahren, das Wichtige, Bleibende auszusondern und so auch unserer Zeit Frantz näherzubringen, der eine ganz in seine eignen Ideen eingesponnene Natur war, an Dingen, Institutionen, Ideen haftete, die dahin sind, und der wie nur irgendjemand die kritische Biographie verlangt. Eine naive Bewunderung, wie sie ihm Stamm entgegenbringt, führt ihn als den Fremden in der Zeit ein, der er zu einem gewissen Grad schon zu seinen Tagen war, was ihm aber doch wieder Unrecht tut. Es ist schade, daß das Schwerfällige der Darstellung ein ganz außergewöhnlich reichhaltiges Material und die einzigartigen Frantzkenntnisse Stamms nicht recht zur Geltung kommen läßt. Aber Stamm er-mangelt der souveränen Beherrschung der biographischen Darstellung, weil ihm der eigne freie Blick über die Fragen, die Frantz behandelte, fehlt. So wird allen

Ernstes die Frantzsche Idee eines germanischen Block; als auch für die heutige Zeit noch gültig erklärt. Dadurch, daß Stamm Frantz wesentlich auf die Formel des »Commonwealthgedankens« bringt (was gleichzeitig für Stamm auch eine anglophile Außenpolitik bedeutet), vernachlässigt er schon die Berührungen Konstantin Frantz' mit Proudhon, der gleichzeitig mit Frantz ein föderatives Programm vorträgt. Mehr als das: Proudhon hat viele Ideen zur Gestaltung der europäischen Ordnung mit Frantz gemeinsam. Proudhon, Frantz, Ferrari stellen gegenüber der Nationalitätenbewegung eine gemeinsame föderalistische Front dar. Proudhon hat die Verträge von 1815 als die ewigen Grundlagen der europäischen Ordnung gepriesen, und manches aus seiner Streitschrift für die Verträge von 1815 berührt sich aufs engste mit den Forderungen des "Großdeutschen" Frantz. Proudhon betont, daß unter den großen Nationen Europas noch alte, wenn man will, Stammesschichtungen lebendig sind, so wie es Frantz' große Leistung ist die große geschichtliche Scheidelinie Deutschlands, die zwischen Kolonialdeutschum und altem Deutschtum liegt, deutlich gesehen zu haben. In Robert Michels Buch *Der Patriotismus / Leipzig, Duncker & Humblot/* lebt noch ein Patriotismusbegriff, der eher zu Frantz und Proudhon, einem naturhaft ungebrochenen Gehören zur Erde, paßt als zu den modernen Nationen, die Produkt einer Umwälzung sind. Der Bearbeiter dieser Rundschau hat dies in einem Aufsatz der Gesellschaft Zur Kritik des Patriotismus ausführlich dargelegt; leider ist im Ärger über die Unklarheit bei Michels jener Aufsatz in der Form etwas scharf ausgefallen. Wenn man in Deutschland Vorläufer für Frantz suchen wollte, würde man wohl auf *Joseph Görres* stoßen, der manches föderalistische Moment in seinem Werk hat. Im Gildeverlag in Köln, der auch eine schöne Gesamtausgabe in Angriff genommen hat, erscheint eine Auswahl aus seinen Werken und Briefen, die Wilhelm Schellberg besorgt hat. Die Auswahl, die auf etwa 600 engbedruckten Seiten das Wesentlichste der Schriften Görres' wiedergibt, vermittelt ein ziemlich getreues Bild von seinem Schaffen und kann als wohlfeile Ausgabe eines an sich reichen und zerstreuten Werks warm empfohlen werden. Alle Stadien des seltsamen Mannes von der Begeisterung für die Französische Revolution bis zum verengten Katholizismus und Konservativismus sind vertreten.

Konservativismus Die Neuvermittlung des Werkes Görres' dient auch der Geschichte des deutschen Konservatismus, die in letzter Zeit mannigfache Erforschung erfuhr. In einer schönen Arbeit sucht *Sigmund Neumann* das Gesamtbild der Entwicklung des preußischen Konservatismus zu geben: Die Stufen des preußischen Konservatismus /Berlin, Emil Ebering/. Er bringt keine "ideengeschichtliche" Untersuchung sondern zeigt das Schicksal des Konservatismus an seinem Träger. So ist die Arbeit teilweise zu einer ausgezeichneten soziologischen Geschichte des preußischen Adels geworden. Sie behandelt wesentlich die beiden ersten Stufen des Konservatismus: den romantischen und den liberalen Konservatismus. Mit einer kurzen glänzenden Charakterisierung des realistischen Konservatismus der Bismarckzeit klingt die Darstellung aus. Stärker als es bei Neumann geschieht wäre noch zu betonen, daß der preußische Adel sehr wenig als politische Führungsschicht gewirkt hat. Neumann führt eindringlich aus, wie der Adel seine Stellung in Deutschland seiner Stellung in Heer und Beamtenstand verdankt. So störrisch die preußische Aristokratie gegen Eingriffe in ihre Rechte auch gegenüber der Krone sein konnte, sie vermochte sich außerhalb der Staatsmaschine doch kaum eine eigne Ordnung aufzubauen. Darum behielt der Konservatismus in Deutschland etwas Fragwürdiges und Fragiles an sich. Nichts ist so deutlich wie die Ausscheidung des Adels als politische Führungsschicht in der demokratischen Zeit, wobei nur von der der Führung des Adels zugänglichen Sphäre gesprochen werden soll. Den Vergleich mit der Entwicklung Englands zieht auch Neumann. Wesentlich ist hier wohl, daß der englische Aristokrat ein Rentner, der deutsche Adlige ein Unternehmer (im weitesten Sinn) oder, was schon festgestellt wurde, Beamter oder Soldat ist. So fehlte Deutschland eine für die Politik prädestinierte Schicht. Was Konservatismus hieß, war auf die Erhaltung der Herrschaft einer Beamten- und Militärhierarchie abgestellt; und trotz dem Wortsinn ergibt das keinen Konservatismus als Politik; denn alle Politik verlangt eine Aufgabe und hört auf, wenn behauptet wird, das Wesentliche in der Welt sei schon getan, es gelte nur aufzupassen, daß es nicht in Trümmer geschlagen wird. Erst wenn sich aus diesem Aufpassen ein Spielraum des Handelns ergibt (zumeist bei einem Mindestmaß freier Bewegung in der sozialen

und politischen Welt), kann man von Konservatismus reden; das andere ist Gouvernamentalismus, der meist als Monarchismus auftritt. Es erscheint fraglich, ob es in Deutschland, mindestens nach der Reichsgründung, Konservatismus dieser Art gegeben hat. Neumanns Buch führt uns so mitten in die lebendigen Auseinandersetzungen unserer Tage hinein.

Einem Denker, der auch bei Neumann behandelt ist, und der wohl am Anfang konservativen Denkens steht, widmet Gerhard Ramlow eine Monographie über *Ludwig von der Marwitz* und die Anfänge konservativer Politik und Staatsanschauung in Preußen /Berlin, Emil Ebering/. Die Arbeit gibt eine verständige Darstellung der Ideen Ludwig von der Marwitz', ohne allerdings so sicher wie die Neumanns den konkreten Untergrund der Ideen zu erfassen.

Einen hervorstechenden Platz in der Geschichtschreibung des Konservatismus nimmt eine Arbeit von seltenem Rang ein: *Friedrich Julius Stahl*, Geschichte seines Lebens, Aufstieg und Entfaltung 1802 bis 1848, von Gerhard Masur /Berlin, E. S. Mittler & Sohn/. Es ist der 1. Band einer großangelegten Stahlbiographie, der ersten von Umfang und wirklichem Format. Die Arbeit ist in der Art der großen historischen Biographie gearbeitet, sie geht in die Breite, da und dort geht mit dem Verfasser eine Freude am Ornamentalen und an Arabesken durch, die er auf der Linie Ranke-Meinecke von einer etwas gravitätischen, besonnen und versonnen getragenen Epoche unseres Kulturlebens übernommen hat. Doch rührt davon her auch ein Wille zur letzten Durchformung des Stoffs, eine bewundernswerte Hingabe an die kleinste Einzelheit, eine Forschendisziplin, die als mustergültig angesprochen werden muß. Die Biographie macht die faszinierende Persönlichkeit dieses Denkers jüdischer Abstammung sehr lebendig, der vielleicht die erste große geschlossene konservative Doktrin in Deutschland entwickelt, und der, wären die Umstände danach gewesen, der deutsche Disraeli hätte werden können. Masurs Buch bricht ab, als Stahl von Bayern nach Preußen übersiedelt: Die größere und bedeutendere Wirksamkeit liegt also noch vor Stahl! Die Biographie wird wohl auch noch in eine größere Weite heraustreten. Es wird sich zeigen müssen, wie die hervorragende biographische Arbeit das größere Geschehen der deutschen Geschichte zu beleuchten vermag, und wie weit Stahls Ideen dadurch wieder zum Leben erweckt werden können.

Kurze Chronik Von neuen *fortlaufenden Publikationen* sind zu nennen: Albert Mathiez gibt eine Sammlung *Classiques de la Révolution française* heraus /Paris, Armand Colin/. Die Historische Reichskommission und die Münchener Historische Kommission bringen das Historisch-Politische Archiv heraus /Leipzig, Quelle & Meyer/, das kürzere historische Quellen veröffentlichten soll. Der Verlag Martin Nijhoff im Haag ist im Begriff eine Bibliographie der Holländischen Geschichte, sowohl nach Quellen und Darstellungen wie Büchern und Periodica, herauszubringen. Die Historische Kommission für Hessen hat folgende Arbeiten in Angriff genommen: eine Geschichte der hessischen Zentralbehörden, eine Bearbeitung der Klosterarchive, Quellen für die Rechtsgeschichte der Werrastädte, Kurmainzische Verwaltungsgeschichte. \diamond Der Münchener Professor *Alfred von Martin* wurde in Göttingen Professor für Mittlere und Neuere Geschichte, erhielt auch einen Lehrauftrag für Soziologie. Martin ist am Unionswerk der Kirchen tätig. Seine Hauptarbeiten betreffen *Colluccio Salutati*, über dessen Traktat vom Tyrannen er im Verlag Walther Rothschild in Berlin, über dessen Welt- und Lebensanschauung er im Verlag R. Oldenbourg in München, und über dessen Bedeutung für den Humanismus er im Verlag B. G. Teubner in Leipzig Werke veröffentlicht hat. \diamond An der Universität Marburg *habilitierte* sich für Mittlere und Neuere Geschichte Ludwig Zimmermann, der dort eine Arbeit über hessische Staatsverwaltung im Jahrhundert der Reformation vorlegte. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg *habilitierte* sich an der Universität Würzburg für Alte Geschichte. An der Universität Kiel *habilitierte* sich Otto Vehse für Mittlere und Neuere Geschichte. An der Universität Zürich *habilitierte* sich für Mittelalterliche Geschichte Anton Largiadier, der gleichzeitig zum Direktor des Züricher Staatsarchivs bestellt wurde; er schrieb die Geschichte der Schweiz für die Sammlung Göschen /Berlin, Walter de Gruyter & Co./. \diamond In der Totenliste dieser Rundschau (in diesem Band Seite 699) wurde *Max Braubach* als verstorben bezeichnet. Das war ein Versehen, hervorgerufen durch eine irreführende Zeitungsnachricht. Es liegt da, wie uns Max Braubach selber dankenswerterweise berichtend mitteilt, eine Verwechslung mit seinem Vetter, dem Privatdozenten für Philosophie Bernhard Braubach, vor, der im November vorigen Jahres gestorben ist.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Eherecht Eine der interessantesten und aktuellsten Fragen der Neugestaltung des Zivilrechts wurde auf dem Deutschen Juristentag dieses Jahres in Lübeck beraten: wie das Familienrecht dem in der Verfassung ausgesprochenen Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter angepaßt werden soll (siehe die Rundschau Frauenbewegung, in diesem Band Seite 1122 und folgende). Wir haben auf jenem Rechtsgebiet den typischen Fall, wo abgesehen von der programmatischen Erklärung der Reichsverfassung seit langem die tatsächliche Rechtsüberzeugung im Volk sich nicht mehr mit den veralteten Bestimmungen des geschriebenen Rechts deckt. Insbesondere gilt dies für das engere familienrechtliche Gebiet des persönlichen Eherechts und des Güterrechts. Hierher gehören unter andern beispielsweise die Frage der Beibehaltung des Mädchennamens der Ehefrau, ferner das Entscheidungsrecht des Mannes in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten nach § 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Entsprechend der rechtlichen Gleichstellung im persönlichen Eherecht wird auch die Unterhaltsverpflichtung der Ehegatten einer Revision dahin zu unterziehen sein, daß die Ehegatten gegenseitig zum Unterhalt, selbstverständlich unter Berücksichtigung der Lebensumstände, verpflichtet sind. Im Ehegüterrecht wird das gesetzliche Güterrecht zu beseitigen sein, da es in keiner Weise mehr der tatsächlichen Stellung der Frau und damit den modernen Anschauungen entspricht. Auch die Regelung des vertraglichen Güterrechts wird man revidieren müssen. Hier wird man vor allem zu prüfen haben, unter welchen erleichterten Voraussetzungen jederzeit Gütertrennung herbeigeführt werden kann. Schließlich wird man an der Neuorientierung auf dem Gebiet der elterlichen Gewalt nicht vorbeigehen können.

Es ist daher sehr zu begrüßen, daß der Deutsche Juristentag sich nach den Referaten Heinrich Schultz' und Marianne Webers mit großer Mehrheit auf nachstehende Richtlinien geeinigt hat: »Die das Rechtsverhältnis der Ehegatten und Eltern regelnden Teile des Familienrechts des Bürgerlichen Gesetzbuchs können nicht nur wegen der in der Reichsverfassung ausgesprochenen Gleichstellung der Geschlechter nicht mehr aufrechterhalten werden; auch die ver-

änderten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionen der Frauen verlangen dies. Die Durchführung dieses Grundsatzes erfordert die Änderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auf folgenden Gebieten: 1. des persönlichen Ehrechts, 2. des gesetzlichen und vertraglichen Güterrechts, 3. der elterlichen Gewalt bei bestehender und bei aufgelöster Ehe, 4. des Vormundschaftsrechts. Die in den Gutachten, Referaten und Verhandlungen enthaltenen Gesetzesvorschläge bilden eine geeignete Grundlage für die Umgestaltung des Ehe- und Elternrechts in Sachen des Artikels 119 der Reichsverfassung.«

Die im Familienrecht durchzuführende Gleichstellung der Frau mit dem Mann wird die Ehe auf eine neue Rechtsbasis stellen. Selbstverständlich kann man mit Rechtsregeln der tatsächlichen innern Ausgestaltung der Ehe nicht beikommen; das ist aber auch nicht Aufgabe des Rechts. Es soll lediglich die Freiheit der Entschließung wahren, falls sich die Notwendigkeit dazu ergibt. Den Gegnern der Reform sollte klar sein, daß sich die patriarchalischen Anschauungen gewandelt haben, und daß auch die Ehe auf die Dauer nur auf Freiheit und Gleichberechtigung gegründet werden kann.

**Jurist und
Politik**

Nicht um eine erledigte Sache aufzuwärmen, sondern um zu zeigen, wie wenig das deutsche Volk auch in seiner (diesmal obendrein juristischen) Oberschicht formell und materiell politisch durchgebildet ist, muß mit einem Wort auf den Zwischenfall beim Lübecker Juristentag zurückgekommen werden. Der zum Vorsitzenden dieser jedenfalls im In- und Ausland als bedeutungsvoll angesehenen Versammlung der deutschen Juristen gewählte Rechtsanwalt beim Reichsgericht Georg Wildhagen ließ in der Eröffnungssitzung seiner nationalistischen Verblendung in schweren Ausfällen gegen das Haager Schiedsgericht und Frankreich ungehemmten Lauf. Es soll hier nicht davon gesprochen werden, daß die große Politik nicht zur Aufgabe des Deutschen Juristentags gehört. Aber wohl ist erstaunlich, daß ein alter Anwalt des Rechts beim obersten deutschen Gericht nicht einen Bruchteil jener Disziplin gegenüber einem internationalen höchsten Gerichtshof, zumal in einer zweifelhaften Rechtsfrage, aufzubringen vermag, die er als selbstverständlich bei Kritik an einem deutschen Amtsgericht vorzusetzen gewohnt ist. Darüber hinaus zeugt die drohende Geste gegen

Frankreich von einer politischen Ahnungslosigkeit, die jedes Rechtsgefühl in der Politik ebenso vermissen ließ wie eine auch nur primitive Kenntnis des Sachverhalts, und die erschüttern müßte, wenn sie nicht in der Oberschicht Deutschlands die Regel bildete. Bei der Gesamthaltung der deutschen öffentlichen Meinung infolge einseitiger Presseinformation kann eben nicht beansprucht werden, daß auch ein Rechtsanwalt beim Reichsgericht von der europäischen Notwendigkeit einer Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands unterrichtet, geschweige denn durchdrungen ist. Aber so viel politisches Urteil sollte man von einem Durchschnittsdeutschen doch verlangen dürfen, daß er eine außenpolitische Aktion der Reichsregierung, die, wie er wissen muß, mindestens offiziell eingeleitet ist, und deren ernsthafte Durchführung zur Wiederaufrichtung Deutschlands unumgänglich ist, nicht durch unqualifizierbare Redensarten unnötig psychologisch erschwert. So bringt das Thema Jurist und Politik eine fatale Parallele zu dem vor 4 Wochen hier behandelten Thema Arzt und Politik (siehe die Rundschau Hygiene, in diesem Band Seite 1034).

Nach der Abwehr durch den immerhin besonnenen Teil des Juristentags (die freilich in der Sache entschieden und eindeutig hätte sein müssen, sich nicht bloß auf das Formale beschränken durfte) ist der Schade im großen und ganzen wohl als wiedergutmacht anzusehen. Aber in Zukunft wird der Juristentag die Auswahl seines Vorsitzenden mit der Sorgfalt zu betreiben haben, die der Verantwortung und Bedeutung dieser Körperschaft angemessen ist.

Veranstaltungen Der 5. *Deutsche Juristentag in der Tschechoslowakei* fand Ende Mai in Eger-Franzensbad statt. Er behandelte unter anderem das Recht der Frau.

Die *Internationale Kriminalistische Vereinigung* tagte Ende Mai in Essen. Behandelt wurden der Berufsverbrecher und seine Bekämpfung und der übergesetzliche Notstand unter besonderer Berücksichtigung des Staatsnotstands und der Schwangerschaftsunterbrechung.

Ende Mai hielt in Leipzig die *Deutsche Gesellschaft für Gerichtliche und Soziale Medizin* ihre 20. Tagung ab. Unter anderen sprachen Heinrich Zangger /Zürich/ über die Aufgaben des forensischen Mediziners am Tatort eines Verbrechers, Willy Vorkastner /Halle/ über die psychologischen Beziehungen von Recht

und Medizin, wobei er die Forderung aufstellte Lehrstühle für Kriminalpsychologie zu errichten und sie mit Medizinern zu besetzen, und Joseph Heimberger /Frankfurt/, der Richtlinien für die Ausbildung der Juristen in Gerichtlicher Medizin und Kriminalistik entwickelte.

**Gemeinver-
ständliche
Schriften**

In der Jungsozialistischen Schriftenreihe /Berlin, E. Laub/ erschien eine Arbeit Ernst Fraenkels Zur Soziologie der Klassenjustiz. Sie enthält eine Reihe beachtlicher neuer Gedanken und Fingerzeige zum Problem der *Klassenjustiz*, das in der Republik das gleiche aktuelle Interesse beansprucht wie früher. Im Zusammenhang mit diesem Thema sei auch eine Publikation angezeigt, die zur großen Kunst gehört und eben darum in die Tiefe des Lebens dringt. Unter dem Titel Daumier und die Justiz mit einem Anhang Daumier und die soziale Frage hat Hans Rothe 64 Tiefdruckreproduktionen nach Originallithographien Honoré Daumiers herausgegeben /Leipzig, Paul List/. Die Bilder verkünden mehr von den "Menschlichkeiten" der Justiz, als langatmige Ausführungen es vermöchten. Wo sie sozial provozierend wirken, da ist es die Sache selbst, da ist es unsere Gesellschaft, die das soziale Empfinden aufpeitscht. Denn immer wirken Daumiers Bilder wahr.

Wissenschaftliche Klärung der Probleme des *Arbeitsrechts* schafft in volkstümlicher Art das im Verlag des Deutschen Holzarbeiterverbands in Berlin veröffentlichte Referat Hugo Sinzheimers Arbeitsrecht und Arbeiterbewegung.

In der Schriftenreihe Brennende Zeitfragen /Oldenburg, Schulze/ wird der neue *Strafgesetzentwurf* im Licht der Philosophie und der Praxis des Lebens von Arthur Seidel dargestellt. Das Büchlein gipfelt in dem Satz: »Verhütet Verbrechen durch Humanität!« Dem ist gewiß zuzustimmen. Aber die Humanität wird nicht durch Aufforderung erzeugt sondern dadurch, daß man ihre sozialen Voraussetzungen schafft.

Über das Problem der *Todesstrafe* berichten 2 Hefte; der Abdruck einer Rede Kurt Rosenfelds Fort mit der Todesstrafe /Berlin, E. Laub/ und Das Problem der Todesstrafe, als Stellungnahme prominenter Gelehrter und Schriftsteller, herausgegeben von Eugen Gömöri /Schaan, Alpenlandverlag/. Aber so einfach, wie man jetzt zumeist meint, ist diesem Problem nicht beizukommen, und vom bloßen Utilitätsstandpunkt aus ist es überhaupt nicht zu lösen.

Kurze Chronik Das Wichtigste im Kampf gegen *politische Unehrllichkeit* scheint zurzeit die

Abwehr aller politischen Verhetzung und Verleumdung. Hierzu reicht aber die Pressenotverordnung vom 17. Juli 1931 nicht aus, ganz abgesehen von den schweren Bedenken, die ihre Handhabung hervorgerufen hat. Speziell gegen Verleumdung des politischen oder auch des nationalen Gegners, im Ausland ebenso wie im Inland, müßten sehr hohe Geldstrafen, eventuell Vermögenskonfiskation, angedroht sein. ◊ Der *Rundfunk* ist um eine neue staatliche Funktion vermehrt worden. Die Notverordnung vom 30. September 1931 zur Beilegung des Lohnkonflikts im Ruhrbergbau wurde durch ihn bekanntgegeben. Die Radiomitteilung wird einer Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt gleichgestellt. ◊ Das Kartell für Reform des *Sexualstrafrechts* veröffentlichte unter dem Titel Sittlichkeit und Strafrecht /Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft/ einen Gegenentwurf zu den Sexualstrafbestimmungen des amtlichen Entwurfs. Er beruht auf den bekannten Auffassungen der modernen Sexualreformer. ◊ Der Generaldirektor des immer noch Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften genannten Instituts *Friedrich Glum* wurde außerordentlicher Professor in der Juristischen Fakultät der Universität Berlin. Er hat eine Reihe öffentlichrechtlicher Untersuchungen angestellt: so über die Verfassungen von Paris, London, New York, Wien und Berlin, über die staatsrechtliche Stellung der Reichsregierung, über Selbstverwaltung der Wirtschaft; im Handbuch der Politik verfaßte er den Abschnitt Groß Berlin. ◊ Einen Lehrauftrag für Schulrecht an der Universität Berlin erhielt der Ministerialrat im preußischen Kultusministerium *Walter Landé*. Er las in diesem Sommersemester über Staat und Schule als staatsrechtliches und soziologisches Problem.

Literatur

Im Selbstverlag erschien in Riga eine Abhandlung *Anatol Rappports* über die marxistische Rechtsauffassung. Sie faßt die rechtstheoretischen Erörterungen der marxistischen Literatur in systematischer Darstellung und kritischer Beleuchtung zusammen. ◊ Macht und Recht nennt sich ein lebhaft und anregend geschriebenes Buch *Aristoteles Roulimenos'*, das über das Wesen und das Verhältnis von Macht und Recht neue Klarheit schaffen will /Leipzig, Europaverlag/. Es

wird allen Interessierten, auch wenn sie zu Widersprechenden gehören, eine willkommene Gelegenheit sein sich mit den schwerwiegenden Problemen erneut auseinanderzusetzen, wie dies auch die beiden früheren Bücher des selben Verfassers taten (siehe die Rundschauen Außenpolitik und Geistige Bewegung, 1930 III Seite 1009 und 1931 I Seite 174). \diamond Ein interessanter Vortrag *Heinrich Triepels* über die Staatsverfassung und die politischen Parteien wurde in den Öffentlich-rechtlichen Abhandlungen /Berlin, Otto Liebmann/ wiedergegeben. Er verdient unbedingt Beachtung. \diamond In den Schriften Zur deutschen Politik /Freiburg, Herder & Co./ erschien als 19. und 20. Heft eine weitschichtige Arbeit *Max Bierbaums* über das Konkordat und Kultur-, Politik und Recht. Mit jeder Rechtsanschauung des Verfassers braucht man nicht übereinzustimmen. Aber das Buch bleibt eine ausgezeichnete Quelle zum Studium der verwickelten Materie. \diamond Sind die bayrischen Kirchenverträge des Jahres 1924 rechtsgültig? Über diese Frage stellte *Karl Heinrich Schott* aufschlußreiche Untersuchungen an, die über den aktuellen Anlaß hinaus auf die allgemeinen Fragen des bezüglichen öffentlichen Rechts neues Schlaglicht werfen /Berlin, Walther Rothschild/. \diamond Das 19. Heft der Frankfurter Abhandlungen zum modernen Völkerrecht /Leipzig, Robert Noske/ enthält eine wertvolle Abhandlung *Siegfried Krautkops* Die Gestaltung des Britischen Weltreichs nach den jüngsten Weltkonferenzen. Neben der Erkenntnis von den vielfachen Spannungen und Gegensätzen im Britischen Weltreich gewinnt der Leser die weitere wohl wichtigere Erkenntnis als unbewußte Nebenwirkung, daß England keine europäische sondern letzters eine außereuropäische Macht darstellt. Diese Erkenntnis kann nicht genug verbreitet werden; sie bildet die Grundlage einer konstruktiven Politik des europäischen Aufbaus. \diamond Nachdem das in der Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft /Berlin, Julius Springer/ veröffentlichte Arbeitsrecht des allzu früh verstorbenen *Walter Kaskel* in 1. Auflage rasch vergriffen war, und die 2. Auflage nahezu unverändert erscheinen mußte, ist die 3. Auflage stark erweitert worden. Wenn das Werk auch nicht mehr den neuesten Stand der Gesetzgebung berücksichtigen konnte, so ist es doch wegen der Grundprobleme und ihrer Behandlung durch einen bahnbrechenden Führer des Arbeitsrechts noch immer mit Gewinn und Lust zu lesen.

KUNST

Bühnenkunst / Ignaz Jezower

Schillerdrama In dem Vortrag, den der 24jährige Dichter Friedrich Schiller über das Thema

Was kann eine gute stehende Schaubühne eigentlich wirken? in der Deutschen Gesellschaft zu Mannheim hielt, erklärte er zu der Frage der moralischen Wirkungen, die vom Theater ausgehen sollten: »Wenn die Gerechtigkeit für Gold verblindet und im Solde der Laster schwelgt, wenn die Frevel der Mächtigen ihrer Ohnmacht spotten, und Menschenfurcht den Arm der Obrigkeit bindet, übernimmt die Schaubühne Schwert und Waage und reißt die Laster vor einen schrecklichen Richterstuhl«, und er gab mit diesen Worten die Aufgabe zu erkennen, die die Bühne damals mit der Aufführung seines bürgerlichen Trauerspiels *Kabale und Liebe* übernahm. Die Laster, die er in dem Stück, das nach seiner Uraufführung in Frankfurt am 13. April 1784 bald auf vielen deutschen Theatern gespielt wurde, auf die Bühne brachte, um diese zum Tribunal zu machen, gehörten nicht einer vergangenen sondern der gegenwärtigen Zeit an; der Fürst, von dem berichtet wird, daß er Landeskinder nach Amerika verkauft, seine Favoritin, deren Gunstbezeugungen mit den von den Untertanen erpreßten Summen bezahlt werden, sein Hofmarschall, dem jede Intrige recht ist, wenn er durch sie in Amt und Würden bleiben kann, sein Minister, der durch Verbrechen hochgekommen ist und in seiner Stellung Gewalttaten nicht scheut, in diesen Typen konnte der Dichter das lebendigste Konterfei wirklicher Menschen liefern. Als Zögling der Herzoglichen Militärakademie hatte Friedrich Schiller in Karl Eugen von Württemberg einen Fürsten dieses Schlags kennengelernt, dessen Mätresse, die vom Kaiser Joseph II. zur Reichsgräfin von Hohenheim erhoben wurde, war ein Beispiel dafür, daß das Uhrwerk der Regierung öfters Venusfinger regulieren, und unter den Hofkreaturen brauchte er nach den Modellen zu einem Präsidenten von Walter oder einem Hofmarschall von Kalb nicht erst lange zu suchen. In der Gegenüberstellung zweier Stände, des adligen und des bürgerlichen, in dem tragischen Ausgang eines Versuchs die zwischen ihnen liegende Kluft zu überbrücken war das Zeitproblem des Stücks, und wenn auch die Emanzipation von den Klassenvorurteilen, die Ferdinand, »ein deutscher Jüngling«, durchführen möchte, mißlingt, das Recht auf

diese Emanzipation bleibt nicht problematisch. Lassalles Bemerkung im Bastiat-Schulze, daß die Herrschenden, wenn sie Schillers Werke gelesen hätten, diese verbrennen würden, drückt die revolutionäre Tendenz seiner ersten 3 Stücke: Die Räuber, Fiesco, Kabale und Liebe, treffend aus; diese Stücke wurden auch zuerst von der Kritik, die das gefährliche Neue bekämpfte, nicht gut aufgenommen, über Kabale und Liebe schrieb Karl Philipp Moritz, damals Rektor am Grauen Kloster zu Berlin, in der königlich privilegierten Berlinischen Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen: »In Wahrheit wieder einmal ein Produkt, was unseren Zeiten — Schande macht!« Dieses Stück einer Epoche reißt heute noch, auch wenn sich die Welt jetzt aus anderen Ideen entwickelt, den Zuschauer durch die Stärke der dichterischen Kraft hin. In der Neueinstudierung des Stücks im Deutschen Theater in Berlin ist das, was Max Reinhardt zeigt, vortrefflich, und nur zu bedauern, daß er nicht alles zeigt. Durch Fortlassung ganzer, durch Kürzung einzelner Szenen werden Motive unklar, wird der ideologische Gehalt des Stücks gemindert. Wenn in der Szene zwischen Lady Milford und Luise die sozialen Tiraden Luisens fortfallen, dann ist Luise hier nicht zugleich eine Repräsentantin des aufstrebenden Dritten Standes, der sich in dieser Szene zu Wort meldet. Wenn in der Szene zwischen Ferdinand und dem Vater Luisens nicht gezeigt wird, wie alle Empfindungen den armen Stadtmusikanten zu dem Geld drängen, das er als Geschenk erhalten soll, dann wird dieser Figur eines Bürgers ein Zug genommen, der seine notwendige Wahrheit ausdrückt. Gustaf Gründgens schuf als Hofmarschall von Kalb eine außerordentlich originelle, Eugen Klöpfer als Stadtmusikant Miller eine überaus lebenswahre Figur, Wladimir Sokolow hat als Wurm für den Kalkül des Bösen die überzeugendste Intelligenz, Rudolf Forster hatte als Präsident viele glückliche Momente, und Paul Hartmann ließ dem Ferdinand mildes Feuer. Bewundernswert Lili Darvas als Lady Milford. Die Luise spielte die junge Ursula Höflich mit echter Empfindung. Ein Abend, der große Eindrücke hinterließ.

Wagnerdarstellung

Der von dem Dichter Alfred Döblin in seinem letzten Buch Wissen und Verändern! unternommene Angriff gegen Richard Wagner zeigt, daß der Kampf gegen das Wagnersche Musikdrama, den Nietzsche im Jahr 1888 durch 2 Streit-

schriften eröffnete, und Ernst Bloch dann nach 30 Jahren in dem Werk Geist der Utopie fortführte, noch nicht zum Stillstand gelangt ist. Aber die heutigen Gegner der Wagnerschen Musik kommen nicht erst nach schweren innerlichen Kämpfen von Wagner los, für sie hat Wagner nie ein Schicksal und ein großes Kunstproblem bedeutet, und sie brauchen, um sich zu erleichtern und um gegen seine Musik zu polemisieren, nicht wie Nietzsche in seiner Schrift Der Fall Wagner für eine ausführliche Ausdeutung ein Vorwort und dann noch 2 Nachschriften und einen Epilog, in 14 Zeilen glaubt Döblin Wagner abtun und den Unwert seines Lebenswerks darlegen zu können. Er spricht ihm »eine große musikalische und geistige Kraft« nicht ab, doch der Mißbrauch dieser Kraft ist für ihn ein Beispiel »für die Art der geistigen Verbildung und Verkümmern in Deutschland«, und Wagners mächtige Wirkung »ein Beispiel für die Gefahr der Kunst«. Der Bearbeiter dieser Rundschau setzte sich durch das Anhören der Götterdämmerung in der Berliner Städtischen Oper dieser Gefahr aus und erfuhr, daß vom Gold das ganze Übel kommt, und daß des Goldes unheilstiftende Macht zerstört werden muß, und sah zum Schluß, daß durch Brünnhildes brennende Fackel die Burg der Götter in Flammen aufging. Man kann also, wenn man kommentieren will, auch in diesem Sinn das Wagnersche Werk auffassen und folgt dabei sogar Wagners Intentionen, der in Siegfrieds Tod, wie der ursprüngliche Titel der Götterdämmerung lautete, »mit der Aufdeckung des ersten Unrechts, aus dem eine ganze Welt des Unrechts entstand«, die Grundlagen des Unrechts erschüttern wollte. Er hat zu diesem Zweck die Walhallgötter und die germanischen Helden bemüht, und das darf man ihm so wenig verargen wie Döblin die Verwendung des Gottes Schiwa und der Dämonen in seiner epischen Dichtung Manas.

Die Hyperheroisierung des Heroischen, die uns heute an Wagner unerträglich ist, wird in der Neueinstudierung der Städtischen Oper vermieden und Wagner das Wagnersche genau zugeteilt; es ist nicht mehr der Wagnerstil von früher, der Übertreibungen zuließ, Längen dehnte, in Gefühlen und in Gebärden nur das Extrem des Pathetischen kannte, es ist der neue Wagnerstil, den Fritz Stiedry im Ring durchführt (siehe die Rundschau Vortragskunst, 1931 I Seite 196 und folgende). Wagner gewinnt, indem hier das »Konvulsivische seines Affekts«, das

ihm schon Nietzsche zum Vorwurf machte, musikalisch und darstellerisch verringert wird. Und dabei verliert, was das Entscheidende ist, unter der geistig intensivierenden Leitung Stiedrys kein Takt den musikalischen Sinn. Sigrid Onegin singt die Waltraute. Wer von ihrem Gesang nicht ergriffen wurde, dem ist der Weg zu Wagner versperrt, und ihm gilt die Warnung, die Erda im 4. Auftritt des Rheingolds zu singen hat: »Dir rat' ich, meide den Ring.« Den anderen aber, denen Wagners Werk mehr als nur »eine Welt von Pappe, Schminke und heilloser Heldenpose« bedeutet, zeigt die Neueinstudierung Stiedrys das Surplus, das jede geniale Schöpfung aufweist, auch an der Götterdämmerung.

Berlin: Städtische Oper Die Berliner Städtische Oper hat mit dieser Neueinstudierung (nachdem schon eine volkstümlich lebendige Aufführung von Lortzings *Zar und Zimmermann* vorausgegangen war) in eindrucksvoller Art dargetan, daß ihre neue Spielzeit eine neue Ära eröffnet. Der neue Intendant Carl Ebert hat mit einem mächtigen Ruck das Institut, das seinen "Charlottenburger" Kleinstadtsprung bis jetzt nie ganz los wurde, in eine Opernbühne großen Stils verwandelt. Seine Bühnenleitung, zusammen mit der musikalischen Leistung Stiedrys, gibt zu Hoffnungen Anlaß, die uns den Verlust der Oper am Platz der Republik nicht mehr ganz so schmerzhaft empfinden lassen. Denn in der Städtischen Oper ist jetzt offenbar der Wille zum Neuen am Werk. Das zeigte kurz nach jener Wagneraufführung vor allem das ganz große Erlebnis des Verdischen *Macbeth*. Hier brachte die Bühnenschöpfung Eberts, reich an originellen Einfällen, doch nirgends sich im Detail verlierend, in zwingender Weise das Unheimliche der nach außen schattenhaft projizierten Verborgenheit der Menschenseele so auf die Szene, daß es sich mit der faszinierend musikalischen Verdigestaltung Stiedrys zu einer Einheit fügte. Das Bühnenbild selber verliert bei Ebert das Statische, wird ein Teil des Geschehens. So die Landschaft heimlichen Grauens, in der Banquo ermordet wird, als ob sie selber es ist, die ihn ermordet. Und dann wird sie zu einer unwirklichen Säulenhalle, öde, vor dem Bankett, das man ahnt. Lady Macbeth sinnt: »Noch ein Verbrechen? Noch ein Verbrechen? Es muß geschehen. Das Schicksal will es.« Da scheint durch die Halle der tote Banquo, liegend, wie er hingesenken war: Planen und Voll-

bringen sind eins. Dies das Sichtbare. Jenseits dessen erwies Stiedry aufs neue, wie in seinem Simone Boccanegra (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 192), daß Verdi dem 20. Jahrhundert angehört und die Zeit mitschafft, die kommen soll. (Wann wird er den Don Carlos, wann endlich den Falstaff dirigieren?) Mit dieser Tat hat die Berliner Städtische Oper ihre Existenznotwendigkeit, und nicht nur für Berlin, bewiesen.

Versuchstheater Die Wahl des Stücks für die 1. Aufführung im Studio, in dem der Intendant der Berliner Staatstheater Ernst Legal Werke junger Autoren auf ihren dichterischen Wert und auf ihre Bühnenwirkung erproben will, kann nicht als glücklich bezeichnet werden. Die Befriedigung einer Neigung nach harmlosem Amüsement, die das Lustspiel *Die Prüfungen Hiobs* von Klaus Herrmann gibt, gehört nicht zu den Aufgaben eines Studios. Wenn hier nicht das Neue, Umstrittene, Draufgängerische gezeigt werden kann, weil junge Autoren heute mehr als je der Vorwurf trifft: »23 Jahre und nichts für die Unsterblichkeit getan!«, dann führe man auf der Versuchsbühne Werke dramatischer Kunst auf, die bisher meist aus Gründen wirtschaftlicher Natur nicht gespielt werden konnten; es soll in dieser Rundschau auf solche Werke gelegentlich hingewiesen werden. Um jeden Preis Jugend in Front ist ein vom amerikanischen "Wirtschaftswunder" (das sich mittlerweile in einen tristen Alltag aufgelöst hat) hergeholtes Programm, das in der Kunst sich nicht als zweckmäßig erweisen wird. Klaus Herrmann startet zum Flug nach dem Carl-Sternheim-Land, aber kaum abgeflogen, muß er schon im Oscar-Blumenthal-Bezirk notlanden. Die Komödie um das Geheimrezept eines Margarinefabrikats wird dadurch nicht lustiger, daß die selben Witze dauernd wiederholt, die gleichen Redewendungen immerzu gebraucht werden, und für die Situationen die Wiederkehr des Gleichen serienweise geliefert wird. Die darstellerische Potenz Aribert Wäschers, das charakteristische Spiel Elsa Wagners, das schauspielerische Können Walter Bluhms und Genia Nikolajewas, die guten Regieeinfälle Leopold Lindtbergs und die schönen Bühnenbilder Teo Ottos wurden für ein mittelmäßiges Stück verschwendet. Im Anschluß an die Aufführung gab es eine Diskussion, in der ihr Leiter und fast alle Redner aus dem Publikum die Neigung zeigten den Begriff Dichter zu degradieren.

Für die neue Schule und für die modernen Methoden des Unterrichts setzt sich Robert Adolf Stemmler in seinem Schulstück *Kampf um Kitsch* ein, das in der Berliner Volksbühne gespielt wird. Die Irrtümer der Erziehung, die Schwierigkeiten, auf die die Lehrer bei der Reform des Schulunterrichts stoßen, wie auch die in der letzten Zeit von der Stadt Berlin getroffenen Sparmaßnahmen, die zahlreiche Entlassungen von Lehrern und eine starke Einschränkung des Lehrplans zur Folge haben, stehen in dem Stück zur Diskussion; es kann, was Gesinnung, Tendenz und Wirkung betrifft, in mancher Hinsicht als eine Fortsetzung des einst vielgespielten Stücks Flachsmann als Erzieher von Otto Ernst gelten. Auch Stemmler, wie Otto Ernst selbst früher Lehrer, ist ein Bekämpfer der Reaktion, und auch bei ihm stellt, wo dramatische Begriffe fehlen, zur rechten Zeit das Wort Gesinnung sich ein. Das Stück, zu dessen Gelingen die treffliche Regie Karl Heinz Martins viel beiträgt, wurde zuerst für die Sonderabteilungen der Volksbühne gespielt und dann wegen seines Erfolgs in den Abendspielplan aufgenommen; zum Erfolg verhalfen ihm, neben den Schauspielern der Volksbühne, von denen Willi Schur, Inge Conradi, Ernst Karchow, Bruno Hübner und Arthur Mainzer genannt werden sollen, nicht in letzter Linie Schüler und Schülerinnen der Heinrich-Zille-Schule in Neukölln und der Gotenburger Schule am Wedding, es ist schon sehenswert, wie diese Schüler und Schülerinnen die Abfahrt in die Ferien spielen. Ob es aber richtig ist sie vor einem Theaterpublikum regelmäßig Theater spielen zu lassen?

Wirtschaft und Theater Bei dem Zusammenbruch der Amsterdamer Amstelbank haben einige prominente Bühnenkünstler Riesensummen verloren; der Verlust, den Max Pallenberg und Fritzi Massary erlitten, soll 227 000 Dollars betragen, um 800 000 Schilling soll Emil Jannings und um je 70 000 Schilling sollen Ernst Deutsch, Paul Hartmann, Hermann Thimig, Hans Moser, Harald Paulsen und andere ärmer geworden sein. Man muß über die Summen staunen, die prominente Künstler als Ersparnisse zurücklegen konnten. Sie wurden aber auch stets, sogar wenn man ihre bedeutenden Leistungen in Betracht zieht, viel zu hoch bezahlt; die Theaterdirektoren waren gezwungen, um die Stargagen aufbringen zu können, die Gagen der übrigen Schauspieler ganz karg zu bemessen. Die meisten Schau-

spieler mußten schon recht froh sein, daß sie die Mindestgage, in Berlin 300 Mark monatlich, beziehen konnten, denn von Monat zu Monat wuchs die Zahl ihrer arbeitslosen Kollegen. Am Anfang dieser Theatersaison beschloß der Verband Berliner Bühnenleiter die Stargagen abzubauen, um die Fortführung der Theaterunternehmungen überhaupt zu ermöglichen. Man wollte sich auf eine Höchstgage von 3000 Mark monatlich einigen und dazu den Prominenten eine prozentuale Beteiligung an dem Reingewinn aus den Einnahmen bewilligen. Wenn man bedenkt, daß wegen eines ungeheuren Defizits das Wiener Burgtheater geschlossen werden soll, daß das Defizit der preußischen Staatstheater immerzu wächst, so daß die Schließung des Schillertheaters in Berlin leider schon erwogen wird, daß das Theater am Nollendorfplatz in Berlin und das Lobetheater in Breslau demnächst zwangsweise versteigert werden sollen, daß das Stadttheater in Zwickau unter Berufung auf die Notverordnung seinen sämtlichen Schauspielern fristlos gekündigt hat, und daß mit dieser Aufzählung die Liste der Theater, die in Schwierigkeiten sind oder erst in Schwierigkeiten geraten werden, noch lange nicht erschöpft ist, so muß man in dieser Krisenzeit mehr noch als früher die Überschätzung und die Überbezahlung der prominenten Schauspieler ablehnen. Die Rückkehr zum Ensemblespiel und ein ganz radikaler Abbau der Prominentengagen bedeuten zwar nicht die Rettung des Theaters, da auch hier andere wirtschaftliche Faktoren bei der Krise den Ausschlag geben, aber ein Weg zur Besserung der unerquicklichen Theaterzustände sind sie auf jeden Fall. In seinem 1928 unter dem Titel *Gesammelte Prosa* veröffentlichten Buch tadelt der Dichter Gottfried Benn in dem Kapitel Kunst und Staat, daß »sublimierter Kapitalismus« die Kategorie ist, »in der der Staat und die von ihm vertretene Öffentlichkeit die Kunst empfindet und gelten läßt«. Er schrieb über den Theaterbetrieb: »Wie sieht der Etat, wie die Kunstleistung eines Stadttheaters aus? 22 Schöne mit Dauerverträgen und noch mehr männliche Bretterbetreter, damit Charleys Tante und das Weiße Rössl monatlang dem preußischen Volke nahegebracht wird; an der Spitze Intendanten und Regisseure, die nebenberuflich Filme in ihre Tasche drehen; Kapellmeister mit ihren langjährigen enormen Verträgen, fortwährend auf Gastspielen zu ihrem eignen Ruhm und für ihr eignes Bankkonto; Stars, 5000

Mark Fixum monatlich in Berlin und die Hälfte des Jahres auf privaten Tourneen: Intendanten, Regisseure, Tenöre, Kapellmeister, also Bearbeiter, Vermittler, geistig-wirtschaftlich betrachtet: Ausbeuter, Produktive 3., 4. Hand, die erhält der Staat mit großem Train.« Es ist eine scharfe, doch immer noch treffende Kritik der Zustände, die in den deutschen Theatern heute herrschen.

Jubiläen

Am 1. August wurde *Eduard von Winterstein* 60 Jahre alt. Er war in Berlin von

Otto Brahm nach erfolgreichem Auftreten im Schillertheater an das Deutsche Theater berufen worden und kam dann zu Max Reinhardt, auf dessen Bühnen er in Berlin noch heute wirkt. Ihm wurde von den Schauspielern die Leitung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger übertragen.

Am 1. September feierte *Albert Patry*, der seit 25 Jahren am Staatlichen Schauspielhaus tätig ist, das 50jährige Jubiläum seiner Bühnenwirksamkeit. Seine stets charakteristische Note kommt auch im modernen Theaterstück, so in Walter Hasenclevers Lustspiel *Ein besserer Herr* (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 508), unvermindert zur Geltung.

Am 27. September beging die Direktion Rose das 25jährige Jubiläum ihrer Wirksamkeit am Berliner *Rosetheater*, das ein wahrhaftes Volkstheater ist.

Kurze Chronik Leopold Jessner bekämpfte in einem Rundfunkvortrag als Leiter der *Staatlichen Schauspielschule* den Plan diese Schule zu schließen; denn im Gegensatz zu den privaten Schulen gebe die staatliche Schule die Gewähr für eine wirklich richtige Auslese der schauspielerischen Talente. Gleichwohl wird diese Staatliche Schauspielschule im Frühjahr 1932, wenn der Lehrkursus der 2. Klasse beendet ist, geschlossen werden. Doch wird das Staatstheater dann in Gemeinschaft mit der Bühnengenossenschaft eine neue Schule eröffnen. ◊ Im Sinn der Reform der Statuten der *Preußischen Akademie der Künste* werden auch Vertreter des Theaters in die Akademie, und zwar in die Sektion der Dichtkunst, berufen. Nach dem Eintritt Heinz Tietjens und Leopold Jessners ist nun auch Ernst Legal Mitglied der Akademie geworden. ◊ In *Leipzig* hat sich eine Vereinigung der Freunde des Komödienhauses gebildet, die die Uraufführungen von dramatischen Werken moderner Autoren im Komödienhaus ermöglichen will.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Edison †

Am 18. Oktober ist Thomas Alva Edison nach wochenlangem Todeskampf in seinem Wohnhaus in New Jersey gestorben. Er ist fast 85 Jahre alt geworden, und sein Leben war reich an Arbeit und an Erfolgen; sein Name wurde fast zu einem Begriff. Er begann als Zeitungsjunge, um mit 14 Jahren Redakteur, Setzer und Drucker einer eignen kleinen Eisenbahnzeitung zu werden. Die geringen Erfolge seines Unternehmens veranlaßten ihn Telegraphist zu werden. Da er auch diese rein mechanische Arbeit geistig auffaßte, erkannte er hier Probleme, die andere überhaupt nicht gesehen hatten. Er konstruierte Telegraphenapparate, mit denen Mehrfachtelegraphie und Gegensprechen auf einem Draht möglich wurden; er bildete ein leistungsfähiges Relais aus und vervollkommnete auch sonst die telegraphischen Apparate. Die Erfindungen auf diesem Gebiet waren zwar an sich nicht neu, denn auf dem europäischen Kontinent waren die gleichen Probleme schon vorher erkannt und auch gelöst worden; für Amerika, dessen führende Köpfe sich fast alle durch völlige Unkenntnis der geistigen Fortschritte in der Alten Welt auszeichneten, aber waren diese Erfindungen originell, und sie schufen Edison eine sichere Basis für sein Leben und die Betätigung seiner spezifischen Veranlagung: mit zielweiserm Erfinderblick auf den verschiedensten Gebieten der Technik Probleme zu erkennen, die der Lösung wert waren. Und mit einer Beharrlichkeit und Zähigkeit ohne gleichen, die sich auch durch wiederholte Mißerfolge nicht abschrecken ließ, führte er seine erfinderischen Ideen auch praktisch aus; so vor allem den Phonographen und die Kohlenfadenglühlampe, aber auch zahllose andere Dinge, die für den Haushalt und die Industrie von Bedeutung waren. Da Edison Autodidakt war, und ihm auch die wissenschaftliche Methode Zeit seines Lebens fern geblieben ist, kann es nicht überraschen, daß er nur zu oft gewaltige Arbeit und enormes Kapital für die Ausarbeitung und Entwicklung von Erfindungen verwandte, die längst vor ihm gemacht waren. Hierzu gehörten die bereits erwähnten telegraphentechnischen Erfindungen, das Telephon, das bewegte Bild und schließlich auch die Glühlampe. Nur der Phonograph, überhaupt die Art, wie er Töne mechanisch festhielt und akustisch reprodu-

zierte, ist ganz seine eigne Erfindung. Wenn also bei vielen seiner Leistungen Edison auf den eigentlichen Erfinderruhm verzichten mußte, war bei ihnen allen doch nicht ein Nacherfinder sondern ein wirklich schöpferischer Geist am Werk, der die Idee selbständig konzipiert und auch originell durchgeführt hatte. Hierfür ist die elektrische Glühlampe ein Musterbeispiel. Die Kohlenfadenglühlampe war zwar schon im Jahr 1854 von Heinrich Goebel erfunden und benutzt worden, aber sie gelangte nicht zu praktischer Bedeutung, die größere Öffentlichkeit hatte überhaupt von ihr keine Notiz genommen; Edison wußte daher von ihr nichts, ebensowenig wußte er von den Kohlenfadenslampen J. W. Swans und Sawyers und Mans aus dem Jahr 1878. Er begann 1878 sich ganz selbständig mit der Glühlampe zu beschäftigen, und es gelang ihm sie durch 13 Monate lange Arbeit im Jahr 1879 gebrauchsfähig zu machen. So war es, trotz ihren Vorläufern, die Edisons Patente nichtig machten, doch erst die Edisonsche Glühlampe, durch die die gesamte Elektrotechnik in neue Bahnen gelenkt wurde, wie bereits in dieser Rundschau (1930 I Seite 100 und folgende) dargelegt wurde. Erst das Drum und Dran bei der Glühlampe; Sockel und Fassung, Sicherungen, Schalter, Elektrizitätszähler, Ausbildung des Leitungssystems und der Zentralstationen usw., alles Dinge, die auf den ingeniosen Kopf Edisons zurückführten, machten aus der interessanten technisch-wissenschaftlichen Spielerei, als die sich die Glühlampe zunächst darbot, einen technischen Kulturfaktor allerersten Ranges. Das gleiche gilt auch für viele andere Erfindungen Edisons, die in die Praxis Eingang gefunden haben. Edison war durchaus mit Phantasie begabt, ohne die Erfindungen nicht gemacht werden können (sie kam ihm wohl von dem keltischen Blut in seinen Adern), doch war er kein Phantast sondern ein Arbeitsmensch, der in der realen Welt zu Hause war. Er muß in die Kategorie der wahrhaft großen Erfinder eingereiht werden. Und sehr mit Recht wurde zu Ehren des Toten, während er begraben wurde, in allen Städten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Minute das elektrische Licht ausgeschaltet.

Dieselflugzeug Von Junkers in Dessau ist das Flugzeug Jamo 4 anstatt mit einem Benzinmotor mit einem Dieselmotor ausgerüstet worden, der mit Schweröl anstatt

Benzin arbeitet. Die Ergebnisse bei den Probeflügen sollen sehr günstig ausgefallen sein. Wenn der Dieselmotor sich weiter bewährt, so bedeutet das wieder einen ganz außerordentlichen Fortschritt in der Flugtechnik. Der Motor der Jamo 4 hat ein Gewicht von 1 Kilogramm pro Pferdestärke, sein Gewicht ist also nicht nennenswert größer als das der Benzinmotoren. Dafür aber erniedrigt sich der Brennstoffverbrauch wesentlich wegen der höhern Verbrennungswärme der Schweröle; damit nimmt der Aktionsradius des Fluges, bei gleicher Brennstoffmenge, im Verhältnis der höhern Verbrennungswärme zu. Von allergrößter Wichtigkeit aber ist die Verminderung der Feuersgefahr. Benzin und Benzol sind durch den kleinsten Funken entflammbar. Bei den Benzinmotoren wird außerhalb des Motors, in dem sogenannten Vergaser, ein explosives Benzinluftgemisch erzeugt; das Auslaufen von Brennstoff aus nicht ganz dichten oder schadhaft gewordenen Leitungen ist nie ganz zu vermeiden, so daß sich im Motorraum explosive Gemische bilden können. Daher kommen denn auch die in diesem Jahr besonders häufig gemeldeten Flugzeugunfälle, bei denen das Fahrzeug und dessen Insassen verbrannten. Die Schweröle sind dagegen nur schwer entflammbar, und beim Dieselmotor entsteht das explosive Brennstoffluftgemisch erst im Zylinder selbst; auch zufällig aus den Leitungen austretendes Schweröl kann nicht so gefährlich werden wie austretendes Benzin, und die beim Benzin häufig durch Selbstentzündung entstehenden Vergaserbrände sind beim Dieselmotor gänzlich ausgeschlossen. Auch Auspuffbrände werden beim Dieselmotor infolge der niedrigen Abgastemperatur vermieden. Die Erhöhung der Sicherheit im Flugwesen würde schon allein die Einführung des Dieselmotors rechtfertigen, selbst wenn man damit einige Nachteile oder Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen müßte.

Beleuchtungs- Von der Deutschen Be-
normen leuchtungstechnischen Gesellschaft sind neue Leitsätze für künstliche Beleuchtung aufgestellt worden, die sich sehr erheblich von den früheren, in dieser Rundschau (1924 Seite 70) besprochenen Leitsätzen und den in anderen Staaten geltenden Vorschriften unterscheiden. Ausgehend von den physiologischen und psychologischen Vorgängen beim Sehen, ist die »Güte der Beleuchtung«, wie sie durch Beleuchtungsstärke, Schattigkeit, ört-

liche und zeitliche Gleichmäßigkeit, Leuchtdichte der Leuchtgeräte (Blendungsfreiheit) und Lichtfarbe gekennzeichnet ist, zur Grundlage für die aufgestellten Forderungen gemacht worden. Das Gewicht der einzelnen Faktoren ist aber zahlenmäßig nur sehr schwer festzustellen, weil in der Beleuchtungstechnik, mehr als auf irgendeinem andern Gebiet der Technik, physiologische und psychische Einflüsse eine entscheidende Rolle spielen, die sich vorerst noch jeder physikalischen Deutung und vor allem jeder physikalischen Messung entziehen. Sind wir doch sogar bei der Messung allein zugänglichen Beleuchtungsstärke und der Schattigkeit auf die Entscheidung des Auges angewiesen, dessen Urteil durch das Zentimeter-Gramm-Sekunden-System noch immer nicht beeinflußt ist. Immerhin sind in den letzten 15 bis 20 Jahren durch zahlreiche physiologische Untersuchungen so viele erkenntnistheoretische Ergebnisse gezeitigt worden, daß sich die komplizierten Vorgänge beim Sehen und Erkennen doch schon in ein wohl begründetes System zusammenfassen lassen, das der praktischen Beleuchtungstechnik zugute kommt. Vor allem ermöglichen es diese Ergebnisse die erforderlichen Beleuchtungsstärken mit einer weit größeren Sicherheit zu bemessen als dies noch etwa vor 10 Jahren der Fall war. Während in allen Leitsätzen der verschiedenen Nationen und auch in den älteren deutschen Leitsätzen die Dosierung der erforderlichen Beleuchtungsstärke für die verschiedenen Arbeiten direkt oder indirekt auf die vor 50 Jahren von Hermann Cohn aufgestellten und von Leonhard Weber formulierten Forderungen zurückführt, hat man in den neuen Leitsätzen den Versuch gemacht sich von den Cohn-Weberschen Grundwerten zu emanzipieren und die Beleuchtungsstärken auf eine physiologisch zu rechtfertigende Basis zu stellen. Die Fähigkeit Helligkeitskontraste und die Form von Gegenständen zu erkennen, die Geschwindigkeit der Empfindung und damit die Leistungsfähigkeit des Auges wachsen mit zunehmender Leuchtdichte (Helligkeit) der Gegenstände im Gesichtsfeld. Die Leuchtdichte eines beleuchteten Gegenstands hängt von der Beleuchtungsstärke und seiner Reflexion oder Durchlässigkeit ab. Zur Erzielung gleicher Leuchtdichten sind deshalb für Flächen mit geringer Reflexion höhere Beleuchtungsstärken erforderlich als für Flächen höherer Reflexion. Auch für das Erkennen von

schwächeren Kontrasten sind höhere Beleuchtungsstärken erforderlich als für stärkere Kontraste. Das gleiche gilt auch für die gesehene Größe (Größe des Netzhautbilds) der Gegenstände und der an ihnen zu beobachtenden Einzelheiten. Deshalb sind für die verschiedenen Arbeiten und die verschiedenen Materialien sehr verschiedene Beleuchtungsstärken erforderlich, und es lassen sich daher auch nur Durchschnittswerte der Beleuchtungsstärke für die üblichen Fälle der Arbeitsarten und der zu beleuchtenden Räume usw. (unter Voraussetzung einer mittlern Reflexion von 40 bis 50% der Arbeitsfläche oder des Arbeitsguts) aufstellen. Als Anhalt hierfür diente die Forderung, daß für Arbeitsbeleuchtung die zu erzeugende Leuchtdichte in der Größenordnung von 50 bis 200 Apostilb (früher Lux auf Weiß genannt) liegt, bei der Unterschieds- und Formenempfindlichkeit sowie Erkennungsgeschwindigkeit die günstigsten Werte haben, und bei der Blendung noch ausgeschlossen ist. Aus der Leuchtdichte in Apostilb ergibt sich dann die erforderliche Beleuchtungsstärke durch Division mit der Reflexion des betrachteten Gegenstands.

Unter Zugrundelegung dieser Überlegungen gelangt man für die notwendigen Beleuchtungsstärken zu ganz erheblich höheren Werten als sie bisher als ausreichend erachtet worden waren. Die gewonnenen Werte für die mittlere Beleuchtungsstärke bewegen sich zwischen 40 Lux bei grober und 300 Lux bei sehr feiner Arbeit, soweit für diese Arbeiten Allgemeinbeleuchtung des Raums angewandt werden kann. Da bei bestimmten Arbeiten die geforderte Beleuchtungsstärke grade nur auf dem Arbeitsplatz vorhanden zu sein braucht, sich dort aber, wie beispielsweise bei Operationen in Körperhöhlen, beim Sortieren von Glühlampendrähten usw. bis zu 3000 Lux steigern kann, so wäre in diesen Fällen eine Allgemeinbeleuchtung des ganzen Raums natürlich eine beträchtliche Verschwendung, und es ist eine vorwiegende Arbeitsplatzbeleuchtung angebracht. Aus physiologischen und aus Sicherheitsgründen muß aber auch bei Arbeitsplatzbeleuchtung noch eine zusätzliche Allgemeinbeleuchtung des Raums vorgesehen sein, die dann in der Größenordnung von 20 bis 50 Lux liegen kann.

Entsprechende Erwägungen gelten für die Aufstellung der Forderung für die Beleuchtung im Freien. Hier spielt neben der mittlern Beleuchtungsstärke auf dem Straßenplanum oder auf einer fest-

gelegten Meßebene noch die Beleuchtungsstärke an der ungünstigst beleuchteten Stelle für die Verkehrssicherheit eine maßgebende Rolle. Je nach der Verkehrsdichte auf Straßen und Plätzen wird eine mittlere Beleuchtungsstärke von 3 bis 30 Lux gefordert, wobei die Beleuchtungsstärke an der ungünstigsten Stelle unter 0,5 im ersten und 8 Lux im letzten Fall nicht heruntergehen darf.

Einen erheblichen Fortschritt in der Kennzeichnung der Beleuchtungsgüte haben die Leitsätze durch die Einführung des Schattigkeitsbegriffs gemacht. Es wird eine bestimmte Schattigkeit gefordert, denn das Erkennen der Körperlichkeit von Gegenständen wird durch derartige Helligkeitskontraste wesentlich unterstützt, die nicht durch Reflexionsunterschiede sondern durch Eigenschatten, Körperschattierung und Schlag Schatten hervorgerufen sind.

In sehr eingehender Weise wird die Blendung behandelt. Als Blendungsgrenze sind 0,2 Stilb (Hefnerkerzen per Quadratcentimeter) bei Arbeitsplatzleuchtgeräten und 0,3 Stilb bei Leuchtgeräten für die Allgemeinbeleuchtung eingesetzt worden. Bei den Leuchtgeräten für die Straßenbeleuchtung werden vorläufig noch 2 Stilb zugelassen, weil es noch keine praktischen Leuchtgeräte mit geringerer Leuchtdichte gibt. Doch war es vollständig klar, daß die zugelassene Leuchtdichte unbedingt Blendung hervorrufen muß, weil selbst bei gut beleuchteten Straßen die Adaptierungsleuchtdichte des Auges erheblich geringer ist. Im Vergleich zu der früher zugelassenen Leuchtdichte von 5 Stilb bedeutet die Herabsetzung auf 2 Stilb immerhin einen Fortschritt.

Hinter den neuen Leitsätzen stehen alle maßgebenden Behörden und Verbände; sie können in Streit- und Zweifelsfällen autoritäre Bedeutung für sich beanspruchen und als Grundlage für amtliche Vorschriften und Verfügungen dienen.

Wasseruntersuchung Um Wasser auf Verunreinigungen zu prüfen, ist von H. Ivekovic in Zagreb mit Erfolg die sogenannte Analysenquecksilberquarzlampe benutzt worden. Die Wirkung dieser an ultravioletten Strahlen sehr reichen Lampe besteht darin, daß diese kurzwellige Strahlen sich bei der Reflexion an oder beim Durchgang durch die meisten Stoffe in sichtbares Licht verwandeln, die Stoffe fluoreszieren lassen. Um das Fluoreszenzlicht, das meist nur außerordentlich schwach ist, sichtbar zu machen, wird die Strah-

lung der Quecksilberquarzlampe durch ein besonderes, die sichtbaren Strahlen vollständig absorbierendes, die ultravioletten Strahlen hindurchlassendes schwarzes Glas gefiltert. Es scheint dann nur das Fluoreszenzlicht der von den ultravioletten Strahlen getroffenen Stellen.

Reines Wasser fluoresziert nicht; enthält es dagegen Fremdstoffe, so tritt eine um so intensivere Fluoreszenz auf, je größer die Menge der Fremdstoffe, besonders der gelösten organischen Stoffe, ist. Das Verfahren Ivekovic' ist also sehr einfach und führt rasch zum Ziel.

An Stelle der Quecksilberquarzlampe kann man auch die vor kurzem von der Osramgesellschaft in den Verkehr gebrachte Wolframquecksilberlampe benutzen.

Kurze Chronik Vor 100 Jahren, am 29. August 1831, wurde von

Michael Faraday die *elektromagnetische Induktion* entdeckt, auf der die ganze Elektrotechnik beruht. Zur Erinnerung hieran wurde von der Institution of Electrical Engineers vom 23. September bis zum 3. Oktober in London unter der Bezeichnung Faraday Centenary Exhibition eine elektrotechnische Ausstellung veranstaltet. \diamond Beim Bau der Großglocknerstraße sind neue *Goldhunde* in Österreich gemacht worden, die die Eröffnung eines Bergwerks lohnend erscheinen lassen. Die Schürfstellen befinden sich in der Nähe des stillgelegten berühmten Gasteiner Goldbergbaus. Der Goldgehalt soll 250 Gramm auf 1 Tonne Erz betragen. \diamond In den alten Zinngruben des östlichen Vogtlands soll der *Zinnbergbau* wieder aufgenommen werden, vor allem deshalb, weil die Zinnerze einen Gehalt von 7% Wolframerz haben. Wolfram ist das schwerstschmelzbare Metall, das wegen dieser Eigenschaft das einzige brauchbare Material für Glühlampendrähte darstellt; außerdem wird Wolframkarbid wegen seiner außerordentlichen Härte in erheblichem Umfang als Ersatz für Diamant bei Schneidwerkzeugen und bei Ziehsteinen benutzt. \diamond Die *Steinkohlenförderung* der 5 deutschen Reviere ist in den Monaten Januar bis August um 16,7 Millionen Tonnen auf 78,8 Millionen zurückgegangen. \diamond Die *Naturgasquellen* bei Zagreb sollen ausgenutzt werden. In ihrer Nähe wird die Errichtung eines Kraftwerks zur Elektrizitätsversorgung eines Teils von Kroatien geplant. \diamond Am 1. September waren in den Vereinigten Staaten von Amerika 76 *Hochöfen* von insgesamt 314 in Betrieb; im Jahr 1930 waren es noch 138 gewesen.

Außenkolonisation / Herman Kranold

Palästina Die Mitglieder der Exekutive der Jewish Agency, die bisher unter der Führung Chajm Weizmanns stand, haben zum größten Teil gewechselt. Die neuen Mitglieder stehen aber zum überwiegenden Teil auf dem Boden der Richtung Weizmanns, so insbesondere die beiden sozialistischen Zionisten Berl Locker und Chajm Arlosorow, von denen dieser die Politik der Exekutive in Palästina führt. Ein äußerlich ebenso umfassender Personenwechsel hat sich auf der englischen Seite vollzogen. An Stelle Lord Sidney Passfields ist der Arbeiterparteiliche James Henry Thomas im 2. Kabinett MacDonald Staatssekretär für die Kolonien geworden. Seit 10 Jahren war Leiter der Abteilung des Kolonialamts für den Mittlern Osten und damit unmittelbar für die Palästinalpolitik der britischen Regierung verantwortlich Sir John Evelyn Shuckburgh; dieser ist Stellvertretender Unterstaatssekretär des Amts geworden. Sein Nachfolger wurde A. C. C. Parkinson, seit 1925 Assistierender Sekretär im Kolonialamt, der niemals in der kolonialen Außenverwaltung tätig war. Oberkommissar von Palästina an Stelle Sir John Robert Chancellors, dessen Amtszeit nach 3jähriger Dauer am 1. November abließ, wurde der bisherige Kommandierende General von Nordirland Sir Arthur Grenfell Wauchope. Außerdem wurde die Stelle eines Landentwicklungsdirektors geschaffen und mit Louis French besetzt, der bisher bei der indischen Zivilverwaltung tätig gewesen war. Sein Assistent heißt A. E. Kitching, er hat seit 1914 im ostafrikanischen Kolonialdienst gestanden und dort unmittelbar mit den Eingeborenen Berührung gehabt. Hoffentlich behandelt er die Einwohner Palästinas nicht so, wie England die Neger und Inder in Kenia zu behandeln gewohnt ist. Ob dieser Personenwechsel praktisch viel zu bedeuten haben wird, bleibt abzuwarten.

Ein wesentlich neues Moment ist allerdings zu verzeichnen. Am 20. Juli hat nämlich die Palästinaregierung die Grundzüge des Landentwicklungsplans für Palästina veröffentlicht, der das vorläufige praktische Ergebnis der verschiedenen Kommissionen, Gutachten usw. der letzten beiden Jahre darstellt. Nach der offiziellen Mitteilung sollen die Richtlinien des Plans »in Berücksichtigung des Standpunkts des Oberkommissars, der Jewish Agency und der Arabischen Exekutive« aufgestellt worden sein: was

bedeuten würde, daß Ja und Nein in einer neuen Durchschnittspartikel sich zusammengefunden haben. Nach den Angaben des nach wie vor im Amt befindlichen parlamentarischen Unterstaatssekretärs für die Kolonien Thomas Drummond Shiels, des Hauptverantwortlichen für die bisherige Palästinalpolitik der Regierung MacDonald, im Unterhaus soll zunächst ein Verzeichnis jener Araber angelegt werden, die nachweislich von dem von ihnen früher besetzten Boden durch dessen Übergang in jüdischen Besitz entfernt worden sind und keine neuen Pachtungen, auf denen sie sich einrichten konnten, und auch keine andere, in gleicher Weise befriedigende Beschäftigung erhalten haben. Nach Abschluß der provisorischen Registrierung soll der Direktor einen Plan zur Wiederansiedlung der eingetragenen verdrängten arabischen Familien unter gleichzeitiger Berechnung der erforderlichen Kosten aufstellen, und dann soll die Wiederansiedlung so rasch wie möglich durchgeführt werden. Diese Bestimmungen können, gegen die Absicht derer, von denen sie ausgingen, zum Vorteil der jüdischen Kolonisation ausschlagen. Die jüdischen Vertreter stehen bekanntlich auf dem Standpunkt, daß die Anzahl der in diesem Sinn verdrängten Araber ganz gering ist, und dieser Standpunkt scheint auch gut begründet zu sein. Es kann also begrüßt werden, wenn endlich einmal eine exakte Nachprüfung erfolgt. Allerdings ist dabei vorausgesetzt, daß die Nachprüfung unparteiisch vorgenommen wird. In dieser Hinsicht gibt eine Erklärung Shiels' auf Fragen des Arbeiterführers Ben Tillett zu Bedenken Anlaß. Er sagte nämlich, daß der Landentwicklungsdirektor bei der Wiederansiedlung von Arabern, deren Boden in jüdische Hände übergegangen ist, keinen Unterschied zwischen solchen Arabern machen werde, die ihren Boden dadurch verloren haben, daß die Großgrundbesitzer ihn verkauften, und solchen, die ihr Land aus freiem Willen selbst an Juden verkauft haben. Außerdem sollen alle Entscheidungen über Bodenverkäufe in Palästina künftig dem Oberkommissar überlassen werden, und die Juden befürchten, daß auf Grund dessen den jüdischen Organisationen Hindernisse beim Bodenerwerb in den Weg gelegt werden könnten. Dem entspricht auch, daß der Landentwicklungsdirektor zunächst einmal eine Verordnung zur Einschränkung des Grundstücksverkehrs erlassen will. In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß der Stellvertretende Oberkommissar Mark Ait-

chison Young (jetzt gleichfalls ausgeschieden) am 31. Mai für die Dauer 1 Jahres eine Pächterschutzverordnung erlassen hat, nach der kein Gerichtsurteil zur Entsetzung aus Bodenbesitz vollstreckbar gemacht werden darf, ehe das Gericht sich überzeugt hat, daß Vorsorge für die Pächter getroffen wurde; Vollstreckung darf nur erfolgen, wenn die Bezahlung der Pacht unterblieben, oder der Boden unbebaut gelassen ist. Praktisch noch wichtiger als diese Bestimmung, die man aus sozialen Gründen nicht ohne weiteres wird verwerfen können (und die auch im ganzen der bisherigen Praxis bei den jüdischen Bodenkäufen entspricht durch Kauf vertriebene Pächter anderweitig zu versorgen), und dem Siedlungswerk der Juden viel hinderlicher ist die weitere Vorschrift, daß das Gericht auch kein Räumungsurteil gegen Weiderechtliche vollstrecken lassen darf, die 5 Jahre lang ununterbrochen das Weiderecht besitzen, sofern nicht der Oberkommissar die zur Sicherung ihres Lebensunterhalts getroffenen Vorkehrungen für befriedigend erklärt hat. Ganz abgesehen davon, daß dies auf eine künstliche Konservierung des Nomadentums hinausläuft, muß bei der Beurteilung dieser Bestimmung daran gedacht werden, daß man, dank dem Fehlen eines Katasters, ein solches 5jähriges Weiderecht wahrscheinlich in denkbar unerwarteten Fällen konstruieren kann. Wie man aber auch diese Dinge beurteilen mag, bei dem heute nun einmal bestehenden Kraftverhältnis zwischen Arabern und Juden in Palästina wird man sich vom Standpunkt der jüdischen Kolonisation mit jeder Maßnahme abfinden müssen, von der man eine Beseitigung der praktisch gegen die Juden verhängten Bodenerwerbssperre in absehbarer Zeit erwarten kann. Unter diesen Umständen ist es bemerkenswert, daß die Regierung wenigstens ihrem Programm nach unter Landentwicklung nicht nur die Wiederansiedlung verdrängter Araber sondern auch die Aufstellung eines totalen Besiedlungs- und Meliorationsplans versteht, und für diese Planarbeiten 50 000 Pfund Sterling zur Verfügung gestellt werden. Ob freilich dabei mehr herauskommt als eine langjährige Arbeit einer Enquetekommission oder ein Blaubuch, wird sich erst zeigen; in der Beurteilung des Tempos dieser Arbeiten wird man etwas skeptisch, wenn man hört, daß am 20. Juli dem Landentwicklungsdirektor für die Aufstellung des Plans für seine Planarbeiten eine Frist bis zum Dezember gesetzt wurde.

Informationsmittel Eine äußerst verdienstliche *Internationale Koloniale Bibliothek* gibt das in Brüssel

ansässige Internationale Kolonialinstitut heraus /Brüssel, Etablissements Généraux d'Imprimerie/. Zunächst liegen 3 Bände über Einzelprobleme vor: *Le régime et l'organisation du travail des indigènes dans les colonies tropicales* enthält über die Organisation und das Recht der Eingeborenenarbeit in Südafrika, den französischen, portugiesischen und belgischen Kolonien, Niederländisch Indien und Erythräa genaue Angaben und einen kurzen, aber gut zusammenfassenden Bericht von M. Schumann. Die höchst lehrreichen Ergebnisse einer umfassenden Enquete über die Tätigkeit der Eingeborenen in der Landwirtschaft bringt der Band *Extension intensive et rationelle des cultures indigènes*; ergänzend gehört zu dieser Sammlung der in dem 3. Band wiedergegebene Bericht über das Ergebnis der Enquete E. De Wildemans. Erst wenn man diese wichtigen Veröffentlichungen liest, bekommt man ein richtiges Bild von den produktiven Kräften, die in den so gern verachteten "natives" stecken, und von den wahren Aufgaben erzieherischer und entwickelnder Koloniarbeit ihnen gegenüber. Auch die Verhandlungen selbst, deren Wortlaut dieser Band bringt, waren hochinteressant. Die 3 Bücher sind mit das Wichtigste, was in den letzten Jahren über Kolonisation veröffentlicht wurde. Sie seien rückhaltlos zu eifrigem Studium empfohlen.

Noch umfangreicher ist das vom selben Institut herausgegebene *Annuaire de Documentation Coloniale Comparée* /Brüssel, Etablissements Généraux d'Imprimerie/, dessen Jahrgang 1929 in 3, an Format und Seitenzahl gewaltigen Bänden vorliegt. Der 1. Band enthält Jahresberichte und Gesetzgebungstexte aus dem belgischen Kongo, den spanischen, italienischen, niederländischen und portugiesischen Kolonien, im 2. findet sich ebensolches Material aus einer Reihe von französischen Kolonien (Indochina, Äquatorial- und Westafrika, Madagaskar und dem Mandatsgebiet von Togo), der 3. Band schließlich bringt Stoff der gleichen Art über einige (verhältnismäßig wenige und zum Teil weniger wichtige) britische Kolonialgebiete, nämlich über Burma und Ceylon in Asien und Betschuanaland, Goldküste, Kenya, Nigeria, Nordrhodesien, Tanganyikagebiet und Uganda in Afrika. Wie man sieht, ist das Jahrbuch weit davon entfernt Gesetzgebung und Verwaltung der gan-

zen kolonialen Welt zu umfassen. Von wichtigen Kolonialmächten fehlen ganz die Vereinigten Staaten; das Material über die französischen Kolonien enthält die Lücken bei den kleinen Kolonien und Nordafrika, und das Material über das Britische Reich bringt nicht Indien, sämtliche Dominions, Britisch Malaya, einen Teil Westafrikas, Südrhodesien, Njassaland, Somaliland und die kleinen Kolonien in Mittel- und Südamerika, Afrika und der Südsee. Auch für die berücksichtigten Gebiete bringt der 3. Band, soweit er nicht Gesetzestexte mitteilt sondern Verwaltungsberichte gibt, nur Stoff, der alljährlich vom Stationery Office in London veröffentlicht wird und bequem erreichbar ist. Um so wertvoller sind die beiden ersten Bände, und man darf wohl auch die Hoffnung aussprechen, daß im 3. Band künftig grade die schwerer erreichbaren Materialien über die britischen Dominions und Britisch Indien nach und nach gebracht werden können. Überhaupt muß man, wenn man die Lücken des Werks erwähnt, darauf hinweisen, daß ein einziger Jahrgang jetzt schon 2200 Seiten umfaßt, und daß ein solches Riesenwerk natürlich überhaupt nur nach und nach einigermaßen zur Vollständigkeit gebracht werden kann. Inzwischen ist es absolut unersetzlich, auch in dem Umfang, den es heute erst erreicht hat. Die Texte sind in französischer Sprache und, soweit sie nicht im Original englisch sind, in englischem Resümee (und umgekehrt) gegeben; bei Spanien und den Niederlanden, Portugal und Italien sind außerdem die Urtexte in den Landessprachen beigelegt. Auf den reichen Inhalt dieses Buchs wird in dieser Rundschau noch zurückgegriffen werden müssen.

Einen sehr schönen Überblick gibt das von der Schule für Berufsmäßige Gesetzgebung und Koloniale Praxis in Paris herausgegebene stattliche Sammelwerk *Législation et finances coloniales* /Paris, Librairie du Recueil Sirey/. Auch dieses Buch ist eine Fundgrube und gibt die Möglichkeit sich in die recht komplizierte, für unsere Begriffe manchmal fremdartige, in Deutschland weitgehend bisher unbekannt und von Gebiet zu Gebiet sehr verschieden gestaltete Organisation des französischen Kolonialreichs hineinzufinden; dabei ist besonders verdienstlich, daß überall die leitenden Gedanken der einschlägigen Gesetzgebung, die für das Ganze dieses Reichs die gleichen sind, deutlich dargelegt sind, und die geschichtliche Entwicklung ausgiebig berücksichtigt wird. Wer Gründ-

lichkeit für ein deutsches Monopolgut hält, müßte zu der Meinung kommen, daß die 8 Verfasser des Buchs lauter heimliche Deutsche wären; davon ist aber keine Rede. Mehr als die Hälfte des Buchs umfaßt die Darstellung der Finanzen durch Poujol, den Stellvertretenden Direktor der Compagnie Algérienne. Dieser Teil ist nicht nur der längste und inhaltreichste sondern wohl auch der beste. Damit seien aber die übrigen Teile nicht herabgesetzt.

Über den auswärtigen Handel *Belgisch Kongos* im Jahr 1929 unterrichtet vortrefflich in einer Fülle von Tabellen und mit schönen graphischen Darstellungen die vom belgischen Kolonialministerium herausgegebene *Statistique du Commerce Extérieur du Congo Belge* /Brüssel, Goemaere/; eine besondere Empfehlung erübrigt sich bei diesem Werk wohl.

Gleich gut in ihrer Fülle von landeskundlichem Material politischer, wirtschaftlicher, naturwissenschaftlicher, geschichtlicher und kulturlicher Richtung sind 2 englische *Reisebücher*, nämlich das von Trade and Travel Publications Limited in London herausgegebene *South American Handbook 1931* und das von A. Samler und S. Gordon Brown herausgegebene Jahrbuch *The South and East African Year Book and Guide für 1931* /London, Sampson Low, Marston & Co./. Wer irgendetwas über die ausgefallensten Nester in den genannten Gebieten wissen will, hat dank den ausgezeichneten Registern beider Werke in ein paar Minuten genau Bescheid. Das Buch über Afrika enthält außer den übrigen schönen Sachen einen vielfarbigen Atlas von 64 Seiten, der in fast allem, soweit man sehen kann, auf den neuesten Stand gebracht ist.

Totenliste

Am 8. September 1930 starb in Hamburg der frühere Bezirksamtmann im Kolonialdienst Deutsch Ostafrikas *Hans Zache*, in seinem 62. Lebensjahr. Er hat in den Jahren nach dem Krieg viel über die Kolonialfragen geschrieben.

Am 26. September starb in Sankt Augustine /Trinidad/, im Alter von 71 Jahren, *Sir Francis Watts*, der von 1909 an die Landwirtschaftsverwaltung Britisch Westindiens und von 1921 an das Reichsinstitut für Tropische Landwirtschaft in Trinidad bis 1924 leitete. Er hat durch zahlreiche Untersuchungen und Schriften zur Kenntnis und Entwicklung der Landwirtschaft in den tropischen Gebieten beigetragen. Er begründete auch die erste genossenschaftliche Rohrzucker-

fabrik auf den britischen Antillen und war hervorragend an der Einführung des Anbaus von Sea-Island-Baumwolle auf diesen Inseln beteiligt.

Am 20. Oktober starb in Kinkempois, im Alter von 65 Jahren, der frühere Unterdirektor im belgischen Kolonialministerium *Jean Renotte*, der an der Gründung und ersten Organisation des Kongostaats rege mitgearbeitet hat.

Am 29. Dezember starb *Eugène Joseph Marie Henry*, von 1916 bis 1920 Generalgouverneur der Kongokolonie.

Am 29. Dezember starb auch *Sir Robert Rutherford*, ein Geschäftsmann, der sich viel mit westindischen Geschäften abgab und 1924-1925 Vorsitzender der Britischen Reichsausstellung war; seit einer Reihe von Jahren war er einer der Gouverneure des Imperial College of Tropical Agriculture in Trinidad.

Kurze Chronik Ein *Wirtschaftsarchiv für den Vordern Orient* wurde an der Universität Jerusalem errichtet. Geleitet wird es von Alfred Bonnè, dem eine Reihe vorzüglicher statistischer Arbeiten über Palästina zu danken ist; einige von diesen fanden sich in der Wiener Zeitschrift *Palästina* im Lauf der letzten Jahre abgedruckt. ◊ In der Kongokolonie ist eine Mineralfundstelle entdeckt worden, aus der *Heliumgas* gewonnen werden kann. ◊ Bolivien, Britisch Malaya, Niederländisch Indien und Nigeria schlossen ein Abkommen, durch das die Welterzeugung von *Zinn* auf jährlich ungefähr 108 000 Tonnen kontingentiert wird, das heißt um 20% niedriger als die Produktion im letzten Jahr war. ◊ In den Britischen Malayenstaaten ist eine neue wertvolle Kultur entdeckt worden. Es handelt sich um eine Reihe von Arten der Pflanze *Derris*, deren Wurzeln einen Stoff namens *Rotenon* enthalten, der für die Tötung schädlicher Insekten sich als sehr wirksam und wirtschaftlich erwiesen hat. Die Brühen, die aus den *Derris*wurzeln gewonnen werden, sind für Pflanzen unschädlich und für Warmblüter in den in Frage kommenden Mengen vollkommen ungiftig. *Derris* wird nicht nur aus wild vorkommenden Beständen gesammelt, die Pflanze hat sich auch als Zwischenkultur in anderen Pflanzungen bewährt. ◊ Von der großen *französischen Kolonialanleihe* soll der unter französische Verwaltung stehende Teil des Mandatsgebiets Togo 65 Millionen Francs für die Verlängerung der Eisenbahn von Atakpame nach Sokoda erhalten. Der Rest der Kosten (45 Millionen Francs)

für die Baustrecke von 200 Kilometer Länge wird aus Reserven der Mandatsverwaltung genommen. Ferner soll der von Frankreich verwaltete Teil des Mandatsgebiets Kamerun aus dieser Anleihe 10 Millionen Francs erhalten aus der 1. Tranche (Umbau der Bahn von Otelle nach Balmajo von 60-Zentimeter-Spur auf Meterspur, Fertigstellung der Tiefwasserquais in Duala) sowie 100 Millionen Francs aus der 2. Tranche. ◊ Durch Dekret vom 24. August 1930 ist in *Französisch Äquatorialafrika* das System der monopolistischen Konzessionen für große kapitalistische Gesellschaften abgeschafft worden. Wie der Kolonialminister François Piétri 1930 in Marseille sagte: »Die Form der großen privilegierten Gesellschaften, eine überlebende Spur eines schwachen Staats und einer engherzigen Kolonialgesinnung, hat definitiv ausgelebt.«

Literatur Das Buch *Walter Hagemanns Die Revision der Kolonialmethoden in Afrika* /Münster, Aschendorff/ behandelt gar nicht das in seinem Titel genannte Thema. Große Teile Afrikas werden nicht berücksichtigt, so Nordafrika und die spanischen und italienischen Gebiete sowie Madagaskar, Mosambik und der britische Sudan, das heißt $\frac{2}{5}$ des Ganzen. Das Buch versucht die gegenwärtig herrschenden Methoden der Eingeborenenpolitik der Kolonialmächte in Afrika zu charakterisieren. In einzelnen Partien gelingt das auch gut, zum Beispiel in der Darstellung der Lage in Kenya und (nicht ganz so gut) in Tanganyika, in Britisch Westafrika (etwas unkritisch); aber das Bild von Britisch Ostafrika wird, trotz einer gewissen Anglophilie des Verfassers, zu Unrecht zuungunsten der Engländer dadurch verzerrt, daß von Uganda nicht die Rede ist, dem Ursprungsland und dem hervorragenden Anwendungsgebiet der mit dem Schlagwort *dual policy* gekennzeichneten Methode des Schutzes und der Entwicklung der Eingeborenen. Andere Kapitel sind einseitig. Zum Beispiel wird über Belgisch Kongo gesagt: »Der Eingeborene stellt in diesen Gebieten das einzige produktive Element der kolonialen Wirtschaft dar.« Das ist eine gutgemeinte, aber grobe Übertreibung; schließlich gibt es auch da doch noch Boden, Mineralien, Wasserkräfte, Tiere, Pflanzen. Andere Abschnitte, wie der über die französischen Gebiete in Westafrika (der schon die Überschrift *Die "schwarzen Franzosen" Westafrikas* trägt) sind reine Pamphlete. Schade, daß eine solche Gelegenheit verpaßt wurde.